

Archiv der Gossner Mission
im Evangelischen Landeskirchlichen Archiv in Berlin



Signatur

Gossner_G 1_0946

Aktenzeichen

6/22/1

Titel

Pressemitteilungen zum kirchlichen Leben im In- und Ausland

Band

2

Laufzeit

1959 - 1969

Enthält

u.a. Ostkirchenausschuss mit Berichten aus der damaligen Tschechoslowakei und Ungarn; Zeitungsartikel und Pressemitteilungen zu Indien und Afrika in Verbindung mit der Gossner Mission zu politischen und kirchenpolitischen Fragen

Digitalisiert/Verfilmt 2009 von Mikro-Univers GmbH

1 e p d

2

3

4

5

6

7

8

9

0

Reinforced perforation
Lochung verstärkt
Perforation renforcée

Weitere Trennblätter lieferbar:
1652 in 6 Druckfarben

LEITZ Trennblätter chamais
1650 Lochung hinterklebt
1654 Lochung mit Ösen



Lange werden die neuen Erntevorräte jedoch nicht reichen, denn im Hungerkessel leben acht bis neun Millionen Menschen auf engstem Raum zusammengedrängt, und Biafra hat bei der Eroberung Umuahias durch die Nigerianer wichtige Anbaugelände kurz vor der Ernte verloren.

Solange es nicht zum Waffenstillstand kommt und es dem Roten Kreuz nicht gelingt, seine Hilfsflüge wieder aufzunehmen, bleibt für Biafras Zivilbevölkerung nur die Hoffnung, daß die Kirchen es fertigbringen, ihre Luftbrücke weiter auszubauen. Als der Direktor der ökumenischen Abteilung des Diakonischen Werkes, Pfarrer Hahn, vor kurzem Biafra besuchte, sagte ein Biafraner zu ihm: "Wenn ich nachts eure Flugzeuge kommen höre, ist das für mich wie Musik und Verheißung".

Rainer Kruse

Spenden für Biafra: Diakonisches Werk, Postscheck Stuttgart 502. - Für die Kinderluftbrücke: "Brot für die Welt", Postscheck Stuttgart 8001, Kennwort: "Kinderluftbrücke"

HINWEIS FÜR DIE REDAKTIONEN: Wir verweisen zu den beiden Beiträgen über Biafra auf unser Photoangebot in der Nr. 28 vom 9. Juli 1969. Weiteres Bildmaterial kann die Pressestelle der Aktion "Brot für die Welt", 7 Stuttgart 1, Gerokstraße 17, Tel.: 23 40 00, zur Verfügung stellen.

- - - - -

Jubiläum in Ranchi (76)

50 Jahre indische Gossner-Kirche

Am 10. Oktober begeht in der indischen Stadt Ranchi die aus der Arbeit der deutschen Gossner Mission hervorgegangene Evangelisch-lutherische Gossnerkirche die 50-Jahr-Feier ihres Bestehens. Geschichte, Leben und Sorgen dieser Kirche sind Gegenstand des folgenden Artikels.

Wieviel Jahre müssen Missionare das Evangelium verkündigen, bis aus der Predigt eine eigenverantwortliche Kirche entstanden ist? Es dauert länger als man gemeinhin annimmt. In Indien hat der 1. Weltkrieg dazu beigetragen, daß aus einem deutschen Missionsfeld eine indische Kirche wurde. Die Gossner Mission in Berlin hatte 65 Jahre lang dieses Missionsfeld in einem abgelegenen Gebiet einige hundert Kilometer westlich von Calcutta betreut. Ihre Missionare arbeiteten hingebungsvoll und erfolgreich, bis sie wegen der Kriegsergebnisse interniert und zur Untätigkeit gezwungen wurden.

Rund 100.000 indische Christen blieben ratlos zurück. Der anglikanische Bischof versuchte auf seine Weise mit dem Angebot einer Kirchenunion zu helfen. Nach langen Erwägungen und Untersuchungen in den Gemeinden konnte man sich nicht dazu entschließen. Stattdessen erklärte eine Synode mit 85 Delegierten am 10. Juli 1919 in der Stadt Ranchi das verwaiste Missionsfeld zu einer selbständigen Evangelisch-lutherischen Gossnerkirche. Dieser Geburtstag vergeht ohne Jubel und Begeisterung, mit mehr Mut als Zuversicht und allerlei Zweifeln, ob diese Sache einen befriedigenden Verlauf nehmen könne. In nüchterner Selbsterkenntnis ist sich jedermann darüber klar, daß es mindestens zwei Unsicherheitsfaktoren gibt: Mangel an führenden Leuten und Mangel an Geld. Dieser Mangel ist ein ständiger Begleiter geblieben und andere Schwierigkeiten sind hinzugekommen. Unbegreiflicherweise ist die Gossnerkirche durch ihre Nöte gewachsen; sie ist reifer geworden.

Der neue

Der neue Staat

1946 wird Indien frei. Es ist und bleibt der Stolz der Gossnerchristen, daß sie 27 Jahre vor der politischen Unabhängigkeit Indiens die kirchliche Autonomie erlangt haben. Zwischen ihnen und der nationalen Bewegung gibt es anfangs kaum Verbindungen. Das ist nicht auf den Einfluß der Europäer zurückzuführen, sondern hat soziale Gründe. Man war jahrhundertlang durch die eigenen Landsleute unterdrückt worden, und die erlittenen Ungerechtigkeiten erzeugten ein Gefühl der Bitterkeit und des Mißtrauens. Diese Situation ändert sich erst, als Mahatma Gandhi die Dörfer in seinen Bann zieht. 1934 kommt er nach Ranchi. Bekanntlich war er kein großer Freund der Missionsarbeit, aber bei diesem Besuch führt er mit mehreren Christen Gespräche. Als er wenige Tage später an einem anderen Ort gebeten wird, eine Hindu-Mission gegen die Christen zu unterstützen, lehnt er überraschend ab und erklärt: Es gäbe zwei Arten von Christen. Die einen wären Sklaven der Missionare und möchten gern ein auskömmliches Leben führen. Die anderen aber - und solche habe er in Ranchi kennengelernt - seien treue, überzeugte Leute, denen man den christlichen Glauben nicht rauben dürfe; die unechten Christen würden von selbst ihren Glauben verlieren.

In der indischen Verfassung wird die Freiheit des Gewissens und der Religion gewährleistet. Doch besonders in den nördlichen Landesteilen gibt es sehr aktive Gruppen, deren politisch-religiöse Agitation in der These gipfelt: Jeder Inder ein Hindu. Ihr Einfluß wächst, und die Christen werden diskriminiert, wenn sie missionieren.

Mission in der Diaspora

Die Gossnerkirche ist ohne Mission und Evangelisation nicht denkbar. So sind die Gemeinden entstanden und so haben sie Zukunft. Das Wachstum der Kirche geschieht nicht aufregend schnell, aber mit gesunder Beständigkeit. Jedes Jahr zählt die Statistik etwa 1.000 Taufen von nichtchristlichen Erwachsenen und 7.000 Taufen von Kindern christlicher Eltern. Die Missionsarbeit hätte größere Erfolgsmeldungen aufzuweisen, wenn für den Bau von neuen Stützpunkten und die Besoldung von mehr Mitarbeitern größere Mittel zur Verfügung ständen.

Die Gossnerkirche besteht aus rund 1.000 Gemeinden, die allerdings nicht ein geschlossenes Siedlungsgebiet bilden. Vielmehr ist die Gossnerkirche eine typische Diasporakirche mit vielen Evangelisationsmöglichkeiten unmittelbar vor der eigenen Haustür. Die Mitgliederzahl beträgt zur Zeit 280.000 - damit ist die Gossnerkirche die zweitgrößte lutherische Kirche in Indien.

Die Verbindungen nach Deutschland sind nach wie vor selbstverständlich. Jedes Jahr informieren sich Besucher aus Indien in Deutschland über die kirchlichen und sozialen Verhältnisse, so daß der Gesichtskreis der Gossnerchristen durch diesen Erfahrungsaustausch sich beständig erweitert. Zu dem 50jährigen Jubiläum das am 10. Oktober 1969 in Ranchi gefeiert wird, haben einige deutsche Landeskirchen Delegierte entsandt.

Aufgaben in einer werdenden Industriegesellschaft

Ein solches Kirchenjubiläum kann nicht nur ein Rückblick sein. Die Männer und Frauen der Gossnerkirche wissen sehr gut, daß viele noch unerledigte Aufgaben noch vor ihnen liegen. Die Mission ihrer Kirche und die Festigung der bestehenden Gemeinden sind unerläßlich. Hinzu kommt, daß ein aktiver Kampf gegen das Elend im Land gerade von den Christen erwartet werden kann. In dieser Hinsicht sind in der Gossnerkirche bereits einige Dinge geschehen: Bau von Krankenstationen, Einrichtung einer Handwerkerschule, Gründung von landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Die Industrialisierung Indiens konzentriert sich dort, wo die Gossnerchristen wohnen. Neue Städte wachsen, alte Traditionen zerbrechen. Ein anderes Indien wächst, in dem ein menschenwürdigeres Leben möglich ist. Die Gossnerkirche möchte um der Menschen willen an der Zukunft mitbauen.

Tauf-Vereinbarung zwischen Katholiken und Protestanten in Österreich
Abkommen über gegenseitige Anerkennung unterzeichnet

epd Wien, 21. Mai 69. Ein Abkommen über die gegenseitige Anerkennung der Taufe wurde jetzt zwischen der evangelischen und der römisch-katholischen Kirche in Österreich geschlossen. Die von Weihbischof Dr. Jakob Weinbacher und Bischof Oskar Sakrausky unterzeichnete Vereinbarung bedeutet, daß es nach dem Übertritt eines österreichischen Christen von der einen zur anderen Kirche keine erneute Taufe (Zweit- oder Konditionaltaufe) geben soll. Im Zweifel sollen sich die Amtsträger beider Kirchen über die Gültigkeit der zuerst vollzogenen Taufe im Einzelfall verständigen. Ähnliche Abmachungen bestehen bereits zwischen den meisten Landeskirchen und Diözesen in der Bundesrepublik Deutschland. (5/70 FS-Voraus 21.5.)

Katholisch getaufte Indios wurden lutherisch konfirmiert

epd Guarita (Brasilien), 21. Mai 69. Der römisch-katholische Episkopat in Brasilien hat sich damit einverstanden erklärt, daß christliche Missionsarbeit im Bereich des Indio-Stammes der Caingang ausschließlich von der rund 750.000 Mitglieder zählenden Evangelischen Kirche Lutherischen Bekenntnisses (EKLB) betrieben wird. Diese Vereinbarung kam zustande, nachdem in dem nahe der argentinischen Grenze liegenden Indio-Reservat von Tenente Portela die ersten zehn Caingangs lutherisch konfirmiert worden waren, obwohl sie wie die meisten Angehörigen ihres Stammes - früher die römisch-katholische Taufe empfangen hatten.

Belgische Protestanten beschließen Kirchenunion

epd Brüssel, 21. Mai 69. Die Methodistische Belgische Kirche und die Protestantisch-Evangelische Kirche von Belgien werden sich im Herbst dieses Jahres zur "Protestantischen Kirche von Belgien" vereinigen. Dieser Beschluß wurde auf einer gemeinsamen Synodaltagung in Brüssel gefaßt. Die Protestantisch-Evangelische Kirche hat 19 flämisch-sprachige und 26 französisch-sprachige Gemeinden mit 15.000 Mitgliedern. Die 16 methodistischen Gemeinden Belgiens zählen insgesamt 2.300 Mitglieder.

Indien hebt Ausweisungsbefehle gegen Missionare vorläufig auf
Stämme protestieren gegen Regierungspolitik

epd London, 21. Mai 69. Die indische Regierung hat die Ausweisungsbefehle gegen vier ausländische christliche Missionare, die bisher in der Provinz Assam arbeiteten, vorläufig aufgehoben. Bei den Missionaren handelt es sich um zwei Spanier, einen Italiener und einen Engländer. Die Aufenthaltsgenehmigungen wurden verlängert, nachdem indische Stämme gegen die Ausweisungspolitik der Regierung protestiert hatten. Erst kürzlich demonstrierten in Shillong, der Hauptstadt von Assam, 15.000 Christen für die Missionare, deren Arbeit im Erziehungs-, Gesundheits- und Fürsorgewesen von der Bevölkerung hoch geschätzt wird. Regierungskreise haben allerdings mitgeteilt, daß die Zurücknahme der Ausweisungsbefehle in diesem einen Fall keine Änderung der grundsätzlichen indischen Politik bedeute, nach der die ausländischen Missionare im nordöstlichen Grenzgebiet des Landes durch Inder ersetzt werden sollen (vgl. epd-ZA Nr. 265 vom 15. November 1968).

Adventisten und Pfingstgemeinden vom Erdbeben betroffen
 Evangelische Gemeinden Italiens verstärken Hilfsaktionen

epd Rom, 20. Januar 68. Von der Erdbebenkatastrophe in Sizilien sind nach letzten Meldungen aus Palermo auch die Gemeinde der Adventisten und die Pfingstgemeinden betroffen. Zur behelfsmäßigen Unterbringung der Obdachlosen haben die Adventisten an Ort und Stelle ein Zeltlager errichtet. Die evangelischen Kirchen von Palermo und Riesi, etwa 90 bzw. 150 km vom Erdbebengebiet entfernt, sind unbeschädigt. Inzwischen haben die evangelischen Gemeinden von Palermo, Agrigent und Riesi weiteres dringend benötigtes Hilfsgerät und vor allem Nahrungsmittel in das Notstandsgebiet entsandt. Von Riesi aus ist bereits der zweite Hilfszug nach Santa Margarita Belice, einem besonders schwer betroffenen Gebiet, unterwegs. Obwohl die Hilfsaktionen der evangelischen Gemeinden sich nur in einem bescheidenen Rahmen bewegen können, sind sie doch um so notwendiger, als die offiziellen staatlichen Maßnahmen in den ersten Tagen nach dem Erdbeben bei weitem nicht ausreichen. Die evangelischen Kirchen in Italien und im Ausland bieten deshalb zunehmend ihre Unterstützung an. Der Bund der Evangelischen Kirchen Italiens prüft zur Zeit Möglichkeiten einer Beteiligung beim Wiederaufbau der zerstörten Städte und Dörfer.

Erzbischof von York befürwortet Herztransplantationen

Aber "Fragen der Ethik nicht außer acht lassen"

epd London, 20. Januar 68. Für die Durchführung von Herztransplantationen hat sich der englische Erzbischof von York, Dr. Donald E. Coggan, ausgesprochen, gleichzeitig aber unterstrichen, daß bei solchen Operationen menschliche Gefühle und die Frage der Ethik nicht außer acht gelassen werden dürften. In einer Stellungnahme zu den jüngsten Herztransplantationen in Südafrika und in den USA sagte Coggan, wissenschaftlicher Fortschritt könne nur durch Forschung und Experimente erzielt werden. Wenn heute Nierentransplantationen erfolgreich seien, wie es in vielen Fällen bewiesen werden konnte, dann sei nicht einzusehen, weshalb nicht auch bei Herztransplantationen Fortschritte gemacht werden sollten. Der Fortschritt der Wissenschaft müsse allerdings Hand in Hand gehen mit größter Sorgfalt auf dem Gebiete der Ethik.

Neues indisches Gesetz gegen Bekehrung Andersgläubiger

epd Cuttack (Indien), 20. Januar 68. Bekehrungsversuche "durch Gewalt, Verführung und Betrug" sind nach einem neuen Gesetz in dem indischen Bundesstaat Orissa künftig untersagt. Für Bekehrungen, die auf diesem Wege angestrebt werden oder zustande gekommen sind, drohen den Verantwortlichen nach dem neuen Gesetz Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr und eine Geldstrafe bis zu 660 Dollar (2.640 DM). Die Strafe wird verdoppelt, wenn es sich bei dem Bekehrten um einen Minderjährigen, eine Frau oder einen Angehörigen der früheren Kaste der "Unberührbaren" handelt.

Methodisten und Waldenser in Italien werden im Frühjahr 1969 in Rom zu ihrer ersten gemeinsamen Synode zusammenkommen. Auf der Tagesordnung stehen Probleme der Evangelisation, der Interpretation der christlichen Botschaft sowie Fragen der Gemeindeverwaltung und des Pfarramtes. Mit dieser Synode wird ein weiterer Schritt zur Einheit der beiden protestantischen Kirchen in Italien getan.
 (epd)

Studenten demonstrieren gegen konfessionelle Lehrerbildung

Protestaktion bei Grundsteinlegung in Münster

epd Münster, 16. Januar 68. Gegen die konfessionelle Lehrerausbildung haben evangelische und katholische Studenten der Pädagogischen Hochschule Münster am Dienstagmorgen anlässlich der Grundsteinlegung für den Neubau der evangelischen Abteilung 2 der Pädagogischen Hochschule Münster protestiert. Sie legten einen Kranz und eine schriftliche Erklärung am Grundstein des Neubaus nieder, in der sie sich für eine simultane Lehrerbildung einsetzen. Auch der Rektor der Pädagogischen Hochschule Westfalen-Lippe, Prof. Dr. Schröder (Bielefeld), äußerte sein Bedauern "trotz der Freude über den seit acht Jahren erwarteten Neubau für die Abteilung Münster 2". Angesichts der sich immer deutlicher abzeichnenden Entwicklung in der Lehrerbildung würden zwei konfessionell verschiedene Abteilungen einer Pädagogischen Hochschule in einer Stadt wahrscheinlich bald ein "Anachronismus" sein. "Es könnte den zweifellos falschen Anschein haben, als soll mit diesem Neubau ein Status zementiert werden, gegen den sehr gewichtige und vernünftige Gründe einzuwenden sind", sagte Schröder. Er gab jedoch zu bedenken, daß in einem gesellschaftspolitischen Kräftespiel, das sich einer freiheitlichen Grundordnung verpflichtet wisse, ein abrupter Übergang vom Alten zum Neuen nicht möglich sei. Staatssekretär Prof. Dr. Lübke (Düsseldorf), der in Vertretung des erkrankten Kultusministers Holthoff die Grundsteinlegung vollzog; kündigte an, daß der Kultusminister in Kürze mit den Fraktionen des nordrhein-westfälischen Landtags Gespräche über eine mögliche Änderung der gesetzlich festgelegten konfessionellen Lehrerbildung zusammenkommen werde. (1/33 FS-Voraus 16.1.)

Hannoversche Landessynode nimmt zum Vietnam-Krieg Stellung

Sonderausschuß soll Entwurf vorlegen / Lebhaftige Debatte

epd Hannover, 16. Januar 68. Die hannoversche Landessynode beschloß am Dienstagvormittag, einen Sonderausschuß zu bilden, der eine Stellungnahme zum Vietnam-Krieg ausarbeiten und der Landessynode noch während ihrer jetzigen Tagung, die bis zum Freitag dauert, vorlegen soll. Mit diesem Beschluß, dem eine mehrstündige lebhaftige Debatte über Recht, Pflicht und Inhalt einer solchen Stellungnahme vorausging, reagierte die Landessynode auf den Offenen Brief, in dem 154 Laien und Pastoren der Landeskirche an die Synode die Bitte gerichtet hatten, sich zum Vietnam-Krieg zu äußern (vgl. epd-ZA Nr. 9 vom 11. Januar).

Mit 36 gegen 24 Stimmen bei mehreren Stimmenthaltungen hatte die Landessynode zu Beginn ihrer Sitzung den Vorschlag des Eingabenausschusses angenommen, über den Offenen Brief zu verhandeln. Als Informationsmaterial wurden den Synodalen zwei Stellungnahmen des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen und die Erklärung der rheinischen Landessynode zum Vietnam-Krieg vom 12. Januar vorgelegt.

Oberlandeskirchenrat Dr. Kurt Schmidt-Clausen sagte, der Offene Brief spiegle "die Unruhe und Betroffenheit" wider, die sich in der Christenheit angesichts dieses "grausamen Konflikts" ausgebreitet habe. Eine verantwortungsbewußte Stellungnahme für den Frieden in Vietnam bedeute, daß man sich nüchtern die Tatsache bewußt gemacht habe, "daß die Welt einfach zu klein wurde, als daß sie sich den Luxus solcher Kriege noch leisten könnte". Landesbischof D. Dr. Hanns Lilje bezeichnete es als Pflicht der Landessynode, "ein helfendes, klärendes, die Gewissen anregendes Wort zu sagen".

Während die Mehrzahl der Sprecher sich für eine Stellungnahme aussprachen, lehnten vor allem die Synodalen Prinz Ernst-August von Hannover (Schulenburg) und Enno-Edzard Janssen (Leer) eine solche Erklärung ab. Sie warfen den Verfassern des Offenen Briefes Einseitigkeit vor. Ernst-August von Hannover nannte es "unwürdig - um nicht zu sagen unverschämt", daß "die Briefschreiber die Glaubwürdigkeit unserer Kirche und unserer Politiker von deren Stellungnahme zum Vietnam-Krieg abhängig machen wollen".

"Unruhe in der Kirche - Spiegel der Revolution in der Welt"

Oberkirchenrat Wilkens zur gegenwärtigen Situation der EKD

epd Mainz, 19. Dezember 67. Die gegenwärtige Situation der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) wird nach Auffassung von Oberkirchenrat Erwin Wilkens (Hannover) durch drei wesentliche Merkmale gekennzeichnet: Durch "die Unruhe, die den deutschen Protestantismus bis auf den Grund erfaßt hat", durch die Gefährdung der Einheit der EKD und durch die Gefahr einer Politisierung der Kirche. Wie der Geschäftsführer der Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD am Montagabend in einem Kommentar des Zweiten Deutschen Fernsehens feststellte, spiegelt sich in der Unruhe innerhalb des deutschen Protestantismus die gegenwärtige Entwicklung der Welt wider, die sich bereits mitten in der Revolution befindet. Für die Kirche komme es darauf an, ob sie zu dem notwendigen Gespräch mit den bestimmenden geistigen Mächten der Zeit in der Lage sei und ob sie helfen könne, das Chaos zu bändigen, das sich "eben auch im Schoße der Revolution bereit hält".

Zur Einheit der EKD in beiden Teilen Deutschlands, "an der wir bis heute unverändert festgehalten haben", sagte Wilkens, sie könne nur vom Wesen kirchlicher Gemeinschaft her, nicht aber mit politischen Forderungen begründet werden. Er rief dazu auf, die Begründung dieser Einheit von den letzten "Resten falscher politischer Untertöne" zu befreien. Die kirchliche Gemeinschaft zwischen Ost und West aus politischen Motiven spalten zu wollen, treffe die Kirche allerdings an einem ihrer empfindlichsten Punkte, nämlich in ihrer Auffassung von der Unabhängigkeit der Kirche vom Staat, die als ein besonderes Erbe des im "Dritten Reich" geführten Kirchenkampfes gelte.

Die Gefahr einer Politisierung der evangelischen Kirche hält Wilkens für geringer, als oft behauptet werde, wengleich auf dem "linken" wie auf dem "rechten" politischen Flügel kirchliche Gruppen bestünden, die zu einer solchen Besorgnis Anlaß gäben. Das Schlagwort von der Politisierung der Kirche werde vor allem von denen gebraucht, die eine kirchliche Unterstützung ihrer eigenen politischen Auffassungen vermißten. Wörtlich sagte Wilkens: "Die Kirche hat überhaupt keine politischen Meinungen im engeren Sinne zu unterstützen. Sie hat vielmehr die sittlichen und menschlichen Bedingungen der Politik zu vertreten. Dabei muß sie in der so komplizierten Welt von heute oft auch sehr konkret werden." Wo das in der rechten Weise geschehe, könne kirchliche Gemeinschaft nicht zerbrechen.

Werden Indiens Christen von ausländischen Hilfsquellen abgeschnitten?

Stephen Mathai: Wir müssen uns im Notfall auch allein helfen können

epd Stuttgart, 19. Dezember 67. Die Christen in Indien müßten sich darauf einrichten, daß der bisherige Zustrom finanzieller Hilfen von europäischen und amerikanischen Bruderkirchen eines Tages durch staatliche Maßnahmen unterbrochen werde. Für diesen Fall gehe es darum, die indischen Kirchen jetzt rasch in die Lage zu versetzen, sich selbst zu erhalten. Das sagte Stephen Mathai aus Neu-Delhi, Direktor des Christlichen Sozialwerks in Indien ("Christian Agency for Social Action", CASA), dieser Tage bei einem Besuch der Hauptgeschäftsstelle des Diakonischen Werkes der EKD in Stuttgart. Ohne auf Einzelheiten möglicher Folgen der in der indischen Öffentlichkeit schon wiederholt geäußerten Kritik am angeblichen Mißbrauch kirchlicher Nothilfeaktionen für Zwecke der christlichen Mission einzugehen, betonte Mathai, daß der Nationale Christenrat Indiens neben der Fortsetzung landwirtschaftlicher Entwicklungsprogramme vor allem an der Errichtung von technischen Ausbildungsstätten und Musterbetrieben interessiert sei, um Arbeitslosigkeit und Slum-Elend bekämpfen zu können.

Nr. 270

Freitag, 24. November 1967

Entwicklungshilfe in ökumenischer Zusammenarbeit

Gäste aus Genf bei Informationstagung in Bonn

epd Bonn, 24. November 67. Der Ökumenische Rat der Kirchen in Genf und die Hilfsorganisationen der evangelischen Kirchen in der Bundesrepublik werden künftig die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe noch weiter verbessern. Zu diesem Zweck soll der Kontakt zwischen Genf und den deutschen Stellen durch regelmäßige Konferenzen mit den Gebietssekretären des Ökumenischen Rates verstärkt werden.

Dieser Beschluß wurde am Donnerstag auf einer Informationstagung in Bonn gefaßt, an der Vertreter der Abteilung für Zwischenkirchliche Hilfe, Flüchtlings- und Weltdienst beim Ökumenischen Rat und mehrere ihrer Gebietssekretäre sowie die Vorstände, Mitglieder und Mitarbeiter der Evangelischen Zentralstelle für Entwicklungshilfe in Bonn und Vertreter von "Brot für die Welt" und "Dienste in Übersee" teilnahmen. Bei der Begegnung wurde auch über weitere gemeinsame Programme und über die Möglichkeit beraten, durch die Errichtung von Außenposten in den Entwicklungsländern zur Beratung der Projektträger ein geeignetes Vorfeld für die Entwicklungsarbeit der Kirchen zu schaffen.

"Ein neuer Zweig ökumenischer Diakonie"

Die deutschen Teilnehmer unterrichteten die Gäste aus Genf ferner über die Arbeit und die Leistungen der Bundesrepublik auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe im allgemeinen, vor allem aber über die Anstrengungen der evangelischen und der katholischen Kirche. Insbesondere wurde die Tätigkeit der beiden kirchlichen Zentralstellen "Brot für die Welt" und "Misereor" gewürdigt.

Bei einem Empfang am Amtssitz des Bevollmächtigten der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der Bundesregierung legte Bischof D. Hermann Kunst den Genfer Gästen dar, unter welchen Umständen die Arbeit der Kirche auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe in der Bundesrepublik begründet wurde und wie sie sich entwickelt hat. Kunst versicherte, daß die anfänglichen innerkirchlichen Schwierigkeiten überwunden werden konnten. Die Entwicklungshilfe sei heute als eine legitime kirchliche Aufgabe anerkannt und könne als "ein neuer Zweig ökumenischer Diakonie" betrachtet werden.

Ende November 1967 berichtete der Evangelische Pressedienst aus Bonn den lapidaren Satz von Bischof D. Kunst anlässlich einer Informationskonferenz mit Mitarbeitern des Oekumenischen Rats in Genf: Die Entwicklungshilfe sei heute als eine legitime kirchliche Aufgabe anerkannt und könne als "ein neuer Zweig oekumenischer Diakonie bezeichnet werden". Ganz offenkundig sind die letzten Worte authentisch gesagt und zitiert.

Ihnen ist strikt und nachdrücklich zu widersprechen. Hier waltet eine typische unheilvolle Vermengung der beiden Reiche vor, die zu unterscheiden wir von unserem Reformator gelernt haben sollten - soviel Mißbrauch auch mit dieser Lehre getrieben werden mag. Gerade weil Bischof Kunst der "Evangelischen Zentralstelle für Entwicklungshilfe" vorsteht, die staatliche Steuergelder für kirchliche Hilfsaufgaben an und in "der Dritten Welt" verwaltet, sollte er sich der Verwirrung der Begriffe nicht schuldig machen. Dabei soll die Problematik der Zentralstelle in diesem kritischen Einspruch nicht ausführlich erörtert werden.

D. Kunst kann es in Hunderten von Reden und Aufsätzen nachlesen, daß die staatliche Entwicklungshilfe - nicht von ungefähr heißt das "Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit" abgekürzt weithin das "Entwicklungsministerium" - humanitäre und politische, soziale und wirtschaftliche Zielsetzungen verfolgt. Das wird offen ausgesprochen, und das darf auch geschehen, weil es sich um ein staatliches Instrument im Raum des Gesetzes, des Zwanges und eben politischer Notwendigkeiten handelt.

Die oekumenische Diakonie der Christenheit ist grundsätzlich frei von solchen Zielsetzungen. Diese würden sie korrumpieren. Sie würde dann diejenigen, denen sie helfen und dienen will, nicht mehr zu Dank und Lobpreis des Vaters im Himmel bewegen. Zweckhaftigkeit, so verdeckt sie sein mag, würde früher oder später durchsichtig werden, den "süßen Geruch der Liebe Christi" hinwegnehmen und den Gestank absichtsvoller Aktionen zum Nutzen dessen, der diese Entwicklungshilfe gewährt, im Empfinden der Beschenkten verwandeln.

Welche Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen der Entwicklungshilfe der Staaten und Völker und der weltweiten Diakonie der Kirchen bestehen, kann und soll hier nicht behandelt werden. Aber Einspruch muß erfolgen, wenn die Christenheit eine ihrer zentralen Dienstanweisungen heute verwirrt und schillernd gemacht wird, indem sie für etwas mitverantwortlich gemacht wird, was sich nach ganz anderen Gesetzen vollzieht als nach den dem Volk Gottes gegebenen.

US-Botschafter: Böswillige Erfindungen

Angriffe gegen die christliche Mission in Indien zurückgewiesen

epd Neu Delhi, 23. Oktober 67. Als "böswillige Erfindungen" hat der US-Botschafter in Neu Delhi, Chester Bowles, die immer häufigeren und heftigeren Beschuldigungen gegen ausländische Missionare in Indien zurückgewiesen. Noch kürzlich war behauptet worden, Agenten des amerikanischen Geheimdienstes seien als Missionare getarnt nach Indien geschickt worden. Außerdem würde die Bevölkerung mit Hilfsangeboten zur Bekehrung verlockt. Der US-Botschafter bezeichnete diese Kritik als den Versuch gewisser Kreise in Indien, die Zusammenarbeit mit den USA und den christlichen Hilfswerken zu untergraben. Bowles würdigte in diesem Zusammenhang die koordinierten Hilfsaktionen des Ökumenischen Rates, der katholischen Hilfswerke und der amerikanischen Care-Organisationen in den indischen Hungergebieten.

Großbritannien: Morallehre statt Religionsunterricht?

Britische Humanistische Gesellschaft startete eine Werbekampagne

epd London, 23. Oktober 67. Neue Angriffe gegen den Religionsunterricht in öffentlichen oder mit öffentlichen Mitteln finanzierten Schulen hat die Britische Humanistische Gesellschaft im Rahmen einer am Wochenende eröffneten Werbewoche gestartet. In einer Flugschrift wird gefordert, statt des Religionsunterrichts an diesen Schulen eine Unterweisung in den Grundsätzen der Moral zu erteilen. Die Bekehrung der Kinder zum Christentum könne nicht Aufgabe von Schulen sein, die aus Steuermitteln finanziert würden, heißt es in der Broschüre. Der christliche Glaube werde im Religionsunterricht so dargestellt, als ob es auch die Autorität der Schule erfordere, ihn anzunehmen. Der Zwiespalt zwischen dieser Lehre und ihrer Verleugnung durch die meisten Eltern führe die Schüler in schädliche Konflikte. - Mit 50 größeren Veranstaltungen in allen Teilen Großbritanniens will die Britische Humanistische Union in ihrer Werbewoche versuchen, 6.000 neue Mitglieder zu gewinnen.

Kirche soll entlassenen Gefangenen mehr als bisher helfen

Ausschuß anglikanischer Gefängnisseelsorger legt Denkschrift vor

epd London, 23. Oktober 67. Der Ausschuß der Gefängnisgeistlichen der Kirche von England hat in einer Denkschrift "Der Gefangene und die Kirche", die der anglikanischen Kirchenversammlung bei ihrer nächsten Sitzung vorgelegt werden soll, zu einer intensiveren Betreuung entlassener Strafgefangener aufgefordert. Jeder Strafgefangene habe ein Anrecht darauf, daß die Kirche sich um ihn kümmere, heißt es in dem Memorandum. Für die Bewährungshilfe und die Betreuung entlassener Strafgefangener würden dringend Mitarbeiter gesucht. Um den Gefangenen den Weg zurück in die Gesellschaft zu erleichtern, müsse ferner für die richtige Unterbringung gesorgt werden. In der Denkschrift wird auf ein Beispiel in Bristol hingewiesen, wo junge Menschen zwei Häuser gekauft haben, um entlassene Strafgefangene aufzunehmen. Eines dieser Häuser wird von der Kirche geleitet.

50 Jahre Sigtuna-Stiftung in Schweden

epd Stockholm, 23. Oktober 67. Die Sigtuna-Stiftung in Schweden, eine Vorläuferin der Evangelischen Akademien, kann jetzt auf ihr 50jähriges Bestehen zurückblicken. Bei ihrer Gründung hatten bedeutende Persönlichkeiten aus der damaligen volkskirchlichen Bewegung in Schweden mitgewirkt, darunter die Bischöfe Eklund, Billing und Björkquist sowie Erzbischof Nathan Söderblom.

Einge

23. OKT. 1967

Bladgt:.....

Bischof Scharf 65 Jahre

epd Berlin, 17. Oktober. D. Kurt Scharf, Bischof der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg und stellvertretender Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, begeht am 21. Oktober seinen 65. Geburtstag. Nach dem Theologiestudium in Tübingen, Jena, Halle und Berlin wurde er 1928 zunächst Hilfsprediger im Aluminium-Lautawerk, wo er frühzeitig mit den sozialen Problemen der Industriearbeiterschaft konfrontiert wurde, und übernahm noch 1928 eine Pfarrstelle in Friesack/Brandenburg. 1933 wurde er zum Pfarrer der Gemeinde Sachsenhausen berufen. Schon früh gehörte Scharf zur Bekennenden Kirche. Mit dem nationalsozialistischen Regime geriet Scharf bald in Konflikt. Siebenmal nahm ihn die Gestapo für kürzere oder längere Zeit in "Schutzhaft"; insgesamt zwölf Ermittlungsverfahren wurden während des Dritten Reiches gegen ihn eingeleitet. Unentwegt setzte er sich für politische Gefangene, Internierte und deren Angehörige ein.

1938 wurde er schließlich von seinem Amt suspendiert, sein Gehalt wurde ihm entzogen. Trotzdem diente er seiner Gemeinde heimlich weiter, wiewohl ihm von der Gestapo ein Rede- und Schreibverbot auferlegt worden war. Im Jahre 1941 wurde Scharf zur Wehrmacht eingezogen, 1945 geriet er als Obergefreiter in Italien in amerikanische Kriegsgefangenschaft, aus der er im Herbst 1945 entlassen wurde. Unmittelbar nach seiner Rückkehr wurde er zum Propst und geistlichen Leiter der Abteilung Brandenburg in das Evangelische Konsistorium Berlin-Brandenburg berufen.

Von 1957 bis 1960 hatte D. Scharf das Amt des Vorsitzenden des Rates der EKV inne; von Februar 1961 bis März 1967 war er Vorsitzender des Rates der EKD.

Am 24. August 1961, wenige Tage nach der Errichtung der Berliner Mauer, berief die Evangelische Kirchenleitung Berlin-Brandenburg Präses Scharf, der bereits 1951 seinen Wohnsitz von West- nach Ost-Berlin verlegt hatte, zum Verweser des Bischofsamtes im östlichen Kirchengebiet, das Bischof Dibelius nicht mehr besuchen durfte. Am 31. August 1961 wurde Scharf an der Sektorengrenze die Rückkehr nach Ost-Berlin verweigert - praktisch ist er seither ausgewiesen. Am 15. Februar 1966 wurde er als Nachfolger von Bischof Dibelius zum neuen Bischof von Berlin-Brandenburg gewählt.

Im ökumenischen Bereich ist Scharf am stärksten mit dem von ihm mitbegründeten Nordisch-Deutschen Kirchenkonvent, der Konferenz Europäischer Kirchen, der Vereinigten Kirche von Südafrika sowie dem Nationalen Christenrat in Japan verbunden. Hinzu kommen zahlreiche Begegnungen mit Christen aus aller Welt und allen Konfessionen. 1961 hat Scharf an der 3. Vollversammlung des Ökumenischen Rates in Neu Delhi teilgenommen und die aus Vertretern der Kirche aus beiden Teilen Deutschlands bestehende Delegation geleitet. Anschließend besuchte er die Goßner-Kirche in Indien (er ist Präsident der Goßner-Missions-Gesellschaft). Außerdem besuchte er 1965 Japan und Korea, 1966 Mexiko, wo er u. a. in seiner Eigenschaft als Vizepräsident des Weltbundes der Bibelgesellschaften an der Tagung des Weltbundes der Bibelgesellschaften teilnahm. Im Dezember 1966 stattete er dem Patriarchen von Konstantinopel, dem geistlichen Oberhaupt der Orthodoxen Kirche, in Istanbul einen Besuch ab. Im Juli 1967 nahm er an der Konferenz des "Weltrates für christliche Erziehung" in Nairobi teil.

1952 verlieh ihm die Theologische Fakultät der Ost-Berliner Humboldt-Universität die Würde eines Ehrendoktors der Theologie. Die gleiche Ehrung wurde ihm 1966 durch das Eden Theological Seminary in St. Louis zuteil.

Scharf gilt heute als einer der bedeutendsten Männer der Evangelischen Kirche in Deutschland. Von Jugend an ist er kompromißlos für die Geltung des Evangeliums eingetreten. Seinen besonderen Auftrag hat er schon früh in der dienenden Liebe am Nächsten und an der Gemeinde, im Eintreten für Unterdrückte und im Dienst der Versöhnung gesehen. Diesem Auftrag ist er bis heute treu geblieben.

23. OKT. 1967

Erläutert:.....

Gemeindezentrum der Dänischen Kirche eingeweiht

epd Berlin, 17. Oktober. Ein neues Gemeindezentrum der Dänischen Evangelischen Gemeinde in Berlin wurde am Sonntagvormittag vom Präsidenten der Dänischen Kirche im Ausland (Dansk Kirke i Udlandet), Bischof Fuglsang-Damgaard, seiner Bestimmung übergeben.

Der moderne Flachbau, der nach Plänen des Mannheimer Architekten Roland Unold in der Nähe des Fehrbelliner Platzes in der Brienner Straße 12 errichtet wurde, besteht aus einem etwa 120 Plätze fassenden Kirchsaal und einem geräumigen Foyer mit einer Bibliothek, das vor allem als Begegnungsstätte für junge Dänen und Deutsche dienen soll. Außerdem gehören Wohnungen für den Pfarrer und Küster sowie vier vermietbare Einzelappartements zum neuen Zentrum. Die alte Kirche der Dänischen Gemeinde, die bereits 1928 in der Stresemannstraße eingeweiht wurde und renovierungsbedürftig war, wurde mit Grundstück verkauft und mußte dem Neubau eines Postscheckamtes weichen.

Gleichzeitig mit der Einweihung des neuen Gemeindezentrums wurde der bisherige Pfarrer Hans Olav Refshauge verabschiedet. Er wird demnächst wieder eine Gemeinde in Dänemark übernehmen.

Zur dänischen Gemeinde gehören etwa 225 dänische Familien in West- und 60 Familien in Ost-Berlin. Pfarrer Refshauge betreute ferner die Dänischen Gemeinden in Bonn, Düsseldorf und Frankfurt/M. und hielt hier alle zwei Monate Gottesdienste. In Ost-Berlin werden regelmäßig alle 14 Tage Gottesdienste abgehalten.

EKD gründet ein "Haus der evangelischen Publizistik"

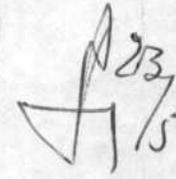
Zusammenführung der Presse-, Rundfunk-, Fernseh- und Filmarbeit

epd Berlin, 17. Oktober. Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland hat im Rahmen des Haushalts der EKD für 1968 Mittel für ein "Haus der evangelischen Publizistik" zur Verfügung gestellt, das in Frankfurt am Main entstehen und alle wichtigen publizistischen Einrichtungen überlandeskirchlicher Art aufnehmen soll.

Als Zwischenlösung sollen ab 1. Juli 1968 Räume in Frankfurt gemietet werden, in denen der Evangelische Presseverband für Deutschland mit dem Evangelischen Pressedienst (epd), das Gemeinschaftswerk der Evangelischen Presse sowie die Zentralen der evangelischen Rundfunk-, Fernseh- und Filmarbeit untergebracht werden. Es ist beabsichtigt, zu einem späteren Zeitpunkt weitere publizistische Institutionen ebenfalls dorthin zu verlegen.

Die bisherige Struktur und Arbeitsweise der publizistischen Einrichtungen der Evangelischen Kirche in Deutschland bleiben unverändert. Durch die räumliche Zusammenführung sollen Zusammenarbeit und gegenseitige Beratung verbessert werden.

P. Seeberg: Wissen für was das ist?

NEIN 

epd ZA Nr. 112 vom 19. Mai 1967

Büromaschinen sollen Pfarrer entlasten

Tagung über "Rationalisierung der Gemeindegarbeit" in Mülheim

epd Mülheim (Ruhr), 19. Mai 67. Die letzte Woche im Monat sollte in den evangelischen Kirchengemeinden von allen Veranstaltungen frei bleiben, um dadurch Zeit zu gewinnen "für die theologische Arbeit des Pfarrers, für seine persönliche Regenerierung und für missionarische Seelsorge", heißt es in einer Erklärung, die von mehr als 70 evangelischen Pfarrern, Kirchmeistern und Gemeindeamtsleitern auf einer Tagung des Volksmissionarischen Amtes der rheinischen Kirche im "Haus der Begegnung" in Mülheim (Ruhr) beschlossen wurde. Die Tagung stand unter dem Thema "Rationalisierung der Gemeindegarbeit". Die Tagungsteilnehmer forderten ferner die Anschaffung zeitsparender Büromaschinen für die Gemeinde- und Pfarrämter und die Entlastung des Pfarrers von technischer Verwaltungsarbeit. Die Pfarrfrau sollte "in erster Linie die Ehefrau des Pastors und nicht eine billige oder gar unbezahlte Arbeitskraft der Gemeinde" sein, heißt es in einer weiteren EntschlieÙung. Ordinationsgelübde und Pfarrerdienstsanweisung sollten daraufhin geprüft werden, ob die Überforderung durch einen Pflichtenkatalog nicht zur Unehrllichkeit verführe. Die EntschlieÙungen der Tagung werden den leitenden Gremien der Evangelischen Kirche im Rheinland zugleitet.

LWB-Stipendiaten berichten über ökumenische Erfahrungen

Tagung in Frankfurt / Vorschläge für Einsatz in den Landeskirchen

epd Frankfurt/Main, 19. Mai 67. "Ökumenische Erfahrung - wie wirkt sie sich daheim aus?" lautete das Thema einer Tagung ehemaliger deutscher Stipendiaten des Lutherischen Weltbundes in Frankfurt, an der 35 Pfarrer, Pädagogen, Psychologen, Dozenten, Juristen, Volkswirte und Gemeindegelferinnen teilnahmen. Die Studienaufenthalte der Stipendiaten in den USA, in Tansania und Indien betragen drei Monate im Austauschprogramm der Abteilung Weltdienst und ein bis zwei Jahre im Programm der theologischen Abteilung des Lutherischen Weltbundes. Unter der Leitung von Oberkirchenrat Gottfried Klapper (Hannover) und Kirchenrat Dr. Ernst Eberhard (Stuttgart) suchten die "Ehemaligen" gemeinsam nach Wegen, ihre ökumenische Erfahrung für die kirchliche Arbeit in der Heimat fruchtbar zu machen. Der Präsident der Kirchenkanzlei der EKD, Walter Hammer (Hannover), bezeichnete es als das Besondere dieses Austausches, daß jeder Teilnehmer "Lehrling und Botschafter" zugleich sei. Als Ergebnis der Diskussion wurden den Landeskirchen Vorschläge für einen gezielten Einsatz der ehemaligen Stipendiaten unterbreitet. Dem Lutherischen Weltbund in Genf wurden ferner Empfehlungen zur Verbesserung der Programme vorgelegt.

56.800 DM Studienbeihilfen für Indien und Afrika

C.V.J.M. ?

epd Kassel, 19. Mai 67. Die "Ausbildungshilfe für junge Christen in Asien und Afrika e.V." in Kassel hat im Jahre 1966 Studienbeihilfen in Höhe von 56.800 DM an insgesamt 370 christliche Studenten und Kinder kirchlicher Mitarbeiter in Übersee verteilt. Das geht aus einer jetzt veröffentlichten Statistik der Ausbildungshilfe hervor. 32.000 DM wurden nach Indien, 15.000 DM nach Kamerun und 9.800 DM nach Hongkong überwiesen. Der größte Teil der Gelder stammt aus Spenden von Kirchengemeinden und Einzelpersonen. Mit der Ausbildungshilfe ist eine Altennothilfe verbunden, die für solche kirchlichen Mitarbeiter in Indien bestimmt ist, die keinerlei Altersversorgung erhalten. Aus diesem Fond konnten weitere 4.000 DM zur Verfügung gestellt werden.

P. Secking

Apartheids-Politik in Südafrika nicht biblisch begründbar

Lutherische Theologen gegen "ständig wachsende Quelle des Elends"

epd Umpumulo (Natal), 12. Mai 67. Die Apartheids-Politik der Regierung der Südafrikanischen Union hat eine Konferenz lutherischer Pfarrer aus allen Mitgliedskirchen des "Bundes Evangelisch-Lutherischer Kirchen im Südlichen Afrika" (FELCSA) als "unbiblisch" verworfen. Die Stellungnahme der Konferenz, zu der insgesamt 70 Geistliche im Lutherischen Theologischen Kolleg in Umpumulo (Natal) zusammengekommen waren, ist um so beachtenswerter, als sich die lutherischen Kirchen in Südafrika bisher in Stellungnahmen zur Regierungspolitik im Gegensatz zu den Anglikanern, Methodisten und Katholiken stets sehr zurückhielten.

In der Erklärung wird ausdrücklich betont, daß "in ihrer praktischen Durchführung die Politik der getrennten Entwicklung die Menschenrechte der nicht-weißen Bevölkerung einschränkt". Da in Südafrika im Zuge dieser Politik besondere Staaten, Städte und Institutionen für Afrikaner und Asiaten entstehen, befindet sich das Land in einem Zustand umfassender sozialer Umstrukturierung, der eine "tiefe und ständig wachsende Quelle des Elends für die nicht-weißen Gemeinschaften darstellt". Die Nöte, die den Nicht-Weißen auferlegt würden, heißt es in der Erklärung, "lasten auf dem Gewissen der weißen Christen".

Unter Bezugnahme auf Luthers Lehre von den zwei Reichen betont die Konferenz die "aktive und verantwortliche Aufgabe der Kirche gegenüber Staat und Gesellschaft". Wörtlich heißt es in der Erklärung: "Die Kirche soll sich der weltlichen Regierung widersetzen, wenn offensichtliche Ungerechtigkeiten begangen worden sind. Als wir die Politik der getrennten Entwicklung näher untersuchten, wurde uns klar, daß hier große praktische Schwierigkeiten entgegenstehen. Falls die Bantustans auf gerechter Basis errichtet werden sollen, würde es von der weißen Bevölkerung im Blick auf die Übergabe von Land, Kapital und Industrie ein solches großes Opfer erfordern, das realistisch nicht erwartet werden kann. In der Praxis würde das bedeuten, daß die sich selbst regierenden Gebiete nicht fähig würden, die Probleme der Knappheit an Land, der Überbevölkerung, Arbeitslosigkeit und einer unrationellen Landwirtschaft zu lösen... Auch nach der Errichtung der Bantustans wird es Millionen von Nicht-Weißen in weißen Gebieten geben, und diesen Menschen würde eine aktive Teilnahme an der Regierung der Gebiete, in denen sie leben und arbeiten müssen, verweigert werden."

Ferner müsse die Tatsache beachtet werden, daß die ganze Politik der getrennten Entwicklung konzipiert und beschlossen worden sei, ohne vorher mit den betroffenen Menschen zu sprechen. "In ihrer praktischen Durchführung schränkt die Politik der getrennten Entwicklung die Menschenrechte der nicht-weißen Bürger ein: Das Arbeitsrecht, das Recht zu bauen, das Recht auf Eigentum, das Recht der freien und uneingeschränkten Erziehung, das Recht auf Redefreiheit und das Recht der aktiven Teilnahme am politischen und sozialen Leben. Aus diesem Grunde lehnen wir die Politik der getrennten Entwicklung ab." Die entscheidende Gefahr der Apartheids-Politik liege jedoch nicht in der praktischen Durchführung, sondern in ihrer ideologischen Orientierung und Motivierung: "Die Verteidiger dieser Politik erheben Anspruch auf biblische Begründung ihres Programms und das Recht, sie als christliche Politik ausgeben zu können. Wir finden keine Begründung für eine solche Lehre in der Heiligen Schrift."

In einem Schuldbekenntnis verweisen die Verfasser der Erklärung auf die Uneinigkeit der Kirchen, die bisher ein einheitliches Zeugnis verhindert habe. Da die Kirche "nicht schweigen und sich ihres sozialen und politischen Zeugnisses nicht enthalten" könne, fordern die Konferenzteilnehmer die FELCSA, ihre Pastoren und Gemeinden auf, "aktive Schritte" zu unternehmen, um zu einer größeren Einigkeit in Ziel und Zeugnis zu gelangen.

Ein
16. MAI 1967
D. d.:

- 4
J. J. J. J.
J. J. J. J.

Wachsender Widerstand gegen den Zölibat in den Niederlanden
Katholische Studenten fordern Zulassung verheirateter Priester

epd Amsterdam, 9. Mai 67. Der Zölibatszwang, der die römisch-katholischen Geistlichen zur Ehelosigkeit verpflichtet, wird von holländischen Katholiken immer schärfer kritisiert. Die Union der Katholischen Studenten in den Niederlanden hat auf einer Tagung in Amsterdam beschlossen, noch in diesem Jahr bei dem zuständigen Bischof von Haarlem, Msgr. Zwartkruis, die Zulassung verheirateter Mitglieder der Amsterdamer Studentengemeinde zum Priesteramt und zum Dienst unter den Studenten zu beantragen. Die Studenten sind der Ansicht, daß in einer Großstadt-Studentengemeinde verheiratete Priester eingesetzt werden sollten, weil sie im Gegensatz zum unverheirateten Studentenseelsorger wirklich Teil der Gemeinde sein könnten.

Erst vor etwa zwei Wochen hatte eine Kommission von neun führenden holländischen Priestern aus verschiedenen Bistümern in dem offiziellen Organ des katholischen Klerus in den Niederlanden zur Frage des Zölibats Stellung genommen und dabei eine schnelle Entscheidung über die Zulassung von verheirateten Geistlichen in der holländischen Kirchenprovinz gefordert. Schon im Oktober vergangenen Jahres hatte diese Kommission den holländischen Bischöfen eine von 1.722 Geistlichen unterzeichnete Eingabe vorgelegt, in der sie für die Abschaffung des Zölibatszwanges eintrat. Die theologische Begründung des Zölibats werde heute immer mehr angezweifelt, hieß es in dieser Eingabe. Außerdem mache die zunehmende Sorge um den Priesternachwuchs eine Überprüfung der Zölibatsfrage erforderlich.

Guineas Kirchen sollen "afrikanisiert" werden
Ausweisung aller ausländischen Missionare angedroht

Typisch!

epd Conakry (Guinea), 9. Mai 67. Im Zuge der radikalen "Afrikanisierung" seines Landes hat der Präsident der westafrikanischen Republik Guinea, Sekou Touré, eine Ausweisung aller ausländischen Missionare und kirchlichen Mitarbeiter zum 1. Juni 1967 angedroht. In einer Ansprache über Radio Conakry forderte er die unverzügliche Ablösung dieser Ausländer durch einheimische Theologen, Diakone und Hilfsgeistliche. Touré kündigte an, alle Missionare usw., die Ende Mai noch in ihren jetzigen Ämtern tätig seien, würden "zur Grenze begleitet" werden, um in ein anderes Land ihrer Wahl auszureisen. Als erste Folge dieser Ankündigung wurden die römisch-katholischen Geistlichen ausländischer Herkunft vorübergehend unter Hausarrest gestellt; inzwischen ist diese Maßnahme gelockert und durch das Verbot ersetzt worden, den jeweiligen Pfarr- oder Amtsbezirk zu verlassen.

In Guinea gibt es schätzungsweise 40.000 Christen, darunter etwa 5.000 Protestanten. Sekou Touré hatte die Kirchen schon 1961 aufgefordert, ihre Geistlichkeit zu afrikanisieren; dieser Hinweis war jedoch weithin wenig beachtet worden. Deshalb seien inzwischen weitere ausländische Geistliche ins Land gekommen, behauptete der Staatspräsident, "als ob Afrikaner unfähig wären, die Verantwortung für die Leitung und Organisation einer Kirche von Guinea zu übernehmen".

Kirchen wollen Hungersnot in Äthiopien bekämpfen

epd Genf, 9. Mai 67. Die Zentrale des Ökumenischen Rates der Kirchen in Genf hat an kirchliche Stellen in Addis Abeba eine dringende Aufforderung gerichtet, die Hungersnot in dem schwer zugänglichen Gebirgsland im Norden Äthiopiens zu untersuchen. Nach den beim Ökumenischen Rat vorliegenden Berichten sollen bereits Tausende von Dorfbewohnern in diesen Gegenden entweder infolge Hungers oder an Schwarzwasserfieber gestorben sein.

16. MAI 1967

Prof. Vogel: Vietnam-Krieg ist ein AnachronismusBuddhistischer Mönch bei der Jahrestagung des "Versöhnungsbundes"

epd Zweibrücken (Pfalz), 9. Mai 67. "Der Vietnam-Krieg ist ein Anachronismus, denn der Krieg hat im technischen Zeitalter der Atomkraft aufgehört, ein Mittel zur Lösung internationaler Streitigkeiten zu sein", erklärte der Berliner Theologe Prof. D. Heinrich Vogel, Mitglied der Synode der EKD, in einem Referat über "Die Verantwortung des Menschen für den Frieden der Menschheit" auf der Jahrestagung des Deutschen Versöhnungsbundes, die am Sonntag in Zweibrücken zu Ende ging. Vogel forderte als erste praktische Maßnahme zur Sicherung des Friedens in der Welt "ein radikales, eindeutiges und unbedingtes Nein" zu den modernen Massenvernichtungsmitteln und betonte, es gebe auch in der wissenschaftlichen Forschung ethische Grenzen: "Wir werden es entweder lernen, nicht alle unsere Möglichkeiten zu realisieren, oder wir werden alle miteinander untergehen!"

Über die Lage in Vietnam berichtete auf der Jahresversammlung der buddhistische Mönch Thich Nath Hanh (Saigon), einer der Führer der Vereinigten Buddhistischen Glaubensgemeinschaft Vietnams. Er betonte, daß er und seine Freunde nicht zu den Kommunisten gehörten, trat jedoch für eine sofortige Beendigung der amerikanischen Bombenangriffe ein, deren Ausmaß bereits die Wirkung mehrerer Hiroshima-Bomben überschreite. Nach Mitteilung Nath Hanhs gibt es monatlich in Vietnam 2.000 neue Kriegswaisen, und die meisten Toten sind unschuldige Bauern. "Das Leben in unserem Lande ist mehr als elend geworden."

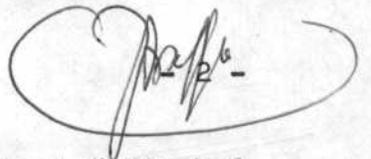
In sieben Thesen zur Friedensfrage forderte der katholische Professor Dr. Walter Rest (München), in der modernen Zeit müsse von den Christen der "Primat der Versöhnung" gegenüber allen Rechtsansprüchen vorgelebt werden. Auf diesem Primat basiere das eigentliche Engagement des Christen für den Frieden. "Wir Katholiken haben in der Ost-Denkschrift der EKD ein Zeichen gesehen, das uns tief beschämt hat." Das Friedensproblem nannte Rest in erster Linie ein wissenschaftlich-technisches Projekt. Von seiner Lösung hänge es ab, ob die Menschheit noch eine Zukunft habe. - Wolfgang Sternstein (Frankfurt) entwarf vor der Jahresversammlung das Bild einer "gewaltfreien zivilen Verteidigung" als konstruktive Alternative zur militärischen Landesverteidigung im Sinne eines "Einsatzes der ganzen Seelenkraft gegen den Willen des Tyrannen".

Die Jahresversammlung sandte ein Telegramm an den Rektor der Bonner Universität, in dem sie diesen unter Hinweis auf die Vertreibung Karl Barths von der Bonner Universität im Dritten Reich dringend bat, das kürzlich erlassene Rede- und Versammlungsverbot für Klara Maria Fassbinder aufzuheben.

In einer Entschließung betont der Versöhnungsbund, daß "das ungelöste Problem des Hungers und der mangelnde soziale Ausgleich zwischen reichen und armen Völkern" sowie die "Fortsetzung des Mordens in Vietnam" die ernstesten Bedrohungen des Weltfriedens darstellen. Gleichzeitig tritt der Bund für die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz, die "Respektierung der Eigenstaatlichkeit der DDR" sowie die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie ein und fordert, die Bundesrepublik möge den Abschluß eines Vertrages über die Nichtweitergabe von Atomwaffen nicht hemmen, sondern fördern.

"Unabhängige" Regierung als Ausweg in Vietnam?

In der Bildung einer unabhängigen und pazifistischen Regierung, die das "als Instrument der Amerikaner bekannte" Regime des Generals Ky ablöst und mit der "Nationalen Befreiungsfront" (Vietkong) in Friedensverhandlungen eintritt, sieht der buddhistische Mönch Prof. Thich Nath Hanh (Saigon) einen Ausweg aus dem Dilemma des Vietnam-Konfliktes. Vor der evangelischen Studentengemeinde in Düsseldorf meinte Nath Hanh, das Vietnam-Problem könne militärisch nicht mehr gelöst werden. Die USA könnten den Krieg nie gewinnen, weil eine Niederlage der "Befreiungsfront" und Nordvietnams das Prestige des ganzen kommunistischen Blocks in Frage stelle. Andererseits könne es sich Amerika nicht leisten, diesen Krieg zu verlieren. So bleibe nur eine "dritte Kraft", eine neue Regierung in Saigon, die beiden Seiten ermöglichen müsse, ihr Gesicht zu wahren. Der Mönch behauptete, erst durch die Anwesenheit der US-Truppen sei der Kommunismus in Südvietnam angewachsen.



Sprengel-Einteilung Hauptschwierigkeit für eine "nordelbische" Kirche?

Hamburger Bischof bedauert Stillstand in den Verhandlungen

epd Hamburg, 15. April 67. Sein Bedauern über die augenblickliche Stagnation der seit zehn Jahren laufenden Verhandlungen zwischen den vier evangelischen Landeskirchen in den Bundesländern Schleswig-Holstein und Hamburg um die Bildung einer vereinigten "Nordelbischen Kirche" hat der hamburgische Bischof D. Hans-Otto Wölber am Freitag auf einem Gemeindeabend ausgedrückt. Er meinte, daß man die Nordelbien-Debatte angesichts ihrer langen Dauer "gelegentlich als grotesk" empfinden müsse. Es sei dringend notwendig, die Verhandlungen zu "entmythologisieren" und deutlich zu machen, daß es nicht um ein kirchliches Raumordnungsprogramm gehe, sondern um "die gebotene Chance, ein missionarisch-dynamisches Kirchenwesen zu entwickeln". Wölber bestritt, daß es in diesen Fragen eine "betonierte Hamburger Sicht" gebe und betonte: "Wir sagen ja zu Nordelbien."

Nach den Worten des hamburgischen Bischofs bestehen unterschiedliche Auffassungen zwischen den Landeskirchen von Schleswig-Holstein, Hamburg, Lübeck und Eutin vor allem noch über die Zahl der Bischofssprengel im nordelbischen Raum. Seiner Ansicht nach sollten höchstens vier Sprengel gebildet werden, die man notfalls in je zwei Visitationsbezirke aufteilen könne, während die Kieler Kirchenleitung mindestens fünf Sprengel wünsche, so daß dann möglicherweise zwei Bischöfe in der Hansestadt residieren würden. Dies wäre, so meinte Wölber, "eine unverantwortliche Inflation des Bischofsamtes". Er bezeichnete es jedoch als "absurd", angesichts dieser Differenzen von einem "Machtstreit unter Bischöfen" in der Nordelbien-Frage zu reden. Kern der Debatte sei nicht ein Streit um Zahlen, sondern das Ringen um die richtige Konzeption der nordelbischen Kirche. Nach Wölbers Meinung muß gewährleistet sein, daß sie sachgerecht und missionarisch-wirksam gestaltet wird.

(4/44 FS-Voraus 15. April)

Pfingstbotschaft des Ökumenischen Rates

"Wach für die Probleme der Gegenwart"

epd Genf, 15. April 67. Zum Pfingstfest 1967 haben die sechs Präsidenten des Ökumenischen Rates - unter ihnen der frühere hessen-nassauische Kirchenpräsident D. Martin Niemöller (Wiesbaden) - in einer Botschaft an die 214 Mitgliedskirchen in aller Welt auf "das immer wiederkehrende Zeugnis der Bibel" und das Wirken des Heiligen Geistes hingewiesen. Zum kirchlichen Leben in dieser Zeit heißt es in der Pfingstbotschaft: "Mehr und mehr Kirchen stellen sich den schweren, harten Fragen; mehr und mehr werden wach für die Probleme der Gegenwart; mehr und mehr werden beunruhigt durch das Nebeneinander von reichen und armen Völkern; mehr und mehr lernen zu unterscheiden zwischen nationalem Eigeninteresse und Idealen und dem Interesse Gottes, seines Willens, der der gesamten Menschheit gilt."

Während die protestantischen, anglikanischen und alt-katholischen Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates das Pfingstfest am 14. Mai begehen, feiern es die orthodoxen Christen am 18. Juni. Auch bei ihnen liegt dieser Feiertag aber sieben Wochen nach Ostern; denn das Osterfest der Orthodoxie fällt in diesem Jahre auf den 30. April.

Im indischen Bundesstaat Bihar haben acht bisherige Oppositionsparteien eine Koalitionsregierung gegen die Kongreßpartei gebildet, die mit 116 von 318 Abgeordneten weiterhin die stärkste Fraktion stellt. Die radikal-hinduistische Jana-Sangh-Partei ist nur eine kleine Gruppe in der Koalition und dürfte kaum entscheidenden Einfluß auf die Regierung gewinnen, teilt der Direktor der Gossner-Mission, Kirchenrat Dr. Christian Berg (Berlin), zu Meldungen über mögliche Gefahren für christliche Missionare in Bihar mit (vgl. epd-ZA Nr. 76 vom 3. April). (epd)

15. November 1966

Nachricht für den Evangelischen Pressedienst

Neuer Präsident der indischen Gossnerkirche

Bischof Scharf und Kirchenrat Berg sprachen die Segenswünsche
der Gossner Mission aus

Gemäß der Verfassung der Gossnerkirche, die einen dreijährigen Wechsel im leitenden Amt der etwa 250.000 Glieder zählenden indischen lutherischen Kirche vorsieht, ist am 1. November 1966 der leitende Geistliche des Sprengels Orissa, Rev. C.B. Aind - Ragjangpur, dem bisherigen Präsidenten, Rev. Dr. Bage, in der Übernahme des ersten Amtes in Ranchi nachgefolgt. Rev. Aind hat im vergangenen Jahr die deutsche Kirche in Ost und West für mehrere Monate besucht. In seine Amtszeit wird das 50-jährige Jubiläum der seit dem 10. Juli 1919 selbständigen Gossnerkirche fallen.

Bischof D. Kurt Scharf als Vorsitzender des Kuratoriums der Gossner Mission und Kirchenrat Dr. Berg als deren Direktor haben Präsident Aind herzliche und brüderliche Segenswünsche übermittelt, an die lebendige Verbundenheit mit vielen Kirchen und Gemeinden in Deutschland erinnert und die großen Aufgaben gewürdigt, vor denen die Gossnerkirche in Indien unter der Leitung Präsident Ainds heute steht.

lg 11/11

Ostfriesische Pfarrer begrüßen Neugliederungspläne

"Landeskirchentum kann fürs heutige Kirchenwesen nicht mehr entscheidend sein"

epd Oldenburg i.O., 8. Oktober. Ein Sprecher der "Generalkonferenz der evangelisch-lutherischen Geistlichen in Ostfriesland" und Mitglied der hannoverschen Landessynode, Pastor Enno-Edzard Janssen (Leer), hat sich jetzt öffentlich für eine Kirchengebietsreform in Nordwestdeutschland ausgesprochen. In einem Leserbrief an die "Nordwest-Zeitung" (Oldenburg) befürwortet er den Zusammenschluß des zur Landeskirche Hannover gehörenden Sprengels Ostfriesland mit der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg. Diese beiden Kirchengebiete sollen, zusammen mit dem ebenfalls hannoverschen Sprengel Osnabrück, nach den Plänen für eine "Evangelisch-lutherische Landeskirche Niedersachsens" den Bischofssprengel Weser-Ems bilden (vgl. epd-ZA Nr. 130 vom 10. Juni).

Janssen beschränkt sich in seiner Zuschrift an die oldenburgische Tageszeitung auf die Möglichkeit eines kirchlichen Zusammenschlusses von Ostfriesland und Oldenburg; er meint, eine solche Maßnahme würde "für beide Partner erhebliche Vorteile" mit sich bringen. Seiner Ansicht nach könnte diese Vereinigung "im personellen, organisatorischen und finanziellen Sektor des kirchlichen Lebens eine Konzentration der Kräfte fördern; denn dieses Gebiet besäße dann eine ausreichende Größe, um die Aus- und Weiterbildung des Pfarrerstandes und die selbständige Wirksamkeit im Bereich der Kirchlichen Werke (z.B. Diakonischer Dienst, Akademiearbeit, Katechetisches Amt, kirchliche Sozial- und Pressearbeit) auf einer ausreichenden Basis zu betreiben." Janssen fügt jedoch auch hinzu, daß "beide Kirchenkörper ihr je besonderes Erbe in die Zusammenfassung einbringen" müßten. Grundsätzlich geht er davon aus, "daß das uns historisch zugewachsene Strukturelement der Landesgrenze (Landeskirchentum) für ein heutiges Kirchenwesen jedenfalls nicht mehr allein entscheidend sein kann".

"Stärkung der EKD, nicht konfessionelle Blockbildungen"

Pastor Janssen und andere Vertreter der ostfriesischen Generalkonferenz hatten kürzlich auf Einladung des oldenburgischen Bischofs D. Gerhard Jacobi am Generalpfarrkonvent in Oldenburg teilgenommen (vgl. epd-ZA Nr. 223 vom 29. September). Dabei waren auch, in zehn Punkten zusammengefaßt, die oldenburgischen Ansichten über die Bedingungen bekanntgegeben worden, die an einen Zusammenschluß der Landeskirchen von Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Schaumburg-Lippe zu einer niedersächsischen Landeskirche gestellt werden müßten. Wie jetzt bekannt wird, wurden von Oldenburg u.a. folgende Vorbehalte angemeldet: Kein Anschluß an die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands (VELKD), der die übrigen drei Landeskirchen angehören; denn "wir wollen Stärkung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und nicht konfessionelle Blockbildung". Keine Einführung kirchlicher Mittelinstanzen, wie es sie z.B. in der hannoverschen Landeskirche gibt (Superintendenturen), Erhaltung der synodalen Selbständigkeit auch in einem "Bischofssprengel" und des Rechts zur eigenen Mitgliedschaft in der EKD. Grundsätzlich wird gefordert, daß Oldenburg auch innerhalb eines größeren kirchlichen Zusammenschlusses "eine selbständige Kirche" bleiben müsse.

Im Leserbrief Pastor Janssens heißt es: "Natürlich befinden wir uns heute erst im Anfangsstadium des Gesprächs, und es ist nur zu begrüßen, daß die Beteiligten überprüfen, an welchen Stellen sie auf die Wahrung ihres Besitzstandes bedacht sein müssen und an welchen Stellen sie Veränderungen zustimmen könnten."

Ein interkonfessionelles Gespräch, gemeinsam veranstaltet von der Evangelischen Akademie Bad Boll und der Katholischen Akademie der Diözese Rottenburg, findet vom 28. bis 30. Oktober in Bad Boll (Württ.) statt. Theologen beider Konfessionen halten Einleitungsreferate zum Thema "Gefährdet Exegese den Glauben?". (epd)

Zum neuen Bischof der Tamulenkirche in Südindien wurde der schwedische lutherische Missionar Dr. Carl Ludwig Diehl gewählt. Er löst Dr. Rajah B. Manikam ab, der dem Zentralausschuß des Ökumenischen Rates der Kirchen angehört. Die Wahl Dr. Diehls erlangt erst nach Bestätigung durch die Schwedische Kirchenmission und die Leipziger Mission (Erlangen) Rechtskraft. (epd)

Die geplante Kirchen-Union auf Ceylon hat sich verzögert, weil der Plan für die Vereinigung der Methodisten, Presbyterianer, Baptisten, Anglikaner und Lutheraner auf der Insel in einer Kirche von der methodistischen Jahreskonferenz in Kandy nur mit einer siebenzigprozentigen statt mit der erforderlichen Dreiviertel-Mehrheit angenommen wurde. Er muß deshalb revidiert werden. (epd)

Finne 5. 1966 22
Ja | *Prüfungsaussch.*

Z u m Z e i t g e s c h e h e n

Sind Missionshospitäler noch zeitgemäß?

400 Mill. DM jährlich für den missionsärztlichen Dienst

Eingegangen
26. SEP. 1966
Erledigt:

epd Hamburg, 21. September. 400 Mill. DM werden nach vorsichtigen Schätzungen Jahr für Jahr von den protestantischen Kirchen in Nordamerika und Europa allein an laufenden Kosten für protestantische missionsärztliche Institute in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas aufgebracht, wie von der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Weltmission (EAGWM) in Hamburg zu erfahren ist.

Missionsärztliche Institute der protestantischen Kirchen und Missionsgesellschaften gibt es vor allem in Gegenden, in denen die staatlichen Gesundheitsdienste noch nicht voll entwickelt sind und in denen nur wenige einheimische Ärzte zur Verfügung stehen. In der Ökumene werden derzeit folgende Fragen erörtert, um auf dem Gebiet des missionsärztlichen Dienstes zu gemeinsamem Handeln vorzustoßen: Werden die 400 Mill. DM bestmöglich angewandt? Sind Kirchen und Missionen heute gefordert, ihren ärztlichen Dienst auszubauen oder zu reduzieren? Sollen die missionsärztlichen Institute enger mit den staatlichen Gesundheitsdiensten zusammenarbeiten oder sich von ihnen distanzieren?

Schon seit langem wird in verschiedenen Gremien der Kirche und der Mission in Europa und Nordamerika ernsthaft die Frage erörtert, wie in einer Zeit, in der die medizinische Wissenschaft einen immer höheren Standard erreicht und die Therapiekosten laufend ansteigen, die von Missionen und Kirchen aufgebauten Institute Schritt halten können. Von den Missionsärzten wird gefragt, ob sie bei der "Fließbandmedizin", zu der sie durch einen immer wachsenden Patientenansturm gezwungen sind, und die keinesfalls Aufgabe des missionsärztlichen Dienstes sein sollte, überhaupt noch ihrer eigentlichen Pflicht der Leib- und Seelsorge genügen können. Und schließlich fragen die Vertreter der jungen Kirchen in Asien und Afrika, in welcher geeigneten Weise sie sich selbst am missionsärztlichen Dienst beteiligen können, damit die ärztlichen Institute in ihrem Raum nicht als letzte Bastionen einer vergangenen "kolonialen Epoche" erscheinen. Dabei liegt auf der Hand, daß diese Kirchen nicht in der Lage sind, die gesamten laufenden Kosten für die Missionshospitäler zu übernehmen.

In diesem Zusammenhang darf nicht außer acht gelassen werden, daß jedes Jahr Hunderte von Ärzten ihre armen Heimatländer in Asien, Afrika und Lateinamerika verlassen, in denen sie infolge der Entwicklung dieser Länder weder eine angemessene Tätigkeit noch ein angemessenes Gehalt finden und in denen ihnen auch nicht die notwendigen wissenschaftlichen Fortbildungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Die USA und Westeuropa nehmen nach einer Veröffentlichung der UNO etwa die gleiche Zahl von Ärzten aus den Entwicklungsländern auf, die sie ihrerseits dorthin schicken. So gibt es zum Beispiel in Großbritannien mehr als 4.000 ausländische Ärzte, die zum größten Teil aus Ländern des Commonwealth kommen. Und Frankreich, das sich rühmt, das Land zu sein, das die meisten Professoren, Ärzte und Ingenieure in die unterentwickelten Länder schickt, hat von dem kleinen Togo mehr Ärzte und Professoren bekommen, als es dorthin entsandt hat. Dieser Vorgang gleicht einer riesigen Pumpe, die in den USA steht und die Wissenschaftler aus Europa ansaugt, so daß dort ein leerer Raum entsteht, der wiederum die Wissenschaftler Afrikas und des Nahen Ostens anzieht. In der USA sind nahezu 20.000 ausländische Ärzte beschäftigt, von denen ein großer Teil aus dem armen Lateinamerika kommt.

* * *

Deutsches Altersheim in Kairo muß schließen

epd Kairo, 21. September. Das Deutsche Heim in Kairo-Faggala hat nach 28jähriger Tätigkeit seine Pforten schließen müssen, da trotz jahrelanger Bemühungen kein verantwortlicher Träger für diese Einrichtung gefunden wurde und die neuen gesetzlichen Bestimmungen der ägyptischen Regierung eine Weiterführung daher unmöglich machen. Die letzten Insassen des Altersheimes haben eine neue Bleibe in Alexandrien gefunden. Die Leiterin, Schwester Emma Flicker vom Zehlendorfer Diakonieverband, wird nach siebenjähriger Tätigkeit im Deutschen Heim in die Heimat zurückkehren.

K u r z n a c h r i c h t e n

Die Gründung einer nach Pastor Dr. Otto Ohl benannten Stiftung, aus der bedürftige ehemalige Mitarbeiter der Diakonie unterstützt werden sollen, gab der Präsident des Diakonischen Werkes der EKD, Dr. Theodor Schober, auf dem in Berlin tagenden Diakonischen Kongreß bekannt. Der 1886 geborene Pastor Ohl ist seit Jahrzehnten leitend in der evangelischen Diakonie tätig und ist noch heute Vorsitzender und Vorstandsmitglied zahlreicher diakonischer Verbände. (epd)

Über die kirchliche Neugliederung Niedersachsens wird Staatssekretär Dr. Siegfried Heinke, der Vorsitzende des Ausschusses der hannoverschen Landessynode, auf dem allgemeinen Pfarrkonvent am 28. September in Oldenburg sprechen. Auf Anregung von Bischof D. Gerhard Jacobi haben sich wegen der Wichtigkeit des Themas die Vorsitzenden des Generalpredigervereins und der Rasteder Konferenz bereitegefunden, ihre Versammlungen mit dem allgemeinen Pfarrkonvent zusammenzulegen. (epd)

"Der Preis der Freiheit" lautet das Thema einer Tagung für Angehörige der Polizei und Justiz, die vom 30. September bis 2. Oktober in der Evangelischen Akademie in Tutzing stattfindet. Die Stellung der Polizei in der rechtsstaatlichen Ordnung, ihre Verantwortung gegenüber Bürger und Staat sowie mögliche Grenzüberschreitungen zwischen Justiz und Polizei werden die Einzelthemen der Tagung sein. (epd)

Die Evangelisch-Lutherische Freikirche in Deutschland hält vom 21. bis 24. September in Uelzen/Hann. ihre Allgemeine Synode, auf der in diesem Jahr der Präses sowie die Ausschußvorsitzenden neu gewählt werden. Die Synode wird sich mit dem Verhältnis von Bibel und Naturwissenschaft sowie mit liturgischen Fragen beschäftigen. Die Delegierten des Sächsischen Bezirks der Freikirche können aufgrund der politischen Verhältnisse nicht an der Synode teilnehmen. (epd)

Zu einer interkonfessionellen Nachbarschaftshilfe haben sich im Stuttgarter Vorort Heumaden evangelische und katholische Christen zusammengeschlossen. Gemeindeglieder beider Kirchen springen stundenweise ein, wenn in einer Familie die Mutter krank wird oder vorübergehend abwesend ist. Außerdem helfen sie kranken und alten Menschen. Die evangelische Leiterin und ihre katholische Stellvertreterin sind beide Hausfrauen. (epd)

Für die Hochwassergeschädigten in Österreich hat der Evangelische Stadtkirchenverband Köln spontan 5.000 DM gespendet. Der Evangelische Oberkirchenrat in Österreich hat für diesen Akt brüderlicher Hilfsbereitschaft seinen Dank ausgesprochen. (epd)

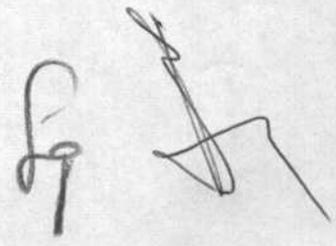
Eine "Woche der Diakonie" findet vom 25. September bis 3. Oktober in Wien statt. In ihrem Rahmen wird ein neues Altersheim der Inneren Mission bei Wien eröffnet werden. Am Schlußtag wird der Präsident des Diakonischen Werkes der EKD, Dr. Theodor Schober (Stuttgart), im Auditorium maximum der Wiener Universität einen Vortrag über "Diakonie heute und morgen" halten. (epd)

Die Zahl der ausländischen Missionare in Indien, soweit sie bei der Regierung gemeldet sind, beträgt gegenwärtig 4.214. Dies bedeutet, daß die Gesamtzahl in den letzten vier Jahren um mehr als 300 abgenommen hat. In dieser Zahl sind jedoch die aus Ländern des britischen Commonwealth stammenden Missionare nicht enthalten. (epd)

Für eine Winston-Churchill-Gedenkkapelle des Westminster-College in Fulton (Missouri/USA) wird der Londoner anglikanische Bischof Dr. Stopford Anfang Oktober während eines zehntägigen Besuchs in den USA den Grundstein legen. In Fulton hatte Churchill im März 1946 seine berühmte Rede gehalten, in der er zum ersten Mal vom "Eisernen Vorhang" sprach. (epd)

Die Briten als "das auserwählte Volk" sollte ein künstlerisch gestaltetes Glasfenster zeigen, dessen Anbringung in der Kirche von Burghfield bei Reading jetzt vom Kirchengesamt der anglikanischen Diözese Oxford verboten wurde. Das Fenster stellte König David und unter ihm den britischen Krönungsstuhl und den Krönungsstein dar. (epd)

Zur Information
(Abdruck gestattet)



Warnung vor verhärteten Frontbildungen

Oberkirchenrat Wilkens zur gegenwärtigen Unruhe in der evangelischen Kirche

epd Hamburg, 13. August. Vor verhärteten Frontbildungen und schnellen persönlichen Verurteilungen innerhalb der evangelischen Kirche warnte Oberkirchenrat Erwin Wilkens (Hannover) von der Kirchenkanzlei der EKD in einem Kommentar, in dem er sich am Sonntag, 14. August, über den Norddeutschen Rundfunk kritisch mit den drei Bewegungen auseinandersetzte, die in letzter Zeit "beträchtliche Unruhe" in die Gemeinden der EKD getragen hätten: Der Bekenntnisbewegung "Kein anderes Evangelium", der Aktion "Sorge um Deutschland" und der "Notgemeinschaft evangelischer Deutscher". Wilkens weist darauf hin, daß viele Beobachter der kirchlichen Situation diese drei Bewegungen auf eine gemeinsame Grundhaltung zurückführen und in ihnen so etwas wie die in Rückzugsgefechte verwickelte Nachhut einer Kirche sehen, die sich insgesamt in einem weitreichenden, unausweichlichen Umwandlungsprozeß befinde. Auch wenn man dies, so meint Wilkens, für ein voreiliges, vielleicht auch liebloses Vorurteil halte, seien doch einige übereinstimmende Merkmale festzustellen.

Bei allen drei Aktionen handle es sich um eine Abwehrbewegung, die sich vermeintlichen oder tatsächlichen Gefährdungen und Auflösungserscheinungen entgegenstellen wolle. Die Stärke einer Abwehrbewegung liege aber in der Kritik und Negation, während sie es schwer habe, ein positives Anliegen überzeugend zu vertreten. In den drei Bewegungen träten erstmals wieder seit langer Zeit in der evangelischen Kirche unterschiedliche kirchliche und theologische Auffassungen in der Gestalt organisierter Meinungsgruppen auf. "Die Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen, daß sich bald auch in Synoden und anderen kirchlichen Organen entsprechende Gruppierungen bilden werden." Kennzeichnend für alle drei Bewegungen sei schließlich ihr ausgeprägter Wahrheitsanspruch, der jedoch in der Auseinandersetzung um diese drei bestimmten Gruppen bereits zu unnötig festen Frontbildungen geführt habe.

Wilkens bestreitet keineswegs, daß die drei Bewegungen berechnete Sorgen äußern und Anspruch auf ernsthafte Beachtung haben. Wenn die Bekenntnisbewegung "Kein anderes Evangelium" sich gegen bestimmte Erscheinungen in der sogenannten modernen Theologie richte, so sei es gewiß zutreffend, daß die wissenschaftliche Theologie in der evangelischen Kirche oft in der Gefahr gestanden habe, sich für das Ganze der Kirche zu halten und die Gemeinden für ihre durchaus wechselnden Erkenntnisse in Anspruch zu nehmen. Darüber dürfe aber nicht der unentbehrliche Dienst vergessen werden, den die Theologie der Kirche leiste, wenn sie wissenschaftliche Methoden und kritische Gedankenarbeit auf Inhalt und Gestalt des christlichen Glaubens verwende.

Auch die Grundmotive der Moralbewegung "Sorge um Deutschland" seien durchaus berechtigt. Man müsse aber, so betont Wilkens, sehr scharf unterscheiden können zwischen zeitgebundenen Moralvorstellungen und einem lebendigen christlichen Gehorsam, der nach dem Willen Gottes heute frage. Wenn es schließlich der "Notgemeinschaft evangelischer Deutscher" darum gehe, daß die sittliche Bindung an Volk und Vaterland in dem Ringen der Kirche um ihre politische Verantwortung nicht zu kurz komme, so gebe es keinen maßgeblichen Mann der EKD, der dieses Streben nicht voll bejahe. Aber mit dem "Ja" zu Volk und Vaterland sei noch nichts über den entsprechenden sittlichen und politischen Inhalt gesagt. Darüber müsse im einzelnen bei jeder politischen Sachfrage neu diskutiert werden.

Zusammenfassend stellt Wilkens fest: Wenn es auch bei den drei Bewegungen in der evangelischen Kirche "um Fragen geht, die uns alle tief bewegen, so hat die christliche Gemeinde schon in der Art, in der sie ihre Meinungsverschiedenheiten austrägt, ein Beispiel zu geben." (8/25 FS-Voraus 13.8.)

- 2 - epd Landesdienst Berlin Nr. 54 vom 28. Juni 1966

~~Pfarrer Dr. Dell geht nach Indien~~

~~Gossner-Mission besorgte Visum 22~~

*Dr. Dell wird in Offiziellen
Famulierung!*

epd Berlin, 28. Juni. Pfarrer Dr. Dell (Darmstadt), der Referent für ökumenische und missionarische Fragen im Landeskirchenamt der Evangelischen Kirche von Hessen-Nassau, wird im Herbst zur Übernahme einer Dozentur am Theologischen College der Evangelischen Gossnerkirche nach Indien ausreisen. Die Gossner-Mission in Berlin-Friedenau hatte sich um ein Visum für ihn bemüht.

Der Beginn des Dienstes von Pfarrer Dr. Dell sollte ursprünglich im April 1966 erfolgen. Die Ausreise mußte verschoben werden, weil sich die Erteilung der Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis (Visum) verzögerte; sie ist nunmehr erfolgt.

Präsident Dr. Bage (Ranchi) hat schon jetzt Dr. Dell herzlich willkommen heißen. Er wird der einzige deutsche Theologe sein, der als Nachfolger von Dr. Günther Schultz und Pastor Hermann Kloss in der seit 1919 autonomen Gossnerkirche mitarbeitet.

Evangelische Gemeinschaft tagt in West-Berlin

Bischof Dr. Reuben H. Mueller besucht die Bischöfe D. Dibelius und D. Scharf

epd Berlin, 28. Juni. Die Ostdeutsche Konferenz der Evangelischen Gemeinschaft in Deutschland hält vom 29.6. bis 3.7. ihre Jahrestagung (Synode) in West-Berlin. Tagungsort ist die erst kürzlich eingeweihte Ruferkirche in Berlin-Reinickendorf, Amende-/Ecke Breitkopfstraße.

Die Mitglieder der Konferenz, Pastoren und Laien, werden Rechenschaft ablegen über das vergangene Arbeitsjahr und sich in Gottesdiensten und in der Feier des Heiligen Abendmahls zu neuem Dienst rüsten lassen. Die Trennung des deutschen Volkes zwingt auch die Evangelische Gemeinschaft dazu, getrennte Sitzungen in Ost und West zu halten. Die Leitung der Tagung liegt in den Händen von Bischof Dr. Reuben H. Mueller, Indianapolis, USA, der auch den Eröffnungsgottesdienst um 19.30 Uhr halten wird. Er ist in den letzten Jahren verschiedentlich in Berlin gewesen und zeigt eine tiefe Verständnisbereitschaft für die geteilte Stadt und ihre Menschen. In seiner Eigenschaft als Präsident des Nationalrates der christlichen Kirchen in Amerika und führendes Mitglied in den Gremien des Weltkirchenrates wird er während seines Berlinaufenthaltes Gespräche mit Altbischof D. Dr. Otto Dibelius und Bischof D. Kurt Scharf führen.

Die Evangelische Gemeinschaft hat in West-Berlin zehn Gemeinden. Sie wird sich voraussichtlich im Jahre 1968 auf weltweiter Ebene mit der ihr verwandten Methodistenkirche vereinigen.

Botschaft an der Litfaß-Säule

epd Berlin, 28. Juni. "Die Botschaft wird nicht billig, wenn wir mit ihr zu Markte gehen. Das Wort ist öffentlich gewesen von Anfang an", sagte Missionsdirektor Pastor Heinrich Giesen in einem Lichtbildervortrag in der Kirchlichen Hochschule "Die Botschaft an der Litfaß-Säule". Vor einem interessierten Zuhörererkreis erläuterten Heinrich Giesen und seine Mitarbeiter die Bemühungen aus "Passion zur Mission". Die Plakate der letzten Jahre wurden noch einmal im Lichtbild gezeigt. Dabei wurde festgestellt, daß sie sich in der Erinnerung eingepreßt hatten, jedes einzelne in Verbindung mit einem besonderen Ereignis im Leben unserer Kirche und unserer Stadt.

(Juni 1966) 2

Eingegangen
12. JUL. 1966
Erledigt:

- 2 - epd Landesdienst Berlin Nr. 56 vom 5. Juli 1966

Generalsuperintendent Jacob sprach mit Karl Barth und Jaspers
Vertreter der Goßner-Mission in der DDR besuchten die Schweiz

epd Berlin, 5. Juli. Von einer auf Einladung des dortigen Evangelischen Kirchenbundes unternommenen Besuchsreise in die Schweiz ist der Cottbuser General-superintendent D. Günter Jacob in die DDR zurückgekehrt. Jacob ist Kuratoriums-vorsitzender der Goßner-Mission in der DDR und leitete als solcher eine Besuchs-delegation der Goßner-Mission, der außerdem Konsistorialrat Stolpe und Wolf-Dietrich Gutsch aus Ost-Berlin sowie Pfarrer Helmut Orphal aus Magdeburg ange-hörten.

Die Gruppe hatte Gelegenheit zu zahlreichen Gesprächen mit schweizerischen Kantonalkirchenleitungen und anderen Repräsentanten des dortigen kirchlichen Lebens. D. Jacob führte am 28. Juni außerdem in Basel Gespräche mit Professor D. Karl Barth und dem Philosophen Professor Karl Jaspers, in denen auch die in einem Rundfunk-Interview Barths vom 9. Mai über die Evangelischen Kirche in Deutsch-land und die in dem jüngsten Buch von Jaspers aufgeworfenen Probleme der gegen-wärtigen deutschen Situation erörtert wurden.

von heute Mit den Schweizer Kirchen wurde ein umfassender Gedankenaustausch über gemein-sam bewegende theologische Grundfragen und Fragen des Gemeindeaufbaus in *einer der* säkularisierten Welt geführt. Die Begegnungen dienten auch der Förderung einer künftigen engeren Zusammenarbeit. Die besuchten Kirchenleitungen zeigten reges Interesse am kirchlichen Leben in der DDR und äusserten die Hoffnung, den Besuch noch im Laufe dieses Jahres durch eine Delegation des Schweizerischen Evangeli-schen Kirchenbundes erwidern zu können. D. Jacob hatte Gelegenheit, an die 176 Teilnehmer der St. Gallener Synode ein Grußwort zu richten, und predigte am 26. Juni in einer Züricher Kirche, während die übrigen Delegationsmitglieder in anderen Züricher Gemeinden im Gottesdienst Grußworte sprachen.

Katholischer Dekanatstag in evangelischer Kirche

epd Berlin, 5. Juli. Zum erstenmal seit der Reformation konnten sich jetzt wieder über tausend katholische Christen in der St. Nicolaikirche zu Bad Wilsnack in der Kurmark versammeln. Die evangelische Kirchengemeinde hatte, wie jetzt bekannt wird, am 19. Juni das im späten Mittelalter durch seine "Wunderblutho-stien" als Wallfahrtskirche in ganz Europa bekannte Gotteshaus für den diesjäh-rigen Dekanatstag des katholischen Dekanates Perleberg zur Verfügung gestellt. Der Dekanatstag stand im Zeichen des Ökumenismus. Er schloß mit einem ökumeni-schen Gebetsgottesdienst, der gemeinsam mit der evangelischen Gemeinde gehalten wurde. Nacheinander sprachen der katholische Erzbischof Dr. Bengsch (Berlin) und der evangelische Generalsuperintendent D. Lahr (Potsdam). Das Schlußgebet wurde von Pfarrern beider Konfessionen im Wechsel gesprochen.

Chorinfest mit Niemöller

epd Berlin, 5. Juli. 1500 evangelische Christen nahmen in diesem Jahr an dem traditionellen Chorinfest im brandenburgischen Kirchenkreis Angermünde teil. Als Gäste des Treffens in der als bedeutendes Zeugnis norddeutscher Backstein-gotik erhaltenen und gepflegten Klosterruine Chorin konnten D. Martin Niemöller (Wiesbaden), Professor Heller von der tschechischen Brüderkirche und ein Pfar-rer der lutherischen Kirche Ungarns begrüßt werden. Niemöller, der einer der Präsidenten des Ökumenischen Rates ist, predigte und hielt auch die Hauptan-sprache des Gemeindetreffens.

Eine Monatsschrift für alle Konfessionen in England

Anglikaner und Katholiken begrüßen das "Sunday"-Projekt

epd London, 4. März. Mitglieder der verschiedenen christlichen Kirchen in Großbritannien, aber auch religionslose "Humanisten" gehören zum Mitarbeiterkreis des neuen interkonfessionellen Monatsblattes "Sunday" (Sonntag), das vom 1. Mai an in England erscheinen soll. An einem Empfang zum offiziellen Beginn der Vorarbeiten in London nahmen dieser Tage der Primas der Kirche von England und Erzbischof von Canterbury, Dr. Arthur M. Ramsey, und der römisch-katholische Erzbischof Dr. John Kardinal Heenan teil. Auch die Heilsarmee und die Freikirchen waren vertreten. Wie Chefredakteur Pfarrer Peter Harvey ankündigte, soll "Sunday" eine volkstümliche christliche Zeitschrift werden, die sich an jedermann wendet. Die Redaktion werde "ohne Furcht" auch heiße Eisen anpacken und schon in der ersten Nummer mit einer bekannten kirchlichen Persönlichkeit wegen ihrer Haltung im Vietnam-Konflikt "abrechnen". Eine Reihe namhafter Londoner Journalisten hat sich zur Mitarbeit bereiterklärt. "Sunday" soll an Kiosken und auch in den Kirchen verkauft werden. Man rechnet mit einer Anfangsausgabe von 500.000 Exemplaren.

Indische Lutheraner festigen ihre Zusammenarbeit

Vollversammlung in Madras / Jubiläum zweier Missionskirchen

epd Madras, 4. März. Die acht Mitgliedskirchen des "Bundes der Evangelisch-Lutherischen Kirchen in Indien" (FELCI) wollen ihre Zusammenarbeit wesentlich vertiefen, vor allem bei der Ausbildung des theologischen Nachwuchses und im publizistischen Bereich. Dadurch soll die Geschlossenheit des indischen Luthertums weiter gefestigt werden. Alle acht Kirchen gehören dem Lutherischen Weltbund an und sind über den FELCI auch korporative Mitglieder des Ökumenischen Rates der Kirchen; sie zählen insgesamt rund 700.000 Seelen. Bei der alle drei Jahre stattfindenden Vollversammlung des Kirchenbundes in Madras wurde Bischof Rajah B. Manikam (Tiruchirappalli) von der Tamulenkirche einstimmig wieder zum Präsidenten gewählt. Vizepräsident ist jetzt Pfarrer K. Devasahayam (Guntur), Präsident der Andhra-Kirche. Das Amt des Generalsekretärs bekleidet Dr. Marsallan Bage (Ranchi) von der Goßnerkirche, die aus der Arbeit deutscher Missionare entstanden ist. Während der Tagung in Madras gedachten vor allem die Vertreter der Süd-Andhra-Kirche des Beginns der lutherischen Missionstätigkeit in ihrem Bereich vor genau einhundert Jahren; sie wurde damals von der Hermannsbürger Mission betrieben. Zugleich beging der FELCI das 50jährige Jubiläum der ersten einheimischen Missionsgesellschaft "Rewa", die 1916 indische Lutheraner als Glaubenszeugen in den Norden des Subkontinents entsandte.

Für die Opfer des Kaschmir-Konflikts

Spangenberg-Sozialwerk wurde um Bekleidungs Spenden gebeten

epd Helmstedt, 4. März. 25.000 indische und pakistanische Flüchtlinge, die im Zuge des Kaschmir-Konflikts ihre Heimat verlassen haben, sollen durch das Spangenberg-Sozialwerk (Helmstedt) eingekleidet werden. Ein entsprechendes Hilfsersuchen ist von indischen und pakistanischen Regierungsstellen an das Spangenberg-Sozialwerk gerichtet worden. Bei einer früheren Aktion hat das Sozialwerk bereits über 100.000 Flüchtlinge aus Tibet eingekleidet, die nach Nordindien geflüchtet waren. Die vom Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) unterstützte Hilfseinrichtung in Helmstedt läßt in allen Teilen der Bundesrepublik gebrauchte Kleidung einsammeln. Im letzten Jahr hat die Organisation 250.000 Menschen in den Elendsgebieten der Welt mit Kleidungsstücken versorgt.

KOPF DER WOCHE



Christian Berg

Dr. Christian Berg, Direktor der Gossner-Mission, gehörte zu der Delegation des Diakonischen Werkes, die kürzlich nach Indien flog, um an Ort und Stelle das Speisungsprogramm vorzubereiten, mit dem die deutsche evangelische Christenheit helfen will, der großen Hungersnot in Indien zu begegnen. „4000 Tonnen Reis, die wir in Thailand gekauft haben, sowie 40 Tonnen Trockengemüse und 250 Tonnen Milchpulver aus Deutschland sind schon auf dem Wege“, berichtet er. Die Speisungen sollen Mitte bis Ende Mai beginnen und vier bis sechs Monate dauern. 10 Millionen Mark werden benötigt, damit 400 000 Kindern in den Bundesstaaten Orissa und Bihar in Nordostindien sowie in Kuttana mit den wichtigsten Lebensmitteln versorgt werden können.

„Erstaunlich war die bedingungslose Bereitschaft der angesprochenen Regierungsstellen, das Hilfsangebot anzunehmen“, sagt Dr. Berg. Neben der unmittelbaren Not müsse man die innen- und außenpolitischen Aspekte der indischen Ernährungskrise ein Jahr vor den Wahlen sehen. „Die erste indische Zeitung, die uns bei unserer Ankunft in Bombay

in die Hand fiel, beleuchtete auf fünf Seiten die verschiedenen Aspekte der Krise, und wir begegneten oft Politikern, die aus reinen Prestige Gründen sagten: ‚Wir werden schon durchkommen‘“, erzählt Kirchenrat Berg. „Bewegend ist jedoch, daß die indische Ministerpräsidentin Frau Indira Gandhi in allen ihren Verlautbarungen den Ernst der Situation deutlich gekennzeichnet und zum Ausdruck gebracht hat, daß nur mit ausländischer Hilfe das Ärgste verhindert werden könne.“

Reale Not durch Trockenheit und Dürre, Wassermangel und unbestellte Felder in den ländlichen Gegenden, Teuerung in den Städten, in denen es Hunderttausende gibt, die nichts kaufen können — so schildert der Missionsdirektor die gegenwärtige Situation in den indischen Hungergebieten. „Der Flug nach Indien“, betont er, „war für uns keine bloße Informationsreise, sondern diente dazu, um in konkreten Verhandlungen mit Regierungsstellen und mit den christlichen Hilfsorganisationen der indischen Kirchen das Speisungsprogramm zu bewerkstelligen. Aus den Verhandlungen wird uns der fast tonlos ausgesprochene Satz eines Ministers unvergessen bleiben, der von einem ländlichen, durch Dürre besonders hart betroffenen Distrikt sagte: ‚Dort hat das Sterben schon begonnen.‘“

Als früherer Direktor der Ökumenischen Abteilung beim Hilfswerk der Evangelischen Kirche in Stuttgart hat Dr. Christian Berg in den Jahren nach dem Krieg entscheidend mitgeholfen, den Blick der deutschen evangelischen Christenheit auf die großen Nöte und Aufgaben in Afrika, Asien und Lateinamerika zu lenken. An der Gründung der „Aktion Brot für die Welt“ hat er maßgebenden Anteil gehabt, wie auch ihr Name von ihm stammt. Zehn Jahre lang war der gebürtige Mecklenburger Leiter der Berliner Stelle des Evangelischen Hilfswerkes, seit 1962 steht er an der Spitze der Gossner-Mission und damit in einem besonders engen Kontakt zu den Christen Indiens. wtg

aus Berliner Kirche
Nr. 16 v. 17. 4. 66

Ein Denker aus Liebe

Von einer Gedenkfeier für Paul Tillich

epd Berlin, 14. Januar. Zu einer Stunde des Gedenkens für den am 22. Oktober 1965 in Chicago verstorbenen evangelischen Theologen Professor Paul Tillich hatte die Kirchengemeinde Schlachtensee eingeladen. Die Bedeutung Tillichs als Philosoph und Theologe für Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft hoben am Montag im Gemeindehaus Ilsensteinweg Professor Dr. Braune (Berlin), Dr. Hans-Jürgen Seeberger (Bremen) und Pfarrer Dr. Harald Poelchau (Berlin) in ihren Gedenkreden hervor.

Paul Tillich habe in großem Maße Leidenschaft und Rationalität, Gelehrsamkeit und Weisheit besessen. Die Sprache des großen Denkers über offensichtlich profane Gegenstände habe mitten hinein in das von Spannungen bewegte Zentrum des Menschen gestoßen, mitten in die angstvolle Verworrenheit des Lebens. Immer habe Tillich an den "wirklichen" Menschen gedacht, dessen "letztes Interesse" das Ewige sei. Stets habe Paul Tillich auch das Problem der religiösen Substanz in der Kultur des Menschen beschäftigt. "Wo ist in der Geschichte des Menschen die religiöse Macht anschaulich, die das von Dämonen Zerspaltene vereint?", sei seine ständige Frage gewesen. Die Gedenkstunde klang mit den Worten aus: "Er war ein großer Denker, weil er ein großer Liebender war. Und das ist wahrhafte Größe in der Geschichte des Denkens."

Beileid zum Tode Shastris

epd Berlin, 14. Januar. Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Präses D. Kurt Scharf, und der Direktor der mit Indien besonders verbundenen Gossner-Mission, Kirchenrat Dr. Christian Berg, haben dem indischen Staatspräsidenten Radhakrishnan gemeinsam das folgende Telegramm gesandt: "In tiefer Mittrauer über den plötzlichen Tod von Lal Bahadur Shastri, der für das Recht und den Frieden seines geliebten indischen Volkes seine letzte Kraft gab, befehlen wir Eure Exzellenz und ganz Indien der Gnade und Barmherzigkeit Gottes."

Ökumenisch-missionarisches Jahr beginnt

epd Berlin, 14. Januar. In der Glaubenskirche Alt-Tempelhof wird am Sonnabend um 19.30 Uhr die Veranstaltungsreihe des "Ökumenisch-missionarischen Jahres" des Kirchenkreises Tempelhof eröffnet. Es sprechen Präses D. Kurt Scharf und Generalsuperintendent D. Hans-Martin Helbich. Am Sonntag finden in allen evangelischen Kirchen Tempelhofs Gottesdienste mit Predigern aus der Ökumene statt, und abends sprechen in der Kirche auf dem Tempelhofer Feld Gäste aus Genf und Japan zum Thema "Das neue Haus der Kirche - ökumenische Perspektiven".

Kapelle für beide Konfessionen in der Landesnervenklinik Spandau

epd Berlin, 14. Januar. Generalsuperintendent D. Hans-Martin Helbich wird am 16. Januar um 10 Uhr eine Kapelle in der Landesnervenklinik Berlin-Spandau einweihen. In anderthalbjähriger Bauzeit ist die Predigtstätte nach Entwürfen von Architekt Gerhard Kümmler entstanden. Die 250 Plätze fassende Kapelle wird von beiden Konfessionen benutzt. Ein benachbarter Gemeinschaftsraum ist Evangelischen und Katholiken zu verschiedenen Tageszeiten für Gebet und Bibelarbeit zugänglich. Die Baukosten wurden zu zwei Dritteln von der Evangelischen Kirche und zu einem Drittel vom Bischöflichen Ordinariat aufgebracht.

, den 10.1.1966
Dr.Bg/Wo.

3.1.1966
Presse
J

An den
Evangelischen Pressedienst
Landesdienst Hannover

3000 Hannover
Ebhardtstr. 3 a

Sehr geehrte Herren und Brüder!

Ihre dankenswerte Nachricht vom 3.1.1966 über die Reise des Herrn Landessuperintendent Peters zum Besuch der Evn.-luth. Goßnerkirche von Chota Nagpur und Assam in Indien, die mir heute zu Gesicht kommt, enthält leider eine bedauerliche Unrichtigkeit, auf deren Korrektur wir hinweisen für nötig erachten. Die Mitgliedszahl der Goßnerkirche ist nicht 350.000, sondern fast 240.000 Glieder. Das ist natürlich ein erheblicher Unterschied für eine aus deutscher evangelischer Missionsarbeit hervorgegangenen Jungen Kirche in Asien.

Wir wissen nicht, auf wen diese unrichtige Angabe zurückgeht, möchten aber unsererseits nicht verantwortlich gemacht werden für eine wesentlich überhöhte Angabe in der Größe der Goßnerkirche.

Leider ist, wie ich festgestellt habe, schon in anderen Ausgaben und Nachrichtenorganen diese Meldung übernommen worden.

Mit brüderlichen Grüßen

(Kirchenrat Dr. Berg)

Redaktionen in Bethel, Berlin, Bonn, Düsseldorf, Frankfurt am Main,
Hamburg, Hannover, Karlsruhe, Kassel, Kiel, München, Speyer, Stuttgart

Herausgeber: Dr. Focko Lüpken, Bethel

Landesdienst Hannover

3 Hannover,
Ebhardtstr. 3a · Ruf 27494/98 u. 29623
Fernschreiber 922686

Nr. 1/ 66

3. 1. 1966

Zum 1. Sonntag nach Epiphania (9. Januar)

Moralpredigen ist leicht

Wer nicht völlig töricht und mit Blindheit geschlagen ist, weiß spätestens in seinen sogenannten reiferen Jahren, daß der Mensch unvollkommen ist. Darum sind feste Gesetze und Verhaltensregeln, die von allen respektiert werden, nötig. Sonst würde das menschliche Zusammenleben gar zu sehr einem offenen Krieg gleichen. Und es ist keiner da, dem nicht immer aufs neue die lästige Erinnerung an diesen Tatbestand not täte.

Aber jeder, dem ständig Ermahnungen zugerufen werden – berechnete oder unberechnete –, stumft mit der Zeit gegenüber dieser Berieselung ab. Einmal kommt der Punkt, an dem man sich gegen unaufhörliche Zurechtweisungen auflehnt, sei es durch grobe Widerrede oder stille Resignation. Diese Reaktion tritt um so eher ein, je mehr das Bewußtsein ausgeprägt ist, daß der Ermahnende im Recht ist. Denn es ist leicht, Moral zu predigen. Was der andere mir vorhält, weiß ich längst. Meine Fehler habe ich schon vor ihm erkannt. Hier liegt nicht die Schwierigkeit.

Es bleibt ja die Frage, wo Hilfe ist oder Vollkommenheit. Es bleibt die Not, daß so wenig helfendes Verstehen und verantwortliches Mitsorgen mir begegnen. Ich fürchte, auch im neuen Jahr bleibe ich allein mit meiner Schwachheit in dieser unvollkommenen Welt.

Solchen Sorgen tritt der Vollkommene entgegen. Nicht fordernd, sondern helfend trifft den Verzagten das Wort Jesu: Ich bin bei euch alle Tage! Wer sich darauf verläßt, sieht immer deutlicher, wie Gottes Liebe ihn sorgend umgibt, und er spürt die Kraft in sich, den Mitmenschen nicht mit Moralpredigten, sondern in mitverantwortlicher Liebe zu begegnen.

Gunnar Hasselblatt (epd)

Blatt 2

Landessuperintendent Peters (Celle) reist nach Indien/ Besuch der Lutherischen Goßner-Kirche von Chota-Nagpur und Assam

Der Kirchensenat der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers hat Landessuperintendent Hans-Helmut Peters (Celle) beauftragt, die Indische Lutherische Goßner-Kirche von Chota-Nagpur und Assam zu visitieren. Der Wunsch nach einer Visitation war von der indischen Kirchenleitung in Ranchi ausgesprochen worden. Die Kirche zählt zur Zeit fast 350 000 Mitglieder. 183 ordinierte Pastoren und 847 Katecheten stehen in ihren Diensten. In Ranchi im Bundesstaat Bihar liegt das Kirchenzentrum und eine theologische Schule. Das Gebiet von Chota-Nagpur und Assam ist in vier Sprengel aufgeteilt. Ein Adhyaksh steht jedem Sprengel als leitender Geistlicher vor.

Landessuperintendent Peters wird seine zweimonatige Indienreise am 6. Januar antreten. Sechs Wochen hindurch wird er die Gemeinden der vier Sprengel besuchen, in deren Bereich zwischen kleinen Hochlandgemeinden auch Industriezentren liegen wie Rourkela, das von der Bundesrepublik errichtete Stahlwerk, und Jashedpur, eine berühmte Stahlverarbeitungsanlage, wo die Tata-Werke unter anderem deutsche Lastkraftwagen und Omnibusse in Lizenz bauen. Mit einem Pastorkolleg, das Anfang März in Ranchi stattfindet, wird der Besuch abgeschlossen.

epd

Allianz-Gebetswoche eröffnet/ "Gemeinsam für den Frieden beten"

Mit einem Gottesdienst in der Johanneskirche in Hannover, der vom 1. Programm des Nord- und Westdeutschen Rundfunks übertragen wurde, ist am Sonntag, dem 2. Januar, die alljährliche Gebetswoche der Evangelischen Allianz eröffnet worden. Als Sinn der Gebetswoche bezeichnete es Stadtsuperintendent Flügge (Hannover) in seiner Predigt, Trennungen in der christlichen Gemeinde zu überwinden. Flügge erinnerte an die Trennung zwischen "arischen" und "nichtarischen" Christen in der Zeit des Nationalsozialismus und an die Trennung von schwarzen und weißen Christen in anderen Ländern der Erde, wo die Gemeinde Jesu Christi trenne, ergehe sich an Gottes Willen. Unverändert sei in der mehr als hundertjährigen Geschichte der Evangelischen Allianz der Wille geblieben, zusammenzugehören, zusammenzukommen und gemeinsam für den Frieden der Völker zu beten.

epd

Erwachsenenbildung in Hermannsburg/ Drei Seminare der Heimvolkshochschule

Die Hermannsburgener Heimvolkshochschule veranstaltet in den kommenden Monaten wieder Seminare, mit denen sie sich vor allem an diejenigen wendet, die bisher mit der Volkshochschularbeit noch nicht in Berührung gekommen sind. Für die Zeit vom 10. bis 17. Januar ist ein "Seminar für Menschen über 50" vorgesehen, das unter der Gesamthematik "Autorität und Vorbild" stehen soll. Es folgt vom 18. bis 25. Januar ein "Seminar für Eltern und Berufstätige", das in diesem Winter zum erstenmal vorbereitet wurde. Das Thema "Zwischen den Generationen" soll vor allem die Angehörigen der mittleren Generation zwischen 30 und 50 Jahren ansprechen.

Vom 15. bis 21. Februar findet wieder ein "Verlobten-Seminar" statt, wie es in ähnlicher Weise schon in den vorangegangenen Jahren durchgeführt wurde. Unter dem Gesamtthema "Liebe - Ehe - Kinder" werden alle Fragen besprochen, die Verlobte interessieren.

Anmeldungen sind an die Nieders. Luth. Volkshochschule, 3102 Hermannsburg, Postfach 69, Tel. 409, zu richten.

epd

opa hr. 776
4. August 1965

Vizepräsident der indischen Goßnerkirche in Deutschland

epd Berlin, 4. August. Pastor C.B. Aind, der Landessuperintendent des Kirchenbezirks Orissa der Goßnerkirche - in dessen Bereich auch Rourkela und das Hospital Amgaon liegen - ist zu einem längeren, erstmaligen Besuch in Deutschland eingetroffen. Er wird von Ostfriesland und Lippe bis nach Erfurt und Cottbus in einer Reihe der Goßner-Mission verbundenen Gemeinden sprechen, die Kirchenleitungen in Hannover, Bielefeld und Darmstadt besuchen und Besprechungen in den Goßnerhäusern Berlin und Mainz-Kastel führen.

Grundlegende Reform des Missionswesens gefordert

"Allasiatische Lutherische Konferenz" beendet

epd Ranchi (Indien), 16. Oktober. "Mutige und konstruktive Entscheidungen" zur grundlegenden Reorganisation des christlichen Missionswesens in Asien wurden auf der zweiten "Allasiatischen Lutherischen Konferenz" gefordert, die nach zehntägiger Dauer an diesem Wochenende in Ranchi im indischen Bundesstaat Bihar zu Ende geht.

Dr. David L. Vikner, Ostasien-Sekretär im Weltmissionsamt der Lutherischen Kirche in Amerika, fand die einmütige Zustimmung der 67 offiziellen Delegierten und Berater aus 23 lutherischen Kirchen in zehn asiatischen Staaten für seine Forderung, daß man die zahlreichen Missionsgesellschaften aus Europa und Amerika nicht mehr länger "auf eigene Faust" in Asien arbeiten lassen, sondern in jedem Einzelfalle untersuchen sollte, ob und wie sie den aktuellen Erfordernissen angepaßt werden könnten. "Einige Missionen werden ihre Tätigkeit einstellen müssen, andere sollten der Aufsicht von Kirchen oder Gemeinden unterstellt werden, und wieder andere sind in irgendeiner Weise in internationale Gemeinschaftsprogramme für die christliche Missionsarbeit in Übersee einzufügen," sagte Dr. Vikner. Er warnte jedoch vor überstürzten Maßnahmen und empfahl deshalb ein sorgfältiges Studium der jeweiligen örtlichen Gegebenheiten. Ziel der Reorganisation müsse sein, die einheimischen Kirchen in jeder Beziehung unabhängig zu machen; dabei könnten die Missionsgesellschaften weiterhin "Hilfe zur Selbsthilfe" leisten.

Diese Hilfe aus Europa und Amerika sollte sich nach Ansicht von Prof. Andrew Hsiao, Herausgeber des Lutherischen Schrifttumsdienstes für Hongkong und Formosa, nicht auf finanzielle Zuwendungen beschränken. "Das Problem Nummer Eins ist für uns der Mangel an geeigneten Mitarbeitern - weniger für die eigentlich seelsorgerlichen Aufgaben als vielmehr für die technischen Funktionen, die heute für die Verbreitung des Evangeliums notwendig sind; Texter, Film- und Funkfachleute, Drucker und Vertriebsexperten." Solche Mitarbeiter würde man freilich nicht "durch Zufall" finden, sondern sie müßten planmäßig und gründlich ausgebildet werden.

Gegenwartsaufgaben der Mission in Asien

Prof. Rajaratnam: Christen können nicht mehr im Ghetto leben

epd Ranchi (Indien), 16. Oktober. Methoden, Mitarbeiter und Mittel der christlichen Missionstätigkeit in Asien müßten genau den Anforderungen entsprechen, die sich aus der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lage der einzelnen Länder ergeben. Diese Ansicht vertrat Dr. K. Rajaratnam, Professor für Wirtschaftswissenschaften am christlichen College in Madras (Indien), dieser Tage auf der zweiten "Allasiatischen Lutherischen Konferenz" in Ranchi im indischen Bundesstaat Bihar. Wörtlich sagte er: "Die Zeit ist vorbei, in der der Missionar, der Heiden bekehren wollte, die einzige Repräsentanz des Christentums in Asien war, und in der die Kirche inmitten einer unchristlichen Umwelt eine Art Ghetto-Existenz führen konnte." Heute müßten die asiatischen Christen und die mit ihnen zusammenarbeitenden weißen Missionare die Sorgen der ganzen Bevölkerung teilen. Zur Gegenwartssituation der Asiaten sagte Prof. Rajaratnam, es herrsche eine gewisse Ratlosigkeit angesichts des gigantischen

b.w.

Problems, die Erwartungen und Versprechungen zu erfüllen, die man mit der Unabhängigkeit verbunden habe. "Dem nationalen Erwachen folgt nun das Ringen um soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit für jedermann, und vielfach herrscht bereits Verbitterung und Enttäuschung, weil dies Ziel noch nicht erreicht ist", erklärte der indische Sozialwissenschaftler. Aus dieser Situation ergäben sich neue wichtige Aufgaben für die christliche Mission, an denen vor allem einheimische und ausländische Laien mitarbeiten müßten.

Problems, die Erwartungen und Versprechungen zu erfüllen, die man mit der Unabhängigkeit verbunden habe. "Dem nationalen Erwachen folgt nun das Ringen um soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit für jedermann, und vielfach herrscht bereits Verbitterung und Enttäuschung, weil dies Ziel noch nicht erreicht ist", erklärte der indische Sozialwissenschaftler. Aus dieser Situation ergäben sich neue wichtige Aufgaben für die christliche Mission, an denen vor allem einheimische und ausländische Laien mitarbeiten müßten.

- 4 - epd ZA Nr. 239 vom 16. Oktober 1963

Missionsspende für Indien: Ostfriesisches Zuchtvieh

Unterstützung für ein Projekt der Aktion "Brot für die Welt"

epd Logabirum (Ostfriesland), 16. Oktober. Für das landwirtschaftliche Ausbildungszentrum in Khuntitoli, rund 60 Kilometer nördlich der indischen Industriestadt Rourkela, soll wertvolles ostfriesisches Zuchtvieh angeschafft werden. Dies große "Agriculture Training Center" ist mit Mitteln der deutschen Aktion "Brot für die Welt" von der evangelisch-lutherischen Gossner-Kirche errichtet worden, die aus der Arbeit der Gossnerschen Missionsgesellschaft (Berlin) hervorgegangen ist und heute über 200 000 Glieder zählt. Zum Ausbildungszentrum Khuntitoli, das von dem deutschen Diplomlandwirt Dr. Junghans geleitet wird, gehören eine Modellfarm, eine Landwirtschaftsschule und eine Agrar-Oberschule.

Dr. Junghans, der sich augenblicklich in der Bundesrepublik aufhält, bereist zur Zeit mit dem früheren Gossner-Missionar und jetzigen Pastor von Logabirum im Landkreis Leer, P. Borutta, das ostfriesische Zuchtgebiet, um zehn tragende Färsen sowie einen Zuchtbullen anzukaufen. Die Mittel dafür sollen durch eine Missionsspende aufgebracht werden, zu der Landesbischof D. Dr. Hanns Lilje (Hannover), der gegenwärtig anlässlich einer "Kirchlichen Woche" in Leer weilt, die Gemeinden in Ostfriesland aufrufen will. Wie Dr. Junghans berichtet, ist beabsichtigt, das ostfriesische Zuchtvieh mit Kühen der indischen Harisnar-Rasse zu kreuzen, um die Milchleistung zu steigern. Einstweilen geben zehn indische Kühe nur soviel Milch wie ein Tier europäischer Zucht.

"Die christlichen Kirchen rücken näher zusammen" / Ratsvorsitzender Präses D. Scharf sprach in Wolfsburg

Vor 1 300 Missionsfreunden sprach am Sonntag (27. Januar) der Vorsitzende des Rats der Evangelischen Kirche in Deutschland und zugleich Vorsitzender des Kuratoriums der Goßnermission, Präses D. Scharf, auf dem Wintermissionsfest der Wolfsburger Kirchengemeinden, das vor allem der Arbeit der Goßnermission in Indien galt. In seinem Vortrag zum Thema "Christus - das Licht der Welt", das auch das Leitwort der Weltkirchenkonferenz von Neu-Delhi im Herbst 1961 gewesen ist, machte Präses Scharf u.a. deutlich, wie sehr in den letzten 30 Jahren die Christen einander nähergerückt sind.

Die große Missionsveranstaltung am Sonntag war durch zwei Missionsseminare eingeleitet worden, bei denen Direktor Lokies (Berlin) und der Berliner Theologe und Indologe Feder über den Auftrag der Kirche in Indien sprachen. Am Sonntagvormittag wurden in den Wolfsburger Kirchen Missionsgottesdienste gehalten, bei denen auch Abgesandte aus Indien Grußworte sprachen. Bei der Nachmittagsveranstaltung in der Wolfsburger Stadthalle wies Präses D. Scharf, begrüßt von Landessuperintendent Peters (Celle) und Oberstadtdirektor Hesse (Wolfsburg) auf die Begegnungen hin, die während der Weltkirchenkonferenz in Neu-Delhi mit führenden Vertretern anderer Religionen, vor allem des Hinduismus, erfolgten. In Neu-Delhi sei der Anspruch der christlichen Kirchen, daß Christus das Licht der Welt sei, mit großem Nachdruck geltend gemacht worden. Es gäbe, so sagte Präses D. Scharf weiter, Anzeichen dafür, daß seit der Weltkirchenkonferenz selbst die katholischen und die protestantischen Kirchen näher zusammengedrückt seien. Wie auf dem Zweiten Vatikanischen Konzil evangelische, so sind auf der Weltkirchenkonferenz in Neu-Delhi katholische Beobachter zugegen gewesen.

Auf dem Boden des Weltrats der Kirchen sei es in den letzten Jahren außerdem zu einem immer lebendiger werdenden Austausch zwischen den orthodoxen und den protestantischen Kirchen gekommen. Wohl auch auf diese Begegnungen sei es zurückzuführen, daß in der griechisch-orthodoxen Kirche heute viel stärker nach der Möglichkeit des Laiendienstes in der Kirche gefragt werde. Andererseits hat auch die protestantische Kirche manches von der Frömmigkeit der Orthodoxie gelernt. Am Beispiel der Aktion "Brot für die Welt" wies Präses Scharf auf die Bereitschaft hin, durch das Zeugnis der Gemeinschaft christlichen Lebens in der Welt zu wirken. In die Reihe solchen Wirkens stellte Präses D. Scharf auch die industriediakonische Arbeit oder den missionarischen Dienst, wie sie auch auf diesem Missionsfest sichtbar wurden.

Am Abend sprach Präses D. Scharf vor Pastoren, Kirchenvorstehern und kirchlichen Mitarbeitern über die Situation in der Evangelischen Kirche in Deutschland.

epd

Junge Pastoren besichtigen das Volkswagenwerk / Ein Pastoralkolleg über Jugend- und Sozialfragen

In Verbindung mit dem Landesjugendpfarramt findet vom 29. Januar bis 6. Februar in Loccum ein Pastoralkolleg statt, bei dem vor allem jüngere Pastoren mit der Problematik der Jugendarbeit vertraut gemacht werden sollen. Das Pastoralkolleg ist mit einer Besichtigung des Volkswagenwerks in Wolfsburg und einem Gespräch mit Vertretern der Betriebsleitung und des Betriebsrates verbunden. Außerdem wird Pastor Dohrmann (Wolfsburg) den Pastoren eine Einführung in die Probleme der kirchlichen Industriearbeit geben. Während des Pastoralkollegs sind u.a. Referate über "Die Welt junger Menschen" (Dr. de Rudder), "In der heutigen Welt als Christ leben" (Akademiedirektor Dr. Bolewski), "Die Sprache in der Verkündigung" (Pastor Baldermann), "Tradition und Neuansätze in der Jugendarbeit" (Landesjugendpastor Renner) vorgesehen.

epd

Blatt 3

Eingegangen
- 4 FEB 1963
hw

mit bear. Schrift
R. Scharf

Berg

Bischof D. Wüstemann (Kassel) tritt in den Ruhestand

epd Kassel, 24. Oktober. Der Bischof der Evangelischen Landeskirche von Kurhessen-Waldeck, D. Adolf Wüstemann (Kassel), der sich seit Jahren mit dem Gedanken trug, wegen seines schwankenden Gesundheitszustandes das Bischofsamt niederzulegen, hat dem Rat der Landeskirche seinen Entschluß mitgeteilt, zum 1. Januar 1963 in den Ruhestand zu treten. Der Rat der Landeskirche, den mit dem 61jährigen Bischof seit seinem Amtsantritt 1945 eine vertrauensvolle Zusammenarbeit verbindet, hat den Übertritt in den Ruhestand bewilligt. Der neue Bischof wird von der Landessynode im geheimen Wahlgang auf Lebenszeit gewählt werden. Zur Gültigkeit der Wahl ist eine Zweidrittelmehrheit der verfassungsmäßigen Mitglieder erforderlich.

Baden praktiziert die Einheit von Kirche und Mission
Landessynode in Herrenalb

epd Herrenalb, (Baden), 24. Oktober. Unter dem Thema "Kirche und Mission" steht die Herbsttagung der Synode der Evangelischen Landeskirche in Baden. Im Eröffnungsvortrag im "Haus der Kirche" in Herrenalb teilte Landesbischof D. Julius Bender (Karlsruhe) mit, daß die auf der Weltkirchenkonferenz in Neu-Delhi Ende vorigen Jahres proklamierte Einheit von Kirche und Mission in Baden bereits praktiziert würde: Erstmals seien jetzt zwei Pfarrer nicht mehr, wie bisher üblich, in den Missionsdienst "entlassen", sondern im Rahmen ihres landeskirchlichen Dienstes in die Mission entsandt worden. Dies bedeute, daß sie für die Dauer ihrer Missionstätigkeit in Übersee Pfarrer der Landeskirche Baden bleiben, die alle erforderlichen Kosten trägt. Der Bischof bezeichnete diese Maßnahme jedoch ausdrücklich als "ersten Schritt"; denn die eigentliche Durchführung des Beschlusses von Neu-Delhi stehe noch bevor und bedürfe großer Behutsamkeit. Das Problem bestehe nämlich darin, daß die Kirche zwar ihre "nicht delegierbare Missionspflicht" erfüllen müsse, daß aber auf der anderen Seite Mission nur dann sinnvoll sei, wenn sie sich ihres Ursprungs aus der Kirche bewußt bleibe und unmittelbar zur Entstehung neuer Glaubensgemeinschaften (Kirchwerdung) führe.

An der Sitzung der Badischen Landessynode nimmt auch ein Vertreter der Patenkirche Berlin-Brandenburg teil. Er wurde von Präsident Dr. Wilhelm Angelberger (Waldshut) mit den Worten begrüßt: "Ihr Kommen ist uns ein sichtbares Zeichen dafür, daß Gewaltherrschaft und Brutalität wohl Mauern errichten und Menschen trennen, daß Menschenmacht christliche Gemeinschaft wohl stören, aber nicht zerstören kann." Der Berliner Gast antwortete: "Keine Mauer ist so hoch, als daß sie nicht vom Gebet überstiegen werden kann, keine Mauer so stark, als daß nicht die Liebe hindurchsickern kann."

in der Durchführung der Sozialhilfe und bei Massnahmen der Jugendhilfe "unter Wahrung ihrer Eigenart und Selbständigkeit in Zielsetzung und Durchführung ihrer Aufgaben" aufgerufen.

Zum Schluss der Plenarsitzung am Montagvormittag hielt Landesbischof D. Bender einen Vortrag über das Thema "Kirche und Mission", über den wir an anderer Stelle berichten.

epd

"Mission beginnt zu Hause"

Landesbischof D. Bender sprach vor der Landessynode über "Kirche und Mission"

Das englische Wort, dass die Ökumene zu Hause beginne, gelte auch für die Mission: sie beginne zu Hause, in der Heimatkirche und Heimatgemeinde und setze sich dann in der Gestalt der sogenannten äusseren Mission fort "bis an der Welt Enden". Wenn es recht stehe, so sei jeder Pfarrer Missionar, wie jeder Missionar ein Pastor und Hirte der Jungen Gemeinde sei. Das stellte Landesbischof D. Bender in einem Vortrag fest, den er in der ersten Plenarsitzung der Landessynode am Montagvormittag in Herrenalb über das Thema "Kirche und Mission" hielt.

Der Bischof betonte zu Beginn seines Vortrags, dass die verfassten Kirchen und die Missionsgesellschaften erkennen müssten, dass Kirche ohne Mission nicht Kirche, dass aber auch Mission ohne Kirche nicht Mission ist. Beide Landeskirchen und Missionsgesellschaften schuldeten sich die Anerkennung, dass sie nicht "selbständige" Grössen sind, sondern nebeneinander und miteinander ihre ihnen aufgetragene Funktion im Leib der einen heiligen Kirche des Dreieinigen Gottes haben. Die Kirche müsse der Mission für die Bewältigung ihrer Aufgabe Handreichung tun, aber ebenso könne die Mission nur gesund bleiben, wenn sie wisse, dass sie aus der Kirche hervorgegangen und darum der Aufgabe der Kirchwerdung verpflichtet sei. Die verfasste Kirche, in der kein Missionswille lebe, sei keine Kirche. Umgekehrt sei Mission nicht mehr Mission im Sinn des Neuen Testaments, wenn ihre Arbeit nicht zum Gemeindeaufbau, zur Kirchwerdung führe. Voraussetzung einer echten Zusammenarbeit von Kirche und Mission sei auf Seiten der Kirche, dass sie sich ihrer missionarischen Struktur und Aufgabe bewusst werde. Auf der anderen Seite sollte das Zeugnis der Mission in der Heimatkirche ein glaubenstärkendes Zeugnis des Evangeliums sein, nicht nur eine Kollektenrede für die Missionsarbeit.

Am Schluss seines Referats wies Landesbischof D. Bender darauf hin, dass die Badische Landeskirche in der Erkenntnis ihrer nicht delegierbaren Missionspflicht einen ersten praktischen Schritt getan hat, indem sie zwei junge Pfarrer nicht, wie bisher üblich, in den Missionsdienst entlassen, sondern entsandt hat, natürlich im Einverständnis und im Zusammenwirken mit den betreffenden Missionsgesellschaften. Diese beiden Missionare bleiben nicht nur formal Pfarrer der Landeskirche, sondern die Landeskirche kommt auch für die personellen und sachlichen Ausgaben für diese Pfarrer auf. Die in Neu-Delhi proklamierte Integration von Kirche und Mission sei zunächst ein Programm, wenn auch ein gutes. Aber die Durchführung auf der Ebene der Landeskirchen und der Missionsgesellschaften müsse - in Deutschland wenigstens - erst noch erfolgen und bedürfe grosser Behutsamkeit.

Gebt den Missionaren farbenfrohe Kleidung!

Hamburg, 5.11.1962 (epd) - Es wird noch mehr als 5 Jahre dauern, bis für die verschiedenen Sprachen und Mundarten der Eingeborenen in der Südsee Übersetzungen des Neuen Testaments oder wenigstens Teile von ihnen vorliegen. So erklärte der bekannte holländische Theologe und Missionar Dr. Thiessen im Gespräch mit epd. Dr. Thiessen, als Sohn eines Missionsarztes 1908 auf Sumatra geboren, wirkte seit 1926 als Missionar in der Südsee. In einem japanischen KZ 1946 zum Tode verurteilt, entging er der Exekution infolge des Atombombenabwurfs auf Hiroshima. Er lebt gegenwärtig in der Nähe von New York und war anlässlich der Festwoche zur 200-Jahrfeier der Hauptkirche St. Michaelis nach Hamburg gekommen, wo er in einer überfüllten Kinderveranstaltung über seine Erlebnisse in der Südsee berichtete. Dr. Thiessen, der durch eine Bibelübersetzung für die Papuas besonders hervorgetreten ist, wandte sich energisch gegen eine Bibelübersetzung in eine moderne Sprache, die von der Lutherübersetzung sehr weit abweicht. Der Wortschatz des Luthertextes sollte auch für die Eingeborenen erhalten bleiben. So sei es nicht empfehlenswert, z.B. das Wort Kamel durch ein anderes, in der Südsee lebendes Tier zu ersetzen. Die Eingeborenen, die im Urwald immer wieder auf ihnen völlig unbekannte Tiere stoßen, verstünden es durchaus, wenn man ihnen von fremdartigen Tieren berichte. Jedoch sollten die Missionare mehr als bisher für ihre Arbeit Farbdias einsetzen. Beim Zeigen eines Dias mit einem Kamel könnte durchaus darauf verwiesen werden, daß dieses Tier etwa die Größe eines kleinen Elefanten habe. Insbesondere sei es wichtig, rechtzeitig die Kraft der Atomenergie für die Arbeit der Missionen auszunutzen und jeden Missionar mit kleinen Atomaggregaten für Projektions- und Tonbandgeräte auszurüsten. Da die Eingeborenen in ihrer Art keineswegs unintelligente Menschen seien, sollten die Missionare mehr und mehr die modernsten Mittel für ihre Arbeit einsetzen.

Dr. Thiessen befürwortete die Ausbildung von eingeborenen Predigern, warnte aber nachdrücklich davor, Eingeborene zu europäischen Christen machen zu wollen, sie brauchten ein Christentum eigener Gestalt. Versuche, wie sie von den USA gemacht worden seien, weibliche Missionare einzusetzen, seien wegen der besonderen Ansicht der Eingeborenen gescheitert und würden auch künftig zum Scheitern verurteilt sein, weil die Stellung der Frau in der Südsee eine ganz andere und zwar untergeordnete sei als in Europa, wohl aber könnten Frauen in pflegerischen Berufen eingesetzt werden und dabei für die christliche Mission wirken. "Begehen wir doch nicht immer wieder von neuem den Fehler, unsere Missionare in schwarzer Kleidung auszusenden," sagte Dr. Thiessen. Die schwarze Kleidung und die schwarzen Talare der Missionare gäben dem Christentum eine Dusterkeit und würden als Farbe der Trauer von den Eingeborenen abgelehnt. Eindringlich sprach sich der holländische Missionar für eine farbenfrohe Kleidung der christlichen Missionare aus. "Auch die Christen in Europa sollten es sich überlegen, ob ihre Geistlichen nicht etwas farbenfroher gekleidet sein und für den Gottesdienst weiße Talare verwenden sollten. Denn Christenmenschen sind letzten Endes fröhliche Menschen".

Kirchliche Schulpläne zur Zeit nicht akut

Kiel, 5.11.1962 (epd) - Pläne für eine kirchliche Schule in Schleswig-Holstein, wie sie in früheren Jahren die schlesw.-holst. Landessynode beschäftigten, stehen nicht auf der Tagesordnung der Synode der Ev.-luth. Landeskirche Schleswig-Holsteins, die vom 12.-16. Nov. in Rendsburg zusammentritt. Derartige Schulpläne sind in der schlesw.-holst. Landeskirche zur Zeit nicht akut.

Die schlesw.-holst. Landessynode lehnte im Jahre 1960 die Errichtung eines Ev. Gymnasiums unter der Trägerschaft der Landeskirche ab. Auch die unter Trägerschaft der Propstei Süderdithmarschen projektierte kirchliche Schule in Meldorf, die auf der Landessynode 1961 zur Sprache kam, hat in der Planung noch keine Gestalt angenommen. Das auf einem Kulturkongreß der CDU während des Wahlkampfes angekündigte Privatschulgesetz des Landes Schleswig-Holstein wird, wie epd erfährt, von kirchl. Seite nicht als vordringlich angesehen.

Integration der Kirche in die "Missio dei"/In Mainz tagte die Allgemeine Missionskonferenz in Hessen und Nassau

epd Mainz, 2.11. "Neu Delhi 1961 hat für die Kirche eine weitaus grössere Bedeutung als für die Mission", erklärte der Präsident der Basler Mission, Pfarrer Jacques R o s s e l (Basel) auf der fünften Jahrestagung der Allgemeinen Missionskonferenz in Hessen und Nassau in Mainz. Nicht die Mission sei in die Kirche integriert, sondern die Kirche in die Mission. Unter Vorsitz von Professor D. H o l - s t e n (Mainz) behandelte die Konferenz Fragen der missionarischen Situation nach der Weltkirchenkonferenz von Neu Delhi und der Bedeutung der Integration des Internationalen Missionsrates in den Ökumenischen Rat. Kirchenpräsident D. N i e m ö l l e r (Wiesbaden) entbot der gut besuchten mehrtägigen Versammlung ein herzliches Grusswort.

Die Integration, führte Präsident Rossel aus, habe ihre Wurzeln in der schon seit Generationen sich vollziehenden Übergabe von Verantwortung für das kirchliche Leben von den Missionsgesellschaften an die einheimischen Christengemeinden. Daraus erwachse die Integration der Kirche in die "missio dei", die sich an alle Menschen und Völker der Erde richte. Neu Delhi könne nicht von den europäischen und amerikanischen Kirchen kopiert werden, sagte der Referent. Aber ein Zusammenschluss von Kirche und Mission müsse überall erfolgen. Eine tiefgreifende Koordinierung sei angebracht. Sie stelle die Kirche vor die Frage, ob sie in ihrer herkömmlichen Struktur diesen neuen Aufgaben gewachsen sei. Daraus entstünden Folgen von weittragender Bedeutung für das gesamte kirchliche Leben in jeder einzelnen Gemeinde.

Missionsdirektor Dr. B e r g (Berlin) von der Gossner-Mission stellte in eine Übersicht der gegenwärtigen politischen, sozialen und kulturellen Situation Indiens ein Bild der kleinen Gossner-Kirche. Zahlenmässig stelle sie eine verschwindende Minderheit dar, doch ihrer geistigen Bedeutung nach verfüge sie über erheblichen Einfluss als eine Kirche, die ihre Aufgaben auf missionarischem, diakonischem und sozialem Gebiet tatkräftig anfasse und durchführe. Selbst starke innerkirchliche Spannungen hätten nicht zum Zerbrechen der Gemeinschaft geführt und die Stosskraft nicht gelähmt.

"Die geistige Auseinandersetzung der Christen Asiens und Afrikas steht noch in den Anfängen", führte Studentenpfarrer Dr. D e l l (Mainz) aus. "Aber die christlichen Kirchen des afrikanischen und asiatischen Raumes haben das Gespräch mit den nichtchristlichen Gliedern ihrer Völker aufgenommen." Damit erwachse die Frage nach einer echten "einheimischen" christlichen Theologie, die zu einer ökumenischen Theologie weiterführen könne.

Der Batak-Pfarrer S i t o m p u l, der gegenwärtig an der Mainzer Universität Theologie studiert, gab eine lebendige Schilderung der verschiedenen Ämter in der Batak-Kirche, die in Analogie zu der batakischen Dorfgemeinschaft zum Aufbau einer christlichen Lebensordnung geführt haben. Die batakische Kirche sei keine "Ein-Mann-Kirche", sagte er, sie sei getragen von der Zusammenarbeit aller Gemeindeglieder, in der jeder sich für das Ganze verantwortlich wisse. Besinnung für die gesamte Tagung boten die beiden Bibelarbeiten von Prof. D. Dr. S t ä h l i n (Mainz). Im Anschluss an die Jahrestagung der Missionskonferenz fand eine Arbeitsgemeinschaft für evangelische Religionsunterricht unter Leitung von Studienleiter Pfarrer M u n k (Mainz) statt.

Präses Scharf wird 60 Jahre

Sachwalter der Einheit, Rufer zum Frieden

epd Bethel, 16. Oktober. Am 21. Oktober begeht Präses D. Kurt Scharf, der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, seinen 60. Geburtstag. Als ihm die Synode der EKD am 17. Februar vergangenen Jahres als Nachfolger von Bischof Dibelius sein jetziges Amt übertrug, ging sie von der Erwägung aus, daß ein in Ostberlin wohnender Staatsbürger der DDR der gesamt-kirchlichen Einheit des deutschen Protestantismus am besten dienen könne. Am 31. August vergangenen Jahres wurde der Präses jedoch von den Zonenbehörden auf verletzende Art des Landes verwiesen. Ohne sich durch diesen Mißbrauch politischer Macht verbittern zu lassen, trat er weiter für die Gemeinschaft der evangelischen Christen in beiden Teilen Deutschlands ein.

Präses Scharf gehört zu der Generation im evangelischen Deutschland, deren Glaubens- und Lebenserfahrungen durch den Kirchenkampf unter dem Nationalsozialismus geprägt worden sind. Aus Landsberg an der Warthe gebürtig, wurde er nach dem Theologiestudium in Tübingen, Jena und Halle Hilfsprediger im Aluminiumwerk Lautawerk, wo er die Lebensverhältnisse der Arbeiterschaft aus unmittelbarer Nähe kennenlernte. 1933 übernahm er das Pfarramt der Bekennenden Kirche in Sachsenhausen. Er wurde Vertrauensmann des Pfarrernotbundes für die Kurmark. Persönlich setzte er sich für Gefangene der Gestapo ein; es gelang ihm sogar, Martin Niemöller im KZ Sachsenhausen zu besuchen. Mehrmals wurde er selbst verhaftet. Ein staatliches Rede-, Schreib- und Aufenthaltsverbot für Berlin vermochte seine stetige Mitarbeit in der Bekennenden Kirche nicht zu hindern. 1935 war er Präses der brandenburgischen Bekenntnissynode. Im Krieg geriet er in amerikanische Gefangenschaft, konnte jedoch schon im Oktober 1945 zurückkehren. Mit dem Ehrentitel "Präses" wurde er 1945 zum Geistlichen Leiter der Abteilung Brandenburg im Evangelischen Konsistorium Berlin-Brandenburg berufen. In der Evangelischen Kirche der Union (EKU) war er zeitweise Vorsitzender des Rates, jetzt hat er den stellvertretenden Vorsitz inne.

Die Gegenwart kennt Präses Scharf als einen Mann, der landauf landab seelsorgerlich für Versöhnung, Freiheit und Frieden aus den Kräften des christlichen Glaubens wirkt. Bei den Gemeinden und im Kreis der europäischen Kirchen wie in der gesamten Ökumene wird seine Stimme umso mehr gehört, als ihr jede Spur von theologischer Rechthaberei und kirchenpolitischem Parteidenken fehlt. Worte und Wesen dieser integren Persönlichkeit fördern Mut und Vertrauen, die ideologischen Trennungsgräben in einer vielfach zerspaltenen Welt zu überschreiten.

Der Rundfunk zum Geburtstag des Ratsvorsitzenden der EKD

epd Bethel, 16. Oktober. Sechs Sendungen mit und für den Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) stehen am Sonntag, 21. Oktober, auf den Programmen verschiedener Rundfunkanstalten. Als erstes bringt der Saarländische Rundfunk in seinem II. Programm von 8.15 Uhr an eine Sendung zum 60. Geburtstag von Präses D. Kurt Scharf unter dem Titel "Christ sein, heißt Bruder sein". Auf derselben Welle kann man um 10.00 Uhr auch den evangelischen Gottesdienst aus der Matthäus-Kirche in Berlin-Steglitz hören, den der Sender Freies Berlin überträgt; die Predigt hält Präses Scharf. Stuttgart bringt um 11.00 Uhr auf UKW eine Sendung mit dem Thema "Mancherlei Kräfte", in der die Bischöfe Dibelius und Mitzenheim, Kirchenpräsident Niemöller, Bundestagspräsident Gerstenmaier, Prof. Thieliöcke und der ehemalige Synodalpräses Heinemann zu Wort kommen. Von 17.30 Uhr an überträgt RIAS Berlin den Gratulationsempfang zum Geburtstag D. Scharfs. In der Sendereihe "Lebendiges Christentum" bringt der Deutschlandfunk (MW 195 oder 397 m, LW 151 kHz) von 19.00 Uhr an "Präses Scharf, ein Lebensbild". Der Hessische Rundfunk überträgt am Sonntag um 22.20 Uhr "Stimmen der Gratulanten" beim Ratsvorsitzenden.

P. Gossner & K.
Pressenagel

Abschrift

aus epd Nr. 167 v. 24.7.62

Indische Kirche stellt sich dem sozialen Umbruch

Der Präsident der Goßner-Kirche berichtet

epd Bielefeld, 24. Juli.

Nicht erst der Aufbau des großen Stahlwerkes Rourkela hat Deutsche in den Osten Indiens geführt, wohin in der Zeit der großen asiatischen Völkerbewegungen die indischen Ureinwohner, die Adivasi, abgedrängt wurden. Bereits 70 Jahre vor dem Ersten Weltkrieg kamen zu diesen Menschen im Bereich der Staaten Bihar und Orissa Missionare der Berliner Goßner-Mission. Diese Gegend, die heute auf Grund der Eisen- und Kohlevorkommen zum Industriezentrum Indiens wird, galt bis vor kurzem noch als eine der wertlosesten des Landes. Der Ackerbau vollzog sich - und vollzieht sich noch heute - in primitiven Formen, und ein großer Teil der Bevölkerung besteht aus Analphabeten. Der schnelle Wechsel "von der Steinzeit in die Stahlzeit", der dort heute vor sich geht, stellt nicht nur den indischen Staat, sondern auch die Evangelische Goßner-Kirche vor schwierige Aufgaben.

Der Präsident dieser 1919 als erste der aus dem Wirken deutscher Missionare hervorgegangenen Kirchen selbständig gewordenen Kirche, Dr. Joel Lakra, hält sich zur Zeit in Deutschland auf. Aus seinen Berichten - so bei einem Empfang im Bielefelder Landeskirchenamt - ergibt sich das Bild einer Kirche, die, obgleich nur eine Minderheit der Bevölkerung umfassend, sowohl missionarisch wirksam ist als auch wesentlich daran mitarbeitet, die von der sozialen Revolution betroffenen Menschen für ihre neuen Aufgaben in Wirtschaft und Gesellschaft auszurüsten. Die missionarische Wirksamkeit der Goßner-Kirche läßt sich am besten aus dem Wachstum ihrer Gemeinden ablesen: 1919, als sie selbständig wurde, hatte sie 90 000 Glieder, heute sind es 230 000. Gewiß wird sie weiterhin von der Goßner-Mission durch Mitarbeiter und auch finanziell unterstützt, aber in der Hauptsache arbeitet die Goßner-Kirche mit eigenen Mitteln und eigenen Kräften. So hat sie einen Stamm junger einheimischer Pfarrer und in Ranchi, ihrem Zentrum, eine Theologische Schule mit zur Zeit 20 Studenten. Besondere Bedeutung für die geistliche Versorgung und die missionarische Ausbreitung des Evangeliums kommt den etwa 100 sogenannten Katechisten zu. Außerdem nimmt die Schule in Govindpur, in der weibliche Katechisten ausgebildet werden, jeweils für eine bestimmte Frist eine Reihe junger Mädchen aus den Dörfern auf, die hier gründlicher als zu Hause mit der Bibel und christlichem Leben vertraut gemacht werden, um dann zu Hause als "christliche Mütter" zu wirken.

Gleichzeitig ist die Goßner-Kirche bemüht, bei aller eigenen Armut beispielhaft die allgemeine schulische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung der Bevölkerung zu fördern. Der 68jährige Kirchenpräsident Dr. Lakra, der gleichzeitig Parlamentsmitglied des Staates Bihar ist, sieht hier eine besondere Aufgabe. Seinem Wirken ist es zu verdanken, daß die Goßner-Kirche mit staatlicher Hilfe zwölf allen offen stehende mittlere Schulen einrichten konnte. Die Gründung eines Colleges ist geplant. Mit Unterstützung der deutschen evangelischen Aktion "Brot für die Welt" konnte auch an zwei besondere Projekte herangegangen werden: in Phudi entstanden technische Lehrwerkstätten, die jungen Indern aus der bis-

her rein agrarischen Bevölkerung des Gebietes eine moderne handwerkliche und technische Ausbildung vermitteln; in Khutitoli arbeitet eine landwirtschaftliche Ausbildungsstätte und Musterfarm. Gerade auf die Verbesserung der landwirtschaftlichen Anbaumethoden und die Anhebung des Lebensstandards der bäuerlichen Bevölkerung kommt es in diesem Gebiet besonders an.

3.8.62

Wol.

P R E S S E S T E L L E
der Evangelischen Kirchenleitung
Berlin-Brandenburg

Beleg
Berlin-Charlottenburg, 30.6.1962
Jebensstr. 1, Aufg. 8
Tel.: 32 63 43

K I R C H L I C H E N A C H R I C H T E N

Wechsel in der Leitung der Gossner-Mission

X Im Auftrag der Evangelischen Kirchenleitung wird der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland und Vorsitzende des Kuratoriums der Gossner-Mission, Präses D. Kurt Scharf, im Gottesdienst am Sonntag, dem 8. Juli, um 10 Uhr in der Zwölf-Apostel-Kirche, W 30, am Nollendorfplatz, Kirchenrat Dr. Christian Berg als neuen Direktor der Gossner-Mission einführen. In einer Feierstunde am gleichen Tag um 16 Uhr im Gossner-Haus, Friedenau, Handjerystraße 19/20, wird der nach langjährigem Wirken in den Ruhestand tretende bisherig Direktor der Gossner-Mission, für fünf Jahre als Mitarbeiter zur Verfügung gestellt worden. Anlässlich des Wechsels in ihrer Leitung erwartet die Gossner-Mission verschiedene Gäste aus der Ökumene. Unter ihnen befinden sich der Generalsekretär der United Church of Christ, Dr. Kenneth Anthony aus New York, Präsident Joel Lakra von der indischen Gossner-Kirche und Ingenieur Werner Thiel, der Leiter des technischen Zentrums, das die Gossner-Mission in Zusammenarbeit mit der Aktion "Brot für die Welt" in Phudi (Indien) aufbaut.

Kirchenrat Dr. Berg, der zuletzt als Direktor der Oekumenischen Abteilung in der Hauptgeschäftsstelle des Diakonischen Werkes Innere Mission und Hilfswerk in Stuttgart tätig war, gehört zu den Initiatoren der Aktion "Brot für die Welt", deren Aufgaben er auch in seinem neuen Wirkungskreis eng verbunden bleiben wird. 1946 wurde der aus Mecklenburg stammende, und in Württemberg tätige Gemeindepfarrer von dem damaligen Leiter des Hilfswerkes, Oberkonsistorialrat Dr. Eugen Gerstenmaier, als Mitarbeiter in das Zentralbüro des Hilfswerkes der Evangelischen Kirche in Deutschland berufen. Drei Jahre später wurde ihm die Leitung des Zentralbüros Ost des Hilfswerkes in Berlin übertragen. 1956 verlieh ihm die Theologische Fakultät der Universität Zürich die Würde eines Ehrendoktors. Nach dem Tod des Hamburger Bischofs D. Hertrich im Jahre 1958 wurde Dr. Berg in das Administrativ-Komitee der Abteilung für Zwischenkirchliche Hilfe des Weltkirchenrates gewählt. In dieser Eigenschaft nahm er auch an der 3. Weltkirchenkonferenz in Neu-Delhi teil. Im Anschluß an die Konferenz besuchte Kirchenrat Berg, der dem Kuratorium der Gossner-Mission schon seit 1949 angehört, die Gossner-Kirche in Indien.

Der scheidende Missionsdirektor, Kirchenrat D. Hans Lokies, der auf eine 35jährige Tätigkeit im Dienste der Gossner-Mission zurückblicken kann, wurde 1895 als Sohn eines Gossner-Missionars in Indien geboren. Nach fünfjährigem Wirken als Gemeindepfarrer in Ostpreußen wurde er zum Provinzialpfarrer für Mission in Königsberg und von dort 1927 in die Leitung der Gossner-Mission nach Berlin berufen. Als Direktor der Gossner Mission besuchte D. Lokies zweimal die seit 1919 selbständige Gossner-Kirche in Indien. Bei seinem letzten Besuch gelang es Kirchenrat Lokies, von dieser Kirche eine durch innere Konflikte drohende Spaltung abzuwenden. Durch seine Vermittlung konnten die aufgetretenen Gegensätze überbrückt und die schon seit fünf Jahren nicht mehr zusammengetretene gesamtkirchliche Synode

Kirchenrat D. Hans Lokies, verabschiedet. Gleichzeitig wird sich Pastor Bob Starbuck von den Berlinern verabschieden. Er war von seiner Heimatkirche, der United Church of Christ in Amerika, der Gossner-Mission

Synode einberufen werden, auf der die ersten Grundlagen für die Einigung und den Frieden der Gossner-Kirche geschaffen wurden. Dieses Einigungswerk wurde mit Hilfe einer vom Lutherischen Weltbund eingesetzten Kommission und durch die Bemühungen der Bischöfe Dr. Manikam von der Tamuln-Kirche in Süd-Indien und Dr. Meyer, Lübeck, abgeschlossen.

In der Heimatarbeit der Gossner-Mission hat Missionsdirektor Lokies den Grundsatz in die Tat umgesetzt, nach dem eine Missionsgesellschaft nur dann die Vollmacht zur äußeren Mission hat, wenn sie auch in ihrer Heimatkirche missionarische Aufgaben übernimmt. Diese Erkenntnis bestimmte ihn, nach dem Krieg die Leitung der Kirchlichen Erziehungskammer zu übernehmen. Durch den Aufbau des Christenlehre-Unterrichtes an den Berliner Schulen, die Einrichtung von evangelischen Schulen in West-Berlin und die Sammlung evangelischer Lehrer hat er wesentlich zur Weitergabe des Evangeliums an die junge Generation beigetragen. Sein Amt als Leiter der Kirchlichen Erziehungskammer hat Kirchenrat Lokies bereits im Herbst vorigen Jahres niedergelegt.

* * * *

Halberstadt und Nordhausen: Städte des kirchlichen Wiederaufbaus

Der Diakonische Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland hat für 1962/63 Halberstadt und Nordhausen zu Städten des kirchlichen Wiederaufbaus erklärt. In allen deutschen Landeskirchen wird vom 1. Juli an für den Wiederaufbau von Kirchen und Gemeindehäusern in diesen beiden Harzstädten in der Provinz Sachsen gesammelt werden, nachdem in den vergangenen Jahren zu Spenden für Dresden, Frakfurt/Oder; Magdeburg, Rostock, Dessau und Neubrandenburg aufgerufen worden war. Mit Ausnahme von Neubrandenburg konnten in diesen Städten die kirchlichen Wiederaufbauarbeiten in Angriff genommen werden.

Der bekannte Halberstädter Dom erhielt in den letzten Kriegswochen zwölf Bombentreffer. Außerdem fielen dem Luftangriff fünf Kirchen und zehn kircheneigene Gebäude zum Opfer. Mit Unterstützung der staatlichen Denkmalpflege konnten die Gemeinden in mühevoller Arbeit den Dom und zwei Kirchen wieder aufbauen. Im Hinblick auf die neu entstandenen Industriezweige und Wohnsiedlungen ist jedoch die Errichtung von drei neuen Gemeindehäusern und einer neuen Kirche dringend erforderlich.

In Nordhausen wurden vier der sechs vorhandenen Kirchen und acht kircheneigene Gebäude durch Kriegseinwirkung zerstört, von denen in den letzten Jahren trotz intensiver Bemühungen nur ein Teil wieder instandgesetzt werden konnte. Darunter befindet sich die 1234 erstmalig erwähnte St.-Blasii-Kirche, die heute die evangelische Hauptkirche Nordhausens ist. Für die Wiederherstellung der Frauenbergkirche und den Bau von zwei Gemeindehäusern fehlen noch erhebliche Mittel.

Weder die Halberstädter noch die Nordhäuser Christen sind in der Lage, diese für die Entfaltung ihres kirchlichen Lebens notwendigen Bauvorhaben zu finanzieren. Sie bedürfen der brüderlichen Hilfe der anderen Gemeinden in der EKD.

Verantwortlich:
Lieselotte Bessert

Redaktionelle Bearbeitung:
Karl-Adolf R ü m e l i n

Reinforced perforation
Lochung verstärkt
Perforation renforcée

Weitere Trennblätter lieferbar:
1652 in 6 Druckfarben

LEITZ Trennblätter chamais
1650 Lochung hinterklebt
1654 Lochung mit Ösen

1

2

3

4

5

6

7

8

9

0

BERLI-
NER
SONN-
TAGS-
BLATT



Professor D. Heinrich Vogel in Indien

Von der Kirche Berlin-Brandenburg zum Besuch der Gossnerkirche nach Indien entsandt, hat D. Heinrich Vogel, Professor an der Humboldt Universität und der Kirchlichen Hochschule in Berlin, nach dem Besuch einer Reihe von Gemeinden der jungen Kirche und Stationen deutscher Missionskräfte in ihr, seine Vorlesungen in Ranchi und Calcutta beendet. Sie wurden den Berichten zufolge mit größtem Interesse und dankbarer Freude aufgenommen. Das Bild zeigt, mit welcher Herzlichkeit und Ehrerbietung der Gast aus Berlin empfangen wurde. Er befindet sich jetzt auf dem Weg nach Nepal, nachdem er zuvor noch auf dem Pastorkolleg der indischen Kirche mit über 100 indischen Pfarrern exegetische und homiletische Vorträge gehalten hatte.

Am Donnerstag, dem 16. März, wird Professor Vogel im Gossnersaal erstmalig über die Situation der Christenheit in Indien berichten.

Herr Witting



aus
Berliner
Sonntags-
blatt
Nr. 16/
17.4.1966

Vor 20 Jahren sah man sie auch in Deutschland, die Schlangen vor den Essenstöpfen. In Indien warten sie in diesen Wochen wieder — sie dürfen nicht vergebens warten.

INDIEN HUNGERT

Bisher größtes Hilfsvorhaben der Aktion „Brot für die Welt“

„Soll ja gar nicht so schlimm sein in Indien, nach dem, was man so in der Zeitung liest“, kann man aus der Bevölkerung als Kommentar zu dem jetzigen Hilfeunternehmen der Aktion „Brot für die Welt“ hören, oder auch: „Die sollen erst mal ihre heiligen Kühe aufessen und nicht so viele Kinder in die Welt setzen!“ Ein großes Wort. Man macht es sich bequem. Genauso bequem wie jener Mann, der meint, er könne die indische Ernährungslage ja doch nicht ändern, auf wie viele Steaks er auch verzichte.

Sofortaktion

Inzwischen aber droht man in Indien zu verhungern. Ist es der „schwarze Hunger“, der seine Opfer fordert, das heißt das Fehlen von Nahrungsmitteln, oder der „weiße Hunger“, das heißt die dadurch verursachte verstärkte Anfälligkeit gegenüber bestimmten Krankheiten? Es ist einerlei. Der Monsunregen ist zweimal hintereinander ausgeblieben. In einem Land, in dem zwei Drittel der 480 Millionen Einwohner auch in normalen Zeiten an permanenter Unterernährung leiden und 80 Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft ihre einzige Erwerbsquelle haben, sind die Auswirkungen einer Mißernte katastrophal. Ohne Hilfe aus anderen Ländern hätten sich nach zuverlässigen Schätzungen 12 Millionen Menschen in einer ausweglosen Lage befunden.

Dank der spontanen Hilfeversprechen aus aller Welt, die zum Teil schon in die Tat umgesetzt wurden, scheint die größte Gefahr nun gebannt zu sein, vorausgesetzt, daß die erforderlichen Mittel bis zum Krisenpunkt der Notlage, das heißt bis Anfang Juni, aufgebracht

werden können. Entzieht sich die Weltöffentlichkeit aufgrund verharmlosender Berichte aber dieser Hilfeleistung, sind die Folgen nicht abzusehen, denn schon jetzt zehrt man vom Saatgut.

Welche Maßnahmen ergreift Indien selbst? Die Regierung rationiert Lebensmittel, sie beschäftigt eine große Zahl von Menschen bei sogenannten „Nahrung-gegen-Arbeit“-Projekten (z. B. beim Straßenbau); sie sorgt für Ausgleichslieferungen nicht so schwer betroffener Gebiete in die acht indischen Notstandsstaaten. Sie verschafft den Hilfsorganisationen alle nur möglichen Erleichterungen. Sie leistet auch aufklärende Erziehungsarbeit — auch auf dem Gebiet der Familienplanung —, aber jahrtausendealte Tabus lassen sich nicht in wenigen Jahrzehnten bezwingen. Viel mehr kann sie aus eigenen Kräften nicht tun.

Die deutsche evangelische Aktion „Brot für die Welt“ hat sich durch Aussendung einer Kommission von der Notwendigkeit einer Sofort-Hilfe an Ort und Stelle überzeugt. Die Verhandlungen mit führenden Regierungsvertretern und die Absprachen mit dem Hilfswerk des Nationalen Christenrates in Indien zeichnen ein klares Bild von den Möglichkeiten einer wirksamen Hilfe auf überschaubarem Raum. Sie zeigen auch, daß hier eine Unterstützung erforderlich ist, die die Größenordnung bisher durchgeführter Projekte einfach sprengt. Noch nie seit Bestehen der Aktion bedurfte eine so große Menschengruppe so schnell der Hilfe, wie es jetzt in Indien der Fall ist. „Brot für die Welt“ muß sich beschränken. Aber dort, wo die Aktion hilft, will sie durchgreifend helfen und nicht nur das Sterben hinauszögern.

Für 400 000 Kinder aus den schwerbetroffenen Bundesstaaten Orissa, Bihar und West-Bengalen wird „Brot für die Welt“ die Verantwortung tragen. Sie werden fünf Monate lang mit Reis, Milch, Gemüse und Vitaminen versorgt. Fünf Monate, das heißt bis zum Beginn der nächsten Ernte. Absolut zuverlässige Kräfte werden für eine sorgfältige Verwirklichung dieses Vorhabens sorgen.

Die Verpflegungskosten für ein Kind belaufen sich für die Dauer des Programms auf 22,50 DM. Darin sind Verwaltungs- und Transportausgaben enthalten. Somit werden allein für dieses Vorhaben 9 Millionen DM benötigt. Es kann sich aber ergeben, daß, zumindest in Kalkutta, der bisher vorgesehene Zeitraum nicht ausreicht und ein zweites Speisungsprogramm unmittelbar angeschlossen werden muß. Darüber hinaus dürfen langfristige Aufbauprogramme nicht vernachlässigt werden, die ähnlichen Notfällen künftig vorbeugen.

Mit ihren begrenzten Mitteln wird die Aktion „Brot für die Welt“ nicht in der Lage sein, dieses Programm zusätzlich durchzuführen. Schon Ende 1965 wurden 3 Millionen DM im Vorgriff auf die inzwischen laufende VII. Aktion für dringende Hilfemaßnahmen bewilligt. „Brot für die Welt“ kann den Menschen in anderen Notgebieten der Erde jetzt nicht die Hilfe zugunsten Indiens einfach entziehen. Die Versorgung der 400 000 Kinder wird deshalb nur möglich sein, wenn hinter dem Opfer jedes evangelischen Christen das Bewußtsein des Ausmaßes dieser Not und gleichzeitig des Reichtums unserer Möglichkeiten steht.

Erika Friese

Die Kirche in Genshagen, Mark, mit kunstvollen alten Grabsteinen.



Die Volkskirche ist hier ausgestorben

„Zuweilen ist der Schrumpfungsprozeß ein Genesungsprozeß“, heißt es in einem der Synode der Kirchenprovinz Sachsen vorgelegten Bericht über „Kirchliche und unkirchliche Gemeinden“, der speziell von den Verhältnissen in der Propstei Wittenberg ausgeht. Zu diesem kirchlichen Verwaltungsgebiet gehören sowohl landwirtschaftlich geprägte Gebiete und Kleinstädte als auch Industriezentren, etwa Bitterfeld und Lauchhammer. Der Wittenberger Superintendent Gerhard Böhm berichtet aus diesem Gebiet: „Die Entkirchlichung ist so perfekt geworden, daß selbst der kirchliche Anstrich der Sitte und Gewohnheit weggewischt ist bis hinein in die sogenannten christlichen Familien.“

Die äußere Situation der Gemeinden kennzeichnet Böhm durch zwei Beispiele: Er schildert zunächst eine Industriegemeinde, zu der 1950 etwa 7000 Glieder gehörten, 1965 aber nur noch 3500 als „ansprechbar“ registriert wurden, und kommt zu dem Schluß: „Die Volkskirche ist hier ausgestorben.“ Jedoch habe ein aktiver Gemeindekirchenrat und ein ausgedehnter Besuchsdienst die „Klärung und Zusammenfassung“ der verbliebenen Gemeinde ermöglicht. Einige Zahlen: 100 Taufen 1950 standen 1965 nur noch 15 gegenüber, die Zahl der Trauungen schrumpfte von 40 auf 4, die der Konfirmanden von 100 auf 14; die durchschnittliche Teilnehmerzahl an der Christenlehre bei insgesamt 800 Schulkindern von 300 auf 80, die Zahl der Gottesdienstbesucher im Durchschnitt von 160 auf 86. Weniger stark ging die Kirchensteuer zurück; sie erbrachte im letzten Jahr 24 000 Mark, 15 Jahre vorher waren es 36 000 Mark.

Während also Strukturwandel und Anonymität der Städte auch unabhängig von der persönlichen Einstellung den Rückgang der Beteiligung am kirchlichen Leben fördern, sieht das Bild auf dem Lande anders aus. Superintendent Böhm schildert eine Landparochie mit vier kleinen Gemeinden, die bei gleicher seelsorgerlicher Betreuung eine völlig unterschiedliche Kirchlichkeit zeigen. Allein der Christenlehrebesuch schwankt hier zwischen 95 und 60 Prozent der Schulkinder, während die durchschnittliche Teilnahme am Sonntagsgottesdienst zwischen 20 und 5 Prozent der in Frage kommenden Gemeindeglieder liegt.

Der Bericht gibt dann einen Überblick über die zahlreichen Bemühungen zur neuen Sammlung und missionarischen Ausrichtung der Gemeinde. Die Erkenntnis sei allgemein verbreitet, „daß im heutigen Gemeindegemeinde das erweckende und missionierende Handeln Vorrang vor dem bewahrenden haben muß“. Zu diesem Bemühen gehörten „zeitnahe und doch biblisch zentrale Christuspredigt“ ebenso wie neue Gottesdienstformen, vornehmlich Familiengottesdienste, ausgedehnter Besuchsdienst, Zurüstung von Laien für kirchliche Aufgaben, Evangelisationswochen einschließlich Jugendevangelisation, grundlegende Änderung der kirchlichen Versammlungsformen und vieles andere. Zwar wird trotzdem festgestellt: „Insgesamt ist die Flaute des kirchlichen Lebens in den weitaus meisten Gemeinden unverkennbar“, aber zugleich meint Böhm, es gebe „erstaunlich kirchliche Gemeinden“. Zuweilen sei der Schrumpfungsprozeß ein Genesungsprozeß, „und wir haben allen Grund, Quantität und Qualität der Gemeinden in die rechte Relation zu bringen“.

ukturen Schwerin

die Entwicklung der letzten sechs Jahre berichtet hatte, zog in seinem Schlußwort aus der Debatte der Synode die Bilanz, es sei eine „neue Freudigkeit zum Dienst in und an der Kirche“ aufgebrochen.

Die mecklenburgische Landessynode in Schwerin hatte sich, wie bereits berichtet, auch mit Fragen des missionarischen Gemeindeaufbaus beschäftigt. Sie beschloß, eine umfassende Studie dazu allen Gemeindekirchenräten zur Stellungnahme zuzuleiten, um damit das Gespräch über die notwendigen Reformen in der gesamten Kirche in Gang zu bringen. Die Synode forderte, die zur Zeit vorbereitete neue Kirchgemeindeordnung für Mecklenburg solle den Ortsgemeinden eine größere eigenständige Verantwortung geben. Der Oberkirchenrat in Schwerin wurde beauftragt, der Synode bei ihrer nächsten Tagung Vorschläge für eine neue kirchliche Lebensordnung zu machen.

Während der Schweriner Synodaltagung wurde auch bekannt, daß in der mecklenburgischen Landeskirche in der letzten Zeit zwischen 30 000 und 40 000 Besuche bei „am Rande“ lebenden Gemeindegliedern gemacht worden sind, die mit ihren Kirchensteuerzahlungen im Rückstand waren. Diese Besuchsaktion hat zugleich, wie es hieß, Möglichkeiten gezeigt, fernstehende Gemeindeglieder neu für das Leben der Kirche zu gewinnen.

In diesem Zusammenhang forderte Scholz, angesichts des Pfarrermangels „Rentabilität und Wirkungsgrad“ von Pfarrstellen zu überprüfen. Wörtlich rief er aus: „Wie lange noch wollen wir uns den Luxus der städtischen Parochialgemeinden leisten, in fünf Kirchen einer Kleinstadt zur gleichen Zeit von voll ausgebildeten Theologen Gottesdienste halten zu lassen vor Gemeinden, die in einer oder zwei Kirchen Platz fänden? Wie lange noch wollen wir unter dem Zwang obskurer Kirchenkreis- und Landeskirchengrenzen sinnlos Zeit und Energie auf den Landstraßen vergeuden?“ Das müsse nicht irgendwann, sondern noch in diesem Jahr geändert werden. Im Blick auf die Gemeinschaft sei es Aufgabe der Gemeinde, „Verhaltensweisen der Bürgerlichkeit zu entwickeln und auszuprobieren“, die auch als Modell für andere dienen könnten. Es werde nötig werden, sich von der bisherigen statischen Form der Ortsgemeinden zu lösen, „zu Gunsten dynamischer Formen, die eher die Summe von Aktivitäten und Experimenten darstellen werden“.

ind Wundsalbe
ind Wundpuder
hmerzen, Jucken
in und Brennen
in Apotheken

gendorf/Bayern

Pepsin-Wein

1/2 Fl. 3,75 1/1 Fl. 6,50

IN ALLEN APOTHEKEN UND DROGERIEN

Bei überladem Magen

Blücher-Schering

IN DER GOLDHALSFLASCHE

nkbüchlein für unsere lieben Kranken

von Schwester Lette Eisfeld

Pickel? Akne?

Leiden Sie unter Pickeln, Akne, Pusteln, unter Hautjucken, Ekzemen, Flechten, Ausschlag, unter Fußpilz oder einem anderen Hautleiden?

DDD hilft!

DDD, das Hautmittel von ungewöhnlicher Wirkungsstärke. Rasch verschwindet der Juckreiz, die Entzündung, die Rötung, die Schwellung.



Be. Sonntagsblatt

1. 11. 68

29. 11. 64

Hilfe für Indien

Ausbildungszentren und Dschungel-Hospital

Berliner Ingenieur leitet Handwerkerschule der Gossner-Kirche

Die Christen der jungen Gossner-Kirche in Nordostindien nennen Berlin eine „Heilige Stadt“. Denn von hier — von der in Berlin beheimateten Gossner-Mission — haben sie das Evangelium bekommen. Vom Evangelium her sehen die Christen Indiens ihren Auftrag, durch soziale Reformen der Not in ihrem Lande zu begegnen. Die Aktion „Brot für die Welt“, zu der die evangelischen Christen Deutschlands jetzt erneut aufgerufen werden, hilft ihnen dabei. Pastor Martin Seeberg von der Gossner-Mission berichtete uns aus eigener Anschauung von drei Projekten, die mit Unterstützung von „Brot für die Welt“ von der indischen Gossner-Kirche begonnen werden konnte.

Ein Berliner, der Diplom-Ingenieur Klaus Schwark, leitet die Handwerkerschule in Phudi am Rande des Industriegebietes von Ranchi, etwa 300 Kilometer westlich von Kalkutta. 30 bis 40 Gebäude, darunter große Werkhallen, wurden auf dem riesigen Areal errichtet. Mit der Schule verbunden sind Internate für die Lehrlinge. Zur Zeit sind es 48 junge Inder, im nächsten Jahr werden es 96 sein, die hier in einer Holz-, einer Bau-, einer Metall- und einer Druckereiklasse ausgebildet werden. Den deutschen Instruktoren stehen indische Helfer zur Seite.

Produktive Ausbildung

Während der zweijährigen Ausbildung lernen die Lehrlinge bereits die Arbeit im Betrieb kennen, da die technischen Unterrichtsstätten gleichzeitig Fertigungsbetrieb für Möbel und vorgefertigte Teile von Reihenhäusern sind. Vor kurzem hat die Schule auch schon Aufträge von der Industrie bekommen. Aus den Einkünften der Produktion wird ein Teil des Schulbetriebes finanziert. Nach der Ausbildung gehen die Lehrlinge zum Teil in die Industrie, den anderen wird geholfen, in den Dörfern eigene handwerkliche Kleinbetriebe zu gründen. So hilft die Handwerkerschule in sinnvoller Weise, den Mangel an Fachkräften in der dortigen Gegend zu beheben. Nicht zuletzt freuen sich Christen und Nichtchristen darüber, daß mit Unterstützung dieser jungen Handwerker auch neue Schulen gebaut und die alten ausgebessert werden können. „Alle, die mit der Handwerkerschule in Berührung kommen, wissen sehr genau, daß hinter der Aktion „Brot für die Welt“, die den Bau dieses Ausbildungszentrums ermöglichte, die Gesamtheit der evangelischen Christen Deutschlands steht“, sagt Pastor Seeberg.

Als zweites großes Vorhaben, das die Gossner-Kirche mit Förderung durch „Brot für die Welt“ schaffen konnte, nennt er das Landwirtschaftszentrum in Khuntitoli. Innerhalb kurzer Zeit gelang es hier eine Lehrfarm aufzubauen, auf der die jungen Inder nicht nur mit dem eisernen Pflug umzugehen lernen. Die Erfolge, die die Lehrfarm zum Beispiel mit modernen Arbeitsmethoden in der Viehzucht erzielte, erregte bei den Eingeborenen Aufsehen. Beim Anbau von

Reis und anderen Getreidearten konnten durch den Einsatz neuester Maschinen und die Verwendung von ausgesuchtem Saatgut und Kunstdünger Erträge erreicht werden, die man bisher in dieser Gegend nicht für möglich gehalten hatte.

Starthilfe für junge Bauern

Schon während der Aufbauzeit entstand auf dem Gelände der Farm eine naturwissenschaftliche Oberschule. Sie wird von 250 jungen Indern besucht, von denen 150 in Internaten leben. Diese Schüler sollen später eine lebendige Verbindung zwischen dem Ausbildungszentrum und den Dörfern in der Nachbarschaft herstellen. Sie werden auch nach der Schulzeit von Fachleuten aus Khuntitoli betreut, man stellt ihnen für den eigenen Hof Jungvieh, Saatgut und Kunstdünger zur Verfügung und steht den jungen Eingeborenen bei der Gründung von Produktions- und Absatzgenossenschaften zur Seite. „In unvorstellbarer Weise halten die indischen Bauern an den Sitten und an den primitivsten Arbeitsmethoden ihrer Väter und Großväter fest“, berichtet Pastor Seeberg, „und die christliche Kirche hat hier die große Aufgabe, die Initiative des einzelnen Menschen zu wecken“.

Dienst am Kranken

Menschen der Barmherzigkeit werden die Männer und Frauen genannt, die im Dschungel-Hospital in Amgoon ihren Dienst tun, das ebenfalls mit Unterstützung von „Brot für die Welt“ geschaffen wurde. Die Gossner-Kirche errichtete es in einem Gebiet, in dem es keine christlichen Gemeinden gibt, obwohl auch die christlichen

Dörfer ein Krankenhaus dringend benötigten. Aber die indischen Christen praktizieren hier ein leuchtendes Beispiel tätiger Nächstenliebe. Jährlich werden in Amgoon 25 000 bis 30 000 Eingeborene behandelt. Von weither kommen die Patienten. Einem Arzt und drei Schwestern aus Deutschland stehen indische Hilfskräfte zur Seite. Mit dem Hospital verbunden ist eine Schwesternschule. Mädchen aus den 200 Kilometer entfernt liegenden Gemeinden der Gossner-Kirche werden dort ausgebildet. „Für diese Schwesternschülerinnen bedeutet das eine Reise ins Ausland, in ein für sie völlig fremdes Gebiet mit anderer Sprache und anderen Sitten“, erzählt Martin Seeberg, „und



Von weither kommen die Eingeborenen in das Dschungel-Hospital der Gossner-Kirche bei Amgoon.

daß die Mädchen diese weite Reise antreten, ist um so bemerkenswerter, weil die Bindung an die Familie in Indien sehr viel stärker ist als bei uns.“

kw

Abschied von einem „Zauberer Gottes“

(Schluß von Seite 1)

wegen erheblicher Ausreiseschwierigkeiten erst wenige Stunden zuvor in Berlin eingetroffen war. Er dankte der Goßner-Mission für ihre großen Mühen und verlas herzliche Grußbotschaften seiner Heimatkirche an Kirchenrat Lokies, an den neuen Missionsdirektor Dr. Berg sowie an Präses D. Scharf und den stellvertretenden Kurator, Superintendent Dr. Rieger. Wie Joel Lakra betonte, hat die Goßner-Mission mit der Zusammenarbeit von indischen Christen und deutschen Missionaren auf dem Missionsfeld sowie mit der Ausbildung junger indischer Theologen in Deutschland ein für die ganze Missionsarbeit vorbildliches Novum geschaffen.

Im Auftrage des Lutherischen Weltbundes und des Deutschen Evangelischen Missionsrates



Auf der Missionsnachfeier der Goßner-Mission wurde Missionsdirektor D. Hans Lokies (auf unserem Bild mit Bischof Meyer) verabschiedet.

gab Bischof D. Meyer aus Lübeck eine „Liebeserklärung für die Goßner-Mission“ ab, die wie keine andere Missionsgesellschaft durch den großen, das Wesen einer Kirche charakterisierenden Spannungsbogen zwischen Geist und Wort bestimmt werde. Der Bischof, der selbst wesentlich an dem Einigungswerk der Goßner-Kirche beteiligt ist, bezeichnete es als das besondere Verdienst der Goßner-Mission, daß durch ihre Initiative verschiedene indische Stämme gelernt hätten, miteinander als Gemeinde zu leben.

Mit bewegten Worten dankte Kirchenrat Lokies für die herzlichen Grußworte und bat, all die Liebe auf seinen Nachfolger, Kirchenrat Berg, zu übertragen, der die von Superintendent Dr. Rieger mit einem bei ähnlichen Veranstaltungen oft zu vermissenden und deshalb besonders wohltuenden Schwung geleitete Abschiedsfeier mit Gebet und Segen beschloß.

Gemeinsam mit D. Lokies hatte sich auch Pastor Bob Starbuck von den Berlinern verabschiedet, nachdem er im Auftrage seiner Heimatkirche, der United Church of Christ in Amerika, fünf Jahre in der Arbeit der Goßner-Mission tätig gewesen war. Pastor Starbuck, dessen persönlichen Einsatz für die bedrängte Evangelische Kirche in Deutschland Präses Scharf ebenfalls dankbar würdigte, faßte seine Berliner Eindrücke in der Feststellung zusammen, daß es

wohl kaum einen Ort in Europa gebe, der die schmerzhaft Gespaltenheit der Welt so deutlich werden lasse wie die Stadt Berlin. Nirgends sonst, so sagte der amerikanische Geistliche, „ist der stumme Schrei nach der Versöhnung, die Gott der Welt anbietet, stärker als am Fuße der Mauer“.

Am Vormittag des gleichen Tages hatte Präses D. Scharf in der Schöneberger Zwölf-Apostel-Kirche Kirchenrat Dr. Christian Berg als neuen Leiter der Goßner-Mission eingeführt und ihn beauftragt, sein neues Amt als ein „Werk der missionarisch-diakonisch-ökumenischen Hilfe“ zu verstehen, die keinen Unterschied der Rasse und der Religionszugehörigkeit zulasse. Als echte Jüngergemeinde, so erklärte der Ratsvorsitzende bei dieser Gelegenheit, stünden die

Christen in der ganzen Welt zusammen. „Als Christen empfinden wir die Not der anderen wie unsere eigene Not“. Das gelte angesichts der Not der Christen im anderen Teil unseres Vaterlandes ebenso wie im Hinblick auf die anderen Kirchen in der Welt bis hin zu den Gemeinden der Goßner-Kirche in Indien.

Als echte Jünger hätten die Christen dem Teufel zu widerstehen, der sie, wie D. Scharf sagte, durch Hoffart zu verführen und zu überwinden suche. Die Hoffart, die die Gemeinden von außen bedränge, begegne der Liebe Christi und seiner Jünger mit Haß und verfolge alles mit Bosheit, Verleumdung und Niedertracht, was den Menschen im Namen Christi Gutes erwiesen werden wolle. Ebenso müßten die Christen aber der Hoffart innerhalb ihrer Gemeinden absagen, die als Anmaßung und Versagen dem Haß von außen immer wieder neue Nahrung biete.

Karl-Adolf Rümelin



Kirchenrat Dr. Christian Berg wurde am vergangenen Sonntag durch Präses D. Scharf als Direktor der Goßner-Mission eingeführt. Auf unserem Bild (von links): Präses D. Scharf; Joel Lakra, der Präsident der Goßner-Mission in Indien; Bischof Meyer, Lübeck, und Missionsdirektor Kirchenrat Dr. Christian Berg.

Abschied von einem „Zauberer Gottes“

Neuer Direktor der Goßner-Mission eingeführt

Wohl kaum könnte man sich ein anschaulicheres Bild von der weltweiten und vielseitigen Arbeit der Goßnerschen Missionsgesellschaft machen, als es von den mindestens 25 Rednern entworfen wurde, die am vergangenen Sonntag dem in den Ruhestand tretenden Missionsdirektor D. Hans Lokies und seiner Frau für ihre 35jährige Tätigkeit im Dienst der Goßner-Mission dankten. Aus Indien, den USA und vielen deutschen Landeskirchen von Ostfriesland bis nach Bayern waren die Freunde und Mitarbeiter zum Abschied von ihrem „Vater Lokies“ gekommen und bekräftigten durch ihre Anwesenheit die Worte des Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland und Vorsitzenden des Goßner-Kuratoriums,

Präses D. Scharf, der den scheidenden Missionsdirektor „ein Symbol für die Verbindung über die Kontinente hinweg“ nannte, einen „Zauberer Gottes“, der es verstanden habe, die geistigen Welten des Ostens und des Westens miteinander zu verbinden. „Er ist ein Lehrer des Herrn und ein Jünger des Meisters unter uns gewesen“, sagte der Ratsvorsitzende, und habe als „ein Bote der Wahrheit“ oft in gefährlicher Situation ohne jede Konzession dort gestanden, wohin er von seinem Herrn gestellt worden sei. Ihm verdanke Berlin sein evangelisches Schulwesen, die dem Christentum offene Schule, in der nicht mit christlichem Zwang regiert werde, in der jedoch die Botschaft des Evangeliums ausgerichtet und dankbar bekannt werden könne.

Stürmisch begrüßt im gedrängt vollen Friedenauer Goßner-Saal wurde der Präsident der indischen Goßner-Kirche, Joel Lakra, der

Weltmission heute

Neue Vortragsreihe im Gossnersaal hat begonnen

An den Anfang der neuen Vortragsreihe „Weltmission heute“, die in der ersten Woche des neuen Jahres unter der Leitung von Missionsdirektor Kirchenrat Dr. Christian Berg und Superintendent Dr. Julius Rieger im Friedenauer Gossnersaal begonnen hat, stellte Kirchenrat Dr. Berg ein grundsätzliches Wort, das wir nachstehend im Wortlaut bringen.

Als der frühere katholische Priester und spätere evangelische Pfarrer in Berlin, Johann Evangelista Gossner, dessen Name diese Versammlungsstätte trägt, im Jahre 1834 sein Missionsblatt herauszugeben begann — die berühmte und oft bespöttelte „Biene auf dem Missionsfelde“ —, war sein für das Evangelium in allen Kontinenten brennendes Herz auf die Weltmission gerichtet. Seine Boten gingen in viele Lande, und seine fleißige Feder berichtet von weltweitem Missionsgeschehen.

Wir wandeln in seinen Fußtapfen, wenn der Neubeginn in diesem Saal die Sache des Reiches Gottes auf unserer ganzen Erde, unter allen Völkern zum Thema hat. Weite Perspektiven und Dimensionen sollen diese Abende mit der Hilfe Gottes und seines Geistes bekommen. So sind jedenfalls Vorträge und Gespräche geplant. Und wir hoffen, diese Linie durchhalten zu können.

Die kurze, etwa 30jährige Geschichte dieses Saales hat ihre große Zeit im ersten Jahrzehnt gehabt. Er war im Kirchenkampf Gottesdienststätte der Bekennenden Gemeinde Friedenau. Wilhelm Jannasch, der vor wenigen Monaten verstorbene Mainzer Theologieprofessor, der hier Pastor war, und mein Vorgänger Hans Lokies, dessen Kanzel hier stand, haben oft daran erinnert, daß Brüder und Schwestern, die dem Fleische her aus Israel stammten, hier letzte Tröstung empfingen, bevor der letzte Gang in die schauerlichen Mordlager des Dritten Reiches anzutreten war. Das sollte in Berlin nicht vergessen werden. Der Segen, der diesem Raum geheimnisvoll innewohnt, ist also besonderer Art. Seitdem in zwei sehr nahe gelegenen Kirchen zum geordneten Gottesdienst gerufen wird, war nach einem charakteristisch unterschiedenen Dienst in diesem Raum zu fragen und ernstlich zu suchen.

Wenn wir davon überzeugt sind, dieser Dienst solle dem Gesamthema „Weltmission heute“ gelten, so erfüllt uns durchaus das Bewußtsein, ein gewagtes Unternehmen zu beginnen. Nicht eigentlich von der Zweifelsfrage her, ob genügend Menschen aus den Berliner Gemeinden sich freimachen, den hier lebendig werdenden Fragen ernsthaft und auch regelmäßig nachzudenken. Dies Risiko muß heute jede kirchliche Veranstaltung auf sich nehmen. Eine große Aufgabe wird schon Menschen locken und innerlich beschäftigen. Das Wagnis liegt darin, ob wir Wandlung und Verheißung, bleibende Aufgabe und Neubesinnung der Weltmission heute umfassend und herausfordernd, gültig und getreu-

lich genug an diesen Abenden hörbar zu machen vermögen.

Verheißung und bleibende Aufgabe

Wir wollen nicht die Leute sein, die hier mit billigen Worten Grenzen und etwaige Versäumnisse der Väter der Mission breit entfalten, in der irrigen Meinung, solche Kritik schon hebe das Werk heraus, das wir heute tun. In der Einfalt und Klarheit der Erfassung des Sendauftrags sind uns die, die vor uns waren, wahrscheinlich voraus gewesen. Gewiß waren ihrem Dienst Grenzen gesetzt, und die Situation des vorigen Jahrhunderts hat ohne Zweifel auch Versäumnisse zur Folge gehabt. Aber Gottes Verheißung hat jene Boten beflügelt und für Gottes Welt hoffen und wirken lassen. Und die bleibende Aufgabe der Mission haben sie so unüberhörbar aus der Heiligen Schrift Alten und Neuen Testaments vernommen, daß wir heute nur darum bitten können, dies möchte sich auch an unserer skeptischen, hin- und hergerissenen und im Glauben mannigfach angefochtenen Generation neu ereignen.

Wandlung und Neubesinnung

Unsere gefährdete, dunkler gewordene Welt, in der in den letzten Jahrzehnten christliche Völker besonders schwere Schuld und Verstörung für andere Nationen mit nur wenigen Christen auf sich geladen haben, muß dem Sendungsauftrag Jesu Christi ganz gewiß neu begegnen und ihn kühner ergriffen sehen. Den Wandlungen auf unserer näher zueinandergerückten Menschenwelt wird sicherlich auch eine tiefgehende Neubesinnung der Christenheit entsprechen müssen. Und es ist gewiß nicht nur die Frage, wie der Sauerteig des Evangeliums den Teig der Menschheit durchsäuert. Es gilt zu erkennen, wo die Schwerpunkte liegen, die Akzente zu setzen sind und die Entscheidungen getroffen werden müssen. Es ist die an uns persönlich gerichtete Frage, wie sie der ganzen Kirche Jesu Christi gilt, daß in Sachen der Mission wirklich ein Neues gepflügt wird.

Das Bleibende festzuhalten und zu neuem Aufbruch bereit zu sein, ohne der Täuschung zu

unterliegen, die Welt „verchristlichen“ zu wollen und zu können — das beides miteinander kennzeichnet die Lage und Aufgabe der „Weltmission heute“ und wird oft genug unser Reden, Hören und Fragen hier beherrschen.

Kein Gegensatz

Bleibt noch eine letzte, wichtige Bemerkung, die dem Ganzen dieses Vorhabens dient und gerade heute Bedeutung hat: Wir lassen uns nicht in einen Gegensatz von Mission und Diakonie hineintreiben, wie er heute vielfach entfacht wird, und reden nicht von der „eigentlichen Missionsarbeit“ (der Verkündigung unter den Völkern) und dem Helfen und Heilen als einem zweitrangigen, nur mittelbaren Teil des Sendungsauftrages. Wenn Jesus lehrte und predigte und heilte und dies dreifache Tun die Einheit und Fülle seines Heilandsamtes ausmachte, so wollen wir auch darin seinen Fußtapfen folgen und nicht auseinanderreißen, was zusammengehört.

Jawohl, aus Gründen der Arbeitsteilung haben die Kirchen heute weithin und besonders der Ökumenische Rat verschiedene Arbeitsstäbe je für die missionarischen und die diakonischen Aufgaben. Das ist kein Grund, zumal enge Kooperation erfolgt, von einer Gegensätzlichkeit her zu denken oder gar zu reden. Aber auch dies wie das vorher Gesagte wird noch oft in den Abenden unseres Beisammenseins anklungen.

Und nun lassen Sie uns den Herrn bitten, daß er uns reichlich segne und viel Frucht wachsen lasse, wenn wir uns unter seinem Befehl und seiner Verheißung versammeln als Hörende, Fragende, Bittende und zur Arbeit willige Schar von Christen, die seinem Reiche in aller Welt dienen möchte. Der Tisch und die Gemeinschaft, zu der der Herr seine Menschenkinder aller Völker, Rassen und Sprachen dieser Erde einlädt — wer sollte an der tiefen Wahrheit des Bildes von Willy Fries vorbeisehen können! —, ist wirklich für alle offen. Darum „Weltmission heute“!

1

2

3

4

5

6

7

8

9

0

Reinforced perforation
Lochung verstärkt
Perforation renforcée

Weitere Trennblätter lieferbar:
1652 in 6 Druckfarben

LEITZ Trennblätter chemole
1650 Lochung hinterklebt
1654 Lochung mit Ösen

HAZ

meine

b.w.

H 3473 A

Freitag, 17. November 1967

Blitzbesuch in Asien

Von Hans Walter Berg, Neu Delhi

Bundeskanzler Kiesinger ist der erste deutsche Regierungschef, der – mit seiner Reise nach Indien, Pakistan, Birma und Ceylon – asiatischen Staaten in der nächsten Woche einen offiziellen Besuch abstattet. Das mag um so mehr überraschen, als die politische Prominenz der Bundesrepublik in den vergangenen Jahren in so großer Zahl die Welt östlich von Suez bereist hat, daß davon ein Touristenbüro bequem hätte leben können. Bundestagsabgeordnete sind alljährlich zu Dutzenden zwischen Kairo und Tokio unterwegs; der Bundespräsident hat seit 1962 drei Asienreisen unternommen; Kiesinger selbst war vor seiner Wahl zum Kanzler bereits einmal in Indien; Professor Heuss hat nach seinem Rücktritt als Bundespräsident den Subkontinent besucht; Erhard war als Wirtschaftsminister und Brandt einmal als Berliner Bürgermeister und kürzlich als Außenminister in Asien, ebenso wie seine beiden Vorgänger Brentano und Schröder; auch Franz Josef Strauß, Höcherl und zwei Wirtschaftshilfe-Minister, Gerstenmaier und Carlo Schmid gehören zu den politischen Asien-Touristen.

Wenn man bedenkt, daß de Gaulle und Pompidou erst einmal in Asien gewesen sind und daß der letzte britische Premierminister-Besuch in diesem Teil der Welt vor neun Jahren stattfand, dann müßte das massierte deutsche Aufgebot eigentlich auf außergewöhnliche Interessen der Bundesrepublik in dem östlichen Erdteil schließen lassen. Tatsächlich hat es jedoch bisher kaum eine gezielte und besonders engagierte deutsche Asien-Politik gegeben. Die Deutschen haben den Osten in der Vergangenheit mehr mit der Seele oder mit dem geschäftlichen Auftragsbuch gesucht als in der Verfolgung konkreter politischer Ziele.

Die alten Kolonialmächte England und Frankreich, Holland und Portugal und die neuen Weltmächte Amerika und Rußland verfügen im Umgang mit den Asiaten nicht nur über einen reicheren Erfahrungsschatz, sie sind in ihren ehemaligen Kolonialgebieten oder gegenwärtigen Interessensphären auch stärker engagiert als die westlichen Mächte. Würde aber Kiesinger nur Indien besuchen, wäre Pakistan verärgert und umgekehrt. Das gleiche gälte für die Reihenfolge der Besuche: Ein prominenter Gast kann heute nicht von Rawalpindi nach Delhi oder von Delhi nach Rawalpindi reisen, ohne die Empfindlichkeit dessen zu verletzen, der dann an zweiter Stelle stehen würde. Wohl kann man mehrere Staaten besuchen, wobei man Indien mit dem Privileg des Auftakes der Reise beehrt und Pakistan den Vorzug des feierlichen Abschlusses und den Vorteil des letzten Wortes gewährt.

Kiesinger erwidert in Indien und Pakistan frühere Staatsbesuche des indischen und des pakistanischen Regierungschefs in Bonn und Birma und Ceylon bilden den Puffer zwischen den beiden Stationen. Während die Sowjetzone bis heute in Pakistan überhaupt nicht vertreten ist, unterhält sie in Indien seit Jahren mehrere Han-

meine

HAZ

b.w.

H 3473 A

Freitag, 17. November 1967

Bundesrepublik in irgendeinem asiatischen Land. Auf der anderen Seite erwuchs der Bundesrepublik – zunächst jedenfalls – ein psychologischer Vorteil gerade aus der Tatsache, daß Deutschland nicht mit dem Stigma einer alten Kolonialmacht belastet war. Dieser Vorteil ist von Bonn nicht sonderlich genutzt worden; heute erscheint die koloniale Enthaltensamkeit kaum noch als Tugend, sondern mehr als Keuschheit des Impotenten. In den bündnislosen asiatischen Ländern wurde die Bundesrepublik als zu wenig selbständiger Gefolgsmann der USA und der westlichen Allianzen eher suspekt, und bei den alliierten asiatischen Nationen war man darüber enttäuscht, daß sich Bonn nicht stärker für sie engagierte. In beiden Fällen hat man jedoch von der Bundesrepublik mehr erwartet, als sie angesichts der deutschen Teilung leisten konnte. Hier liegt auch der Grund für die konturenlose Asien-Politik der Bundesrepublik – sie mußte immer eine Funktion der Bonner Deutschlandpolitik bleiben und nach allen Seiten so taktieren, daß ihr Alleinvertretungsanspruch nicht in Frage gestellt wurde. Dazu brauchte man die Unterstützung der Alliierten und durfte doch gleichzeitig die Bündnislosen nicht völlig verprellen.

Dieses Dilemma hat die Bonner Politik in den asiatischen Ländern manchmal als kleinkarierten Kompetenz-Ehrgeiz erscheinen lassen, zum Beispiel, wenn die bundesrepublikanischen Botschafter jedesmal zu feierlichen diplomatischen Demarchen gezwungen waren, sobald auf irgend-einer Ausstellung oder Messe die „DDR“-Fahne auftauchte. Andererseits hat jedoch die Hallstein-Doktrin bewirkt, daß keiner der asiatischen Staaten seine diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Bonn durch eine völkerrechtliche Anerkennung der „DDR“ aufs Spiel gesetzt hat. Dabei spielte sicherlich eine gewichtige Rolle, daß die Bundesrepublik in fast allen asiatischen Ländern hinter den USA an der Spitze der Mächte steht, die Entwicklungshilfe gewähren, und daß sie auch in den normalen Handelsbeziehungen ein Partner ersten Ranges ist.

Die bevorstehende Reise des Bundeskanzlers reflektiert die Grundprobleme der deutschen Asien-Politik. Eigentlich würden die acht Tage, die für die Reise vorgesehen sind, gerade ausreichen, um einem der vier Länder einen Staatsbesuch abzustatten, der den protokollarischen Höflichkeitsformen gerecht wird. Würde aber Kiesinger nur Indien besuchen, wäre Pakistan verärgert und umgekehrt. Das gleiche gälte für die Reihenfolge der Besuche: Ein prominenter Gast kann heute nicht von Rawalpindi nach Delhi oder von Delhi nach Rawalpindi reisen, ohne die Empfindlichkeit dessen zu verletzen, der dann an zweiter Stelle stehen würde. Wohl kann man mehrere Staaten besuchen, wobei man Indien mit dem Privileg des Auftakes der Reise beehrt und Pakistan den Vorzug des feierlichen Abschlusses und den Vorteil des letzten Wortes gewährt.

Kiesinger erwidert in Indien und Pakistan frühere Staatsbesuche des indischen und des pakistanischen Regierungschefs in Bonn und Birma und Ceylon bilden den Puffer zwischen den beiden Stationen. Während die Sowjetzone bis heute in Pakistan überhaupt nicht vertreten ist, unterhält sie in Indien seit Jahren mehrere Han-

Das Attentat von Delhi

Mahatma Gandhi und sein Mörder / Von THILO BODE

Neu-Delhi, 29. Januar

Für den 30. Januar 1948 hatte Mohandas Karamchand Gandhi, der damals schon 78jährige Vater der indischen Unabhängigkeit und der indischen Nation im modernen Sinne, als „Mahatma“, (die „große Seele“) in Indien beinahe göttlich verehrt, wieder eine Gebetsstunde angesetzt. Kurz zuvor hatte er wieder einmal zu seinem äußersten Mittel gegriffen, dem Fasten bis zum Tode, um auf diese Weise das Ende der blutigen Auseinandersetzungen zwischen Hindus und Moslems zu erzwingen, wenigstens in Delhi, der grünen, sonnigen Hauptstadt, der man es heute nicht mehr anmerkt, daß in ihren Straßen während der Herbstmonate des Jahres 1947 Tausende von Menschen abgeschlachtet worden sind. Diese Religionskämpfe waren der Teilung Britisch Indiens in die beiden Nachfolgestaaten Indien und Pakistan vorausgegangen.

Gandhi hatte die Massaker, die eine halbe bis eine Million Menschenleben kosteten — es gibt keine genauere Schätzung — nur dort verhindern können, wo er, wie etwa in Kalkutta, selbst aufgetreten war. Wieder an den Aufenthaltsort seiner letzten Lebensjahre zurückgekehrt, das Gartenhaus hinter der Villa des Industriellen Birla in Neu-Delhi, versuchte Gandhi gegen den kollektiven religiösen Wahn, der damals Indien schüttelte, mit Gebeten, mit nimmermüden Ermahnungen und mit dem eigenen guten Beispiel anzukämpfen. Doch damit machte er sich jene zu erbitterten Feinden, die alle Schuld nur bei den anderen suchten. Gandhi dagegen kämpfte bis zu seiner letzten Lebensminute für die Verständigung und für die Toleranz, und dafür mußte er sterben.

Ein erstes ernstes Warnzeichen hatte er leichthin abgetan. Schon am 20. Januar hatte ein Attentäter, ein anderer als der spätere Mörder, eine Handgranate geworfen, auch während einer Gebetsstunde. Er hatte aber Gandhi verfehlt. „Niemand sollte den verführten jungen Mann tadeln, der die Bombe geworfen hat“, sagte Gandhi am nächsten Tage.

Als er zehn Tage nach dem ersten, mißlungenen Attentat am 30. Januar 1948 um fünf Uhr fünf nachmittags wieder aus dem Gartenhaus, gestützt auf zwei Enkelinnen, auf die leicht erhöhte Tribüne zuschritt, von der aus er zu sprechen pflegte, trat ihm ein jüngerer Mann entgegen, die Handflächen auf indische Art zum Gruße vor der Brust zusammengelegt. „Sie kommen spät heute“, sagte er zu Gandhi. „Ja“, antwortete der Mahatma. In diesem Augenblick feuerte der Attentäter auf den noch immer vor ihm stehenden Gandhi schnell hintereinander drei Schüsse ab; die Pistole hatte er in den zusammengelegten Händen verborgen gehalten. Die erste Kugel traf den Mahatma in den Unterleib, die zweite ins Herz, die dritte blieb in der rechten Lunge stecken. Erst die letzte Kugel

fiel Gandhi mit den Worten „O Gott, vierzehn Jahren“ zu Boden. Indien vergißt schnell, und Indien hat wenig historischen Sinn; auch Godse schien schon fast vergessen zu sein. So ist ein für unser Zeitalter typisches Unglück eingetreten: Ein amerikanischer Roman und, auf ihm fußend, ein Hollywood-Film haben sich erst jetzt als erste der Gestalt des Gandhi-Mörders bemächtigt. Der Roman („Neun Stunden zur Ewigkeit“ von Stanley Wolpert, erschie-

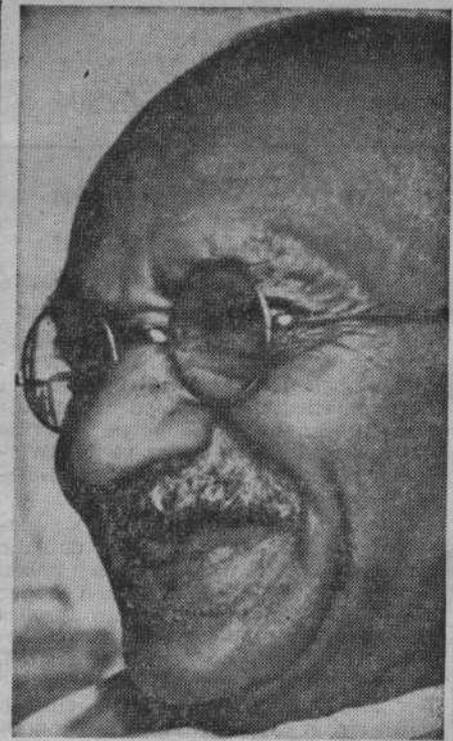
nen bei Droemer-Knauer) ist in Indien verboten, und ob der Film je in Indien gezeigt werden wird, steht dahin.

Vor wenigen Tagen erst hat das gesamte indische Kabinett ihn sich vorführen lassen, um darüber zu entscheiden. Die indische Zensurbehörde will die schwere Verantwortung nicht allein auf sich nehmen, denn sie sieht sich völlig widersprüchlichen Einwänden gegenüber: Zum einen soll der Mörder nicht heroisiert werden. Manche der engeren Landsleute des Mahratten Godse jedoch erregen sich darüber, daß ein Mann, den nicht wenige von ihnen nicht als Verbrecher, sondern als Heroen ansehen, als Frauenheld und Trinker dargestellt wird, was der orthodoxe und asketische Hindu Godse nicht war.

Ein dritter Einwand schließlich wiegt für das Kabinett am schwersten. Das Buch deutet nämlich an, daß der damalige Innenminister nicht alles Menschens-mögliche getan habe, um den Mord zu verhindern. — Aber wie auch immer die innerindische Debatte um Buch und Film ausgehen wird — das amtliche Indien hat schon jetzt eine denkbar schlechte Figur gemacht, denn es hat dem zu einem beträchtlichen Teil in Indien gedrehten Film beträchtliche amtliche Unterstützung zuteil werden lassen.

Was für ein Mann war Godse nun wirklich? Wenn man Attentäter so etwas wie „Größe“ zugestehen kann, dann wird man sie, bei allen moralischen Vorbehalten, dem Mörder Gandhis nicht absprechen können. Godse wurde zum Mörder aus tiefster Überzeugung, aus einem heißen, fanatischen Patriotismus, so wie er ihn verstand.

Godse hat ein eindrucksvolles Selbstzeugnis hinterlassen, das 93 Schreibmaschinenlängestände umfaßt, das er vor Gericht verlas. „Ich will keine Gnade, ich will auch nicht, daß jemand anders für mich um Gnade bittet. Ich habe Gandhi nicht gehaßt, ich verbeuge mich in Respekt vor ihm und seinem Dienst an meinem Lande. Aber ich bleibe dabei, daß auch dieser Diener seines Volkes kein Recht zur Vivisektion des Landes (Godse meint hier die Teilung Indiens) hatte. Da es für diese Tat keine juristische Instanz gab, griff ich zur Pistole... Wenn die Ergebnisse für das Vaterland eine Sünde ist, dann bekenne ich mich dieser Sünde für schul-



Mahatma Gandhi

Foto: DIE WELT

dig. Falls Vaterlandsliebe aber ein Verdienst ist, dann möchte ich in aller Demut dieses Verdienst beanspruchen. Wenn es ein Gericht gibt, das über den Menschen steht, dann glaube ich mit aller Kraft daran, daß meine Tat Gnade finden wird. Falls es ein solches Gericht nicht gibt, dann erübrigt sich ohnehin jedes Wort.“

Der Attentäter hat nicht versucht, seine Tat zu beschönigen; ihm erschien sie ohnehin edel, denn er machte Gandhi für die Teilung des Vaterlandes mitverantwortlich und warf ihm vor, das Land entmannt zu haben. „Ich wußte, daß ich meine Ehre, die für mich wertvoller ist als mein Leben, verlieren würde, wenn ich Gandhi tötete. Aber zugleich war ich sicher, daß die indische Politik ohne Gandhi realistischer sein würde, imstande zurückzuschlagen, machtvoll unterstützt von der bewaffneten Macht.“

Der Journalist Godse, der Jahre zuvor eigens eine Zeitung ins Leben gerufen hatte, um gegen Gandhi aufzutreten, betrachtete das Attentat nur als das letzte ihm verbliebene verzweifelte Mittel. Seine letzten Worte unter dem Galgen waren: „Bleibe unsterblich, ungeteiltes Indien.“

DIE WELT

30. 1. 63

Das Attentat von Delhi

Mahatma Gandhi und sein Mörder / Von THILO BODE

Neu-Delhi, 29. Januar

Für den 30. Januar 1948 hatte Mohandas Karamchand Gandhi, der damals schon 78jährige Vater der indischen Unabhängigkeit und der indischen Nation im modernen Sinne, als „Mahatma“, (die „große Seele“) in Indien beinahe göttlich verehrt, wieder eine Gebetsstunde angesetzt. Kurz zuvor hatte er wieder einmal zu seinem äußersten Mittel gegriffen, dem Fasten bis zum Tode, um auf diese Weise das Ende der blutigen Auseinandersetzungen zwischen Hindus und Moslems zu erzwingen, wenigstens in Delhi, der grünen, sonnigen Hauptstadt, der man es heute nicht mehr anmerkt, daß in ihren Straßen während der Herbstmonate des Jahres 1947 Tausende von Menschen abgeschlachtet worden sind. Diese Religionskämpfe waren der Teilung Britisch Indiens in die beiden Nachfolgestaaten Indien und Pakistan vorausgegangen.

Gandhi hatte die Massaker, die eine halbe bis eine Million Menschenleben kosteten — es gibt keine genauere Schätzung — nur dort verhindern können, wo er, wie etwa in Kalkutta, selbst aufgetreten war. Wieder an den Aufenthaltsort seiner letzten Lebensjahre zurückgekehrt, das Gartenhaus hinter der Villa des Industriellen Birla in Neu-Delhi, versuchte Gandhi gegen den kollektiven religiösen Wahn, der damals Indien schüttelte, mit Gebeten, mit nimmermüden Ermahnungen und mit dem eigenen guten Beispiel anzukämpfen. Doch damit machte er sich jene zu erbitterten Feinden, die alle Schuld nur bei den anderen suchten. Gandhi dagegen kämpfte bis zu seiner letzten Lebensminute für die Verständigung und für die Toleranz, und dafür mußte er sterben.

Ein erstes ernstes Warnzeichen hatte er schon im Jahre 1947 erhalten. „Gott!“ sank er zusammen.

Zehn Minuten später stand Nehru vor dem Toten. Er kniete neben Gandhi nieder, verbarg sein Gesicht in Gandhis blutbeflecktem, weißem Schal und weinte. Mit ihm war nicht nur ein ganzes Volk fassungslos — „noch nie in der modernen Geschichte ist ein Mann tiefer und allgemeiner betrauert worden“, sagte einer der Biographen Gandhis.

Und eine der großen indischen Zeitungen umrahmte am nächsten Morgen ihre Leitartikelseite, die in Indien traditionell der fünfte ist, mit dicken, schwarzen Balken und stellte auf sie nur einen einzigen Absatz: „Gandhi ist von seinem eigenen Volk ermordet worden, für dessen Erlösung er lebte. Auch diese zweite Kreuzigung fiel auf einen Freitag, den gleichen Tag, an dem Jesus vor 1915 Jahren sterben mußte. Vater vergib uns.“

Das geschah vor fünfzehn Jahren, und erst jetzt beginnt die zweite Figur dieses geradezu klassischen Dramas für die Allgemeinheit außerhalb Indiens Gestalt zu gewinnen: Nathuram Godse, der Mörder des Mahatma. Seit fast vierzehn Jahren ist auch er tot.

Indien vergißt schnell, und Indien hat wenig historischen Sinn; auch Godse schien schon fast vergessen zu sein. So ist ein für unser Zeitalter typisches Unglück eingetreten: Ein amerikanischer Roman und, auf ihm fußend, ein Hollywood-Film haben sich erst jetzt als erste der Gestalt des Gandhi-Mörders bemächtigt. Der Roman „Neun Stunden zur Ewigkeit“ von Stanley Wolpert, erschie-

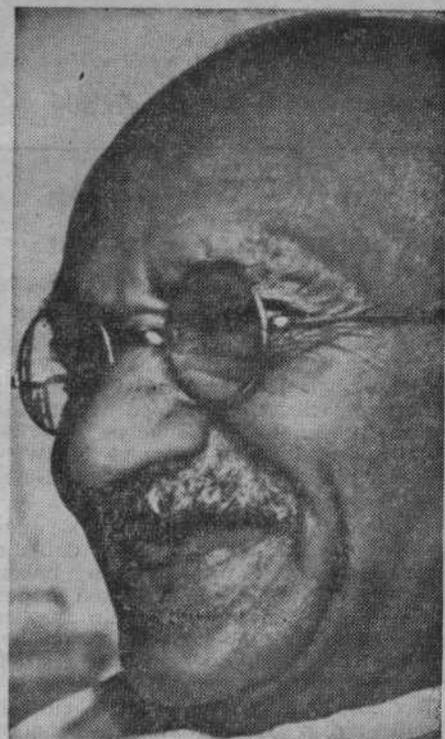
nen bei Droemer-Knaur) ist in Indien verboten, und ob der Film je in Indien gezeigt werden wird, steht dahin.

Vor wenigen Tagen erst hat das gesamte indische Kabinett ihn sich vorführen lassen, um darüber zu entscheiden. Die indische Zensurbehörde will die schwere Verantwortung nicht allein auf sich nehmen, denn sie sieht sich völlig widersprüchlichen Einwänden gegenüber: Zum einen soll der Mörder nicht heroisiert werden. Manche der engeren Landsleute des Mahratten Godse jedoch erregen sich darüber, daß ein Mann, den nicht wenige von ihnen nicht als Verbrecher, sondern als Heroen ansehen, als Frauenheld und Trinker dargestellt wird, was der orthodoxe und asketische Hindu Godse nicht war.

Ein dritter Einwand schließlich wiegt für das Kabinett am schwersten. Das Buch deutet nämlich an, daß der damalige Innenminister nicht alles Menschensmögliche getan habe, um den Mord zu verhindern. — Aber wie auch immer die innerindische Debatte um Buch und Film ausgehen wird — das amtliche Indien hat schon jetzt eine denkbar schlechte Figur gemacht, denn es hat dem zu einem beträchtlichen Teil in Indien gedrehten Film beträchtliche amtliche Unterstützung zuteil werden lassen.

Was für ein Mann war Godse nun wirklich? Wenn man Attentäter so etwas wie „Größe“ zugestehen kann, dann wird man sie, bei allen moralischen Vorbehalten, dem Mörder Gandhis nicht absprechen können. Godse wurde zum Mörder aus tiefster Überzeugung, aus einem heißen, fanatischen Patriotismus, so wie er ihn verstand.

Godse hat ein eindrucksvolles Selbstzeugnis hinterlassen, das 93 Schreibmaschinenseiten lange Geständnis, das er vor Gericht verlas. „Ich will keine Gnade, ich will auch nicht, daß jemand anders für mich um Gnade bittet. Ich habe Gandhi nicht gehaßt, ich verbeuge mich in Respekt vor ihm und seinem Dienst an meinem Lande. Aber ich bleibe dabei, daß auch dieser Diener seines Volkes kein Recht zur Vivisektion des Landes (Godse meint hier die Teilung Indiens) hatte. Da es für diese Tat keine juristische Instanz gab, griff ich zur Pistole... Wenn die Ergebnisse für das Vaterland eine Sünde ist, dann bekenne ich mich dieser Sünde für schul-



Mahatma Gandhi

Foto: DIE WELT

dig. Falls Vaterlandsliebe aber ein Verdienst ist, dann möchte ich in aller Demut dieses Verdienst beanspruchen. Wenn es ein Gericht gibt, das über den Menschen steht, dann glaube ich mit aller Kraft daran, daß meine Tat Gnade finden wird. Falls es ein solches Gericht nicht gibt, dann erübrigt sich ohnehin jedes Wort.“

Der Attentäter hat nicht versucht, seine Tat zu beschönigen; ihm erschien sie ohnehin edel, denn er machte Gandhi für die Teilung des Vaterlandes mitverantwortlich und warf ihm vor, das Land entmannt zu haben. „Ich wußte, daß ich meine Ehre, die für mich wertvoller ist als mein Leben, verlieren würde, wenn ich Gandhi tötete. Aber zugleich war ich sicher, daß die indische Politik ohne Gandhi realistischer sein würde, in stände zurückzuschlagen, machtvoll unterstützt von der bewaffneten Macht.“

Der Journalist Godse, der Jahre zuvor eigens eine Zeitung ins Leben gerufen hatte, um gegen Gandhi aufzutreten, betrachtete das Attentat nur als das letzte ihm verbliebene verzweifelte Mittel. Seine letzten Worte unter dem Galgen waren: „Bleibe unsterblich, ungeteiltes Indien.“

DIE WELT

30. 1. 63

Nehru und die christlichen Missionen

Indien will die seelsorgerische Tätigkeit der Ausländer im Lande steuern

Neu-Delhi, Anfang Oktober

Das Christentum ist eine indische Religion — diese Auffassung wurde erst kürzlich wieder von keinem Geringeren als dem indischen Ministerpräsidenten Nehru vertreten. Er bezog sich mit dieser Feststellung zweifellos auf die rund 1,3 Millionen Seelen zählende Kirche der Thomas-Christen, die sich auf den Apostel zurückführt. „Thomas der Zweifler“ soll im Jahre 52 nach Christo in Malabar gelandet sein und dort einige Jahre später den Märtyrertod erlitten haben.

Der indische Regierungschef wollte mit seiner Erklärung andeuten, daß das christliche Kernland Indiens, der palmenbestandene südindische Unionsstaat Kerala, nicht das Ergebnis einer Missionierung ist, die der Kolonialmacht auf dem Fuße folgte. Diese Tatsache gibt den indischen Christen ihre in ganz Asien einzigartige Position. Sie gibt aber auch der indischen Regierung eine Handhabe, die sich gegen die christlichen Missionen in Indien auswirken kann. Neu-Delhi kann die Einreise ausländischer Missionare mit der Begründung steuern, daß eine so alte und eigenständige Christengemeinde in Indien imstande sein sollte, die christliche Missionsarbeit selbst in die Hand zu nehmen.

Nehru wollte sicherlich kundtun, daß er dem Christentum in keiner Weise ablehnend gegenübersteht. Er lehnte damit gleichzeitig die Forderung militanter orthodoxer Hindu-Gruppen ab, die Propagierung des Christentums in Indien von Staats wegen zu verbieten. Seine Zurückweisung ist berechtigt. Ein derartiges Verbot würde an den Grundfesten des indischen Säkularstaates rütteln, und es wäre sicherlich nur eine Zeitfrage, bis man auch dem Islam in Indien entsprechende Beschränkungen auferlegen möchte.

Nun ist es aber leider nicht so, daß die christlichen Missionen in Indien auch heute noch in voller Freiheit arbeiten können. Im Gegenteil, ihre Tätigkeit wird oftmals bewußt gehindert, und es wird höchstens noch eine Generation dauern, bis auf dem weiten in-

dischen Subkontinent kein weißer Missionar mehr tätig sein wird. Die acht Millionen indischen Christen werden dann auf sich allein gestellt sein. Sie werden sich gegenüber den 400 Millionen Hindus und den 40 Millionen indischen Moslems aus eigener Kraft behaupten müssen.

Wie gesagt, bereits heute gilt in dem indischen Innenministerium der Grundsatz, daß ein europäischer Geistlicher nur noch dann eine Aufenthaltsgenehmigung in Indien erhält, wenn seine seelsorgerische Tätigkeit nicht von einem indischen Amtsbruder wahrgenommen werden kann.

Die anglikanischen Missionsgesellschaften haben aus dieser Haltung der indischen Regierung bereits ihre Schlußfolgerung gezogen. Der größte Teil ihrer Missionare hat Indien verlassen.

Das gefährliche Argument der missionsfeindlichen Kräfte, daß die Missionen zwangsläufig den Kolonialismus unterstützten, glauben nicht wenige Inder auch in Goa, der letzten Kolonie auf indischem Boden, bestätigt zu finden. Die indische Propaganda konzentrierte sich immer wieder auf die Behauptung, daß die katholische Kirche die portugiesische Unterdrückung Goas nicht nur stillschweigend toleriert, sondern sie auch heimlich unterstützt habe.

Das dritte Zentrum des indischen Christentums schließlich ist protestantisch. Im heutigen Bundesstaat Madras begann im Jahre 1706 die protestantische Mission durch zwei junge deutsche Pastoren, Ziegenbalg und Plütschau, beide aus Halle a. d. Saale. Pastor Bartholomäus Ziegenbalg übersetzte nicht nur als erster das Neue Testament in die Tamil-Sprache, er gründete auch die erste protestantische Kirche Indiens, die aus der „Dänisch-Halleschen Mission“ hervorging.

Die heutige Stellung des Christentums in Indien ist dadurch gekennzeichnet, daß es Auffangstellung für viele Inder ist, denen die rigorose Kasteneinteilung des Hinduismus die Gleichheit vor Gott verweigert. R. Hinniger

B. J. G. P. M. H. 7. 10. 62 T. Sp.

Fünftausend Jahre Indien

Ein beinahe historisches Lehrbuch

Michael Edwardes: „Illustrierte Geschichte Indiens, von der Frühzeit bis zur Gegenwart“, Droemersch Verlagsgesellschaft (Knaur Nachf.), München-Zürich, 432 S., 26,50 DM.

Wer wissen will, wie wenig er über Indien und seine Geschichte weiß, der braucht nur einen Blick auf die 24 ganzseitigen Karten, die 127 Abbildungen und die ausführlichen Tabellen mit historischen Daten zu werfen, und er wird dann wissen, daß er über Indien noch weniger weiß als etwa Nehru über die Verhältnisse in Deutschland. Michael Edwardes, vielleicht ein Nachkomme jenes Herbert Edwardes, der um die Mitte des vorigen Jahrhunderts an der Spitze der Verwaltung des Pandschabs, des Fünfstromlandes, stand, ist dank seiner umfassenden Kenntnis des Landes, seiner historischen Quellen und der heutigen Zustände Indiens, berufen und in der Lage, die nicht etwa nur bei uns in Mitteleuropa anzutreffenden Wissenslücken auszufüllen.

Edwardes beginnt mit der Urzeit und verfolgt die gesamte Entwicklung des Landes auf allen Gebieten des Lebens bis in die jüngste Gegenwart hinein. Er umspannt damit einen Zeitraum von rund 5000 Jahren. Auffallend ist, daß er zwar die Eroberungszüge der nomadischen Arier ausführlich schildert und erläutert, aber den Namen der Urbevölkerung Drawida, der von der Fachwissenschaft anerkannt ist, nicht erwähnt, und daß er es auch versäumt, den zusammengestückelten Namen Pakistan seinen Lesern zu erläutern.

Der Autor entwirft ein sehr anschauliches Bild nicht nur der territorialen und politischen Geschichte Indiens, sondern räumt auch den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Problemen ihren gebührenden Platz ein. Daß er dabei dem Kastenwesen und den religiösen Fragen seine besondere Aufmerksamkeit widmet, darf als selbstverständlich erwähnt werden. Die in den Text eingestreuten und auch als selbständige Kapitel eingefügten ausführlichen Auszüge aus zeitgenössischen Quellen der vergangenen Jahrhunderte verleihen der Lektüre einen eigenen Reiz.

Als Brite verfolgt Edwardes natürlich mit erhöhter Aufmerksamkeit und Sorgfalt die Geschichte Indiens von dem Augenblick an, da England sich in Indien festsetzte, bis zu den Entscheidungen der jüngsten Zeit, die Indien und Pakistan als Glieder des Commonwealth die Freiheit brachte. Der Autor erweist sich gerade in der Darstellung dieser über 200 Jahre reichenden Periode als objektiver Historiker, der bei aller Anerkennung der britischen Leistungen für Indien vor keiner sachlich fundierten Kritik an den Fehlern der britischen Politik zurückschreckt.

Durchweg pflegt Edwardes einen britisch-kühlen Stil, wahrt strenge Disziplin in der Auswahl seines Stoffes und Vorsicht des Urteils. So verleiht er seinem Buche mitunter fast den Charakter eines historischen Lehrbuches. Wer in diesem Sinne die illustrierte Geschichte Indiens studiert, wird es sicherlich nicht ohne Gewinn tun. **Walter Klein**

23. III. 67
T. Sp.

Inder lobt deutsche Hilfe

Neuer Botschafter in Bonn widerspricht seinem Vorgänger

Bonn (AP). Seit seiner Ankunft in der Bundesrepublik, im Januar dieses Jahres habe er eine Fülle von Anzeichen deutscher Freundlichkeit und deutschen Verständnisses für Indiens Probleme bemerkt und den starken Wunsch deutscherseits festgestellt, Indien nach besten Kräften zu helfen. Das erklärte der neue indische Botschafter in Bonn, Menon, in einem Interview. Er bezeichnete die Beziehungen zwischen Indien und der Bundesrepublik als „sehr gut.“

Menons Äußerungen standen in deutlichem Gegensatz zu einem Artikel seines Vorgängers, des indischen Botschafters Tyabji, der den Deutschen bei seinem Abgang unter anderem vorwarf, ihre Hilfe für Indien sei ungenügend. Die Äußerungen Tyabjis hatten im indischen Unterhaus zu einer Anfrage geführt, und auch die Bundesregierung hatte sie als für einen Diplomaten „ungewöhnlich“ bezeichnet.

Der Botschafter teilte mit, Indien plane einen für weite Kreise bestimmten Kleinwagen. Er meinte, es wäre im Interesse sowohl Deutschlands als auch Indiens, wenn ein Fahrzeug wie der Volkswagen in Indien gebaut werden könnte.

Menon stellte demgegenüber fest, daß die Bundesregierung, die deutsche Industrie und der Handel Indien wertvolle finanzielle und technische Hilfe gegeben hätten. Erst vor kurzem habe die Bundesregierung Kredite für

die Erweiterung des mit deutscher Hilfe erbauten Rourkela-Stahlwerkes gewährt und auch wesentlich größere Hilfe für den dritten indischen Fünfjahresplan zugesichert.

„Vielleicht könnten sich der Bundesverband der deutschen Industrie und der Deutsche Industrie- und Handelstag noch mehr dafür einsetzen, daß deutsche Industrien in Indien errichtet werden“, sagte Menon. „Es wäre für sie gewinnbringend und würde es der indischen Wirtschaft ermöglichen, sich schneller zu entwickeln.“

19..... = Beitragsmarken der Klasse

19..... = " " "

19..... = " " "

19..... = " " "

19..... = " " "

verwendet.

Diese Beiträge sind zu niedrig und werden daher beanstandet. Sie werden nur wirksam, wenn sie **innen 3 Wochen** durch Nachzahlung der erforderlichen Unterschiedsbeträge auf die gesetzliche Höhe gebracht werden.

An Unterschiedsbeträgen sind nachzuzahlen:

vom bis = × von Kl. / je DM = DM

vom bis = × von Kl. / je DM = DM

vom bis = × von Kl. / je DM = DM

vom bis = × von Kl. / je DM = DM

insgesamt DM

Wir bitten, diesen Betrag mit anliegender Zahlkarte auf unser Postscheckkonto (s. o.) zu überweisen.

2. Wv.

Auf Anordnung

*) Unter **Einkommen** ist das Gesamtjahreseinkommen im wirtschaftlichen, nicht im steuerlichen Sinne zu verstehen. Hierzu rechnen neben Einkünften aus abhängiger oder selbständiger Tätigkeit Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Zinsen aus Kapitalvermögen, Dividende, Pensionen und andere wiederkehrende Bezüge. Soweit danach **Sozialbezüge** (nicht Pensionen und dergl.) zum Einkommen rechnen, läßt die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte monatlich 75,— DM außer Ansatz. Die Sozialunterstützung, die Waisenrenten und Waisengelder sowie die Pflegezulagen nach dem Bundesversorgungsgesetz sieht sie überhaupt nicht als Einkommen an.

Steht am Schlusse eines Monats das auf ihn fallende Gesamteinkommen nicht fest, so ist das tatsächliche Gesamtjahreseinkommen zu schätzen und daraus das auf den Monat fallende Gesamteinkommen zu ermitteln.

Rourkela vor der Einweihung

Das teuerste und beste der neuen Stahlwerke Indiens

Von unserer Korrespondentin Renate Hinniger

23. III. 61

Neu-Delhi, im März

Das mit deutscher Hilfe gebaute Stahlwerk Rourkela im Dschungel von Orissa ist fertiggestellt. Mit der Inbetriebnahme der Breitbandstraße — der ersten in ganz Südostasien — wurde der letzte Bauabschnitt beendet.

Ministerpräsident Nehru wird das riesige Werk aus Beton und Stahl in einem Festakt am 28. März seiner Bestimmung übergeben. Die Einweihung des Werkes fällt mit der erfolgreichen Beendigung des zweiten indischen Fünfjahresplanes zusammen. Als deutsche Ehrengäste werden der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, van Scherpenberg, Werner von Siemens und der Generalbevollmächtigte der Firma Krupp, Berthold Beitz, anwesend sein.

Rourkela ist zwar das teuerste der drei neuen Stahlwerke Indiens, dafür wird aber die Tonne Rourkela-Stahl auch 250 DM mehr als die in Bhilai oder in dem britischen Stahlwerk Durgapur einbringen. Man darf auch nicht übersehen, daß das deutsche Werk im Gegensatz zu den beiden anderen Anlagen dazu bestimmt ist, nicht Roheisen und Rohstahl — sogenannte Halbprodukte —, sondern hochspezialisierte Endprodukte bis zu den allerfeinsten Transformatoren- und Schiffsblechen zu liefern. Dies ist auch einzig und allein der Grund, warum ein Teil der Produktion Bhilais bereits auf dem Markt ist, während man in Rourkela mit der Veredelung der bereits auf Lager liegenden Halbfertigprodukte bis auf die Fertigstellung der Breitbandstraße warten mußte. Von jetzt an werden die Rourkela-Produkte ebenfalls den neuen verarbeitenden

Industriezentren zugute kommen und damit zur wirtschaftlichen Entwicklung der indischen Union im Rahmen des jetzt beginnenden dritten Fünfjahresplanes beitragen.

Während die Sowjets ein Stahlwerk „von der Stange“ lieferten, baute die Bundesrepublik ein Werk, das auf die besonderen Umstände und Bedingungen Indiens zugeschnitten ist und auf weite Sicht gesehen wesentlich billiger produzieren wird.

Daß die Inder trotz aller anfänglichen Meinungsverschiedenheiten, trotz zähflüssiger Verhandlungen und trotz häufiger anderer Sorgen und Probleme mit dem „Endergebnis“ von Rourkela zufrieden sind, wird am besten dadurch deutlich, daß der indische Minister für Stahlproduktion, Swaran Singh, die Erweiterung des Stahlwerkes unbedingt deutschen Firmen übertragen will. Die indische Regierung hat nicht die Absicht, den Sowjets den Propaganda-Triumph zu gönnen, daß sowjetische Ingenieure mit Hilfe von sowjetischen Krediten die für den dritten Plan vorgesehene Produktionsausweitung Rourkelas von einer Million auf 1,6 Millionen Jahrestonnen durchzuführen.

Die jüngste Stundung der Rückzahlung der ursprünglichen Rourkela-Kredite durch die Bundesregierung und der neue nicht-zweckgebundene deutsche Kredit in Höhe von 100 Millionen DM wird es der indischen Regierung ermöglichen, die ersten Aufträge für die Produktionserhöhung Rourkelas schon in aller nächster Zeit in der Bundesrepublik zu placieren.

Kritische Fragen zur Bewältigung des Rourkela-Problems

„Die Völker Asiens und Afrikas lehnen eine Weiterentwicklung auf der Grundlage ihrer Eingeborenen-Kultur leidenschaftlich ab. Auch die hochstehende Kultur Indiens ist weit in den Hintergrund getreten, und entscheidend wird das europäische Leitbild. Das Ergebnis dieser Begegnung mit dem Abendland ist, daß die Menschen dort so werden wollen wie wir Europäer. Hier setzt unsere große Verantwortung ein.“ So stellte der Lübecker Bischof Prof. D. Dr. Meyer fest, der auf Einladung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Landesbezirk Nordmark, vor dem Landesbezirksvorstand und führenden Gewerkschaftsvertretern aus seinen Erfahrungen als Missionar in Indien und auf einer kürzlichen Indienreise über „Unsere Verantwortung gegenüber den Entwicklungslän-

dern“ sprach. Bischof Meyer stellte von hier aus kritische Fragen zum Rourkela-Problem, wo trotz hervorragender technischer Leistungen der deutschen Industrie und trotz der imposanten Architektur dieses riesigen Stahlwerkes inmitten des indischen Dschungels ein erschütterndes Versagen auf dem Gebiet der mitmenschlichen Beziehungen festzustellen sei. Allein dem dortigen „Deutschen Sozialverein“ sei zu danken, daß eine gewisse Ordnung hergestellt wurde. Dennoch werde die gesellschaftliche Fehlentwicklung uns Deutschen zur Last gelegt. Zu einer menschlichen Begegnung zwischen deutschen und indischen Technikern sei es kaum gekommen, zumal die materiellen Interessen bei den Deutschen im Vordergrund standen. So können wir in der Begegnung zwischen Europa und Asien nicht bestehen.

~~DA~~
Indien
allg.
100
/

Gemeindeblatt zum guten Hirten, Bln-Friedman
Aug. 60

Indien 24. 7. d. R. P. ...

NEUE ZEIT - NEUE WIRTSCHAFT

SOZIALISTISCHES MITEINANDER STATT KAPITALISTISCHEN GEGENEINANDERS

„Ein Trauerspiel in Stahl und Eisen“

„The Pusher“ soll „Indisches Grabmal der westdeutschen Industrie“ verhindern

In einem 13seitigen Bericht über die Entwicklung des von der westdeutschen „Indien-Gemeinschaft Krupp-Demag GmbH“ errichteten staatlichen indischen Hüttenkombinats Rourkela versetzt das westdeutsche Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ dem technischen Ueberheblichkeitsdünkel der westdeutschen „Herrenmenschen“-Kaste schallende Ohrfeigen. Aber nicht nur das. Ungeachtet ihrer Abschwächungsversuche des technischen und moralischen Versagens beim Bau

„dieses größten deutschen Auslandsobjekts aller Zeiten“ schreibt die Zeitschrift: „Aber die Inder können Fortschritte und Leistungen der deutschen Firmen und Monteure leicht messen, wenn sie nach Bhilai — zum russischen Hüttenwerksprojekt — blicken. Hier demonstrieren die Sowjetmenschen, daß sie in der Lage sind, alle Schwierigkeiten zu überwinden und ein gleich großes Hüttenwerk zu errichten, dessen Produktion sofort auf vollen Touren läuft.“

Einleitend heißt es in dem Bericht, daß Rourkela auf dem besten Wege sei, „Indisches Grabmal der deutschen Unternehmerr oder das Stalingrad der deutschen Industrie“ zu werden. Im Hüttenkombinat selbst sei ein „Trauerspiel in Stahl und Eisen“ im Gange, das bereits zu einer Untersuchung durch einen Parlamentsausschuß aus Neu Delhi geführt habe. Als technische Fakten werden u. a. genannt: „Die Produktionsanlagen von Rourkela leisten zur Zeit nur die Hälfte ihrer Kapazität; auf den Lagerplätzen stapeln sich 35 000 Tonnen Stahlblöcke, die weder zu Fertigprodukten verarbeitet werden können, noch in ihrem jetzigen Zustand zu verkaufen sind; eine Betriebsorganisation ist nicht vorhanden.“

Diese Blamagen am laufenden Band, „die nicht nur dem Ruf der beteiligten westdeutschen Firmen, sondern auch dem Prestige der Bundesrepublik in Indien schaden“, sind zum guten Teil auf die verzweifelten Anstrengungen zurückzuführen, „im unbarmherzigen Wettstreit“ mit Bhilai Schritt zu halten.

Im Wettlauf überstürzt

Bei bestimmten Teilabschnitten wie der Produktion des ersten Kokses, des ersten Roheisens, des ersten Stahls, vermochten zwar die westdeutschen Firmen um einen Tag oder mehrere Tage früher als die sowjetischen Ingenieure die ersten Erfolgsmeldungen zu bringen (wobei die wesentlich spätere Arbeitsaufnahme in Bhilai zu berücksichtigen ist), aber um welchen Preis! So nahmen die Monteure der Friedrich Siemens GmbH den ersten Ofen selbst in Betrieb, obwohl das Eintreffen der Betriebsmannschaft schon avisiert war. „Das Ergebnis dieser überstürzten Inbetriebnahme hätten selbst technische Laien voraussagen können: ... innerhalb weniger Tage

mußten die Konverter stillgelegt werden.“

Der technische Berater des indischen Managers, Dr. Klihar, „vermag diesem Produktionsdilemma sogar noch eine positive Seite abzugewinnen“, schreibt der „Spiegel“. „Eigentlich bin ich froh, daß die Konverter dauernd kaputt sind. Würden sie nämlich voll produzieren können, dann lägen bald alle Lagerplätze des Hüttenwerks voller Stahlbrammen. Die 35 000 Tonnen, die jetzt hier herumliegen, reichen uns.“

Ueber die ökonomischen Auswirkungen der Werke kapitalistischer Wirtschafts-anarchie auf der einen und sozialistischer Planwirtschaft auf der anderen Seite heißt es in dem Bericht u. a.: „In Rourkela sind derzeit noch keine Fertigprodukte herzustellen ... In Bhilai, das gleichmäßig aufgebaut werden konnte und bereits Fertigprodukte herstellt, wird flott verkauft und neue Aufträge strömen herein. Im Mai 1959 standen in den Auftragsbüchern von Bhilai bereits die ersten Bestellungen für das erste Quartal 1960: 120 000 Tonnen Walzprodukte.“

„Kette folgenschwerer Pannen“

Die seitenlange Schilderung „einer Kette folgenschwerer Pannen“, die sowohl auf der völlig unzulänglichen Koordinierung der Arbeiten der in Rourkela beteiligten 35 westdeutschen Firmen als auch auf der überheblichkeitsbedingten Unfähigkeit der westdeutschen Fachleute zu einer ersprießlichen Zusammenarbeit mit den indischen Ingenieuren und Arbeitern basieren, läßt folgende Worte des indischen Managers des Hüttenwerks, Ingenieur Shri M. Ganapati, nur allzu verständlich erscheinen: „Die deutschen Firmen haben mich in der Öffentlichkeit zum Ziel des Spotts gemacht... Sie ließen mich im Stich... Sie haben mein Herz gebrochen.“

„Der Spiegel“ schreibt zu den technischen Versagern u. a.: „Von den 20 Roheisenpflannen des Werkes waren nur noch vier oder fünf einsatzbereit... Bei den Stahlföfen gab es noch schlimmere Pannen. Der West-Konverter Nr. 1 mußte nach 53 Stahlfüllungen bereits wieder stillgelegt werden, der zweite Konverter hatte nur 44 Chargen ausgehalten.“

Tageslohn für Arbeiterinnen: Eine D-Mark

Ein abgeurteilter Kriegsverbrecher und Republikflüchtiger, Dr.-Ing. Hans Heinrich, im Nazi-Rüstungsministerium Leiter des Panzerausschusses und jetzt Planungschef der „Indien-Gemeinschaft“, wurde nach Indien entsandt, um die „in schier hoffnungslosen Sackgassen steckengebliebene Produktion des Hüttenwerks Rourkela in Gang zu bringen“. Wie er das macht, geht aus seinem in Indien erhaltenen Beinamen „the Pusher“ (der Antreiber) hervor.

In dieses Bild einer bei uns längst überwundenen Vergangenheit fügt sich folgende Tatsache als geradezu selbstverständlich ein: „Eine Arbeiterin erfordert täglich rund eine Tonne Erde auf ihrem Kopf und erhält als Lohn eine Mark.“

Abgerundet wird dieses für den deutschen Namen so beschämende Geschehen durch das gesellschaftliche Verhalten der westdeutschen Ingenieure und Monteure, die sich auf der einen Seite in einem für Inder verbotenen Klub völlig isolieren, auf der anderen Seite die Armut und Not der indischen Frauen zu sehr engen Beziehungen ausnutzen. „Die weitverbreitete indische Zeitschrift ‚Filmindia‘ nannte deswegen die deutsche Baustelle eine ‚Anlage zur Erzeugung von Bastarden‘ und ein ‚großes Gemeinschaftsprojekt für die schamloseste Prostitution der Welt‘.“

Dem so abgerundeten Bild westdeutscher „Hilfe“ für Indien im Falle Rourkela braucht nichts mehr hinzugefügt zu werden.

1,00

Bruder Prehn übersandte mir den anliegenden Bericht über Rourkela aus der östlichen CDU = Zeitung "Neue Zeit" und bemerkt :

"Ob das alles so stimmt? Schade, daß man nicht durch unsere Leute erfahren kann, was daran ist."

- 7.4.1960 - Hensel.-



Keine „Herrenmenschen“ in Rourkela

Die deutschen Techniker über die Kritik aus der Heimat verbittert / Von unserem Korrespondenten THILO BODE

Rourkela, im April

Durch enge Kabelgänge und riesige Schalterhallen, in denen Tausende von Kilowatt summen, über tiefe, mit Holzplanken überbrückte Schächte führt man in Rourkela, dem von Deutschen in Indien errichteten Stahlwerk, den Besucher an die „Drei-Länder-Ecke“. Es ist ein hübscher, ein passender Name. Tief unter sich sieht man, wie dort die zierlichen und doch so unerwartet kräftigen Frauen dieses Landstriches sich mit einer entschlossenen Bewegung die flachen Körbe voll Erde auf den Kopf wuchten und die Last mit mahelnden Hüften forttragen; das Letzte, was man von ihnen hört, ist das leise Klingeln der silbernen Reifen um die bloßen Fußgelenke.

Gelegentlich leert sich die bunte und buntbewegte Grube, über der sich in seltsamem Gegensatz schon das himmelhohe Stahldach der riesigen Walzwerkshalle wölbt. Hinter Pfeilern und Vorsprüngen sucht man Deckung, warnende Pfiffe ertönen, und dann wird gesprengt. Nur Sekunden nach dem dumpfen Knall setzt das Gewimmel wieder ein, die Erdkörbe füllen sich wieder, denn hier in Indien werden die Berge nicht nur vom Glauben, sondern vor allem von den unermüden, bunten, heiteren und fleißigen Frauen versetzt, die mit ihren Männern als geschlossene Armee, als eine eigene Zunft, von einer Baustelle zur anderen ziehen. Seit Jahrhunderten und gewiß noch für viele Jahrzehnte.

In der großen Grube, die sie ausheben, sollen die Breitbandstraße und

bis hinunter zum dünnsten Transformatorblech.

Dafür ist Rourkela auch das teuerste der drei neuen Stahlwerke, dafür muß in Rourkela bedeutend mehr Material installiert werden, dafür wird die Tonne Rourkela-Produkte aber auch bis zu 250 Mark mehr einbringen als die der beiden anderen Werke.

Im Führerstand der Blockstraße sitzen auf zwei Sesseln zwei junge Inder. Mit sechs oder acht Hebeln bändigen sie die rotglühenden Blöcke, stellen sie hochkant, schicken sie vor die Walzen, unter die sie sich dann zischend ducken, lassen sie zurückrollen, und das alles mit einer Gelassenheit, als hätten sie nie etwas anderes gemacht. Das ist im übrigen durchaus möglich, denn einmal sind die Inder in der Stahlherstellung durchaus keine Neulinge. In den Tata-Werken produziert man seit fünfzig Jahren Stahl, und die Werke haben heute eine Kapazität von 2,2 Millionen Tonnen; sie sind also etwa so groß wie die größten deutschen Stahlwerke. Zum Zweiten ist Rourkela nicht nur bis zur Blockstraße fertig, sondern bis dorthin auch schon an den Kunden übergeben.

*

Die Koksöfen, das Kraftwerk, die Hochöfen, die Siemens-Martin-Öfen, die LD-Konverter und die Blockstraße werden, zum Teil seit vielen Monaten, von indischem Personal gefahren, genau so wie in Bhilai.

Rourkela ist, und nur ein Laie kann eine solche Zahlenangabe wagen, zu achtzig Prozent fertig, es funktioniert, es produziert (bis zum „Korken“), und wer den mächtigen Komplex dort liegen sieht, der will es nicht glauben, daß Inder und Deutsche gemeinsam hier in etwa zwanzig Monaten Montagezeit das modernste integrierte Stahl- und Hüttenwerk Asiens aus dem Dschungel gestampft haben, unter widrigsten Umständen, unter Anfangs primitivsten Lebensbedingungen und bei glühender Hitze. Aber ebensowenig sieht man es dem Werk von außen an, daß es sich zurzeit mit drei Problemen herumschlägt, einem technischen, einem kaufmännischen und einem menschlichen.

Wer etwa im Kriege mit hochspezialisierten technischen Waffen zu tun gehabt hat, der kennt nur zu gut die deutsche Neigung, auf Kosten des Bewährten und Erprobten nach immer Modernem zu streben. Diese Neigung hat seit jeher den Deutschen viel Ruhm eingebracht, aber auch viele Pannen. Ein Musterbeispiel dafür findet sich in Rourkela. 75 Prozent des Rohstahls wird in den hochmodernen LD-Konvertern produziert. In ihnen wird, im Gegensatz zu den alten Blasverfahren, nicht mehr Luft von unten durch das Roheisen geblasen, sondern reiner Sauerstoff von oben durch eine Düse auf das Roheisenbad geführt.

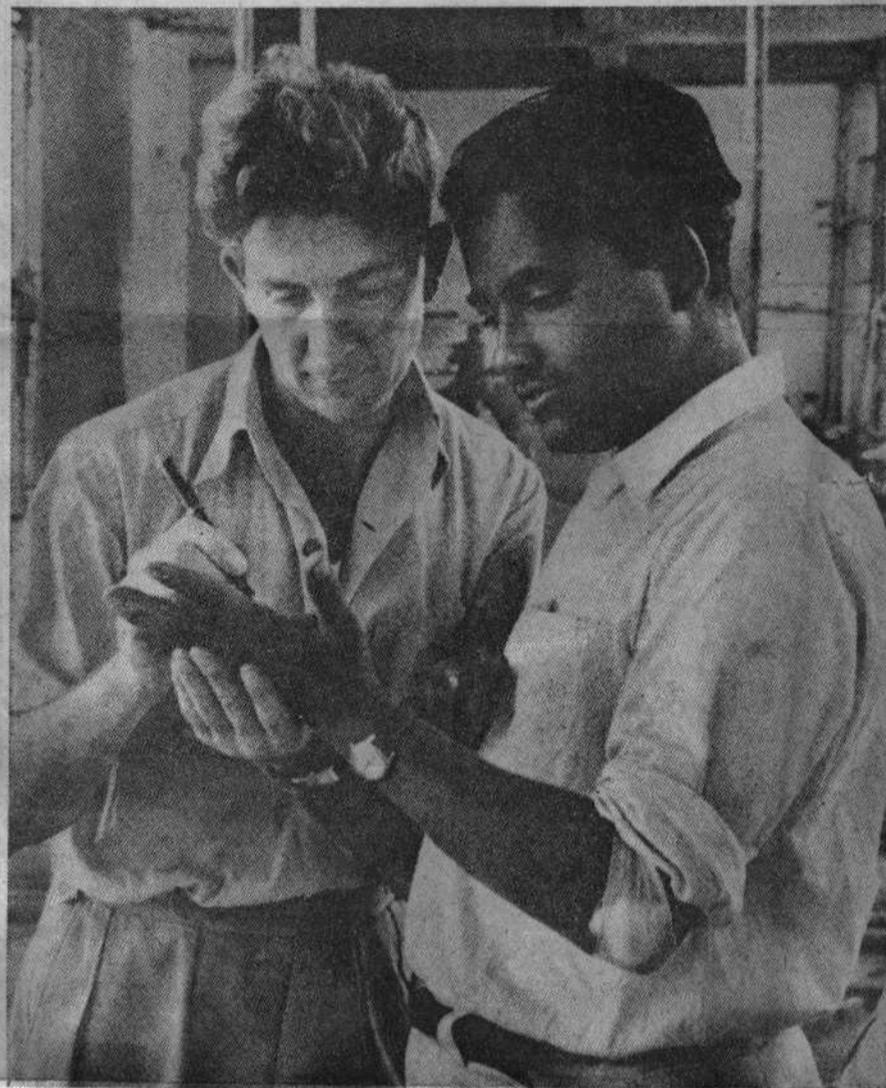
Die Konverter verlangen eine Ausmauerung mit Ziegeln aus Dolomitstein, die in einem Dolomit-Schachtöfen gebrannt werden. Der in Rourkela aufgestellte Ofen ist „der letzte Schrei“ der Technik, er ist so modern, daß es ihn auf der ganzen Welt erst einmal gibt, nämlich in Rourkela selber. Nur — er funktioniert nicht zufriedenstellend. Noch ist das letzte Wort darüber nicht gesprochen, ob der benutzte Dolomit dem Ofen unbedenklich ist, ob es sich um technische Kinderkrankheiten oder um einen Konstruktionsfehler handelt.

In den kommenden Wochen wird die endgültige Diagnose gestellt werden, und solange behilft sich Rourkela mit Dolomit-Ziegeln aus den Nachbarwerken von Tata und aus Bhilai. Solche Hilfeleistung ist nichts Ungewöhnliches, so hat etwa Rourkela an Bhilai schon Koks geliefert, als Not am Mann war.

*

Das zweite Problem hat weder mit den Indern noch mit den Deutschen etwas zu tun, sondern mit der Bestimmung des Werkes; Rourkela hat noch keine Aufträge. Im Grunde kann es auch keine haben, denn es soll nicht, wie etwa Bhilai, zu einem großen Teil Roheisen und Rohstahl für die Gießereien und weiterverarbeitenden Walzwerke Indiens liefern, sondern hochspezialisierte Endprodukte, nämlich Bleche aller Stärken. Während also Bhilai schon verkauft, muß Rourkela nach seiner ganzen Bestimmung warten, bis zumindest die Grobblechstraße läuft.

Ein Beispiel beleuchtet das. Bhilai ist dafür vorgesehen, im Jahre etwa 300 000 Tonnen Gießerei-Eisen zu liefern; Rourkela dagegen soll nicht eine Tonne da-



Inder und Europäer

Foto: DIE WELT

arbeiten gemeinsam am Bau der drei Stahlwerke in Rourkela (mit deutscher Hilfe), Durgapur (mit britischer Hilfe) und Bhilai (mit russischer Hilfe).

von verkaufen. Aber auch für die Stahlbrammen (die „Schokoladentafeln“), bis zu deren Produktion Rourkela gediehen ist, und von denen Tausende von Tonnen darauf warten, daß die Walzstraßen fertig werden, gibt es in Indien keinen Markt. Daß das so ist, bedrückt die indische Werksleitung; denn schließlich konkurrieren, was man nicht vergessen darf, nicht nur die Deutschen und die Russen in der Errichtung der Werke, sondern auch die beiden indischen Werksleitungen in der Produktion. So würde also die Werksleitung in Rourkela gerne etwas auf der Verkaufsseite vorzeigen, aber sie findet so lange keinen Abnehmer, solange nicht der „Korken aus Rourkela gezogen ist“.

*

Ein drittes überschattet jedoch zur Zeit die technische Sorge „Dolomit-Ofen“ und die kaufmännische Sorge „noch kein Markt“. Rourkela ist verbittert, Inder wie Deutsche. Zu ihrem Erstaunen sehen die Inder, daß plötzlich aus Deutschland eine Welle der Kritik an Rourkela heranrollt, die in keinem Verhältnis zu den wirklichen Pannen und Engpässen steht, die es in Rourkela wie in jedem anderen der neuen Stahlwerke geben muß, denn sie werden nicht in Duisburg errichtet, sondern im Dschungel von Orissa.

Gewiß hat es Anfragen im Parlament gegeben (in den täglichen Fragestunden in beiden Häusern des indischen Parlaments werden täglich etwa dreißig Fragen aller Art gestellt), gewiß haben, von den verantwortlichen Indern nicht für eine Minute ernst genommen, ein obskures indisches Filmmagazin und kommunistische Zeitungen Rourkela kritisiert. — Aber keine ernstzunehmende indische Zeitung hat bislang ernste Vorwürfe gegen Rourkela erhoben, und schon gar nicht hat sich ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß Rourkelas angenommen.

Aber der Haushaltsausschuß und der Oberrechnungshof haben sich mit der „Hindustan Steel“, der indischen Staatsfirma, die alle drei Stahlwerke baut und betreibt, befaßt, und die „Hindustan Steel“ in Rourkela hat dabei ebenso ihr Fett bekommen wie die Schwesterwerke auch. Um so unfaßlicher erscheint den Indern die geradezu selbstmörderische Kritik, die sich in Deutschland erhebt. Die Inder haben nicht gezögert, das auch auszusprechen. Die Ehrenrettung Rourkelas durch den

Staatssekretär des Stahlministeriums hat der Minister selber temperamentvoll vor dem Parlament wiederholt und unterstrichen.

Die Deutschen in Rourkela sind für die Art, in der sich die Inder vor Rourkela gestellt haben, sehr dankbar. Aber dennoch sind die Deutschen dort verbittert, zutiefst verbittert. Sie haben das Gefühl, daß ihre erstaunliche Leistung in Rourkela von dieser Kritik völlig in den Schatten gestellt wird. Gewiß hat Rourkela seine Probleme. Wie sollte es anders sein in einer Gemeinschaft, in einer Stadt, die ihr Goldgräberstadium gerade erst überwunden hat und erst jetzt auf dem Wege dazu ist, sich etwa zu einem zweiten Wolfsburg oder Salzgitter zu entwickeln.

Gewiß sind in Rourkela Fehler gemacht worden, keiner bestreitet sie. Die Organisationsform, in der Rourkela gebaut worden ist, war unglücklich. Sie hat sich nicht bewährt, und die Russen und Engländer sind in dieser Beziehung viel besser daran und gewiß nicht ohne deutsche Schuld. Dazu kommt den Engländern ihre leichte Hand zustatten, gar nicht zu reden davon, daß sie eine 350-jährige Erfahrung im Umgang mit Indern haben. Man findet in Rourkela auch nicht den politisch bestimmten Geist der forcierten Freundschaft, die sich einem bei den Russen in Bhilai aufdrängt.

*

Vieles, was für den Umgang der Deutschen mit anderen Völkern typisch ist, findet sich auch in Rourkela — wie sollte es anders sein? Aber es trifft einfach nicht zu, daß das Verhältnis zwischen Deutschen und Indern in Rourkela kalt ist oder daß sich die Deutschen gar als Herrenmenschen gebärdeten — ein Stichwort im übrigen, auf das die Kommunisten in Indien nur gewartet haben. Aber die jüngsten Erfahrungen haben die Sicherheit der Deutschen nicht erhöht.

„Die Brüder werden es noch dahin bringen, daß unser Verhältnis zu den Indern in die Brüche geht“, sagte uns verbittert einer der führenden Männer in Rourkela, ein Mann voll Optimismus, guten Willens mit einer geschickten Hand für die Behandlung von Menschen. So weit wird es nicht kommen, aber schon, wer seinen ersten Schritt in Rourkela tut, merkt, daß das Selbstvertrauen dort einen schweren Stoß erlitten hat.



Zeichnung: W. Schmidt

das Kaltwalzwerk verankert werden. Sie sind die letzten Bausteine, die noch am Stahlwerk Rourkela fehlen, und an dieser Baugrube sieht man noch einmal das Stadium, in dem vor zwei oder zweieinhalb Jahren noch ganz Rourkela war.

Das zweite Stadium sieht man links daneben: Mächtige, noch rostbraune oder schon mit roter Schutzfarbe angestrichene Stahlkonstruktionen, auf denen indische und deutsche Monteure herumturnen. Letzte Holzverschalungen fallen hier — die Grobblechstraße, die in wenigen Monaten Schiffsbleche ausspeien wird, geht der Vollendung entgegen.

Noch weiter dahinter schimmert es grün und silbern — es sind die Farben der Vollendung, bis zu diesem Punkt, bis zur Grenze zwischen Blockstraße und Breitbandstraße, ist Rourkela fertig. Hier treten schon die mächtigen Walzen der Blockstraße — grün ist sie gestrichen — rotglühende Stahlblöcke zu „Brammen“ breit; wie überdimensionierte Schokoladentafeln sehen sie aus, wenn mächtige Kräne sie dann draußen übereinanderstapeln, wo sie auf die Verschiffung warten oder darauf, daß aus Rourkela „der Korken gezogen wird“.

Auch das ist ein passender Ausdruck. Der Rourkela-Stahl wird sich nämlich erst dann in die Fabriken und Läger Indiens ergießen, wenn zumindest das Grobblechwalzwerk fertig ist; denn während die beiden anderen aus dem indischen Boden wachsenden Stahlwerke, das „russische“ in Bhilai und das „britische“ in Durgapur, vor allem Halbprodukte verkaufen sollen, ist Rourkela vom indischen Auftraggeber von Anfang an dafür ausersehen worden, seine Produkte selber zu veredeln,

KOMMENTARE

des In- und Auslandes

BLICK IN DIE WELTPRESSE

LIBERE BELGIQUE

Zu unnachgiebig

Der christlich-soziale belgische Senatspräsident Paul Struye schreibt in dem katholisch-konservativen belgischen Blatt: Die Unnachgiebigkeit der Bonner Regierung (in Verhandlungen mit der Sowjetzone einzuwilligen) ist gerechtfertigt vom Standpunkt der Selbstbestimmung der Völker aus und von dem der elementarsten Rechtsstaatlichkeit. Aber diese Unnachgiebigkeit führt in der Praxis nur dazu, jede Möglichkeit einer Besserung des Loses der 17 Millionen Deutschen im Osten auszuschließen. Bundeskanzler Adenauer glaubt weiterhin daran, daß die Zeit für die Rückkehr Deutschlands zur Einheit arbeitet. Lange erklärte er sich überzeugt, daß er, wenn Deutschland erst einmal wieder bewaffnet und wieder in das atlantische Konzert eingeführt sei, um so leichter die Wiedervereinigung erreichen würde. Aber der Lauf der Dinge hat gezeigt, daß sich die Opposition von sowjetischer Seite gegen die Wiedervereinigung um so mehr erhärtet, je mehr Westdeutschland sich wiederbewaffnet. Darüber hinaus sind die Alliierten der Bundesrepublik nicht alle so aufrichtige Anhänger einer Wiedervereinigung Deutschlands, wie sie es in platonischen Erklärungen zu bekunden beliebten. Schließlich flüchten, je mehr die Zeit vergeht, immer mehr Deutsche aus Ostdeutschland, und immer mehr festigt sich die kommunistische Herrschaft über die DDR.

Unzufriedenheit mit dem De-Gaulle-Regime wächst

Von unserem Korrespondenten

Wd. Paris, 25. April

Nach einer Winterpause von vier Monaten tritt am Dienstag die französische Nationalversammlung zu ihrer Sommertagung zusammen. Über den Debatten der Abgeordneten wird sichtbarer als je zuvor die große allegorische Figur thronen, die den Frieden verkörpert: der Marmor und alle Deckengemälde wurden in den letzten Monaten von 50jährigem Staub gesäubert.

Die innerpolitische Atmosphäre, in der die Abgeordneten wieder zusammentreten, ist aber keineswegs friedlich. Die Agrargesetze, die von der Regierung vorgelegt wurden und die den wesentlichen Inhalt der ersten Debatten bilden, werden von der Mehrheit der Fraktionen abgelehnt.

In der Unzufriedenheit, der sie begegnen, kommt auch das allgemeine parlamentarische Unbehagen über die Entwicklung des Regimes, die Abwertung der Regierung und des Parlaments zugunsten der alles überragenden Rolle des Staatspräsidenten zum Ausdruck.

Sozialisten und Radikalsozialisten bereiten einen Antrag auf Verfassungsänderung vor, der den Staatspräsidenten verpflichtet soll, das Parlament unverzüglich einzuberufen, wenn eine Mehrheit von Abgeordneten es verlangt. Das steht nach ihrer Meinung auch schon heute in der Verfassung, die entsprechende Bestimmung wurde aber vor einigen Wochen, als die Einberufung des Parlaments verlangt wurde, von de Gaulle anders ausgelegt. Er erklärt, daß ihm die Verfassung eine alleinige Entscheidung darüber gibt, ob eine solche Forderung begründet ist.

Wenn sich in allen Fragen auch eine stärkere Opposition gegen die Regierung bemerkbar machen wird, so kann ein Mißtrauensantrag, mit dem ebenfalls zu rechnen ist, doch keine Mehrheit finden, solange die „Union für die Neue Republik“ etwa zwei Fünftel der Abgeordneten stellt.

Soustelle ausgeschlossen

Paris, 25. April (UPI)

Der ehemalige stellvertretende französische Ministerpräsident Jacques Soustelle ist am Montag wegen seiner Opposition zu de Gaulles Algerien-Politik aus der gaullistischen Union für die Neue Republik ausgeschlossen worden.

In einem offiziellen Kommuniqué der Partei heißt es, der Ausschluß erfolge mit Bedauern. Soustelle habe sich aber in Widerspruch zum Ziel der Partei gesetzt, die Politik General de Gaulles auf allen Gebieten ausnahmslos zu unterstützen.

Chruschtschow droht mit Se

(Fortsetzung von Seite 1)

Ohne einen solchen Schritt kann es kaum eine Hoffnung für die Beseitigung dieses gefährlichen Bündels von Meinungsverschiedenheiten zwischen den Staaten und die Herstellung normaler Bedingungen für die Bevölkerung Berlins geben. Westberlin liegt innerhalb des Territoriums der Sowjetzone. Mit dem Abschluß eines Friedensvertrages würde die Sowjetzone die Souveränität über ihr gesamtes Staatsgebiet erhalten. Auch wenn die Westmächte keinen Friedensvertrag mit der Sowjetzone abschließen, können sie die Rechte, die sie aufrechterhalten wollen, nicht ausüben. Sie würden dann selbstverständlich das Recht auf Zugang nach Westberlin zu Lande, zu Wasser und in der Luft verlieren.

Chruschtschow erklärte, in den sowjetischen Vorschlägen für eine Umwandlung Westberlins in eine Freie Stadt sei nichts enthalten, das von Nachteil für den Westen sei. Chruschtschow dankte der Regierung der Zone für ihr „Opfer“, das sie mit der Zustimmung zu den sowjetischen Berlin-Vorschlägen gebracht habe.

Der Ministerpräsident betonte, die Haltung, die einige westliche Politiker angesichts der bevorstehenden Diskussion des Deutschland-Problems auf der Gipfelkonferenz eingenommen hätten, gebe Anlaß zu „ernsten Befürchtungen“. So könne die Rede des amerikanischen Außenministers Herter am 4. April in Chicago „nur bedauert“ werden. Sie zeige, daß Herter von einer realistischen Einschätzung der Lage weit entfernt sei.

Herter hatte die Sowjetunion in Chicago vor einer Wiederholung ihrer Berlin-Drohung gewarnt und sich für das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes ausgesprochen.

Scharfe Kritik übte Chruschtschow an den auf der Genfer Abrüstungskonferenz vorgelegten westlichen Vorschlägen. Er sagte, diese Vorschläge seien nicht dazu bestimmt, eine Abrüstung herbeizuführen, sondern eine Kontrolle ohne Abrüstung zu schaffen.

Der Ministerpräsident betonte, daß die Sowjetunion in der Abrüstungsfrage von ihrer Haltung nicht abgehen werde. Sie wünsche eine Abrüstung, die mit einer „weitestgehenden und allumfassenden Kontrolle“ verbunden sei, lehne jedoch eine Kontrolle ohne Abrüstung ab.

Positiver war die Reaktion Chruschtschows auf den Stand der Verhandlungen in der Frage der Einstellung der Kernwaffenversuche. Er sagte, die

gemeinsame Erklärung Eisenhowers und Macmillans zu diesem Problem lasse die Hoffnung zu, daß die Meinungsverschiedenheiten in naher Zukunft überwunden würden und ein Vertrag über die Einstellung der Versuche abgeschlossen werden könne.

Trotz seiner harten Haltung in der Deutschland- und Abrüstungsfrage bezeichnete der sowjetische Ministerpräsident die internationale Lage am Vorabend der Gipfelkonferenz als gut. Er äußerte, die Besprechungen, die er in der letzten Zeit mit den Staatsmännern des Westens und Asiens geführt habe, zeigten eine Minderung der internationalen Spannung.

Die Politiker, mit denen er zusammengesprochen sei, unter ihnen Eisenhower, Macmillan, de Gaulle und Nehru, seien sich der Notwendigkeit einer weiteren Entspannung und der Lösung der internationalen Streitfragen durch Verhandlungen bewußt. Er glaube, sagte Chruschtschow, daß diese günstige Entwicklung in den internationalen Beziehungen anhalten werde.

Bonn: Vorgeplänkel

Nachrichtendienst der WELT

Washington/London, 25. April (AP)

Die Rede Chruschtschows in Baku ist nach Ansicht Washingtoner Kreise zeitlich auf das Treffen Eisenhowers mit de Gaulle abgestimmt gewesen. Obwohl das State Department keine offizielle Stellungnahme abgab, erklärten Regierungskreise in Washington, die Rede Chruschtschows sei ein „Rückfall in die Methoden des kalten Krieges“.

Diplomatische Kreise in London erklärten, Chruschtschow habe zwar dem Ton nach hart gesprochen, doch habe es sich im wesentlichen nur um eine Wiederholung schon bekannter sowjetischer Standpunkte gehandelt. Mit Erleichterung vermerkte man, daß der sowjetische Regierungschef nicht wieder einen Termin für die Berlin-Lösung genannt hat, was eine sehr ernste Situation hätte heraufbeschwören können.

Bonner Regierungskreise bezeichneten die Ausführungen des sowjetischen Regierungschefs als einen Bestandteil des üblichen Vorgeplänkels vor großen internationalen Konferenzen. Die Drohung mit einem separaten Friedensvertrag stehe allerdings im Widerspruch zu der Versicherung der Sowjetregierung, daß sie auf eine Entspannung hinarbeiten wolle.

Rhees Partei verlor die Mehrheit

Auch die Gewerkschaft nicht mehr unter dem Staatschef

Nachrichtendienst der WELT

Seoul, 25. April

In einer erregten Sitzung hat das südkoreanische Parlament am Montag einmütig die sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes gefordert. Abgeordnete der Opposition richteten gleichzeitig heftige Angriffe gegen die Regierung und verlangten erneut den Rücktritt von Syngman Rhee sowie die Ausschreibung von Neuwahlen.

Die Regierung gab dem Druck des Parlaments nur teilweise nach. Sie hob die Pressezensur in Seoul auf und wandelte das Kriegsrecht in ein „Sicherheitskriegsrecht“ um, unter dem die zivilen Behörden wieder einen Teil ihrer Funktionen ausüben können.

Angesichts der schweren Zusammenstöße in der vergangenen Woche haben sich 41 Abgeordnete der Liberalen Partei Syngman Rhees von ihrer Partei losgesagt. Damit hat Rhee zum ersten Male seit acht Wochen die Mehrheit im Parlament verloren. Gleichzeitig gab der zwei Millionen Mitglieder umfassende Gewerkschaftsbund bekannt, daß er künftig — im Gegensatz zu den vergangenen Jahren — die Liberale Partei nicht mehr unterstützen werde.

Inzwischen versuchte der unabhängige Politiker Huh Chung weiterhin, ein neues Kabinett zu bilden. Chung bezeichnete es als Ziel seiner Bemühungen, eine Übergangsregierung zusammenzustellen, der nach zwei bis drei Monaten ein dem Parlament verantwortliches Kabinett folgen soll.

Staatspräsident Syngman Rhee, der am Sonntag die Führung der Liberalen Partei niedergelegt hatte, hat sich auch am Montag nicht definitiv ge-

äußert, ob er auch einen Teil seiner Macht als Staatschef abgeben will. Mit einer solchen Erklärung hatten weite Kreise Südkoreas gerechnet.



Syngman Rhee, Foto: UPI

der alte Mann von Südkorea, scheint sich noch nicht klar entschieden zu haben, ob er die Macht in jüngere Hände legen will.

CHST
STOP
NEW YORK

AC
07
lls-Royce
otoren -
Sie
n zu
-Preisen



Gosner
Mission

Hilfe für Indien

Die deutschen Konsumgenossenschaften haben ihre Mitglieder zu einer Hilfsaktion für die indische Konsumgenossenschaftsbewegung aufgerufen. Wir brauchen hier nichts weiter über die sozialen und wirtschaftlichen Probleme Indiens zu schreiben. Fest steht, daß Indien jede Form von Hilfe braucht. Und wer keine ideellen Gründe für seine Hilfe findet, der mag daran denken, daß jede soziale Not dem Kommunismus den Weg bereiten muß. Und was soll man dann zu einem Brief wie dem folgenden sagen, der bei der Konsumgenossenschaft einging und der vom „Verbraucher“, der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau, veröffentlicht wurde?

„Anbei sende ich Ihnen den Spendenschein Ihrer Zeitung, den ich Sie bitte, nach England zu schicken. Dieses Land hat Jahrzehnte Indien ausgebeutet und unterdrückt; seine Führer vor die Kanonen gestellt. Dann erklärte Indien uns den Krieg. Jetzt ist das so verschmähte Deutschland gut genug, den Indern zu helfen. Wenn es Ihnen ums Helfen geht, dann tun Sie das bitte an unseren Brüdern im Osten. Sagt doch ein Sprichwort: Das Hemd ist mir näher als der Rock. Meinen Sie nicht auch, daß uns Deutsche näher sein müssen als Fremde?

Ein Deutscher“

Wie der „Verbraucher“ dazu noch mitteilt, war der übersandte Spendenschein nicht ausgefüllt.

Hilfe aus Indien

Hier als Gegenstück zu dem oben veröffentlichten Brief eines „Deutschen“ eine Meldung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften:

In höchst eindrucksvoller Weise hat die indische Zentrale INTUC ihrer internationalen Solidarität Ausdruck verliehen, indem sie dem Internationalen Solidaritätsfonds eine Spende von 5000 Rupien (4000 DM) überwiesen hat. Am 7. Dezember, dem Jahrestag der Gründung des IBFG, fanden in ganz Indien Versammlungen statt, in denen der Zweck des Fonds erläutert und für ihn gesammelt wurde. Welches Opfer die indischen Arbeiter hiermit gebracht haben, versteht man, wenn man bedenkt, daß der durchschnittliche Gewerkschaftsbeitrag in Indien monatlich etwa 4 Annas (0,20 DM) beträgt.

Indian allg.
"Statesman"

6.3.60

1.00
Incl. 547
27.11.60

A FEW PAGES OF 'MANUSMRITI' TORN IN HOUSE

Angry Scenes In Lok Sabha

NEW DELHI, March 4.—Tempers were frayed and the Chair repeatedly called members to order in the Lok Sabha today during the resumed discussion on the Backward Communities (religious protection) Bill, moved by Mr Prakash Vir Shastri (Swatantra). The Bill seeks to provide more effective protection to the Scheduled Castes, Scheduled Tribes and other backward communities against being converted to Christianity on grounds other than religious conviction.

There were angry protests when Mr B. K. Gaekwad, agitatedly tore a few pages from a copy of the Manusmriti which, he said, laid down that a shudra should be beheaded if he learnt the Vedas.

After protests from various sections of the House, the Deputy Speaker, Sardar Hukam Singh, rebuked Mr Gaekwad for what he called "very objectionable behaviour". He described the incident as unfortunate and said that the House was meant for discussion and not for demonstration.

The House rejected the Bill by a voice vote after the Minister of State for Home Affairs, Mr B. N. Datar, said that it was unconstitutional and there were no mass conversions, as was alleged by the mover.

UNCONSTITUTIONAL

The House cheered Mr Datar when he said that Hinduism was the most tolerant religion and had a universal appeal and Islam, Christianity, Zoroastrianism were as much Indian religions as Hinduism.

Mr Datar said the Bill was against Article 25(1) of the Constitution which guaranteed to citizens the freedom of conscience and right to profess, practice and propagate any religion they liked. It did not circumscribe the orbit of religion, as had been done in the Bill.

Besides the fact that the Bill was unconstitutional, he added, it was also not wanted by those for whom it was said to be meant.

The Minister said that the activities of the missionaries were inquired into by the Government whenever any complaint was brought to its notice. The Government also had powers under the Foreigners Act to proceed against a missionary indulging in anti-national activities. Moreover, whenever they came to India they had to seek recognition from the Government to carry on their work.—P.T.I.

30
Ca

K

6,22,2 4,15,3 OA

Indien im Umbruch und dabei, „indisch“ zu werden

Direktor D. Lokies von der Goßner-Mission begann seine Vortragsreihe durch den Kirchenkreis Gütersloh

Wiedenbrück. Aus Einladung von Superintendent Lohmann ist der Leiter der weltberühmten Goßner-Mission, Direktor D. Lokies (Berlin), zu einer Vortragsreise in den Kirchenkreis Gütersloh gekommen. 25 Vorträge wird der Gast in den drei zur Synode gehörenden Kreisen Bielefeld-Land, Wiedenbrück und Beckum halten, und immer wird die „Neue Zeit in Indien“ das Thema sein. Direktor D. Lokies begann am Montag in Wiedenbrück, wo er im Ev. Gemeindehaus vor einer großen Zuhörerschaft sprach.

Mit einem herzlichen Grußwort an den Gast, der als Sohn eines Missionarehepaares in einem indischen Dschungeldorf das Licht der Welt erblickte, eröffnete Pfarrer Schoeppke den Abend. Direktor D. Lokies klärte seine Zuhörer einleitend über die Goßner-Mission auf, die von dem urwüchsigen Bayern Goßner gegründet wurde und sich ausgezeichnet entwickelte. Goßner gründete in der früheren Reichshauptstadt das erste Krankenhaus und den ersten Kindergarten und war mit viel Schaffenskraft auch in Petersburg und Finnland tätig. Heute erstreckt sich die Arbeit des nach ihm benannten Werkes auf die innere wie die äußere Mission. In Indien ist die Goßner-Mission seit über 100 Jahren tätig. Die dortige E.-Lutherische Goßner-Kirche (so lautet die offizielle Bezeichnung) hat etwa 250 000 Glieder.

Indien sei heute eigentlich erst „indisch“ geworden. Die großen Wandlungen, die 1947 begannen, als aus der englischen Kronkolonie ein selbständiger Staat wurde, seien gewaltig. Ueberall rückten Inder an

die Spitze, übernahmen selbst die Repräsentation. Die eigentlichen Fachleute, die Ingenieure, Taktiker, Techniker, Generalstäbler usw. aber seien westliche Europäer geblieben — oder Russen wurden es.

Die Industrialisierung Indiens begann vor fünf Jahren. Rourkela, mitten im Urwald gelegen, ist heute zu einem Begriff für die ganze Welt geworden. In unmittelbarer Nachbarschaft befinden sich hier deutsche, russische und englische Eisenindustrien von gewaltigen Ausmaßen. Ueber 1000 Deutsche sind allein in Rourkela. 60 Ingenieure, Techniker und Facharbeiter erwiesen aber auch der deutschen Sache einen ganz großen Dienst, als sie im Dschungelstädtchen Jadakudar eine Kirche bauten und dafür ihre gesamte Freizeit über viele Monate hinweg opferten. Diese Tat sei wie ein Lauffeuer durch ganz Indien gegangen und habe auch die Hindus tief beeindruckt.

Nur mit Liebe und viel Feingefühl komme es zu einem guten Kontakt mit dem Inder, der sehr viel Kultur und Takt besitze, der nie

böse oder unanständige Worte spreche und sich durch grenzenlose Gastfreundschaft auszeichne.

Wenn der Deutsche Indien unterstützen wolle, dann müsse er dort helfen und so helfen, daß sich der Inder später selbst helfen könne. Das bedeute die Einrichtung von Musterfarmen, von landwirtschaftlichen und technischen Schulen, Krankenhäusern usw. Die Beziehungen zwischen Indien und Deutschland seien von Jahr zu Jahr enger geworden. Die Flugzeug- und Autoindustrie des Landes werden fast ausschließlich von Deutschen aufgebaut. Die Arbeit der Mission habe dem deutschen Volk den guten Namen verschaffen können, und eine Liebe zu Deutschland in den Herzen der Inder wie aller Farbigen sei Deutschlands bestes Kapital für die Zukunft.

Direktor D. Lokies zeigte dann noch eine Farbdia-Serie, die nicht nur in der Zusammenstellung, sondern auch fotografisch hervorragend war. Das alte und das neue Indien, der Urwald und die aus dem Boden gestampfte Industrie, die alten Hütten und prächtigen Tempel einerseits sowie die modernen Prachtbauten andererseits, der Dschungelbauer und der Industriearbeiter wurden konfrontiert. Die Prachtbauten in Delhi seien auf den Reißbrettern derselben Architekten entworfen worden, die auch dem Berliner Hansaviertel ihren Stempel aufdrückten.

Reise
Gütersloh

Glocke

Februar 60

Indien ist im Aufbruch begriffen!

6,22,20
4,15,3 OA
1

Direktor D. Lokies (Gossner-Mission) Gast des Ev. Kirchenkreises

Wiedenbrück. Mit einer Veranstaltung vor der Evangelischen Kirchengemeinde Wiedenbrück am Montagabend im Gemeindehaus begann der Leiter der Gossner-Mission, Direktor D. Lokies, eine Vortragsreise, die ihn durch die ganze Synode führen wird. In 25 Vorträgen in den Kreisen Bielefeld Land, Wiedenbrück und Beckum wird Direktor Lokies zu dem aktuellen Thema „Neue Zeit in Indien“ sprechen.

Der Vortrag in Wiedenbrück war ein guter Auftakt. Pfarrer Schoeppke konnte eine zahlreiche Zuhörerschaft begrüßen. Direktor Lokies zeichnete der Gemeinde ein Bild Indiens, wie es lebensvoller und plastischer nicht hätte sein können.

Eingangs erfuhren die Zuhörer das Wichtigste über die Gossner-Mission. Sie wurde von einem Bayern namens Gossner gegründet und hat eine erstaunliche Entwicklung durchgemacht.

Der Bayer gründete in der Reichshauptstadt das erste Krankenhaus und den ersten Kindergarten. Später ging er auch nach Petersburg und Finnland. Heute wird sowohl auf dem Gebiete der inneren und äußeren Mission gearbeitet.

- Seit über 100 Jahren ist die Gossner-Mission in Indien tätig.
- Die Lutherische Gossner-Kirche hat rund 250 000 Mitglieder. Seinen Ausführungen über das Land Indien stellte der Sprecher die Erkenntnis „Indien ist heute indisch“

- voran. Die Städte sind dabei
- durchaus europäisch.

Seit 1947 hat sich in Indien eine Wandlung vollzogen. In diesem Jahre wurde Indien aus einer englischen Kronkolonie ein selbständiger Staat. Noch braucht das Land zwar die europäischen Techniker und Ingenieure. Die Inder wissen das, und dieses Wissen ist auch bestimmend für das Verhältnis zu den Ausländern.

Eindrucksvolle Zahlen konnte Direktor Lokies melden. Von den rund 370 Millionen Indern werden über 200 000 Sprachen gesprochen. Alle verstehen jedoch Englisch. Die Regierung bemüht sich, eine einheitliche indische Sprache einzuführen. In 15 Jahren will man am Ziel sein.

Vor fünf Jahren begann die allgemeine Industrialisierung des Landes. Das Stahl- und Eisenzentrum Rourkela ist in der ganzen Welt als Begriff des indischen Aufbauwillens bekannt. Deutsche, Russen und Engländer bauen hier Stahlwerke.

Die Verbindung, die die Deutschen hier mit den Indern pflegen, bezeichnete der Vortragende als wichtig für das Verhältnis Deutschland — Indien überhaupt. Leider seien schon viele Fehler gemacht worden. Alkohol und das Verhalten den indischen Frauen gegenüber waren oft die Gründe zu Unstimmigkeiten. Es kam sogar zu Ausweisungen.

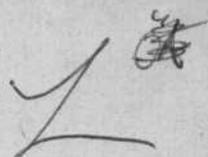
Es gibt jedoch auch eine andere Seite. 60 Ingenieure, Techniker und Facharbeiter bauten in ihrer Freizeit in der Dschungelstadt Jadakudar eine Kirche. Diese Leistung wurde auch von den Hindus voll anerkannt.

- Wenn die Deutschen sich in Indien behaupten wollen, müssen sie mit viel Liebe und Taktgefühl vorgehen. Der Inder will sich von keinem Fremden seinen Stempel aufdrücken lassen.

Die Beziehungen zu Indien sind in den vergangenen Jahren immer besser geworden. So bauten die Deutschen fast allein die Flugzeug- und Autoindustrie auf. Die Mission konnte dafür sorgen, daß das deutsche Volk einen guten Namen hat in diesem Land.

Eine Reihe prächtiger Farbdias war so recht geeignet, die Ausführungen Direktor Lokies zu unterstreichen.

Wien Palau bei Sitzung, Februar 60
Reine Gütersloh

Indien allg. 1,00 

'Tagespiegel' Berlin 9. II. 60

Flüchtlinge gegen die durch Presseberichte bekanntgewordene Hinrichtung von 150 Jugendlichen in Budapest. (AP)

Deutsche bauen Mustergüter in Indien. Die Bundesrepublik wird im indischen Bundesstaat Orissa einen „deutschen landwirtschaftlichen Musterbezirk“ errichten. Als erster Betrag stehen dafür zwei Millionen DM zur Verfügung. (dpa)

„Preisbrecher“ Lepke meldet Konkurs an. Der wirtschaftliche Zusammenbruch des Bonner „Preisbrechers“ Bernhard Lepke ist schwe-

Z

Indien allg.

1,00

Deutsch-indisches Stahlwerk fertiggestellt

Größtes Auslandsexperiment von Krupp — Eine Stadt für 100 000 Einwohner

Neu Delhi, 11. Januar

Im nordostindischen Bundesstaat Orissa finden am Wochenbeginn in Anwesenheit von Alfred Krupp von Bohlen und Halbach sowie dem österreichischen Vizekanzler Dr. Bruno Pittermann die Einweihungsfeierlichkeiten für das deutsch-indische Stahlwerk Rourkela statt. Im Beisein des indischen Stahlministers Sardar Swaran Singh werden dabei der zweite Hochofen, die zweite Koksbatterie, der zweite Kraftwerkgenerator und das erste Stahlwerk, das nach dem modernsten „Linz-Donawitz“-Verfahren arbeitet, eingeweiht.

Rourkela wird damit, wie bereits berichtet, das modernste Hüttenwerk Indiens, dessen Jahresproduktion 1961 eine Million Tonnen Stahl betragen wird. Das Werk ist ein deutsch-indisches Gemeinschaftsprojekt, an dem 35 deutsche Firmen direkt und 5000 als Zulieferbetriebe beteiligt waren. Die ersten Verhandlungen darüber hatten 1953 begonnen, der erste Spatenstich für die Planierungsarbeiten war 1956 erfolgt.

Rourkela stellt das größte Auslandsexperiment der deutschen Stahlindustrie dar. Das Werk entstand praktisch auf einem Steppen-gebiet, umgeben von halb zivilisierten Eingeborenenstämmen. 40 000 Arbeiter, die ihre Lasten fast ausschließlich mit Bastkörben auf den Köpfen trugen, haben in Tag- und Nachtarbeit die riesige Fläche planiert. Insgesamt wurden 750 000 Kubikmeter Beton verbaut. In unmittelbarer Nähe des Werkes entstand eine neue Stadt für 100 000 Arbeiter und ihre Familien. Die fieberhafte Tätigkeit bei den Erdarbeiten erinnerte an die Goldgräberzeit in Amerika.

An dem Bau des Stahlwerks Rourkela waren mehrere hundert deutsche Vorarbeiter und Ingenieure beteiligt. Zusammen mit ihren Familienangehörigen stellen sie mit 1100 Menschen die größte deutsche Auslandskolonie überhaupt dar. Die Werksleitung soll jedoch nach und nach den Indern übergeben werden.

Wie verlautet, bittet die indische Regierung die deutsche Stahlindustrie, im Rahmen des 1961 beginnenden dritten Fünfjahrplanes einen vierten Hochofen zu errichten, um die Stahlerzeugung von Rourkela auf 1,5 bis 1,8 Millionen Tonnen zu steigern. Dieses Projekt wird ein Verhandlungsthema während des mehrtägigen Besuches von Alfred Krupp in Neu Delhi sein.

Neben Rourkela wurden mit sowjetischer Hilfe ein Stahlwerk in Bhilai in Südwestindien und mit der Hilfe Großbritanniens ein Stahlwerk in Durgapur in Westbengalen mit jährlich je einer Million Tonnen Stahlproduktion errichtet. Daneben gibt es mehrere private Stahlwerke mit einer bisherigen Jahreskapazität von 1,5 Millionen Tonnen. Die indische Regierung plant, zum Ende des dritten Fünfjahrplanes 1965 eine Produktion von 10 Millionen Tonnen Stahl zu erreichen.

Hans-Joachim Bargmann

„Der Tag“ v. 12. 1. 1960

15.9.1959

Abrechnung über die Nachzahlungen

zu den Dienstbezügen und Zulagen aus Senatssondermitteln für die Zeit vom 1.4. bis 31.8.1959.

N A M E : Verg.-Gruppe:

I. Berechnung der Nachzahlungen:

1. zu den Dienstbezügen (1.4./31.8.59)

für . . . Monate je DM . . . = DM . . .

für . . . Monate je DM . . . = DM . . .

2. zu den Zulagen (1.4./31.8.59)

für . . . Monate je DM . . . = DM . . .

für . . . Monate je DM . . . = DM . . .

II. Berechnung der Steuern:

a) Gesamtbezüge für September 1959:

1. Dienstbezüge = DM . . .

2. Zulage aus Senatssondermitteln = DM . . .

3. Bildungsbefähigung = DM . . .

b) Nachzahlung für April/August 1959 (s.o.)

= DM . . .

/. steuerfreier Betrag lt. Steuerk. = DM . . .

Bruderhilfe = DM . . .

= steuerpflichtiger Betrag = DM . . .

lt. Tabelle:

Lohnsteuer DM . . .

III. Berechnung des Sozialversicherungs-Betrages:

a) für die AOK:

1. Gesamtbezüge September 1959

2. Nachzahlungen für April/August 1959

Sozialversicherungs-pflichtiger Betrag:

= DM . . .

lt. Tabelle

Betrag für September 1959: DM . . .

b) für die Krankenkassen:

Sozialversicherungs-pflichtiger Betrag (sh. III a) = DM . . .

Arbeitgeberanteil (AOK) DM . . .

Arbeitnehmeranteil (EK) DM . . .

Insgesamt =

DM . . .

ausgefertigt:

Mission im Brennpunkt des neuen Indien

Tsp. Berlin. Als Missionar von altem Schrot und Korn, so stand er vor den Zuhörern im evangelischen Gemeindehaus in der Bülowstraße, weißhaarig, lebhaft, begeistert von seiner Aufgabe und über die Erlebnisse bei seiner letzten Reise in Indien, wo schon sein Vater Missionar war und wo er selbst geboren wurde. Missionsdirektor D. Lokies behandelte, auch an Hand von Farblichbildern, das Thema „Neue Zeit und junge Kirche in Indien“.

Das Zentrum der Missionsarbeit der Goßnerschen Missionsgesellschaft, so sagte Lokies, sei ein Gebiet, in dem sich „in konzentrierter Form“ der ungeheure wirtschaftliche und gesellschaftliche Umbruch Indiens vollziehe. Im Staate Bihar gehen drei Eisenhüttenwerke — der Engländer, der Russen und das von deutschen Firmen bei Rourkela gebaute Werk — der Vollendung entgegen. Gleichsam über Nacht werden dort aus Urwaldbewohnern und Bauern Industriearbeiter. In diesen Prozeß sieht sich die missionierende Kirche mitten hineingestellt.

Die Unterrichtung in Glaubensdingen, betonte Lokies, genüge nicht. Jene Menschen hätten auf allen Gebieten des Lebens Unterstützung nötig. Deshalb werden dringend ein Arzt, ein Ingenieur, ein Landwirt, ein Architekt und Krankenschwestern gebraucht. Alle müßten aber überzeugte Christen sein. Es sei aber schwierig, solche Freiwillige zu finden, die sich bereit finden, auf längere Dauer für wenig Geld in jenem tropischen Lande zu leben. Immerhin, die „Goßner-Kirche“, wie sie in Indien heiße, habe dort nun festen Fuß gefaßt. Besonders den Deutschen werde die größte Sympathie entgegengebracht.

Tsp. 21.8.59

Aus dem Institut für Theologie, Abt. für Allgemeine Religionsgeschichte und Missionswissenschaft
Direktor: Prof. D. ARNO LEHMANN

BIBLIOTHECA MALABARICA

Eine wieder entdeckte Handschrift

Prof. D. theol. ARNO LEHMANN

Die Archive der Franckeschen Stiftungen in Halle (Saale) bergen Brief- und Materialschätze, deren Umfang und Bedeutung immer mehr erkannt und anerkannt werden. Dazu haben nicht wenig die Veröffentlichungen beigetragen, die aus diesen reichen Quellen gearbeitet worden sind. Die Bestände aber sind so groß und so viele Gebiete umfassend, daß sich künftigen Forscherfleiß noch ein weites Betätigungsfeld bietet.

Der Benutzung der Archive wird seit Jahren vorgearbeitet durch eine Gesamterfassung und Katalogisierung der Materialien, die man unbegreiflicherweise vernachlässigt hatte und die erst jetzt durch großzügige Förderung durch Erteilung von Forschungsaufträgen ermöglicht wird.

Im Zuge der noch geraume Zeit in Anspruch nehmenden Katalogisierungsarbeiten der riesigen Bestände allein des Missionsarchivs der Franckeschen Stiftungen ist von meinem Mitarbeiter, dem Wiss. Assistenten Joachim FRANKE, im Oktober 1958 eine wichtige Wiederentdeckung gemacht worden: er fand nämlich das Original der BIBLIOTHECA MALABARICA. Wie so vieles andere, so war auch diese wertvolle Handschrift bisher niemals karteimäßig erfaßt und damit greifbar gemacht worden. Diese Ur-schrift stammt aus der Hand Bartholomäus ZIEGENBALGS, der an der Theol. Fakultät in Halle studiert hatte und der in seinem kirchlichen Amt „zu Tranquebar auf der Küste Coromandel“ (Ostindien) notgedrungen zum Indologen und zum ersten deutschen Dravidologen geworden ist. Darüber haben wir früher in dieser Zeitschrift berichtet.¹⁾ Er ist der Verfasser der ersten Grammatik der (dravidischen) Tamil-Sprache²⁾, die – ein Unicum – 1716 in Halle (Saale) gedruckt worden ist. Und er ist auch der erste, der tamilische Quellen ins Deutsche übertragen hat.³⁾

Die BIBLIOTHECA MALABARICA verdankt ihre Entstehung dem ernstesten Bemühen ZIEGENBALGS, sich in die Tamil-Sprache einzuarbeiten und zu deren

immer besseren Beherrschung zu gelangen, und eben damit auch dem Bestreben, sich das geistige Terrain der neuen indischen Umwelt zu erobern.

Aus seinem Begleitschreiben vom 22. August 1708⁴⁾ erfahren wir, mit welcher Intensität er seit seiner Landung am 9. Juli 1706 diesem Studium neben seinen vielfältigen Amtspflichten gelebt hat:

„Von 7. bis 8. Uhr repetire ich allezeit die aufgeschriebenen und erlernten malabarischen Vocabula und Phrasen. Von 8. bis 12. Uhr lese ich lauter Malabarische Bücher, die ich vorhin noch nicht gelesen habe, in Gegenwart eines alten Poeten und eines Malabarischen Schreibers. Der Poet muß mir die Zeit und Umstände derjenigen Historie besser und weütläufiger erzählen, die ich aus diesem oder jenem Buche lese, und wenn in Versen etwas schweres oder dunckeles vorkommt, so muß er mir solches erklären. Der Schreiber muß alle diejenigen Vocabula und Phrasen aufschreiben, die in Lesung anderer Bücher noch nicht vorgekommen sind. Anfänglich hatte ich auch lange einen Translatorem hierbey, Namens Aleppa; aber selbigen habe ich nicht mehr von nöthen ... Von 3. bis 5. lese ich wiederum in Malabarischen Büchern. Und zwar habe ich allezeit nur einen gewissen Autorem, den ich durchgehe. Wenn aber solcher wohl durchgegangen ist, so fange ich denn wiederum einen andern an. . . Von sieben bis 8. Uhr lasse ich mir von einem Malabarischen Schreiber aus Malabarischen Büchern vorlesen; sintemal ich bey Licht nicht viel lesen darf. Es werden aber zu dieser Zeit sonderlich diejenigen Bücher gelesen, deren stilum ich in allem meinem Reden und Schreiben zu imitiren suche. Dahero ist es geschehen, daß ich oftmal einen dergleichen Autorem zu hundertmal mir vorlesen lassen, so daß kein Wort oder Redens-Art darinnen zu finden, welche ich nicht wüßte und imitiren könnte. Diese Übung hat mich in dieser Sprache zu einer großen Gewißheit und Solidität gebracht.“⁵⁾

Diese Lektüre nun bespricht ZIEGENBALG kurz in der BIBLIOTHECA MALABARICA, indem er jedem der Bücher einige Zeilen widmet und darin den Inhalt und die literarische Formgestalt festhält. Seine Aufzählung dieser den Hauptteil der BIBLIOTHECA MALABARICA bildenden grammatischen und religiösen Bücher könnte mancher der vorhandenen tamilischen Litera-

¹⁾ ARNO LEHMANN: „Halle und die südindische Sprach- und Religionswissenschaft“, in: Wiss. Zeitschr. der Martin-Luther-Univ. Halle-Wittenberg, Jahrg. II, 1952/53, Heft 3, Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe Nr. 2, S. 149–156.

²⁾ Grammatica Damulica. Halle 1716.

³⁾ B. ZIEGENBALGS Kleinere Schriften (Amsterdam 1930): NIDI WUNPA oder Malabarische Sitten-Lehre, KONDEI WENDEN oder Malabraische Moralia, ULAGA NIDI oder Weltliche Gerechtigkeit.

⁴⁾ Alte Briefe aus Indien, herausg. von ARNO LEHMANN. Berlin 1957, S. 71–82.

⁵⁾ w. vorst. S. 77.

turgeschichten eine Bereicherung der Kenntnis jener alten in Tamil verfaßten, aber damals natürlich noch nicht gedruckten bzw. ungedruckt gebliebenen Schriften bieten.

Da die BIBLIOTHECA MALABARICA nur handschriftlich und in deutscher Schrift und Sprache vorlag und in Halle mehrfach erst wieder zu entdecken war, wie wir noch sehen werden, konnte es zu einer literarischen Verwertung und Auswirkung nicht kommen. Es kann von Halle aus nicht nachgeprüft werden, ob die ungedruckt gebliebenen bzw. in der Literatur nicht erwähnten Teile der Ziegenbalg-Lektüre noch irgendwo in der alten Palmbücher-Buchform existieren oder bekannt sind. Um das festzustellen, müßte man in Indien an Ort und Stelle Handschriftenkataloge und Archivbestände einsehen. Das aber ist dem Verfasser bisher nicht möglich gewesen. Er muß sich damit begnügen, auf den Tatbestand und das heißt auf eine mögliche Erweiterung unserer Kenntnis mancher Tamil-Schriften hinzuweisen, über die wir von B. ZIEGENBALG außer den Titeln nur wenig erfahren, aber eben doch Titel kennen lernen, die sonst nicht genannt werden.

Doch es kommt uns hier auch nicht auf eine Wiedergabe des Buchinhaltes an, sondern es geht uns vor allem darum, die neuerliche Wiederentdeckung des urschriftlichen Originals der BIBLIOTHECA MALABARICA bekanntzugeben und auf dieses wertvolle Werk hinzuweisen. Das Buch ist in Leder gebunden und ist ohne jede Beschädigung auf uns gekommen.

Der volle Titel lautet:

BIBLIOTHECA MALABARICA
bestehende in
unterschiedlichen malabarischen Büchern
so da handeln

- I. Von der reinen Evangelischen Religion.
- II. Von der unreinen Papistischen Religion.
- III. Von der Heydnischen Religion der Malabaren.
- IV. Von der Mahometanischen Religion der Mohren gesammelt und zum theil selbst geschrieben

von Bartholomeo Ziegenbalg,

Von seiner Königl. Majestet zu Dennemarck und Norwegen etc. verordneten Missionario unter den malabarischen Heyden, auf der Küste Coromandel zu Tranquebar.

Das Werk ist gewidmet „Dem Hoch-Ehrwürdigen Großachtbahrem und Hochgelehrten Herrn Fransisco Julio Lützens“, dem Hofprediger des dänischen Königs. Der Widmungsbrief umfaßt die Seiten 12–36 der Handschrift. Der eigentliche Inhalt der BIBLIOTHECA MALABARICA folgt auf den neu nummerierten Seiten 1–73.

Dieses Original ist nicht zum ersten Male neu entdeckt worden. W. GERMANN hat es zuerst in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts der Vergessenheit entreißen können.⁶⁾ Wie wir von W. CA-

⁶⁾ Missionsnachrichten der Ostindischen Missionsanstalt zu Halle. Jahrgang XXXII, Halle 1880, S. 1.

LAND wissen⁷⁾, war die Urschrift 1930 noch greifbar. Dann aber war sie wieder in den Materialmassen verborgen gewesen, so daß es dem Schreiber auch 1955 nicht zur Verfügung stand, als er im Auftrag der Federation of Evangelical Lutheran Churches in India die Geschichte der Tranquebar-Mission und damit die Geschichte der ersten evangelischen Kirche Indiens für das Jubiläumsjahr 1956 neu zu schreiben hatte.⁸⁾ Da nun das Original im Oktober 1958 wieder aufgefunden worden ist, ist es unter der Signatur 2 C 1 greifbar.

So sehr wertvoll die Wiederauffindung der Urschrift ist, so bedarf sie doch keiner Veröffentlichung. Denn sie ist, wenn auch zu weit auseinander liegenden Zeitpunkten und von verschiedenen Herausgebern, bereits ediert worden. Die Fundorte sind diese:

1. Ein Teil der BIBLIOTHECA MALABARICA hat die erste Nummer der Halleschen „Ausführlichen Berichte“ 1710 gefüllt. In allen Auflagen dieser „Hallischen Berichte“ (H. B.) steht dieser Teil am Anfang des ersten Bandes (H. B. I), so in der 4. Edition von 1735, die eben vorliegt, S. 6–34. In diesem Abdruck finden sich: das schon genannte Widmungsschreiben, das im Grunde ein hochinteressanter weil materialreicher Arbeitsbericht über die ersten Indienjahre ZIEGENBALGS ist⁹⁾, ferner die Inhaltsangaben von 26 Predigten, die ZIEGENBALG in Tamil in der von ihm erbauten ersten Jerusalemskirche „vor Christen, Heyden und Türcken“ gehalten hat, und dazu Berichte über ZIEGENBALGS Arbeit an einem „Malabarischen Lexicon“ und an einem „Poetischen Lexicon“.

2. Alle anderen Teile der BIBLIOTHECA MALABARICA sind abgedruckt in den „Missionsnachrichten der Ostindischen Missionsanstalt zu Halle“, Halle 1880, S. 1–20 und 61–94.

Von diesem Material ist von besonderer Bedeutung die Beschreibung der gelesenen röm.-kath. Bücher, der 11 „mohrischen oder Mahometanischen Bücher“ und natürlich und ganz vor allem der 119 „Malabarischen“ = hinduistischen Bücher.¹⁰⁾

Es ist typisch, daß gerade die „heidnischen“ Teile der BIBLIOTHECA MALABARICA von den damals in Halle maßgebenden Herren nicht veröffentlicht worden sind. Das geschah nicht nur so, sondern das geschah mit voller Absicht. Denn wir lesen, daß „solches Material zu edieren unserem Zweck nicht gemäß ist.“¹¹⁾ Man wird diese Haltung bedauern. Aber man kann sie auch verstehen. Denn hier kam es zu einer Berührung mit einer völlig unbekanntem Religionswelt und jene Männer konnten nicht ahnen, welche Bedeutung einst diese und andere religionswissenschaftlichen

⁷⁾ W. CALAND: B. Ziegenbalgs Kleinere Schriften. Amsterdam 1930, S. 4.

⁸⁾ ARNO LEHMANN: „Es begann in Tranquebar. Berlin 1955, 2. Aufl. 1957.

Engl. Ed.: It began at Tranquebar. C. L. S., Madras 1956.

⁹⁾ Abgedruckt auch: „Alte Briefe aus Indien“, S. 71–82.

¹⁰⁾ Cf dazu auch: JOHN MURDOCH: Classified Catalogue of Tamil Printed Books, with introductory notices. The Christian Vernacular Education Society. Vepery (Madras) 1865, 287 S.

¹¹⁾ H. B. I, S. 42.

Eine neue Kirche entsteht in Kourkela.

Port Said, im März 1959.

Wir übernachteten in Kourkela in einem der gerade leerstehenden Modellbungalows, wie sie die am Kourkelaprojekt beteiligten deutschen Firmen für ihre Angestellten bereit halten. Das also ist Kourkela II, die Wohnstadt. Auf der anderen Seite der Kourkela-Bergkette, verbunden durch eine Pflasterstraße, die Erinnerungen an bestgepflegte Strecken der deutschen Reichsautobahn wachruft, liegt die Fabrikstadt: Kourkela I. Vom höchstgelegenen Punkt innerhalb der Wohnstadt, dem Wassertank, der bald jeden Haushalt mit gutem Trinkwasser versorgen wird, blicken wir auf die 30 bereits fertiggestellten Wohn-Sektoren. Wie ausgegossen liegen sie da: diese Bungalows für die deutschen und indischen Ingenieure, Techniker und sonstigen Facharbeiter, mit ihren flachen Dächern und kleinen Vorgärten, in denen Blumen, Gemüse (im besonderen herrliche Tomaten), Papayabäume und Bananen gedeihen. Ihre Fassaden sind in den verschiedenen Sektoren verschiedenfarbig getüncht, schneeweiß oder ockerfarben, rötlich oder hellviolett; ein bezaubernder Anblick. Die wenigen Hochbauten fangen den Blick: das Krankenhaus, das Wohnheim für die Junggesellen, der indische und der deutsche Klub mit seinem Schwimmbassin und der bisher ein-klassigen deutschen Schule.

In einem der Sektoren wohnt auch der deutsche Pastor, Dr. Peusch, den die Evangelische Kirche in Deutschland zur Betreuung der Kourkela-Deutschen entsandt hat. Die Gottesdienste hält er in einem nur provisorisch, aber durchaus würdig eingerichteten Raum des Junggesellen-Wohnheims. Alle andere Gemeindegemeinschaft aber und das ganze Leben der Gemeinde Kourkela spielt sich in seinem Wohnbungalow ab. Es ist da ein ewiges Kommen und Gehen. Gegenwärtig sind über tausend Deutsche in Kourkela beschäftigt. Sie stellen nicht mehr und nicht weniger als einen Ausschnitt aus der alten Kirche in ihrer Heimat dar, d. h. nur eine Minderheit ist am kirchlichen Leben wirklich interessiert. Dazu kommt, daß die meisten von ihnen nur kurze Zeit im Ausland bleiben und dann wieder nach Hause zurückkehren. So ist es eine Arbeit im Flugande, die der deutsche Pastor dort leistet. Um unter dem Zwang dieser Verhältnisse eine Gemeinde zu sammeln, muß er die elastischen Arbeitsmethoden anwenden. Ein wichtiges Arbeitsmittel ist das von ihm herausgegebene Gemeindeblatt „Nagara“. Jeder Deutsche in Kourkela weiß heute, was eine „Nagara“ ist. Es ist die kultische Trommel (eine Art Kesselpauke) der Adivasi, der Ureinwohner Indiens, in deren Stammesgebiet Kourkela liegt. Die Christen unter ihnen gehören der „Gosnerkirche“ an. Ihre Zahl ist nicht gering. In der benachbarten Zementfabrik Rajgangpur sind z. B. 80 Prozent der Arbeiter Christen. In dem größten Kalkwerk Indiens, Birmithrapur, unweit von Kourkela, sind von 8000 Arbeitern 6000 Glieder der Gosnerkirche. Doch das nur nebenbei.

Das Gemeindeblatt „Nagara“ wird von einem 40köpfigen treuen Helfersstab, in der Mehrheit jungen Deutschen, vervielfältigt und in den Abendstunden in alle Sektoren ausgetragen. Ein anderer Sammelpunkt der Gemeinde ist der Kirchenchor, der wöchentlich übt. Es stimmt wehmütig und doch froh zugleich, wenn aus dem hell erleuchteten Hinterhof des Pfarrerbungalows unter dem Sternenhimmel Indiens plötzlich ein deutsches Volkslied mehrstimmig erklingt. An den Festtagen dient der Chor der Gemeinde im Gottesdienst. Als besonders wirksam haben sich Gesellschaftsfahrten erwiesen, zu denen Pastor Peusch alle Deutschen, nicht nur die kirchlich gesinnten, einlädt. Ausflugsziel ist immer ein Gemeindezentrum der Gosnerkirche, sei es das Missionshospital in Amgaon, sei es Ranchi, der Hauptsitz der Gosnerkirche, oder die von zwei deutschen Schwestern geleitete Bibelschule in Govindpur. Der Ausflug endet in der Regel mit einem gemeinsamen Gottesdienst der indischen Gemeinde mit den deutschen Gästen. Allmählich hat es sich eingebürgert, daß Kourkela-Deutsche auch außerhalb der Gemeinschaftsfahrten plötzlich bei den Schwestern in Govindpur auftauchen, z. B. zu Festtagen. In der kurzen Zeit,

die sie in Indien zubringen, bleibt ihnen dieses Land doch fremd. Bei den deutschen Schwestern finden sie ein Heim, in dem sie sich zu Hause fühlen. Einer der Besucher äußerte sich mir gegenüber ganz erfüllt von dem, was er gesehen hatte: „Was die beiden Schwestern dort für Indien tun, ist mehr wert als das ganze Kourkela!“ Mit dem Respekt vor der bisher ungekannten und gar verachteten Missionsarbeit wächst aber auch das Gefühl der Zugehörigkeit zur Kirche.

Dennoch stoßen alle diese Arbeitsansätze zur Sammlung einer evangelischen Gemeinde ins Leere, wenn nicht eins geschieht: wenn nicht Gott den evangelischen Deutschen in Kourkela ein entscheidendes gemeinsames Erlebnis schenkt, das für die Gemeindebildung grundlegende Bedeutung hat. Das ist nun geschehen. Heute, am 18. Februar, wird in Jarakudar — etwa eine Stunde Autofahrt von Kourkela entfernt — die Kirche eingeweiht, die eine Gruppe von 60 deutschen Ingenieuren, Technikern und Bau-facharbeitern in ihrer Freizeit für eine indische Gemeinde erbaut hat. Auch wir, meine Frau, mein Begleiter und Dolmetscher Pastor Klimkeit (früher 16 Jahre lang Gosnermissionar in Indien) und ich sind dazu eingeladen.

Da die neue Brücke über den Brahmanifluß noch nicht fertiggestellt ist, fahren wir jetzt in der heißen Zeit durch das ausgetrocknete Flussbett über einen Erddamm, den die Dorfschaft Panposch am jenseitigen Ufer in jedem Jahr neu aufschüttet, bis der in der Regenzeit angeschwollene Fluß ihn wieder fortreißt. Dafür hat sie das Recht, einen Brückenzoll in Höhe von einer Kupie zu erheben. Der Hindu aber, der diese Funktion ausübt, wäre kein Hindu, wenn er nicht das Doppelte und Dreifache forderte, zumal es sich um Deutsche aus Kourkela handelt, die bekanntlich viel Geld verdienen und es leicht ausgeben. Aber bei unserem Fahrer, Pastor Klimkeit, ist er an den falschen Mann geraten. Der kennt ein Zauberwort, das bisher alle Türen geöffnet hat. Er ruft es ihm in Hindi zu: „Hier hast du die Kupie, und erzähle niemand, daß du zu viel bekommen hast!“ Das von lauter Geschäftstüchtigkeit verschlossene Gesicht des Inders löst und lockert sich. Zuerst lächelt er mit den Lippen, dann lacht er übers ganze Gesicht und läßt den Schlagbaum in die Höhe schnellen. Unser Zauber Schlüssel hat sich wieder einmal bewährt.

Es kann aber auch ganz anders kommen. In der Regel be-fleißigen wir uns auf unseren Autofahrten der allergrößten Vorsicht. Alle Tiere, Hühner, Hunde, Ziegen und vor allem Kühe haben in Indien das Vorfahrtsrecht. Trotzdem passierte es uns einmal, daß wir unversehens durch eine Pfütze fuhren und dabei einen Fußgänger (wieviel Fußgänger mögen wohl auf den indischen Straßen Tag und Nacht unterwegs sein.) von unten bis oben mit Dreck bespritzten. Pastor Klimkeit hielt sofort an, steckte den Kopf zum Fenster hinaus und sprach eine andere Zauberformel aus, ein einziges Wort in Englisch: „Sorry!“ = „Bedaure, tut mir leid“. Und das Wunder geschah. Der arme Kerl, eben noch ärgerlich und gedemütigt, strahlte uns an: der europäische Sahib hatte sich vor ihm entschuldigt; es war alles wieder gut. — Doch gelegentlich kann es anders kommen. Kürzlich hörten wir die Geschichte von einem Engländer, der auf einem überfüllten Dorfbazar einem Indier höchst schmerzhaft auf die nackten Füße trat. Auch er sagte: „Sorry!“ Aber die Wirkung war eine ganz andere, völlig unerwartete. Der Indier überschüttete ihn mit einem heftigen Wort-schwall, den er mit dem leidenschaftlichen Ausbruch abschloß: „Sorry, sorry! sagt ihr und denkt dann, es ist alles wieder gut; es ist nichts gut und nichts wird wieder gut“. Hier hatte ein magisches Wort, das jahrhundertlang Menschen in aller Welt hypnotisiert hatte, seine Zauberkräft verloren. Es hatte sich wie viele Worte und Werte europäischer Herkunft abgenutzt und verbraucht: ein geradezu witziges Symptom für den tragischen europäischen Ausverkauf in der asiatischen Welt.

Doch weiter nach Jarakudar! Wir fahren das fast lebensgefährliche Steilufer des Brahmaniflusses hinauf und machen im Dorfe



Er
wird
euch
alle Wahrheit lehren

Panpösch halt, um einen Blick auf Kourkela I, die Fabrikstadt, zu werfen. Es ist derselbe Platz, von dem ich vor fünf Jahren Ausschau hielt, als das ganze Projekt Kourkela noch auf dem Papier stand. Dort an der Stelle, wo der Santh und der Koel zusammenschließen, um den Brahmanifluß zu bilden, steht auch noch der uralte Mangobaum, von dem eine Gelassenheit ausströmt wie von allen Bäumen und — Kühen in Indien, die stets den Eindruck erwecken, als wüßten sie, daß sie in Ruhe altern dürfen. Er steht noch da, aber alles um ihn herum hat sich radikal verändert. Damals blickte ich, soweit mein Auge reichte, über nichts anderes als Dschangel und Dschangelbdörfer. Sie sind alle bis auf kümmerliche Reste vom Erdboden verschwunden. An ihrer Stelle erhebt sich das in Zukunft modernste Eisenhüttenwerk Indiens: Kourkela I. Es ist wie ein Pilz aus dem Dschangelboden emporgeschossen. Schon hat man den ersten Hochofen angeblasen; der zweite steht kurz vor der Vollendung. Neben Riesenhallen, die schon fertiggestellt sind, ragen die stählernen Skelette künftiger Fabrikanlagen auf. Die Luft ist mit Staub und Rauch und — wie wir bei der Durchfahrt gestern feststellten — von Arbeitsgetöse erfüllt. Im besonderen sind es die Trommeln der Zerkleinerungsmaschinen, die unablässig rasseln und rattern und das überall an die Oberfläche tretende Urgestein, Basalt und Granit, mit Ach und Krach zu Schotter und Staub zermahlen, um daraus einen neuen Baustein, den Baustein für eine neue Welt zu formen: ein Vorgang, der gleichnißhaft für das innere Geschehen ist, das sich in der Seele der Arbeitsbevölkerung vollzieht. Hier kommt eine tausendjährige bäuerliche Kultur zu ihrem Ende. Aus Bauern werden über Nacht Industriearbeiter: eine Wandlung, auf die Mission und Kirche mit größter Aufmerksamkeit blicken. Tag und Nacht wird an dem Ausbau des Autostraßennetzes gebaut, das von Kourkela ausstrahlt. Es werden Brücken gebaut, ein Riesensaudamm errichtet, der das zuerst schwierige Wasserproblem für Kourkela endgültig löst, und neue Schienenwege zu den Erzlagern und benachbarten Zement- und Kalkwerken angelegt. Unvorstellbar, wieviel Kubikmeter Erde täglich allein im Zusammenhang mit dem Kourkelaunternehmen bewegt werden. Man hat mir gesagt, daß gegenwärtig außer den 1000 Deutschen rund 30 000 indische Arbeiter in Kourkela beschäftigt sind. Die Leitung liegt in deutschen Händen. Kourkela, das Schaufenster nach Indien, in dem deutsches Organisations-talent, deutsche Planungskraft und Leistungsfähigkeit zur Schau gestellt sind. Haben die Deutschen noch mehr als das, noch andere Gaben als Gabe für Indien aufzuweisen? (Schluß folgt.)

Vom Büchertisch.

Im R. Brockhaus Verlag, Wuppertal, erschien:

Eberhard Auer: **Die Urkunde der Auferstehung Jesu.** In: Biblische Studien und Zeitfragen, Heft 5. 80 Seiten, engl. brosch., DM 4.80. — Dieses Buch stellt einen feinen Versuch dar, von der geschichtlichen Seite auf Grund von Joh. 20, 5-7 an das Ereignis der Auferstehung heranzukommen. Die Aussagen des Verfassers werden nicht unwidersprochen bleiben, und doch ist die Arbeit ein wertvoller Beitrag für die Beantwortung der Frage: Was geschah an jenem ersten Ostertage?

Heinrich Kemner: **Signale.** 80 Seiten, engl. brosch., DM 2.50. — Aus persönlichen Erfahrungen mit Christen und Nichtchristen erzählt der Evangelist Kemner Beispiele, die die Nöte unseres Lebens widerpiegeln, aber auch die große Liebe Gottes zeigen, die die Sünder sucht, um zu heilen und zu helfen.

R. Brockhaus Taschenbücher:

Band 1/2: G. T. Bull: **Am Tor der gelben Götter.** 256 Seiten, DM 3.80. — Ein Missionar erlebt die Kapitulation Tibets vor den chinesischen Kommunisten, wird zwei Jahre lang in chinesischen Kerker gefangen gehalten und widersteht der kommunistischen Gehirnwäsche und Umschulung. Dieses Buch ist ein erschütterndes Zeugnis christlicher Kraft und eines der seltenen Dokumente geistiger Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. Hier erlebt der Leser, daß der Glaube an Gott, den Vater, frei macht.

Band 3: Corrie ten Boom: **Dennoch.** 160 Seiten, DM 2.50. — Wer denkt noch daran, wie Menschen behandelt wurden und wie Menschen noch heute behandelt werden? Corrie ten Boom berichtet von ihren Erlebnissen in KZ-Lagern. Sie tut es mit Liebe gegen ihre Mithäftlinge und auch gegen ihre Peiniger. Es ist die Liebe Jesu Christi, durch die sie alles ertragen und auch vergeben konnte. Ein erschütternder, aber auch wieder irgendwie tröstlicher Taschenbericht, weil man hinter allem graufigen Geschehen die Liebe unseres Heilandes spürt.

Band 4: B. Schmidt-Eller: **Und vergib uns unsere Schuld.** 160 Seiten, DM 2.50. — Ein äußerst tüchtiger Arzt, der ganz in seinem Beruf aufgeht, wird dadurch schuldig an seiner Familie. In feiner Weise zeigt die Verfasserin, wie diese Schuld dem Mann immer mehr bewußt wird und er an ihr zu zerbrechen droht, bis er erlebt, daß da einer ist, der unsere Schuld auf sich genommen hat, Jesus Christus. Mit Ihm macht er einen neuen Anfang seines falsch gelaufenen Lebens. Ein nachdenkliches Buch.

Ertrag

der am Sonntag Okuli, 1. März, abgehaltenen Beckenkollekte zu Gunsten des Evangelischen Hilfswerks.

1. Inspektion: Aurich 144, Bangstede 6.70, Barstede 10.90, Engerhase 14.58, Forlig-Blaukirchen 10.86, Ishaw 20.27, Middels 21, Moordorf 18.90, Mlinkeboe-Moorhufen 18.97, Dchtelbur 8.85, Plaggenburg 9.67, Riepe 29.26, Victorbur 15.43, Westerende 6, Wiegboldsbur 5.00 DM. — 2. Inspektion: Borkum 19, Emden 128, Loquard 10.02, Marienhase 20, Osteel 22.50, Petkum 10, Pewjum 12.60, Siegelsum 3.50, Woquard 2.85 DM. — 3. Inspektion: Arle 38.27, Baltrum 11.82, Berumerfehn 39.72, Dornum 7, Hage 10.51, Juist 10, Nesse 11, Norden 135.52, Norderney 53.68, Resterhase 5.00 DM. — 4. Inspektion: Egel 1.70, Horsten 6, Marcardsmoor 7, Mary 3, Neustadt-Gödens 4.43, Reepsholt 24.80, Wiesmoor 19.05 DM. — 5. Inspektion: Amdorf 9, Bockemoor 7.63, Breinermoor 6.32, Collinghorst 17.70, Detern 25.72, Filsum 43.23, Hollen 40, Langholt 10, Neuburg 7, Ockenhausen 27.60, Ostrhauderfehn 20.70, Potshausen 8.60, Remels 58, Rhaude 31, Westhauderfehn 22.00 DM. — 6. Inspektion: Bingham 7.94, Firrel 55.25, Hejel 27.55, Holtgaste 8.12, Holtland 31, Leer: Lutherkirche 81.42, Christuskirche 51.60, Loga 37.07, Logabirum 32.88, Nortmoor 12, Pogum 29, Steenselde 22.50, Stiekelkamperfehn 15.68, Völlen 21, Völlenerkönigsfehn 25.29, Weener 28.31 DM. — 7. Inspektion: Blomberg-Neuschoo 4.70, Dunum 8.20, Esens 30.60, Fulkum 4.70, Langeoog 36.18, Dchterjum 2.50, Roggenstede 2.90, Spiekeroog 27, Stedesdorf 4.16, Thunum 6.25, Verdum 14.80, Westeraccum 4.56, Westerbur 5.49, Westersholt 7.12 DM. — 8. Inspektion: Ardorf 5, Ujel 6, Verdum 5.85, Biersum 3.22, Burhase 10.78, Buttforde 7.34, Carolinenfiel 8.96, Eggelingen 2.75, Funnix 6.10, Leerhase 10, Wittmund 29.26 DM. — 9. Inspektion: Aurich-Oldendorf 22, Bagband 15.30, Grosefehn 15, Hatshausen 45, Holtrop 14, Iherings-Boekzetelerfehn 23, Ostgrosefehn 36.50, Spekerfehn 75.17, Strachholt 21, Timmel 26, Warfingsfehn 46, Weene 30, Wiesens 6.45 DM. — Zusammen: 2 390.49 DM.

Ertrag

der am Sonntag Lätare, 8. März, abgehaltenen Beckenkollekte zu Gunsten des Gustav-Adolf-Werks.

1. Inspektion: Aurich 116.60, Bangstede 6.37, Barstede 6.37, Engerhase 15.87, Forlig-Blaukirchen 9.47, Ishaw 20.13, Middels —, Moordorf 13.70, Mlinkeboe-Moorhufen 57.04, Dchtelbur 6.37, Plaggenburg 15.13, Riepe 24.11, Victorbur 14.16, Westerende 14, Wiegboldsbur 6.53 DM. — 2. Inspektion: Borkum 15, Emden 100, Lenbucht 16.10, Loquard 9.28, Marienhase 10.67, Osteel 16, Petkum 15, Pewjum 10.50, Siegelsum 13.50, Woquard 4.50 DM. — 3. Inspektion: Arle 41.52, Baltrum 7.76, Berumerfehn 28.81, Dornum 8, Hage 14.53, Juist 24, Nesse 10.20, Norden 116.30, Norderney 49, Resterhase 2.00 DM. — 4. Inspektion: Egel —, Horsten 14, Marcardsmoor 4, Mary 7, Neustadt-Gödens 3.39, Reepsholt 8.75, Wiesmoor 30.86 DM. — 5. Inspektion: Amdorf 10.16, Bockemoor 11.83, Breinermoor 5.97, Collinghorst 10.17, Detern 33.42, Filsum 13.01, Hollen 43.25, Langholt 14.20, Neuburg 11, Ockenhausen 26.25, Ostrhauderfehn 11.50, Potshausen 15.50, Remels 37.90, Rhaude 25.60, Westhauderfehn 35.50 DM. — 6. Inspektion: Bingham 10.98, Firrel 30.98, Hejel 44.40, Holtgaste 7.32, Holtland 38.50, Leer: Lutherkirche 52.80, Christuskirche 40.70, Loga 30.49, Logabirum 20.67, Nortmoor 7.70, Pogum 6.25, Steenselde 24.30, Stiekelkamperfehn 11.81, Völlen 20, Völlenerkönigsfehn 21.02, Weener 22.95 DM. — 7. Inspektion: Blomberg-Neuschoo 8, Dunum 14.41, Esens 12.27, Fulkum 2.90, Langeoog 51.03, Dchterjum 4, Roggenstede 2, Spiekeroog 13, Stedesdorf 2.95, Thunum 5.25, Verdum 22.70, Westeraccum 3.80, Westerbur —, Westersholt 14.49 DM. — 8. Inspektion: Ardorf 7.85, Ujel 6, Verdum 6, Biersum 2.55, Burhase 9.45, Buttforde 10.52, Carolinenfiel 12.69, Eggelingen 5.50, Funnix 13.50, Leerhase 6, Wittmund 26.00 DM. — 9. Inspektion: Aurich-Oldendorf 24, Bagband 24.20, Grosefehn 12, Hatshausen 19, Holtrop 21.50, Iherings-Boekzetelerfehn 26, Ostgrosefehn 33.75, Spekerfehn 40.75, Strachholt 12.40, Timmel 20, Warfingsfehn 44.50, Weene 38, Wiesens 8.35 DM. — Zusammen: 2 186.79 DM.

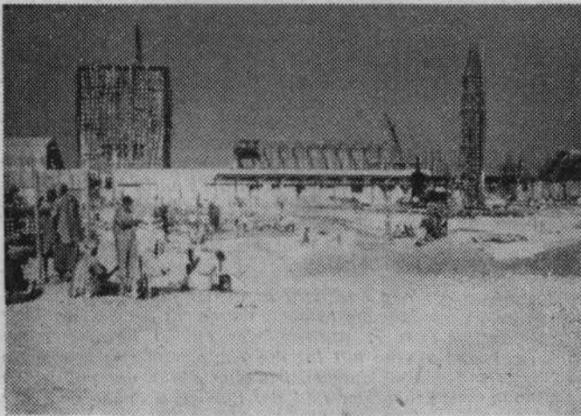
Der Ostfr. Sonntagsbote erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis durch die Agenturen vierteljähr. 2.40 DM, durch die Post frei Haus vierteljähr. 2.40 DM. Herausgeber u. Hauptchristlicher Superintendent Karl Schaaß-Wittmund. Druck und Geschäftsstelle Karl Meyer, Aurich, Hafenstraße 10, Fernsprecher 632, Postcheckkonto: Geschäftsstelle des Ostfr. Sonntagsboten, Aurich, Hannover Nr. 624 90.

Rourkela

deutsches Schaufenster nach Indien

Ein Reisebericht von Missionsdirektor D. Hans Lokies

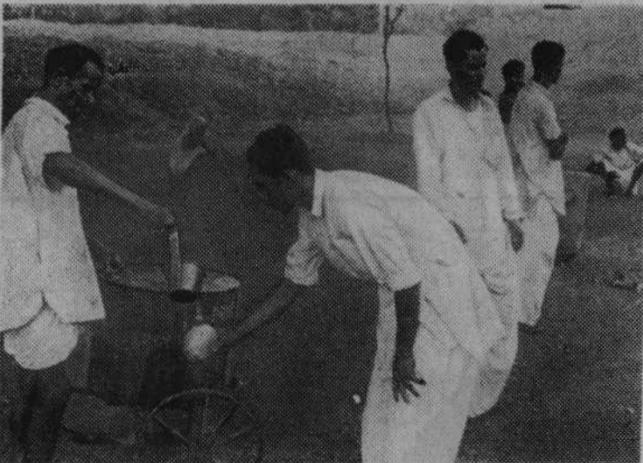
Wir übernachten in Rourkela in einem der gerade leerstehenden Modellbungalows, wie sie die am Rourkelaprojekt beteiligten deutschen Firmen für ihre Angestellten bereit halten. Das also ist Rourkela II, die Wohnstadt. Auf der anderen Seite der Rourkela-Bergkette, verbunden durch eine Pflanzstraße, die Erinnerungen an bestgepflegte Strecken der deutschen Reichsautobahn wachruft, liegt die Fabrikstadt: Rourkela I. Vom höchstgelegenen Punkt innerhalb der Wohnstadt, dem Wassertank, der bald jeden Haushalt mit gutem Trinkwasser versorgen wird, blicken wir auf die 30 bereits fertige-



Baustelle bei Rourkela

stellten Wohnsektoren. Wie ausgegossen liegen sie da: diese Bungalows für die deutschen und indischen Ingenieure, Techniker und sonstigen Facharbeiter, mit ihren flachen Dächern und kleinen Vorgärten, in denen Blumen, Gemüse (im besonderen herrliche Tomaten), Papayabäume und Bananen gedeihen. Ihre Fassaden sind in den verschiedenen Sektoren verschiedenfarbig getüncht, schneeweiß oder ockerfarben, rötlich oder hellviolett; ein bezaubernder Anblick. Die wenigen Hochbauten fangen den Blick: das Krankenhaus, das Wohnheim für die Junggesellen, der indische und der deutsche Klub mit seinem Schwimmbassin und der bisher einklassigen deutschen Schule.

In einem der Sektoren wohnt auch der deutsche Pastor, Dr. Peusch, den die Evangelische Kirche in Deutschland zur Betreuung der Rourkela-Deutschen entsandt hat. Die Gottesdienste hält er in einem nur provisorisch, aber durchaus würdig eingerichteten Raum des Junggesellen-Wohnheims. Alle andere Gemeindefahrt aber und das ganze Leben der Gemeinde Rourkela spielt sich in seinem Wohnbungalow ab. Es ist da ein ewiges Kommen und Gehen. Gegenwärtig sind über tausend Deutsche in Rourkela beschäftigt. Sie stellen nicht mehr und nicht weniger als einen Ausschnitt aus der alten Kirche in ihrer Heimat dar, d. h. nur eine Minderheit ist am kirchlichen Leben wirklich interessiert. Dazu kommt, daß die meisten von ihnen nur kurze Zeit im Ausland bleiben und dann wieder nach Hause zurückkehren. So ist es eine Arbeit im Flugsande, die der deutsche Pastor dort leistet. Um unter dem Zwang dieser Verhältnisse eine Gemeinde zu sammeln, muß er die elastischsten Arbeitsmethoden anwenden. Ein wichtiges Arbeitsmittel ist das von ihm herausgegebene Gemeindeblatt „Nagara“. Jeder Deutsche in Rourkela weiß heute, was eine „Nagara“ ist. Es ist die kultische Trommel (eine Art Kesselpauke) der Adivasi, der Ureinwohner Indiens, in deren Stammesgebiet Rourkela liegt. Die Christen unter ihnen gehören der „Goßnerkirche“ an. Ihre Zahl ist nicht gering. In der benachbarten Zementfabrik Rajgangpur sind z. B. 80 % der Arbeiter Christen. In dem größten Kalkwerk Indiens, Birmithrapur, unweit von Rourkela, sind von 8000 Arbeitern 6000 Glieder der Goßnerkirche. Doch das sind nur nebenbei.



Wasser — eine Kostbarkeit

Das Gemeindeblatt „Nagara“ wird von einem treuen Helferstab von 40, in der Mehrheit jungen Deutschen vervielfältigt und in den Abendstunden in alle Sektoren ausgetragen. Ein anderer Sammelpunkt der Gemeinde ist der Kirchenchor, der wöchentlich übt. Es stimmt wehmütig und doch froh zugleich, wenn aus dem hell erleuchteten Hinterhof des Pfarrerbungalows unter dem Sternenhimmel Indiens plötzlich ein deutsches Volkslied mehrstimmig erklingt. An den Festtagen dient der Chor der Gemeinde im Gottesdienst. Als besonders wirksam haben sich die Gesellschaftsfahrten erwiesen, zu denen Pastor Peusch alle Deutschen, nicht nur die kirchlich gesinnten, einlädt. Ausflugsziel ist immer ein Gemeindezentrum der Goßnerkirche, sei es das Missionshospital in Amgaon, sei es Ranchi, der Hauptsitz der Goßnerkirche, oder die von zwei deutschen Schwestern geleitete Bibelschule in Govindpur. Der Ausflug endet in der Regel mit einem gemeinsamen Gottesdienst der indischen Gemeinde mit den deutschen Gästen. Allmählich hat es sich eingebürgert, daß Rourkela-Deutsche auch außerhalb der Gemeinschaftsfahrten plötzlich bei den Schwestern in Govindpur auftauchen, z. B. zu Festtagen. In der kurzen Zeit, die sie in Indien zubringen, bleibt ihnen dieses Land doch fremd. Bei den deutschen Schwestern finden sie ein Heim, in dem sie sich zuhause fühlen.

Einer der Besucher äußerte sich mir gegenüber ganz erfüllt von dem, was er gesehen hatte: „Was die beiden Schwestern dort für Indien tun, ist mehr wert als das ganze Rourkela!“ Mit dem Respekt vor der bisher ungekannten oder gar verachteten Missionsarbeit wächst aber auch das Gefühl der Zugehörigkeit zur Kirche.

Dennoch stoßen alle diese Arbeitsansätze zur Sammlung einer evangelischen Gemeinde ins Leere, wenn nicht eins geschieht: wenn nicht Gott den evangelischen Deutschen in Rourkela ein entscheidendes gemeinsames Erlebnis schenkt, das für die Gemeindebildung grundlegende Bedeutung hat. Das ist nun geschehen: Heute, am 18. Februar, wird in Jarakudar — etwa eine Stunde Autofahrt von Rourkela entfernt — die Kirche eingeweiht, die eine Gruppe von 60 deutschen Ingenieuren, Technikern und Bauarbeitern in ihrer Freizeit für eine indische Gemeinde erbaut hat. Auch wir, meine Frau, mein Begleiter und Dolmetscher Pfarrer Klimkeit (früher 16 Jahre lang Goßnermissionar in Indien) und ich sind dazu eingeladen.

Da die neue Brücke über den Brahmanfluß noch nicht fertiggestellt ist, fahren wir jetzt, in der heißen Zeit, durch das ausgetrocknete Flußbett über einen Erddamm, den die Dorfschaft Panposch am jenseitigen Ufer in jedem Jahr neu aufschüttet, bis der in der Regenzeit angeschwollene Fluß ihn wieder fortreibt. Dafür hat sie das Recht, einen Brückenbollwerk in Höhe von einer Rupie zu erheben. Der Hindu aber, der diese Funktion ausübt, wäre kein Hindu, wenn er nicht das Doppelte und Dreifache forderte, zumal es sich um Deutsche aus Rourkela handelt, die bekanntlich viel Geld verdienen und es leicht ausgeben. Aber bei unserem Fahrer, Pfarrer Klimkeit, ist er an den falschen Mann geraten. Der kennt ein Zauberwort, das bisher alle Türen geöffnet hat. Er ruft es ihm in Hindi zu: „Hier hast du die Rupie und erzähle niemand, daß du zu viel bekommen hast!“ Das von lauter Geschäftstüchtigkeit verschlossene Gesicht des Inders löst und lockert sich. Zuerst lächelt er mit den Lippen, dann lacht er übers ganze Gesicht und läßt den Schlagbaum in die Höhe schnellen. Unser Zauber Schlüssel hat sich wieder einmal bewährt.

Es kann aber auch ganz anders kommen. In der Regel befleißigen wir uns auf unseren Autofahrten der allergrößten Vorsicht. Alle Tiere, Hühner, Hunde, Ziegen und vor allem Kühe haben in Indien das Vorfahrtsrecht. Trotzdem passierte es uns einmal, daß wir unversehens durch eine Pfütze fuhren und dabei einen

Fußgänger (wieviel Fußgänger mögen wohl auf den indischen Straßen Tag und Nacht unterwegs sein!) von unten bis oben mit Dreck bespritzten. Pfarrer Klimkeit hielt sofort an, steckte den Kopf zum Fenster hinaus und sprach eine andere Zauberformel aus, ein einziges Wort in Englisch: „Sorry!“ = „Bedaure, tut mir leid“. Und das Wunder geschah. Der arme Kerl, eben noch ärgerlich und gedemütigt, strahlte uns an: der europäische Sahib hatte sich vor ihm entschuldigt, es war alles wieder gut. Doch gelegentlich kann es ganz anders kommen. Kürzlich hörten wir die Geschichte von einem Engländer, der auf einem überfüllten Dorfbasar einem Inder höchst schmerzhaft auf die nackten Füße trat. Auch er sagte: „Sorry“. Aber die Wirkung war eine ganz andere, völlig unerwartete. Der Inder überschüttete ihn mit einem heftigen Wortschwall, den er mit dem leidenschaftlichen Ausbruch abschloß: „Sorry, sorry! sagst ihr und denkst dann, es ist alles wieder gut; es ist nichts gut und nichts wird wieder gut.“ Hier hatte ein magisches Wort, das jahrhundertlang Menschen in aller Welt hypnotisiert hatte, seine Zauberkräfte verloren. Es hatte sich wie viele Worte und Werte europäischer Herkunft abgenutzt und verbraucht: ein geradezu witziges Symptom für den tragischen europäischen Ausverkauf in der asiatischen Welt.

Doch weiter nach Jarakudar! Wir fahren das fast lebensgefährliche Steilufer des Brahmanflusses hinauf und machen im Dorfe Panposch Halt, um einen Blick auf Rourkela I, die Fabrikstadt, zu werfen. Es ist derselbe Platz, von dem ich vor 5 Jahren Ausschau hielt, als das ganze Projekt Rourkela noch auf dem Papier stand. Dort an der Stelle, wo der Sankh und der Koel zusammenfließen, um den Brahmanfluß zu bilden, steht auch noch der uralte Mangobaum, von dem eine Gelassenheit ausströmt wie von allen Bäumen und — Kühen in Indien, die stets den Eindruck erwecken, als wüßten sie, daß sie in Ruhe altern dürfen. Er steht noch da, aber alles um ihn herum hat sich radikal verändert. Damals blickte ich, soweit mein Auge reichte, über nichts anderes als Dschungel und Dschungeldörfer. Sie sind alle bis auf kümmerliche Reste vom Erdboden verschwunden. An ihrer Stelle erhebt sich das in Zukunft modernste Eisenhüttenwerk Indiens: Rourkela I. Es ist wie ein Pilz aus dem Dschungelboden emporgeschossen. Schon hat man den ersten Hochofen angeblasen; der zweite steht kurz vor der Vollendung. Neben Riesenhallen, die schon fertiggestellt sind, ragen die stählernen Skelette künftiger Fabrikanlagen auf. Die



Bahnhofstraße in Rourkela

Luft ist mit Staub und Rauch und — wie wir bei der Durchfahrt gestern feststellten — von Arbeitsgetöse erfüllt. Im besonderen sind es die Trommeln der Zerkleinerungsmaschinen, die unablässig rasseln und rattern und das überall an die Oberfläche tretende Urgestein, Basalt und Granit, mit Ach und Krach zu Schotter und Staub zermahlen, um daraus einen neuen Baustein, den Baustein für eine neue Welt zu formen: ein Vorgang, der gleichnishaft für das innere Geschehen ist, das sich in der Seele der Urbevölkerung vollzieht. Hier kommt eine tausendjährige bäuerliche Kultur zu ihrem Ende. Aus Bauern werden über Nacht Industriearbeiter: eine Wandlung, auf die Mission und Kirche mit größter Aufmerksamkeit blicken. Tag und Nacht wird an dem Ausbau des Autostraßennetzes gebaut, das von Rourkela ausstrahlt. Es werden Brücken gebaut, ein Riesenstaudamm errichtet, der das zuerst schwierige Wasserproblem für Rourkela endgültig löst, und neue Schienenwege zu den Erzlagern und benachbarten Zement- und Kalkwerken angelegt. Unvorstellbar, wieviel Kubikmeter Erde täglich allein im Zusammenhang mit dem Rourkelaunternehmen bewegt werden. Man hat mir gesagt, daß gegenwärtig außer den 1000 Deutschen rd. 30 000 indische Arbeiter in Rourkela beschäftigt sind. Die Leitung liegt in deutschen Händen. Rourkela, das Schaufenster nach Indien, in dem deutsches Organisations-talent, deutsche Planungskraft und Leistungsfähigkeit zur Schau gestellt sind. Haben die Deutschen noch mehr als das, noch andere Gaben als Gabe für Indien aufzuweisen?

Auf dem Wege nach Jarakudar fahren wir zuerst auf einer ausgezeichneten Autostraße an Kalunga vorbei. Jedesmal, wenn ich den Namen „Kalunga“ höre, geht mir ein Stich durchs Herz. Vor Jahren bot ein dort ansässiger englischer Ingenieur der Goßnerkirche sein umfangreiches Grundstück mit Bungalow und Nebengebäuden für einen ungläubhaft billigen Preis zum Kauf an. Der Lutherische Weltbund und die Goßner-Mission stellten sofort 2/3 des Kaufpreises zur Verfügung; aber aus erzie-

herischen Gründen sollte die zur Selbständigkeit herangewachsene Goßnerkirche auch 1/3 der Kosten übernehmen. Aber wie es für Indien typisch ist, der indische Partner zögerte und zögerte, bis es zu spät war. Heute ist Kalunga ein römisch-katholischer Bischofssitz. Von ferne sehe ich die Gebäude leuchtend weiß herüberschimmern und sage mir, dem Leiter der Kirchlichen Erziehungskammer: Man soll doch von seinen erzieherischen Bemühungen nicht gar zu schnell Erfolge erwarten.

Unser Wagen lenkt in einen Landweg ein, der mitten in dem Dschungel führt. Vor uns hängt ein Staubvorhang, lange von den Wagen aufgewühlt ist, die schon lange vor uns hindurchgefahren sind; hinter uns steigt der Staub auf wie eine Säule. Tief im Dschungel begegnen wir einem einsamen Ochsenkarren: ein Bild absoluter Zeitlosigkeit. Plötzlich stoppt der Wagen. Ein richtiger Wegweiser mit deutscher Aufschrift: „Halt!“ Dann ein Pfeil und dann wieder in Deutsch: „Weg nach Jarakudar“. Da ist aber kein Weg; wir fahren über steppenartiges Gelände mit schütterem Wald bestanden (eben, Dschungel) und brauchen nur den vielen frischen Wagenspuren zu folgen, bis wir auf dem allgemeinen Sammelplatz eintreffen, wo schon 60 andere Autos halten. 200 Deutsche sind aus Rourkela gekommen, um mit der indischen Gemeinde Jarakudar das Fest ihrer Kirchweihe zu feiern. Man hat mit dem Programm schon begonnen. Eben begrüßen die Gemeindeglieder des Dorfes ihre deutschen Gäste an der für sie errichteten Ehrenpforte mit Lied und Gebet. Allen werden die Hände gewaschen, allen — auch den Kindern — Blumenketten umgehängt. Dann entfaltet sich unter Trommelklang und Gesang der Reigen, den die Dorfjugend in der Regel tanzt, um die Ehrengäste ins Quartier zu geleiten. Der Reigen öffnet und schließt sich immer wieder, um in die Gänge einzuschwenken, auf dem Wege gewissermaßen im Kielwasser des Tanzes zu folgen haben.

So geht es fort und fort, bis mit einem Male die schmutzige Dorfstraße sichtbar wird, die die Rourkela-Deutschen ihren indischen Glaubensgenossen zum Geschenk gemacht haben. Sie ist viel zu klein, um die 200 ausländischen und 3000 indischen Besucher zu fassen. Darum hat man auf dem freien Platz neben der Kirche Bambusstangen eingerammt und darüber einen Baldachin aus geflochtenen Blättern gespannt, so daß die Europäer im Schatten sitzen können. Als Sitzplatz dienen die sogenannten „Katias“, die Bettgestelle der Dorfbewohner, die man aus allen Häusern und Hütten zusammengetragen hat. In der Ruhepause kann man sich darauf auch zu zweit oder gar zu dritt ausstrecken und neue Kräfte sammeln. Die Inder hocken auf der Erde. Durch eine Lautsprecheranlage ist dafür gesorgt, daß auch die hinterste Reihe der Zuhörer jedes Wort versteht. Da ertönt auch schon der Gong. Acht indische und drei deutsche Pastoren halten feierlich Einzug. Der Gottesdienst beginnt. Am Anfang und am Schluß des Gottesdienstes werden Choräle, die allgemein bekannt sind, nach den gleichen Melodien in Hindi und in Deutsch gesungen: „Lobe den Herren, den mächtigen König der Ehren“ und „Nun danket alle Gott“. Es fällt den Deutschen nicht schwer, der indischen Liturgie zu folgen. Sie ist die gleiche wie in der deutschen Mutterkirche, nur hier und dort mit gewissen indischen Variationen. So wirft sich die indische Gemeinde zum Sündenbekenntnis auf die Knie und betet in der Regel das große Beichtgebet. Knieend wird auch das „Herr, erbarme dich“ (oder in der Passionszeit das „Christe, du Lamm Gottes“) gesungen und die Gnadenerkündigung angehört. Im Verlauf der Liturgie hört der deutsche Gemeindeglied leicht heraus, wann das Glaubensbekenntnis gesprochen und das „Vaterunser“ gebetet wird. Er kann es dann in seiner Muttersprache mitsprechen und mitbeten. So kommt es, obwohl der eine Gemeindeglied die Sprache des andern nicht versteht, zu einem gemeinsamen gottesdienstlichen Handeln.

Für die Deutschen bedeutet die Persönlichkeit des Predigers eine Überraschung. Sie haben in Rourkela die Ureinwohner des Landes, die Adivasi, nur als Kulis kennengelernt. Hier steht ihnen ein junger Adivasi gegenüber, der fünf Jahre in Deutschland studiert und seinen philosophischen Doktor an der Freien Universität in Berlin gemacht hat: Marsallan Bage. Er hält dieselbe Predigt zuerst in Hindi, dann in Deutsch: kurz, klar und streng am Text ausgerichtet. Dann bekommen wir die Gelegenheit, der ganzen Gemeinde die Grüße aus Deutschland zu überbringen: ich in Deutsch, Pfarrer Klimkeit in Hindi. Dann erhält Pastor Dr. Peusch das Wort. Es ist sein Tag. Obwohl auch er seine Ansprache, die Dr. Bage ins Hindi übersetzt, nur ganz knapp bemißt, spürt man es seinen Worten ab, was dieser Tag für ihn bedeutet. Hier ist das große gemeinsame Erlebnis, das zum Kristallisationspunkt für die Gemeinde in Rourkela werden kann. Fast möchte man sagen: der Tag der Kirchweihe in Jarakudar ist der Gründungstag der deutschen evangelischen Gemeinde in Rourkela. In der darauf folgenden Woche soll sich der Gemeindegliederkreis dieser Gemeinde konstituieren.

Der Gottesdienst ist zu Ende. Nach einem festlichen Umzug um die Kirche übergibt einer der deutschen Ingenieure dem indischen Präsidenten der Synode Orissa, einem Adivasipastor, den Kirchenschlüssel. In der im Nu überfüllten Kirche singt der Rourkela-Kirchenchor deutsche Weihnachtslieder. Es wird, wie es in Indien an solchen Tagen üblich ist, ein Erinnerungsbaum gepflanzt und ein Gedenkstein enthüllt. Dann ist Mittagspause. Das Dorf Jarakudar hat es sich nicht nehmen lassen, für alle seine Gäste ein „Bhara Khana“, ein „Großes Liebesmahl“ auszurichten.

(Schluß auf Seite 8)

ONKO KAFFEE *fabelhaft*

Wo lebt der Mensch?

„Zur Zeit der Distelblüte“ von Hermann Moers bei den „Vaganten“



Fünf Menschen, die so lange bereits im Gefängnis sind, daß sie jede Vorstellung von dem Leben da draußen verloren haben. Sie sind nicht bloß äußerlich durch die Nummer auf ihrem Rücken gekennzeichnet, sie sind völlig Nummer geworden, so völlig, daß sie sich selbst mit ihrer Nummer anreden, namenlose, in extremer Lebenssituation existierende Kreaturen. Und dazu ein Gefängniswärter, ein Sadist in SA-Uniform, ein Konzentrationslagermann comme il faut, wie er perfekt in seiner teuflischen Bösartigkeit nicht gedacht werden kann.

So läßt er seine fünf Gefangenen im Kreise gehen, er läßt sie alle nur erdenklichen Mätzchen teuflischer Quälerei durchmachen, er sammelt die von den Häftlingen abgegebenen Gnadengesuche unter seiner Mütze und denkt gar nicht daran, sie weiterzugeben, er verspricht ihnen den Besuch des Gefängnisdirektors, obwohl er weiß, daß dieser nie kommen wird, er läßt die armen Ausgesonderten in ihre „Gärtchen“ gehen, aber diese Gärtchen sind winzige Erdansammlungen in den Mauerritzen des Gefängnishofes, er läßt es zu, daß die Gefangenen zur Vergrößerung ihrer Gärtchen Erde von seinen Schuhsohlen abkratzen, er gibt ihnen die Schlüssel, aber es ist kein Schlüssel nach draußen dabei, sondern nur zu den Zellen der einzelnen. Und so dreht sich zwei Stunden hindurch alles tatsächlich im Kreise, erst die Gefangenen, und schließlich dreht sich der Gefangenenwärter mit. Es ist eine ausweglose Situation, und der, der sie her-

beiführt oder darüber wacht, daß man keinen Ausweg finde, gerät schließlich selbst hinein.

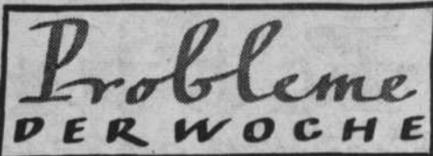
Das Ganze ist so symbolhaft, so doppelbödig, daß man versucht ist, in dem Stück ein Gleichnis zu sehen für unser Leben, für das Existieren in der extremen Situation der Ausweglosigkeit, in der wir uns ohne Christus auch tatsächlich befinden: Menschen, die im Kreise laufen und vergeblich gegen die Mauern anrennen, die Sünde, Tod und Teufel um uns her aufbauen und die nur zerbrochen werden können von dem „Mann von draußen“, von dem, der gekommen ist, Sünder selig zu machen.

Hermann Moers bremst den Zuschauer, zuviel „Philosophie“ in sein Stück hineinzulegen. Und wir geben ihm darin recht: Keine Philosophie, sondern einen Spiegel der Zeit darin zu sehen. So ist der Mensch, ein Gefangener, ein im Kreis Laufender, aber so muß er nicht sein.

Der zweite Teil des Bescheides bleibt auch hier leider aus. Wie gut wäre es hier gewesen zu zeigen: „Mit Gott kann ich über die Mauer springen!“ Entweder äußerlich real dargeboten oder — wenn man Sorge vor frommem Kitsch

vermeiden möchte — in dem inneren Erfülltsein, wie weiland Paulus und Silas im Gefängnis die „Freien in Christus“ waren.

Die Regie Lothar Kompatzki betont den Tanz im Kreis. Es war für den Regisseur das Moment im Stück, das ihn am meisten anzog. Erstaunlich, wieviel Bewegungsmöglichkeit Horst Switala mit seinem guten Bühnenbild auf der kleinen Bühne zu schaffen weiß! Die fünf Gefangenen nutzen den Raum aus, sie sind ständig unterwegs bis zur tatsächlichen Atemlosigkeit: Michael Kapler, Herbert Baneth, Hans Mahlau, Hans H. Friedrich und Peter Herzog. Und als massiger, gewalttätiger und bei aller Robustheit im Teuflischen doch so hinterhältig sadistisch als Aufseher: Joachim Nottke. Ein besonderes Kabinettstück schauspielerischer Leistung dabei Michael Kapler als Nummer eins: Ein zwischen geistiger Umnachtung, völliger Stumpfheit und plötzlichem Erwachen pendelnder Mensch. Er lebt nur ein einziges Mal auf, findet zu einer fast verklärten Klarheit „zur Zeit der Distelblüte“, als eine von ihm sorgsam betreute Distel blüht. Aber in einem unbedachten Augenblick zertrampelt ein Mitgefangener die Blüte, und der Gefängniswärter gibt der Pflanze mit seinem Stiefel den Rest. Schade — ein anderes Ende wäre möglich gewesen, ohne in den Geruch eines Happy-end zu kommen. H.



BUNDESPRÄSIDENT — Die politische Frage der letzten zwei Wochen, ob mit Bundeskanzler Adenauer der Lotse von Bord geht, hat sich von selbst mit einem „Nein“ beantwortet. Gewiß bedeutet sein plötzlicher Entschluß, Nachfolger des ersten Bundespräsidenten zu werden, eine Einengung seiner staatsmännischen Aktionsmöglichkeiten, aber selbst seine politischen Gegner erklären, daß mit diesem Wechsel in der Spitze der Bundesrepublik die „Adenauer-Ara“ noch nicht zu Ende sei. Sie befürchten unter anderem, daß der trotz seiner 83 Jahre noch ungewöhnlich vitale und seit jeher mit dem Instinkt für politisches Taktieren begabte Politiker versuchen wird, die Macht vom Palais Schaumburg in die Villa Hammerschmidt zu verlagern.

Mit dem verfassungsrechtlich unkorrekten, realpolitisch aber treffenden Wort, daß der Bundespräsident so stark ist, wie der Bundeskanzler schwache Nerven hat, zeigt sich die Vielfalt der Möglichkeiten des Staatsoberhauptes, von denen Professor Heuss während seiner Amtszeit in staatsmännischer Klugheit nur mäßig Gebrauch gemacht hat. Gewiß darf der Bundespräsident nicht die Politik leiten, für die nach dem Grundgesetz allein der Kanzler verantwortlich zeichnet, aber er kann Entwicklungen fördern oder hemmen, Aktionen anregen oder abbremsen.

Wie schwierig es in der Politik ist, Prophezeiungen zu wagen, wurde mit der Entscheidung vom 7. April wieder einmal bewiesen. Das gleiche gilt für die These, daß sich bestimmte Entwicklungen, bei aller Mühe der politischen Beobachter und der Publizistik, eben doch nur bis zu dem Punkt verfolgen lassen, an dem die Überlegungen wirklich in der Stille beginnen. So sehr die Frage nach den Motiven für diesen Schritt berechtigt ist, hinter der Realität des Entschlusses muß sie zurücktreten.

Mit dem Stichtag von der Kontinuität seiner Politik in den nächsten Jahren hat der Kanzler ganz offensichtlich einen seiner Gründe und gleichzeitig seine weiteren Absichten durchblicken lassen. Der jahrelangen Sorge auf der einen und der politischen Hoffnung auf der anderen Seite, daß die Konzeption der Bundesrepublik mit dem Abtreten Adenauers von der politischen Bühne einmal eine wesentliche Änderung erfahren könnte, ist der Bundeskanzler für seinen Teil nun mit einem Schritt staatsmännischer Klugheit begegnet. Da er die Weichen für die weitere Entwicklung gestellt weiß, will er offensichtlich — unter rechtzeitiger Ausschaltung möglicher Nachfolgekämpfe innerhalb der Bundesregierung und der CDU — nur noch von der Kontrollstelle des Staatsoberhauptes Sicherung und Ausbau seines Beginns regulierend überwachen.

Falls ihm dies wider Erwarten verwehrt werden sollte, so hat das künftige Oberhaupt der Bundesrepublik bereits mit dem Artikel 63 der Verfassung den entscheidenden Hebel für die künftige Generalrichtung des neuen Kabinetts in der Hand. In dem Artikel heißt es im Absatz eins: „Der Bundeskanzler wird auf Vorschlag des Bundespräsidenten vom Bundestag ohne Aussprache gewählt.“ Daß Adenauer, falls echte Meinungsverschiedenheiten über seinen Nachfolger auftreten sollten, als künftiges Staatsoberhaupt von diesem Recht Gebrauch machen würde, dürfte klar sein. Daß er auch weiterhin die Außenpolitik als sein liebstes Kind ansieht, dessen weitere Entwicklung er mitformen möchte, hat er in seinem Referat vor dem Wahlmänner-Gremium seiner Partei eindeutig zu erkennen gegeben. Dabei stützt er sich auf den Artikel 59 des Grundgesetzes, in dem bestimmt wird, daß der Bundespräsident den Bund völkerrechtlich vertritt und im Namen des Bundes Verträge mit auswärtigen Staaten abschließt.

In welchem Umfang sich mit dem Wechsel auf dem Kanzlersessel auch innenpolitische Veränderungen ergeben, die mit einem möglichen Wiedereintritt der FDP in das Kabinett zusammenhängen können, muß abgewartet werden.

Nicht übersehen aber sollte man Persönlichkeit und Verdienst jenes Mannes, um dessen Amt es in diesen Wochen geht. Dank seiner Würde und Menschlichkeit hat Professor Heuss in den vergangenen zehn Jahren dem Amt des Staatsoberhauptes jene Autorität verliehen, die es seinem Nachfolger ohne Übergang gestattet, hier anzuknüpfen.

Im Banne von Mikrophon und Kamera

Diskussionsthema des Deutschen Evangelischen Kirchentages München 1959

Zum erstenmal in der Geschichte des Deutschen Evangelischen Kirchentages werden bei seiner diesjährigen Zusammenkunft vom 12. bis 16. August in München Film, Rundfunk und Fernsehen nicht nur die Aufgabe der Berichterstattung haben, sondern selber Gegenstand der Diskussion sein. Unter den zehn Arbeitsgruppen, die in den großen Hallen des Messegeländes tagen, wird sich die Arbeitsgruppe 9, die unter der Leitung von Pastor Herbert Reich (Hannover) steht, mit den „Massenmedien“ beschäftigen.

Am ersten Tag der Arbeitsgruppen, am Donnerstag, dem 13. August, werden unter dem Thema „Der Mensch im Banne von Mikrophon und Kamera“ Prof. Paul Heimann (Berlin) und Pfarrer Werner Hess (Frankfurt/Main) referieren, während der zweite Tag unter dem Thema „Vom Publikum zur Partnerschaft“ Referate von Werner Jaspert, dem Leiter der Unterhaltungsabteilung des Hessischen Rundfunks, und Pfarrer Dr. Heinz Zahrt (Hamburg) vortragen. Diese Referate werden die Vormittage des Donnerstag und Freitag, des 13. und 14. August, ausfüllen; an den beiden Nachmittagen werden sie durch Vorführung von Anschauungsbeispielen und Diskussionen ergänzt. Die Vorführung von Filmbeispielen und die anschließende Diskussion werden in einem großen Filmtheater stattfinden. Die durch Anschauungsmaterial unterstützten

Diskussionen über Rundfunk und Fernsehen werden jedoch in je zehn kleineren Räumen, die jeweils nicht mehr als 30 bis 40 Personen umfassen sollen, veranstaltet, damit wenigstens annähernd die Normalsituation des Rundfunkhörers und Fernsehzuschauers gewahrt bleibt. Das Ergebnis dieser Diskussion wird dann am letzten Tag der Zusammenkunft der Arbeitsgruppen Gegenstand einer Podiumsdiskussion sein.

Angesichts der wachsenden Bedeutung, die den Massenmedien in der modernen Gesellschaft zukommt, darf man diesem Vorhaben des Kirchentages mit besonderem Interesse entgegensehen. Welche Fülle von Fragen mit diesem Thema angerührt wird, wird schon in dem Vorbereitungsheft des Deutschen Evangelischen Kirchentages zum Ausdruck gebracht. Darin heißt es: „Was tut die Kirche, wenn sie sich dieser Mittel der modernen Kommunikation bedient? Kann sie sich einfach daran beteiligen, nur um auch mit von der Partie zu sein und keine Gelegenheit zu versäumen? Oder muß sie nicht, wenn sie meint, diese Mittel für ihren Auftrag nutzen zu können, sehr genau überlegen, was sie damit tut und wie sie es tun muß? Wo sind die Gemeinden, die dazu helfen, daß die Menschen wieder zum richtigen Verhalten gegenüber dem Angebot der Massenmedien Rundfunk, Film und Fernsehen kommen, daß sie sich ihnen nicht wahllos ausliefern, sondern nach überlegter Auswahl hören und sehen und sich kritisch damit auseinandersetzen? Wo sind die Eltern, die ihre Kinder dem Film, dem Rundfunk und dem Fernsehen nicht nur überlassen, um selber Zeit zu haben? Wo sind die Eltern, die Rundfunk und Fernsehsendungen gemeinsam mit ihren Kindern hören und sehen und dann mit ihnen darüber sprechen? Wo sind die Lehrer, die Rundfunk, Film und Fernsehen zum Gegenstand ihrer Gespräche mit den Schülern machen? Wo sind die Pfarrer, die ihre Gemeinden auf die Programme der Woche im Film und Fernsehen ansprechen und sie dadurch genau dort treffen, wo sich die Menschen unserer Zeit befinden? Sie könnten viel dazu beitragen, daß aus einem uniformen Publikum wieder lebendige Menschen werden, die antworten und handeln — nicht blind nach den Rezepten der Massenbeeinflussung, sondern wach, hellwach und beteiligt, gebunden an das Wort, das uns regiert, das uns allein regieren will.“

Volksmissionarische Kleinschriften

Ich habe es nie vergessen, wie jener Gemeindepfarrer — mit dem ich vor nun rund 25 Jahren in enger Arbeitsverbundenheit stand — für jeden Menschen, dem er als Seelsorger begegnete, auch immer eine kleine Schrift zur Hand hatte. In seiner Sprechstunde, bei Haus-, Konfirmanden- und Krankenbesuchen war es schließlich auch immer wieder das gedruckte Wort, das der andere mitnahm. Ja, im Wartezimmer griff schon mancher, der vielleicht der Kirche sonst sehr fern stand, zu solchem kleinen Heft. Damals habe ich daraus gelernt, welche Bedeutung das volksmissionarische Kleinschrifttum im Dienst an und in der Gemeinde hat. Kriegs- und Nachkriegszeit hatten uns da viel Entbehrungen auferlegt. Darum sollten wir uns so dankbarer sein, daß die „Märkische Schriftenmission“ in Nikolassee nun wieder eine große Anzahl volksmissionarischer Kleinschriften herausgegeben hat und bereithält. Wir sollten uns dafür interessieren und dieses Kleinschrifttum wieder in der pfarramtlichen Arbeit wie auch für unsere Helfer und Mitarbeiter nutzen. Der Segen wird nicht ausbleiben!

zweifellos recht, denn wenn man sich einmal die Menschen auf der Straße, in der U-Bahn, in den Geschäften anschaut — man muß lange suchen, ehe man ein lächelndes Antlitz findet. Viele müde und teilnahmslose Gesichter sieht man, aber dann plötzlich eines, aus dem es lächelt, und erst dieses Lächeln, sagt Dr. Lindenberg, läßt aus dem Gesicht ein Antlitz werden. Es kann das Gesicht einer alten, verhärmten Frau sein — wenn es lächelt, wird es schön. Ein einziges Lächeln schafft wie der Sonnenstrahl jene warme, verständnisvolle Atmosphäre, die für die Begegnung von Menschen so wichtig ist. Wie wichtig sie gerade am Krankenbett sein kann, weiß Dr. Lindenberg aus seiner ärztlichen Praxis. Ohne eine lange Ansprache hat der Patient Vertrauen, schöpft neuen Mut und neue Hoffnung. Aber nicht nur der Arzt sollte durch sein Lächeln Mißtrauen und Angst auftauen, auch der Patient kann sich viel Sonnenschein in sein Krankenzimmer holen, wenn er nicht mit einem brumigen und verzweifelten Gesicht daliegt und so sein Leid jedem auf den ersten Blick kundtut. Mit einem abweisenden Gesicht baut man gewissermaßen einen Stacheldraht um sich herum, und man darf sich nicht wundern, wenn man dann hinter diesem Stacheldraht in selbstgewählter Einsamkeit sitzen bleibt. Ein Lächeln ist dagegen wie eine offene Tür, die zum Verweilen und zum Eintreten einlädt.

Wie immer sind es keine umwerfenden Weisheiten, die Dr. Lindenberg in seinen Krankenzimmerreden vorträgt. Doch die Art, in der er seine kleinen Alltagsphilosophien den Hörern im Krankenzimmer nahebringt, ist so lebendig und herzlich, daß sich in ihr der Titel dieser Sendereihe am reinsten verkörpert: Dr. Lindenberg tritt gleichsam aus dem Radiogehäuse heraus und seine Sendung wird zu einem echten „Besuch am Krankenbett“.

k H z

Schlüssel zum Mitmenschen



„Immer nur lächeln“, empfiehlt eine bekannte Operettenmelodie, und in ihrem Text heißt es weiter: „... doch wie's da drin aussieht, gehtniemand was an“. Wer sich Gedanken über diese Zeilen macht, wird sich fragen, ob hierin nicht die Aufforderung zu einer Art permanenter Lebens-

lüge steckt, ähnlich wie in dem berühmten amerikanischen „keep smiling“. Ähnlich auch dem ganzen lächelnden Schwindel auf Kinoplakaten, Titelseiten, Zahnputz- und Waschpulverreklamen.

Nun, auch Dr. Wladimir Lindenberg, der kürzlich im Krankenzimmer des SFB über das verbindende, das heilsame Lächeln sprach, dürfte nichts von jenem permanenten Schlagerlächeln halten, aber nach seiner Ansicht wird gänzlich grundlos viel zu wenig gelächelt. Damit hat er

Aus dem Rundfunkprogramm

19. 4.	7.30	Radio DDR	Ev. Morgenfeier: Prof. D. Vogel-Berlin
	7.45	RIAS	Orgelmusik
	8.00	SFB	Geistliche Musik
	8.40	RIAS	Ev. Morgenfeier: Pf. Roth
	9.55	SFB	Orgelmusik
20. 4.	6.40	RIAS	(täglich bis 25. 4.) Der Tag beginnt: Pf. Techel
	22.00	RIAS	Kirche in der Zeit (Dokumentation)
21. 4.	21.45	RIAS II	Kirche in der Zeit (Wiederhlg.)
23. 4.	16.45	SFB	Kirche und Welt. Dokumente und Kommentare
24. 4.	16.40	RIAS	Kirchennachrichten
25. 4.	15.05	SFB	Musik zu Trost und Besinnung und Besuch am Krankenbett
	17.15	SFB II	In christlicher Sicht

Wo man von guter Kleidung spricht, fällt stets der Name Leineweber!



AM ZOO und STEGLITZ · SCHLOSS-STRASSE

Rourkela — deutsches Schaufenster

(Schluß von Seite 6)

Keine Kleinigkeit, 200 Deutsche und 3000 Inder satt zu machen. Man hat dazu Tausende von Tellern aus den großen Sal-Blättern geflochten, Schweine und Ziegen geschlachtet und einen Riesenberg von Reis gekocht. Wir können das Essen nicht abwarten. Unsere Zeit ist abgelaufen. Wir müssen nach Rourkela zurückfahren. Wir sehen nur noch, wie die deutschen Frauen einen Rundgang durch das Dorf machen und sich von ihren indischen Schwestern zeigen lassen, wie man sich einen Curry aus 10—20 verschiedenen Gewürzen selber mahlt. Wir beobachten, wie sich unter einem alten Baum die deutschen Männer mit ihren indischen Freunden im Bogenschießen üben. Dann verlassen wir unbemerkt das Dorf.

Am andern Tage ist in Rourkela bei Deutschen und Indern von nichts anderem die Rede als von der Kirchweihe in Jarakudar. Sie ist das Tagesgespräch. Auch die indische Presse berichtet darüber. Die Deutschen in Rourkela, auch die nicht kirchlich eingestellten, machen, was in Jarakudar geschehen ist, zu ihrer eigenen Sache und sind stolz darauf. Jarakudar ist populär, ist zu einem Begriff geworden. Schon haben zwei junge deutsche Paare ihre Trauung in der Kirche von Jarakudar angemeldet.

Und die Inder? Sie betrachten die Vorgänge in Jarakudar mit Sympathie. Da ist in dem deutschen Schaufenster nach Indien, Rourkela, noch etwas anderes und tieferes sichtbar geworden als die von allen allgemein anerkannte deutsche Tüchtigkeit. Es ist da etwas ans Licht getreten, was bei den Auslandsdeutschen meist im Hintergrunde steht oder für immer verborgen bleibt. Was die Inder an Jarakudar besonders begrüßen, ist die Tatsache, daß sich hier ganz natürliche, rein menschliche Beziehungen zwischen Deutschen und Indern knüpfen konnten, und zwar mit den exemplarisch schlichten Bewohnern eines exemplarisch einfachen Bauerndorfes. Natürlich wissen sie, daß das nur auf der Grundlage eines gemeinsamen Glaubens möglich war. Aber eben das ist für sie, wenn sie nicht gerade zu den ausgesprochenen Gegnern des Christentums gehören, eher ein Anlaß zum Respekt als zum Bedauern. So dürfen auch wir uns ohne jede Überschätzung dessen freuen, daß dort in jenem entlegenen Dschungeldorf ein wenig von dem Geist aufgeleuchtet ist, der Europa zu dem gemacht hat, was es eigentlich ist: von dem Geiste dessen, der — solange er in dieser Welt war — nicht herrschen, sondern nur dienen, nur geben und nicht nehmen wollte,

bis er sein Leben dahingab, damit die Welt — auch Indien — durch seinen Tod das Leben habe.

Die Gasthausmission ruft!

Die Christliche Gasthausmission, die dem Centralausschuß der Inneren Mission der Evangelischen Kirche angeschlossen ist und seit über 50 Jahren den Angehörigen des — sonntagslosen — Hotel- und Gastgewerbes dient, hält in der Zeit vom 18. bis zum 20. April in Berlin eine Tagung ab. Die Angehörigen des Berliner Gastgewerbes werden zu einem Berichtsabend am Sonnabend, dem 18. April, 20 Uhr, im Ratskeller, Zehlendorf, und zu einem Gottesdienst am Sonntag, dem 19. April, 10 Uhr, im Gemeindehaus Zehlendorf, Riemeisterstr. 10/12, herzlich eingeladen (S-Bahn Berlin-Zehlendorf; Autobusse 1, 3, 10, 18, 48).

*

Arbeitsgemeinschaft „Christentum und Sozialismus“: Di., 21. Apr., 19.30 Uhr, Rathaus Schöneberg, Rudolph-Wilde-

Platz, Zimmer 139/140. Vortrag: Dr. Klaus Peter Schulz „Luther und Marx im Spannungsfeld unserer Zeit“.

Über „Grundzüge einer christlichen Ethik in Auseinandersetzung mit der Tiefenpsychologie“ hält Prof. Dr. Knevels in der Volkshochschule Tiergarten Vorlesungen, die 8 Doppelstunden umfassen und am Di., 21. Apr., 19.45 Uhr, in der Levetzowstr. 3/4 beginnen.

Di., 21. April, 19.30 Uhr, Kirchsaal der Ernst-Moritz-Arndt-Kirche (U-Bhf. Onkel Toms Hütte), Pfarrer Dr. Harald Poelchau spricht über „Die Anforderungen an unsere Kirche in der industriellen Gesellschaft“.

Fotos: Archiv (3); Fritz P. Krueger (1)

der **LESER** hat das **WORT**

Vor einiger Zeit hatten Sie liebenswürdigerweise die Erlaubnis erteilt, in der Schülerzeitung des Erich-Hoepner-Gymnasiums den Artikel „Das Leben beginnt mit 7 und endet mit 30“ zu veröffentlichen. Als Ergebnis dieses Artikels kann ich Ihnen nun mitteilen, daß in den nächsten Tagen ein Betrag von 240,— DM, den Schüler und Lehrer aufgebracht haben, nach Madras abgeht, damit ein neuer Junge in das Lager Boys Town aufgenommen werden kann und eine Heimat findet. Helmut Lewin



Jede Woche einmal Pfanni

Erinnerungsstätte für den Maler der Reformation

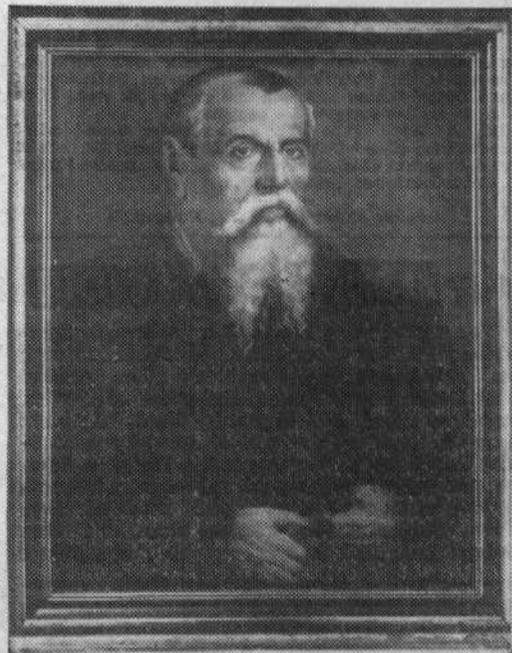
In der Wittenberger Lutherhalle wurden neue Ausstellungsräume eröffnet

Die Cranach-Abteilungen bringen dem Betrachter den Maler der Reformation zunächst als Mensch und angesehenen Bürger — er war auch Kämmerer, Bürgermeister und Apothekenbesitzer in Wittenberg —, als Künstler und „Bildberichterstatter“ seiner Zeit nahe. Reproduktionen seiner Holzschnitte, Stiche und Zeichnungen zeigen Szenen aus dem bürgerlichen und höfischen Leben seiner Zeit. Sehr eindrucksvoll wird dann in satirischen Bildfolgen, Flugblättern und Buchtiteln deutlich, wie der Meister seine Kunst als geistige Waffe für den Kampf der Reformation einsetzte. Am nachhaltigsten zeigt sich die Bedeutung des Malers der Reformation aber in seinen Altarbildern. Aus guten Fotowiedergaben sind die Flügelaltäre von Wittenberg, Weimar und Schneeberg nachgebildet. Sie geben ebenso wie Reproduktionen anderer Altarbilder, z. B. aus Dessau und Kemberg, einen lebendigen Eindruck von diesen Zeugnissen evangelischen Glaubens. Schließlich macht auch die Abteilung „Bibelillustration vom 6. Jahrhundert bis Cranach“ in wertvollen Originalen die von evangelischer Frömmigkeit geprägte Kunst des Wittenberger Malers sichtbar.

Die Einrichtung der neuen Räume und die Anordnung der Ausstellungsgegenstände er-

nun auch die Räume der Lutherausstellung neu zu gestalten, wobei besonders historisch nicht begründete und stilistisch unpassende Veränderungen durch eine Restaurierung im vorigen Jahrhundert beseitigt werden sollen.

Die Lutherhalle gehört heute als reformationsgeschichtliches Museum zu den städtischen Museen Wittenbergs. Ihrer Geschichte und ihrem Charakter nach, auch hinsichtlich der Arbeit ihrer wissenschaftlichen Forschungsabteilung, ist sie aber zugleich eine der bedeutsamsten Stätten für die evangelische Kirche in Deutschland und in der ganzen Welt. Darauf wies ihr Leiter, Professor D. Thulin, in seiner Eröffnungsansprache während eines Festaktes am 4. April hin, der den Auftakt zum Beginn einer Wittenberger Museumswoche bildete. Mit zahlreichen Beispielen belegte er, daß die Wittenberger Lutherstätten nicht nur ein wichtiges kirchliches und geistesgeschichtliches Erbe darstellen, sondern auch heute im Bewußtsein der evangelischen Christen in aller Welt lebendig sind. Von kirchlicher Seite wird deshalb der Arbeit zur Betreuung und Pflege dieser Stätten der Reformation jede mögliche Förderung zuteil. Man begrüßt von dieser Seite lebhaft die Erweiterung der Ausstellungen, die, wie auch



„Lukas Cranach war neben Dürer der bedeutendste deutsche Maler im Zeitalter der Reformation. Nach Jugendjahren in Franken und erster Meisterschaft in Wien berief Friedrich der Weise den 32jährigen 1504 als Hofmaler nach Wittenberg, das seine Wahlheimat wurde.“



Nach 50 Jahren wieder in Indien

(Pfarrer Probst, Vater unserer Missionsärztin E. Probst, besucht gegenwärtig mit seiner Frau das Jeypurland)

Es ist fast 50 Jahre her, seit ich das erste Mal, damals wie jetzt in Bombay, den indischen Boden betrat. Jeder Mensch wird es gut verstehen, wenn ich den zweiten Besuch mit höchster Spannung begann. Was wird sich wohl in diesen vielen ereignisreichen Jahren in diesem Lande geändert haben, besonders seit Indien eine selbständige Regierung bekommen hat und die Swaraj, früher sagte man auch Hinduraj, also die Hindus, zur Herrschaft gekommen sind? Nun, da stand schon gleich einmal sehr wichtig und großartig, indisch repräsentativ, das große Empfangstor unmittelbar am Hafen. Das stand damals noch nicht. Auch das riesige 6-7-stöckige Taj-Mahal-Hotel, gleich in der Nähe, gab es noch nicht. Heute lädt es, mit allem westlichen und östlichen Luxus eines modernen Großstadthotels ausgestattet, jeden, der durch das große Tor nach Indien kommt, unüberhörbar ein. Und in der Tat, das ist auch anders als vor 50 Jahren. Da reicht heute der Inhalt des Geldbeutels eines selbstzahlenden Deutschen nicht mehr aus, um solche gesalzenen Preise zu zahlen. Die Preisskala hat sich durchaus geschickt dem westlichsten, das heißt amerikanischen Preisniveau, angeglichen. Da muß ja wohl Indien sehr reich geworden sein, denke ich, denn offenbar wohnen auch viele Inder im besten dress in diesem Hotel. Auch das Europäerviertel an der schönen, weiten Meeresbucht ist riesig gewachsen und reicht mit seinen glänzenden fünf- und sechs-stöckigen modernen Miethäusern in großem Bogen hinüber bis zum Malabarhill. Und der großartig gepflegte Park, den man heute natürlich „Nehru-Garten“ heißt, ist so groß geworden, daß die altberühmten Türme des Schweigens, wo die toten Parsis von Geiern gefressen werden, und die man früher gesehen haben mußte, fast nicht mehr zu sehen sind. Auch die vielen Läden in dem furchtbaren Gewirr von Straßen und Gassen des Bazars sind wenigstens sauberer und einladender geworden als früher, aber nach vorn offen sind sie heute noch, und die vielen Bettler stehen am Eingang und quälen einen mit ihrem fortwährenden Ruf: „Bakschisch.“

Der stärkste und mich im tiefsten packende Wandel Indiens trat mir aber erst am zweiten Tage unseres Aufenthaltes in Bombay entgegen. Da wir zu unserer Überraschung auf dem riesigen Bahnhof keine Fahrkarte bekommen konnten, sondern vertröstet wurden, vielleicht in 10 Tagen eine zu bekommen, beschlossen wir, mit Direktor D. Lokies und Frau von der Goßnermission einen Ausflug nach den Elephanta Caves, den Höhlen auf der Elefantinsel, zu unternehmen. Die Fahrpreise waren zwar auch modern gepfeffert. Wir nahmen es aber als „Weltreisende“ gelassen in Kauf. Das gepolsterte Motorboot gab es natürlich vor 50 Jahren auch noch nicht. Ganz zeitgemäß sprang im letzten Augenblick ein eleganter, westlich gekleideter Hindu als Führer mit ins Boot und erklärte auf der etwa einstündigen Fahrt das Notwendige, z. B. die grauen indischen Kriegsschiffe, die da im Hafen lagen. Sie seien ein amerikanisches Geschenk

an Indien, erklärte er uns mit einigem Stolz, aber mit doch etwas nachlässiger Miene, als ob das nur so nebensächlich sei. Daß wir unterwegs an einer riesigen Petroleumsvorratsstelle vorbeikamen, war zwar auch etwas Neues, aber hatte für einen heutigen Reisenden nichts Auffallendes. Nicht einmal das nahe dabei liegende Atomenergiewerk bewegte uns tiefer. Man ist im 20. Jahrhundert an solche Gebäude schon gewöhnt, so neumodisch sie für Ost und West auch sind. Auch als wir endlich auf der bewaldeten Berginsel ankamen und eine laut schreiende und heftig gestikulierende Schar von Kulis uns empfing und samt unsern Freunden mich des „hohen Alters“ wegen beschwatzten, mich für 4 Rs. auf einem Tragstuhl die ca. 120 Stufen hinauftragen zu lassen, erschien mir das nicht fremd, zumal ich mir dabei vorkam wie der römische Papst auf der gestatorio. Und als mir droben diese Kerle auf meinen 5 Rs-Schein nichts mehr zurückgaben, sondern mit großem Geschrei die eine Rupie als Bakschisch forderten, erlebte ich nichts Neues; so machten sie es auch schon vor 50 Jahren in ganz Indien. Aber droben, in der aus dem harten Granitstein ausgehauenen Höhle, die 700 Jahre alt sein soll, da erlebte ich das Neue, das, was sich in Indien gewandelt hatte. Da begann nämlich jener elegant gekleidete, geölt frisierte, zierlich gestaltete, freundlich wie alle lächelnden Führer, seinen Dienst. Er erklärte die einzelnen Götzenbilder: Das ist Schiwa, der Gott der Zerstörung; das ist Wischnu, der Gott der Erlösung; das ist Brahma, der Gott der Schöpfung. Das ist die Frau von dem, und das die Frau von jenem. Das ist der Sohn, und dort ist Rama Krischna usw. In der Mitte ist das Bild von der Trimurti, der Dreieinheit der drei Hauptgötter. Das ist mir soweit alles nicht neu. Sie sind ja auch tatsächlich seit vielen Jahrhunderten als wuchtige Reliefs übermenschengroß aus dem harten Gestein herausgehauen. Dazu gehörte ohne Zweifel viel Kraft und Können. Wie weit die Gestalten künstlerisch wertvoll sind, mögen die Fachleute entscheiden. Aber nun kam das völlig Neue. Der geschnielte braune Führer erklärte uns in seinem rasant schnellen Indisch-Englisch, das man zuerst sehr schwer versteht, daß das alles ganz das gleiche sei wie die Dreieinigkeitslehre der Christen, nur daß die Inder das alles schon viel früher in ihrer Philosophie entdeckt hätten. Und wir Christen müßten sozusagen bei den Hindus in die Schule gehen und lernen, was wahrer Christenglaube sei. So ging das alles sehr höflich und noch viel weniger beleidigend von den Lippen des Hindu, als ich es hier beschreibe. Wer da nicht hellhörig ist wie ich als alter Missionar, verstand den Zusammenhang vielleicht nicht einmal. Ich nehme es ihm auch nicht übel. Er ist so informiert und muß so reden. Es ist sein tägliches Brot. Ich weiß ja auch schon seit vielen Jahrzehnten, daß deutsche Gelehrte die alten, dick verstaubten heiligen Bücher Indiens aus den Stuben der Brahmanen hervorgeholt, aus der Sanskritsprache ins Deutsche übersetzt hatten und ihnen mit ihren Erklärungen neuen Geist eingehaucht hatten. Sie hatten so manche Ähnlichkeit mit dem Christentum herausgefunden und die indischen Philosophen zu bewundern gelehrt. Und die Missionare, auch die alten Pioniere, wußten schon etwas von der indisch-philosophischen Götter-

lehre, und ich habe mich auch schon vor 50 Jahren hinter ein paar solcher indischer, heiliger Bücher gesetzt und sie zu verstehen versucht. Ein unbändiger Band davon steht heute noch in meiner Bibliothek. Aber daß dieser Hinduismus mit seinen oft ganz schauerlichen Götzenfiguren und den vielen höchst anstößigen Reliefs eine „Hochreligion“ sein soll, die dem Evangelium von Christus etwa gleichwertig, ja übergeordnet sein soll, das war mir doch ein wenig zu starker Tabak. Daß man die Bhagawatgita neben, ja, wie einige sagen, über das Neue Testament stellen dürfe, daß die Liebe Jesu erst in Indien ihre wahre Gestalt gefunden habe, daß Jesus auch so ein Avatara Wischnus sei, so eine fleischgewordene Gottesidee wie Rama und Krischna in Indien, nein, das glaubten vor 50 Jahren nur ein paar Inder, die die englischen Übersetzungen der deutschen Gelehrten in sich aufgenommen hatten. Jetzt aber wird der Spieß direkt umgedreht und gegen uns gewendet, weil man so das Gefühl im Orient hat, als ob die Christen des Westens nicht mehr fest zu ihrem Christenglauben stünden. Vor 50 Jahren hätten sie uns mit solchen Meinungen nicht kommen dürfen. Wir hätten ihnen sonst sehr treffsichere, aus großer Kenntnis Indiens entstandene Antworten gegeben.

Ich hatte solche auch jetzt bei meinem Besuch in den Elefantenhöhlen nicht nur auf dem Herzen, sondern schon auf der Zunge. Aber es bot sich keine rechte Gelegenheit. Im indisch-englischen Redestrom des Führers war es unmöglich, eine Landestelle zu finden. Und für wen sollte ich eigentlich etwas sagen? Für uns vier Missionsleute? Wir wissen, was dieses „Neue“ zu bedeuten hat und kennen die Hintergründe längst sehr genau. Für die 2-3 anderen in der Gesellschaft? Nun, die eine Dame, die dabei war, war unansprechbar. Ein Herr lief auf eigne Faust in der Höhle herum und hörte überhaupt nicht auf das, was der Führer sagte. Und ein Dritter? Es war ein Deutscher, kein Missionar, sondern ein Ingenieur. Aber der setzte sich gegen das Ende der wortreichen Erklärungen ostentativ, aber sichtlich ermüdet auf eine Treppenstufe in der Halle, lachte laut, deutete mit seinem Finger auf den auch in der Höhle stehenden sogenannten heiligen Lingastein und sagte zu mir nur einen Satz, den ich aber höflicherweise nicht wiederholen darf. Wir beide jedenfalls wußten, daß es zwar scheint, als ob in Indien etwas neu geworden wäre, daß aber in Wirklichkeit alles beim Alten geblieben ist.

z. Z. Indien

Pfarrer Probst

Dankfammelstelle

Es ist eine Freude, jeden Tag für viele Gaben danken zu dürfen. Es ist jeden Tag ein Wunder vor unseren Augen, wie viele Herzen und Hände Gott immer wieder willig macht, das Werk der Heidenmission zu tragen durch Fürbitte und Opfer. Es ist ein Wunder vor unseren Augen, daß Gott Gnade gibt zu unserer Arbeit hier in der Heimat und draußen auf dem Missionsfeld. Es ist ein Wunder, daß jetzt die Konds kommen und ihre Herzen und Ohren dem Evangelium öffnen. Missionar Tauscher berichtet voll Dank und Freude über den Ausbau der Station Doliambo zu einem Zentrum der Kondarbeit. Vierzig Kondknaben konnten bereits im Internat Aufnahme finden. Die Konfirmanden unseres Landes haben ein großes Opfer gebracht, daß die Arbeit an der Jugend getan werden kann. Wir wollen Gott loben und danken, daß Er das Werk unserer Hände segnet!

Daß die materielle Not der Inder vielen Missionsfreunden das Herz bewegt, zeigen uns die mancherlei Vermerke auf den Überweisungen. „Für die Not der Kirche in Indien.“ — „Für die hungernden Brüder.“ — „Eine kleine Beihilfe für die hungernden Inder.“ — „Spende einer Schulklassen für die hungernde Bevölkerung Indiens.“ — „Für die hungernden Inderkinder.“ Und wie hungrig sie sind, und mit welchem Appetit sie essen, davon weiß Missionar Tauscher manches zu erzählen; es sei eine solche Freude, den Kondknaben beim Essen zuzusehen.

Aber auch die Not der Chinesen wird nicht vergessen. „Sonderspende für die Flüchtlinge aus Pakhoi und Limchow.“ Die Not der Flüchtlinge in Hongkong ist unheimlich groß. Es werden viele Hilfsaktionen unternommen, aber es wird doch nur ein geringer Teil der Hilfsbedürftigen erreicht. Missionar Paulsen bemüht sich sehr, Beziehungen zu Flüchtlingen aus unserm früheren Missionsgebiet herzustellen.

Mit vielen guten Wünschen wurden die Gaben für Tanganyika begleitet. „Gott verleihe Gnade und Segen für die neue Arbeit in Afrika.“ — „Für das neue Arbeitsfeld in Afrika mit besten Wünschen.“ — „Ein Scherflein und Gruß zu Beginn der Arbeit in Afrika.“ — „Wir wünschen allen nach Afrika ausreisenden Mitarbeitern Gottes reichen Segen; möchte der Herr viel Frucht durch sie wirken.“ — „Mit herzlichem Dank für die Sondernummer Tanganyika und zum Zeichen, daß wir mit unserm Opfer und Gebet auch hinter der neuen Arbeit Breklums stehen, senden wir Ihnen die Kollekte unseres heutigen Beisammenseins.“ — „Diese Gabe ist für die Aussendung der Missionarinnen nach Afrika bestimmt; Gott möchte das Scherflein der Witwe segnen!“

Es kommen manche „Scherflein der Witwe“ zu uns, davon gäbe es viel zu erzählen. Gerade diese Gaben sind in den Augen Gottes eine kostbare Gabe und es liegt ein ganz besonderer Segen auf ihnen, das dürfen auch wir in unserer Arbeit reichlich spüren; Gott vergelte alle Liebe und Opfer!

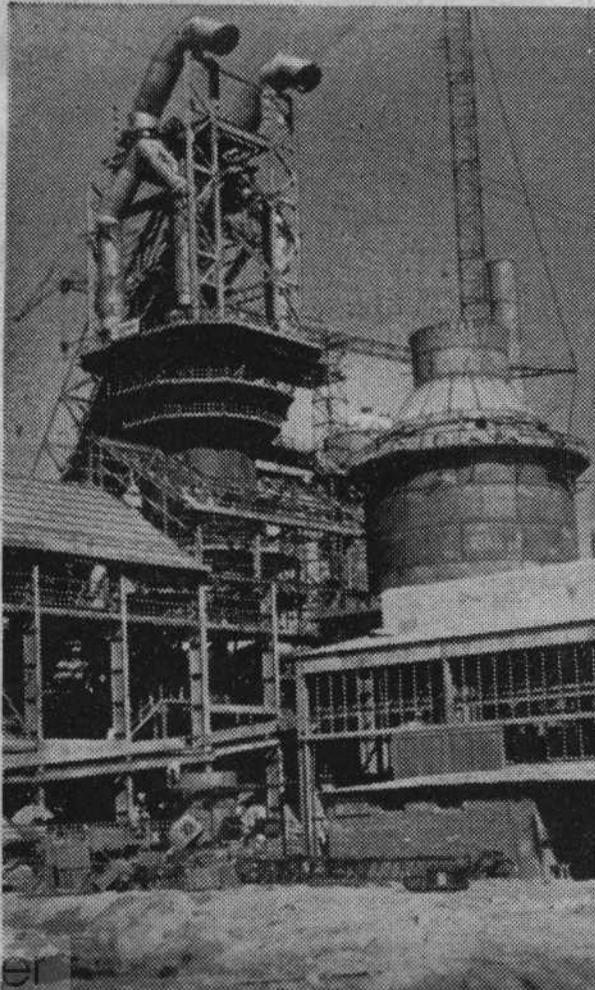
Ein Tag von großer Bedeutung für Indien

Heute beginnt in Rourkela das von Deutschen erbaute Stahlwerk zu arbeiten – Einweihung durch Präsident Prasad

Von unserem Korrespondenten E. N. Schäffer

Neu-Delhi, 3. Februar

Heute wird der erste der drei Hochöfen in Rourkela im Staate Orissa angeblasen, womit das Stahlwerk, das von Deutschen erbaut wird, in das letzte Stadium seines Entstehens tritt. Dieser technische Vorgang wird in Gegenwart des Präsidenten der Republik durch eine besondere Zeremonie begangen, an welcher Feier auch der deutsche Botschafter Dr. Melchers teilnehmen wird. Einen Tag später blasen die Russen in dem von ihnen errichteten Werk in Bhilai im Staate Madhya Pradesh



1000-Tonnen-Hochofen in Rourkela während der Montage

ebenfalls den ersten Hochofen an, wohin sich Staatspräsident Dr. Prasad von Rourkela aus begibt.

Nicht weniger als 25 deutsche Firmen, darunter mehrere Berliner Unternehmen, sind an dem Bau beteiligt. Es dürften zur Zeit an die 2000 Deutsche einschließlich Familien in Rourkela leben, wo ein Klub versucht, ihnen das Dasein in der weltabgeschiedenen Einsamkeit etwas leichter zu machen. Für die Kinder ist eine deutsche Schule eingerichtet worden. Das Stahlwerk wird, wie der zuständige Minister Sardar Swaran Singh in einer Pressekonferenz kürzlich mitteilte, 1,7 Milliarden Rupien kosten. Indisches Personal wurde und wird in Werken in der Bundesrepublik und anderen Ländern ausgebildet, jedoch wird es noch einige Zeit dauern, bis die deutschen Ingenieure und Techniker durch einheimische Kräfte ersetzt werden können.

Die Errichtung des Werkes ist während der vergangenen drei Jahre nicht ohne Störungen vor sich gegangen. Bei der enormen Arbeitslosigkeit im Lande, die, da es noch keine Statistiken gibt, sehr grob auf mindestens zehn Millionen geschätzt wird, strömten die Menschen nach Rourkela, wie einst die Goldgräber nach Klondike. Sie kamen nicht nur aus den nahegelegenen Staaten Bengalen und Pandschab, sondern auch aus dem südlichen Madras. Dies brachte Unruhe unter die einheimischen Bewohner des Staates Orissa, die sich benachteiligt fühlten und ein Vorrecht auf Beschäftigung zu haben glaubten, was sich politische Parteien und manche Gewerkschaften zunutze machten. Schuld an den Tumulten, zu denen es im August vorigen Jahres kam, sind jedoch nicht die Kommunisten, obwohl sie ihnen zugeschrieben wird.

Rourkela war ein völlig unbedeutender, kleiner Platz im dichtesten Dschungel, als sich die Regierung wegen der Nähe von Eisenerzvorkommen entschloß, dort das erste Stahlwerk der öffentlichen Hand zu errichten. Um Raum zu schaffen, mußten etwa 10 000 Bewohner dörflicher Niederlassungen 10–15 km entfernt neu angesiedelt werden. Diese Bewohner gehören nun zu den sogenannten Adivasis oder Urstämmen, von denen es, über ganz Indien verstreut, an die 25 Millionen gibt. Sie befinden sich mit graduellen Unterschieden noch auf der Urstufe der Menschheit. In dem Falle von Rourkela haben Tausende von ihnen Arbeit am Bau der Stadt, bei der Anlage von Straßen und dergleichen gefunden. Viele dieser Adivasis waren von Missionaren schon vor langer Zeit den beiden christlichen Bekenntnissen zugeführt worden, und sie vermißten ihre Kirchen, die wie ihre Häuschen und Hütten dem Stahlwerk und der Stadt von jetzt annähernd 80 000 Einwohnern Platz machen müssen. Vor einem Jahr baten katholische Adivasis die deutschen Werkleute, ihnen zu einer Kirche zu verhelfen. Sie baten nicht vergebens. Die Deutschen halfen nicht nur mit Geldbeiträgen, sondern sie legten in ihrer Freizeit mit Hand an. Kurz vor dem vergangenen Weihnachtsfest wandten sich prote-

stantische Adivasis mit dem gleichen Ersuchen an die Deutschen. Und auch sie fanden Gehör. So ist jetzt eine Kapelle im Bau, die bald vollendet sein wird.

Außer dem deutschen und dem russischen entsteht noch ein britisches Stahlwerk in Durgapur im Staate Bengalen, in dem der erste Hochofen Ende des Jahres angeblasen wird. Alle diese drei Werke werden vom Staat unter einer einheitlichen Verwaltung, der Hindustan Steel Limited betrieben. Sie sollen bei Ende des zweiten Fünfjahresplans, das heißt im April 1961, ihre volle Produktion von je einer Million Tonnen erreichen, und schon werden für den Bau eines vierten Werkes, das in Bokaro im Staate Bihar errichtet werden soll, die ersten Vorbereitungen getroffen.



Tagesspiegel-Karte. Nachdruck nicht gestattet.

1,000
M. den allg.

Reinforced perforation
Lochung verstärkt
Perforation renforcée

Weitere Trennblätter lieferbar:
1652 in 6 Druckfarben

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

1

—

2

AFRIKA

3

4

5

6

7

8

9

0

LEITZ Trennblätter chamole
1650 Lochung hinterleibt
1654 Lochung mit Ösen

Mission auf neuen Wegen

Die sozialen Probleme Afrikas zeigen sich heute in den Städten

Das Wort „Mission“ erweckt in Europa ganz bestimmte Vorstellungen. Man denkt an einen Missionar, der in einer ländlichen Gegend in einem unterentwickelten Land, weit entfernt von aller Zivilisation, das Wort Gottes verkündet und Heiden tauft. Diese Vorstellungen stimmen zumindest für Ostafrika nicht mehr.

Keine Heiden mehr

Dort ist eine Wandlung im Gange, die die afrikanischen Kirchen zwingt zu überlegen, wie sie Mission betreiben sollen. Sehr deutlich sagte das ein afrikanischer Katholik, der Generalvikar in Bukoba (Tansania): „Nahezu alle Bewohner des Distrikts von Bukoba gehören zu einer der drei großen Konfessionen. Es gibt daher keine Missionsarbeit im herkömmlichen Sinne mehr.“ Ein Bestandteil davon war die Einrichtung und Unterhaltung von Schulen und Sanitätsstationen. Auch diese Arbeit scheint in der Zukunft nicht mehr in den Möglichkeiten der Kirchen zu liegen, da der Staat Bildung und medizinische Versorgung als eigene Aufgabe ansieht und im Augenblick bereits damit beginnt — soweit seine finanziellen Mittel reichen —, beides zu übernehmen. Es ist eine Frage der Zeit, wann die Kirche diese Aufgabenbereiche verloren hat.

Will die afrikanische Kirche ihre Position halten, so muß sie sich neue Aufgaben suchen. So sagt Bischof Kibira: „Vom sozialen Wandel ist auch die Kirchenarbeit nicht ausgenommen. Arbeitslosigkeit, Prostitution und uner-

wünschte Kinder bilden besonders drängende Probleme, von denen vor allem die Jugend betroffen ist. Das eröffnet ein völlig neues Missionsgebiet in der Sozialfürsorge und in der Jugendarbeit.“ Diese Probleme treten dort auf, wo Traditionelles und Modernes zusammenstoßen, in der Stadt. Der Missionsbereich verlagert sich vom Land zur Stadt.

Die soziale Lage in den afrikanischen Städten ist katastrophal. Mit der Unabhängigkeit begann ein unerhört großer Bevölkerungszustrom in die Städte. Man hoffte, dort mehr an den Früchten der Unabhängigkeit teilnehmen zu können. Die Einwohnerzahl von Nairobi ist z. B. in den letzten 30 Jahren von 20 000 auf 267 000 gestiegen, und man rechnet damit, daß sie sich in den nächsten 10 Jahren verdoppelt. Es fehlen Wohnunterkünfte, Arbeitsplätze und jede soziale und medizinische Versorgung. Die afrikanischen Kirchen haben die Verpflichtung, die sich für sie aus diesem Elend ergibt, erkannt, und versuchen, besser als ihre Mutterkirchen während der Industrialisierung in Europa, zu helfen. Im Nationalen Kirchenrat in Kenia hat sich deshalb eine Arbeitsgruppe für kirchliche Arbeit in Industriestädten gebildet.

Diese Gruppe hat ein Arbeitsmodell entwickelt, nach dem in zwei Richtungen gearbeitet wird. Einmal sollen die Bewohner der Elendsviertel dazu veranlaßt werden, sich zu organisieren, um Selbsthilfe zu ermöglichen; zum anderen bringt man Leute aus dem Management, aus dem politischen Leben, von den Gewerkschaften, Arbeiter und

Bewohner der Elendsviertel, zu Konferenzen zusammen, um der Entfremdung vom Staat einerseits und einer Vernachlässigung der Bürger andererseits entgegenzuarbeiten. Wie dieses Modell in die Praxis umgesetzt wird, zeigt das folgende Beispiel.

Beispiel aus Kenia

Der Nationale Kirchenrat von Kenia schickte zusammen mit anderen kirchlichen Organisationen einen Mann in eines der Elendsviertel einer Stadt nahe bei Nairobi. Dieser begann, Kontakte zu knüpfen, einmal mit den Bewohnern des Bezirkes, zum anderen mit den kommunalen Behörden, den Betriebsleitungen und den Gewerkschaftsfunktionären. Er erreichte durch geschicktes Verhandeln, daß sich die Bewohner dieses Gebietes organisierten, sich in Gruppen zusammenfanden und nun untersuchen, wodurch sie ihr Elend bessern können. Man beschloß den Bau eines Gemeindehauses, um Versammlungsräume, Räume für Unterricht und ärztliche Untersuchungen zu erhalten und versucht, durch Eigenleistungen die Kosten möglichst niedrig zu halten. Man bildete ein Organisationsteam, dem ein Arzt, ein Pädagoge, ein Soziologe ein Psychologe und ein Ökonom angehören. Durch die Organisation dieses Bezirkes hofft man, bei Gesprächen mit den Verwaltungen eine so starke Position zu haben, daß die Bedürfnisse der Bewohner dieses Bezirkes so weit wie möglich berücksichtigt werden, daß die Löhne angehoben werden usw.



Die Aga-Khan-Moschee in Nairobi, der Hauptstadt Kenias, wurde 1933 fertiggestellt. Sie liegt im Zentrum der stetig wachsenden Stadt. Foto: dpa

Es stellt sich für uns die Frage, wie unsere Unterstützung dieser Bemühungen aussehen soll. Die Gossner-Mission in Mainz-Kastel hat ein neues Modell der Missionsarbeit geschaffen. Sie geht davon aus, daß das Missionsgebiet in Afrika die Stadt ist und daß dort nicht nur Bibelkunde, sondern organisatorische Erfahrung, soziologisches, psychologisches und ökonomisches Wissen gefragt sind. So unterstützt sie das obengenannte Projekt, indem sie einen Mann, der diesen Anforderungen entspricht, für die Arbeit an diesem Projekt und dem Nationalen Kirchenrat in Kenia Geld zur Verfügung stellt.

Diese Projekte haben unter den Gönnern der Gossner-Mission nicht viele Freunde. Will die Goss-

ner-Mission um Geld werben, so muß sie andere Vorhaben, die für ländliche Gebiete Afrikas geplant sind und mehr an die traditionelle Missionsarbeit erinnern, vorschieben. Selbst dann fließen Gelder spärlich, weil die Gossner-Mission keine richtigen Missionare mehr vorweisen kann.

Manchmal scheint es, als wollten die Gemeindeglieder unserer Kirchen die jungen Kirchen zwingen, die gleichen Fehler zu machen, die die europäischen Kirchen während der Industrialisierung in Europa begingen. Es ist bedauerlich, daß Missionsgesellschaften auch den Kampf gegen die Unwissenheit in ihren Heimatländern führen müssen und dadurch viel Kraft verlieren, die den jungen Kirchen zugute kommen sollte. Robert Neumann

Aus Leserbriefen

Freie Wahl

(„Vertrag mit der DDR“,
KuM März 1969)

Um von vornherein beim Lesen einem vorschnellen Urteil vorzubeugen: Man kann aus Gründen nützlicher Realpolitik den Standpunkt vertreten, die DDR anzuerkennen und sie wie jeden anderen Staat betrachten, z. B. etwa wie Griechenland. Aber eine moralische und demokratische Begründung für diesen Standpunkt hält keiner Kritik stand. Die DDR-Führung hätte es doch in der Hand, jedem Alleinvertretungsanspruch seitens der Bundesrepublik den Boden zu entziehen, indem sie eine freie Wahl zuließe und den Eisernen Vorhang aufzöge . . . Solange die Bevölkerung der DDR keine Möglichkeit hat, ihrer Meinung Ausdruck zu geben, und wie in einem riesigen Gefangenenlager gehalten wird, ist eine freigewählte deutsche Regierung moralisch berechtigt, auch im Namen der Bevölkerung der DDR zu sprechen. Wenn es die Mauer nicht verhinderte, würde die DDR-Bevölkerung weiter mit den Füßen abstimmen und zeigen, wo sie hingehören möchte.

Leider haben es die Bundesregierungen durch unklare, schwankende Stellungnahmen ihren Kritikern leichtgemacht, den Vorwurf des Prestigedenkens zu machen.

Wolfgang Kaerger, Essen

Was Glauben heißt

(„Maßstab des Glaubens“,
KuM März 1969)

Der Maßstab des Glaubens, den Jesus anlegt, war ein Senfkorn, niemals aber die Menge und der Umfang guter Werke. „Rechtes Tun“ ist nicht gleichzusetzen mit „Glauben“. Glauben heißt sich hineinversenken in die Hand Got-

gen unterstützen ihren Grundsatz, wenn sie „gute Werke“ predigen und verschweigen, daß der seit dem Sündenfall dem Tode preisgegebene Mensch trotz aller guten Werke dieses Todesurteil nicht aufheben kann.

Kein Mensch kann dieses Urteil aufheben. Nur Gott selbst! Deshalb, und nur deshalb wurde er Mensch. Nur er, der völlig Reine, der nicht mit dem Todesurteil allen Fleisches Behaftete, konnte die Schuld der Menschheit sühnen: Jesus Christus, Gottes Sohn, „welcher nicht von dem Geblüt noch von dem Willen des (vergänglichen) Fleisches, noch von dem Willen eines (der Vergänglichkeit unterworfenen) Mannes, sondern von Gott geboren ist“ (Joh. 1, 13). Der Auftrag der Kirche ist es nicht, die Welt zu verbessern. Die Welt, die durch alle möglichen Hilfs-

ben an den, den Gott gesandt hat, dann werden wir frei von aller Schuld und frei zu guten Werken in dieser vom Satan besessenen Welt . . .

Gertrud Krüger, Darmstadt

Unruhige Zeit

Eine Unzahl von Problemen beschäftigt die Menschen der Gegenwart in der Politik, Wirtschaft, in der Wissenschaft (zumal Theologie), Technik, in der Kirche, in der Familie usw. Eine sehr große Unruhe hat allgemein Platz gegriffen. Was liegt nicht alles in der Luft? Der laute Ruf nach Lösungen ist nicht zu überhören. Viele gutgemeinte Ratschläge werden angeboten.

Auch ein Blick in „Kirche und Mann“ zeigt das allgemeine Miterfaßtsein. Dankenswerterweise wird hier manches angepackt, bzw. zu klären versucht. Ist Aktivität nun die Zauberformel, die eingetretene oder noch kommende



Gent: In Plänen versunken . . .

Karikatur: Fritz Wolf

aktionen verbessert werden soll, ist von Gott seit dem Sündenfall dem Untergang, der Vergänglichkeit preisgegeben. Der Auftrag der Kirche ist es, die Menschen zur

Katastrophe zu wenden? Die aufrüttelnde Botschaft der Bibel, des Evangeliums kann doch nicht nur brauchbar sein als Mittel seliger Erhebung am Feiertag, zur Ver-

Von neuen Büchern

Hermann Pünder, *Von Preußen nach Europa. Lebenserinnerungen.* Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart. 572 S. Ln. 38,— DM.

Der verdienstvolle CDU-Politiker, Staatssekretär Brünings am Ende der Weimarer Republik und Oberdirektor des vereinigten Wirtschaftsgebietes der amerikanischen und britischen Zone von 1947 bis 1949, hat in diesem Buch nicht nur seine Erlebnisse, eingebettet in die wechselvolle deutsche Geschichte, niedergeschrieben, sondern auch ein Programm verkündet: die Einigung Europas. Ihr fühlt er sich besonders verbunden. Seine Erinnerungen bieten manches Interessante: zum Beispiel Hindenburgs Wunschdenken, als er Hitler zum Kanzler berief, ihn im Zaum halten zu können; Adenauers Enthaltsamkeit bei der CDU-Gründung 1945, er stieß erst viel später hinzu; die Entstehung Nordrhein-Westfalens gegen den Widerstand der damaligen SPD. Adenauer kam sich nach Pünders Bericht für das Amt des Oberdirektors zu alt vor und wurde dann für 14 Jahre erster Bundeskanzler! Mit Bitterkeit vermerkt Pünder, daß die Arbeit des Wirtschaftsrates in Frankfurt bei und nach Gründung der „Bonner“ Bundesrepublik fast vergessen wurde. Mit Recht verweist der Autor auf diese entscheidenden Aufbaujahre. Seiner damaligen umsichtigen Leitung haben wir viel zu verdanken.

Ingo von Münch (Hrsg.), *Dokumente des geteilten Deutschland.* Kröner-Verlag. 588 S. Ln. 19.80 DM

Die in diesem Buch enthaltenen Quellentexte zur Rechtslage des Deutschen Reiches, der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik stellen 160 Verträge, Noten, Ge-

land Stellung. Im ganzen gibt das Buch einen umfassenden Hintergrund, ohne den Deutschlandpolitik nicht getrieben werden kann.

Report über den Holländischen Katechismus. Dokumente, Berichte, Kritik. Herder-Verlag Freiburg. 230 S. Kt. 9,80 DM.

Wer sich über den umstrittenen Holländischen Katechismus der Katholiken informieren will, greife nach diesem Buch. Es enthält eine Darstellung der Entstehungsgeschichte des Werkes und die Reaktion darauf in der Öffentlichkeit und innerhalb der katholischen Kirche. Dem Für und Wider wird dabei Raum gegeben.

Helmut Gollwitzer, *Kann man der Bibel glauben? Eine aktuelle Besinnung.* Presseverband der Evangelischen Kirche im Rheinland, Düsseldorf. 24 S. Kt. 1,90 DM.

Der Berliner Theologieprofessor Gollwitzer wendet sich in diesem Heft gegen die Angst, die manche Christen befällt, wenn sie das Evangelium in Beziehung zur Wissenschaft setzen. Die Frage nach dem Glauben beantwortet der Autor mit dem Hinweis darauf, daß es bei der Bibel entscheidend darauf ankommt, nicht ob sie wahr ist, sondern daß sie den Menschen zum Glauben verhilft. „Nicht die historische Kritik macht die Bibel unglaubwürdig“, schreibt Gollwitzer, „sondern wir Christen machen sie unglaubwürdig, wenn wir nicht Nachahmer des Gottes der Barmherzigkeit und der Feindesliebe werden.“

ALLGEMEIN

1

2

3

4

5

6

7

8

9

0

Reinforced perforation
Lochung verstärkt
Perforation renforcée

Weitere Trennblätter lieferbar:
1652 in 6 Druckfarben

LEITZ Trennblätter chamois
1650 Lochung hinterklebt
1654 Lochung mit Ösen



Sebastian Haffners Meinung

» Die Deutschen sind in der beneidenswerten Lage, sich einmal eine Aufwertung gönnen zu können, also eine Art Gewinnausschüttung an die Masse der verdienenden Bevölkerung «

Schiller macht's möglich

Dank Bundeswirtschaftsminister Schiller – man glaubt es kaum: endlich einmal ein Sozialdemokrat, der für seine Sache kämpft – werden die Bundesbürger am 28. September nun doch wenigstens auf einem Gebiet eine echte politische Entscheidung treffen können. Durch ihre Wahl werden sie praktisch darüber abstimmen, ob die D-Mark aufgewertet werden soll oder nicht. Wer CDU oder CSU wählt, stimmt gegen die Aufwertung; Daran haben Kiesinger und Strauß keinen Zweifel gelassen. Wer SPD wählt, stimmt für die Aufwertung; Dafür hat Schiller gesorgt, indem er nicht locker gelassen und schließlich mit einiger Mühe auch seine Partei zum Schwur gebracht hat. Die Wahl vom 28. September ist diesmal im Effekt eine Volksabstimmung über die Aufwertungsfrage. Grund genug, sich auch als Laie einmal ganz klar zu machen, was Aufwertung bedeutet und worum es dabei geht.

Zunächst einmal das Allerelementarste (es muß gesagt werden, denn eine Umfrage hat gezeigt, daß erstaunlich viele Leute sich nicht darüber im klaren sind): Eine Aufwertung bedeutet, daß die D-Mark wertvoller und härter wird, nicht etwa das Gegenteil. Sie bedeutet, daß jeder, der D-Mark verdient oder D-Mark auf dem Sparkonto hat, ein bißchen reicher wird, daß er mit seiner D-Mark mehr kaufen kann als vorher. Am klarsten würde sich das beim Auslandsurlaub zeigen: Der wird einfach um genau so viel billiger, wie die D-Mark aufgewertet würde. Dasselbe müßte eigentlich bei reinen Einfuhrwaren der Fall sein, also zum Beispiel bei französischen Autos oder englischen Stoffen, aber da wird natürlich das meiste bei den Importeuren und Zwischenhändlern hängenbleiben. Immerhin, ein bißchen billiger müßten importierte Sachen nach einer Aufwertung wohl auch

werden, wenn es nicht mit ganz un-rechten Dingen zugeht; mindestens nicht teurer. Und dasselbe gilt für die Unzahl von einheimischen Waren, in denen importierte Rohstoffe oder Halbfabrikate stecken: Da die alle durch eine D-Mark-Aufwertung billiger werden, muß sich das auch im Preis des Endproduktes ausdrücken, mindestens darin, daß dieser Preis nicht weiter ansteigt. Aufwertung bedeutet daher, wenigstens für eine Weile, Aufhören des Preisanstiegs. Wie gesagt, wenn alles mit rechten Dingen zugehe, müßte sie sogar bei vielen Waren einen Preisrückgang bringen.

Nun wird man sagen: Wenn wir uns auf diese Weise fast alle durch einen Federstrich reicher machen können, dann muß da doch ein Haken dabei sein, sonst würden ja alle Länder alle paar Jahre ihre Währung einfach aufwerten. Nun, ein solcher Haken ist natürlich wirklich

dabei. Aufwertung, die fremde Waren für Deutschland billiger macht, macht deutsche Waren für das Ausland entsprechend teurer, und man muß also, wenn aufgewertet wird, damit rechnen, daß das Ausland sich weniger deutsche Waren leisten kann und weniger deutsche Waren kaufen wird. Die Zeche der Aufwertung zahlt der deutsche Export.

Das wäre schlimm, wenn der deutsche Export hart zu kämpfen hätte, wenn die Bundesrepublik gerade nur mit Mühe und Not genug exportierte, daß die Industrie ihre Einfuhren und die Bundesbürger ihre Auslandsreisen bezahlen könnten. So ist es aber nicht. Im Gegenteil, einer der Hauptgründe für die Aufwertung ist gerade, daß die Deutschen seit Jahren auf dem Weltmarkt alles in Grund und Boden konkurrieren, anderen einen Markt nach dem anderen wegnehmen und Exportüberschüsse nur so scheffeln. Kein Wun-

der, daß alle Welt den Deutschen zu-
ruft: „Macht mal Pause!“ Denn das
ist es im Grunde, worauf der Ruf
nach Aufwertung hinauskommt.

Aufwertung ist eine Belohnung
für Fleiß und Wohlverhalten. Wer
zuviel gestreikt oder seiner Industrie
zu hohe Löhne und Sozialleistungen
abverlangt hat, wer sich zu viele
Atomwaffen oder zu viele Vietnam-
kriege geleistet hat und dadurch auf
dem Weltmarkt ins Hintertreffen ge-
raten ist, kann sich keine Aufwertung
leisten; im Gegenteil, er kann in die
peinliche Lage kommen, abwerten und
damit seine ganze Bevölkerung frei-
willig ärmer machen zu müssen, um
wieder konkurrenzfähig zu werden.
Die Deutschen haben das alles nicht
getan, sie haben sich jahrelang brav
und redlich abgerackert und sind da-
her heute in der beneidenswerten
Lage, sich einmal eine Aufwertung
gönnen zu können, also eine Art
Gewinnausschüttung an die Masse der
verdienenden Bevölkerung.

Intern bereichert eine D-Mark-Auf-
wertung die geldverdienende Klasse
(zu der nachgerade an die 99 Prozent
der Bevölkerung gehören) zu Lasten
der sachwertbesitzenden Klasse; und
wenn „Klassenkampf“ in Deutschland
nicht ein unanständiges Wort gewor-
den wäre, wenn alle, die von ihrer
Arbeit leben und nicht nur ihren
Besitz hecken lassen – und das sind
nicht nur die Arbeiter, sondern auch
die Beamten und Angestellten und
Freiberufler –, noch ein bißchen daran
zu denken wagten, auf welcher Seite
ihr Brot gebuttert ist, dann würde es
in Deutschland selbst schon seit Jah-
ren einen unüberhörbaren Ruf nach
Aufwertung geben. Tatsächlich sind
die Deutschen allerdings für so etwas
viel zu schüchtern geworden, sie las-
sen es sich lieber gefallen, daß alles
Jahr für Jahr teurer wird und daß
echte Vermögensbildung nur noch
ganz wenigen vorbehalten ist. Der Ruf
nach Aufwertung der D-Mark kommt
nicht aus dem Inland, wo die Deut-
schen längst nichts mehr dabei finden,
daß ihnen ihre D-Mark im Portemon-
naie und auf dem Sparkonto dauernd
wegschmilzt oder weggeschmolzen
wird, sondern aus dem Ausland, von
der notleidenden Konkurrenz; und
das macht ihn vielen Deutschen nun
wieder verdächtig: Denn, so hat man
sie gewöhnt zu denken, was für das
Ausland gut ist, das kann doch für
uns nur schlecht sein.

Aber das stimmt nicht. Die Welt-
wirtschaft ist kein Sportfest, wo
es um Sieg und Niederlage geht. Sie
ist ein Organismus, dem es nicht be-
kommt, wenn er aus der Balance
gerät. Jeder ist jedes anderen Kunde,
und auf die Dauer ist es auch für die
Deutschen nicht gut, wenn sie ihre
Kunden zu Tode konkurrieren. Ganz
abgesehen davon, daß die Länder,
die auf wirtschaftlichem Gebiet Kun-
den und Konkurrenten sind, auf
anderen Gebieten ja Verbündete und
Schutzmächte sein sollen.

Was die Verweigerung der Auf-
wertung nach außen darstellt, das
ist der Wirtschaftskrieg – und zwar
gegen den Westen. Und so wie ein
Krieg mit den Knochen der Grenadiere
bezahlt wird, so der Wirt-
schaftskrieg mit dem verdienten Geld
der Werktätigen: Nach innen ist die
Verweigerung der Aufwertung Klas-
senkampf von oben.

Schillers Kampf um die Aufwer-
tung geht daher in Wahrheit um
den äußeren und inneren Frieden. Es
ist ein merkwürdiger Gedanke, daß
Schiller heute genau da steht, wo vor
zwanzig Jahren Adenauer stand.
Schiller heute wie Adenauer damals
will wenigstens mit dem Westen auf
allen Gebieten aufrichtig und ent-
gegenkommend zusammenarbeiten,
und er will im Innern der nach wie
vor großgeschriebenen Marktwirtschaft
wieder das vergessene kleine Beiwort
„sozial“ hinzusetzen, das sie bei
Adenauer noch hatte. Kiesingers CDU
und Straußens CSU haben das eine wie
das andere längst hinter sich gelassen.

Eingegangen
12. FEB. 1968

Prof. Gollwitzer zur "Dokumentation" des Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-
Gemeindekirchenrats

epd Berlin, 6. Februar. Scharfe Kritik übt Prof. Helmut Gollwitzer an der vom Gemeindekirchenrat der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche herausgegebenen Dokumentation zu den Störungen der Gottesdienste am Heiligen Abend und in der Silvesternacht. In einer Stellungnahme wirft er dem Gemeindekirchenrat vor, nie ein Gespräch mit der kleinen Demonstrantengruppe gesucht zu haben, um wenigstens die Fakten zu klären. "Er gibt vielmehr mit der Autorität eines kirchlichen Organs noch Wochen später eine Darstellung heraus, die höchst wahrscheinlich wahrheitswidrig ist." Nicht einmal die unwahre Behauptung eines Kirchendieners, Dutschke sei angetrunken gewesen, sei aus dem Bericht entfernt worden. Verschiedene Vorgänge seien verschwiegen worden. "Gänzlich mit Schweigen übergangen wird das Schlimmste, was an diesem Abend geschehen ist: unmittelbar vor dem Altar haben sich etwa 20 Männer auf Dutschke gestürzt und so auf ihn eingeschlagen, daß ernste Verletzungen zu fürchten waren."

Da der Gemeindekirchenrat mit seinen Pfarrern in die Vorgänge nicht unmittelbar verwickelt gewesen sei, hätte er, "überparteilich Stellung nehmen und nach beiden Seiten Tadel und Ermahnung austeilen können". Die Dokumentation zeige, "daß er sich auf die Seite der Schläger stellt". Das Telegramm der 30 Pastoren aus Bremen werde zwar gebracht, durch die Umrahmung jedoch sofort entkräftet. "Bei meiner Radioansprache vom 30.12. wird mir der Titel 'An eine unchristliche Gemeinde' unterschoben, den ich ihr nie gegeben habe. Der Leser erfahre auch nicht, daß zwischen der Aktion am Heiligen Abend und der am Silvesterabend ein qualitativer Unterschied bestehe. "Er hätte es durch den Rundbrief von Bischof D. Scharf an die Berliner Pfarrer erfahren, der nun endlich ein wirklich christliches Wort zu den Vorfällen ist. Diesen Rundbrief aber hat man in demonstrativer Weise nicht mit abgedruckt. ...

Diese kirchliche Stimme ist nur mit dem Balken im Auge der anderen beschäftigt. Die offizielle Lehre von der Rechtfertigung des Sünders aus Gnaden hindert nicht, daß, wenn es zum Schwur kommt, die Position der Selbstrechtfertigung bezogen wird, wofür die Radiorede von D. Helbich ein klassisches Beispiel gibt. Selbstrechtfertigung aber bedarf dann der Ehrabschneidung. Wer die eigene Ehre verteidigt, gibt leicht die Ehre des anderen preis. Auf den Gedanken, es könnte Sache der christlichen Gemeinde sein, für die Ehre der Demonstranten und die eines so ehrlichen und ernstzunehmenden Mannes wie Rudi Dutschke gegen eine aufgebrachte und aufgehetzte Mehrheit der Bevölkerung einzutreten, ist bisher nur Bischof Scharf gekommen - und wohl eben deshalb hat der Gemeindekirchenrat seinen Brief weggelassen. So ist diese 'Dokumentation' tauglich für Agitation gegen eine unbequeme Minderheit und ein Dokument christlicher Unbußfertigkeit. Die Chance, einer unruhigen jungen Generation die praktische Relevanz des christlichen Glaubens in einer Zeit des Streites darzustellen, ist wieder einmal vertan."

Neue Pfarrstelle am Johannesstift

epd Berlin, 6. Februar. In der Stiftskirche des Evangelischen Johannesstiftes in Berlin-Spandau wurde am Sonntag Pastor Klaus Grammel von Superintendent Günther Brandt und dem Stiftsvorsteher Kirchenrat Horst Becker als Anstaltsgeistlicher eingeführt. Er wird eine am Johannesstift neu eingerichtete Pfarrstelle bekleiden. Pastor Grammel war bisher Hilfsprediger in Reinickendorf und außerdem seit fast zwei Jahren theologischer Dozent am Brüderhaus des Johannesstiftes.

26. Aprilium! zu König! Freigänger sind auch im Kaufmann?

Winn Martin

Pressedienst des Landes Berlin

PRESSE- UND INFORMATIONSAMT DES LANDES BERLIN, 1 BERLIN 62 - RATHAUS SCHÖNEBERG, TELEFON: 7801 3309

8. Februar 1967
Nr. 28

ER WAR IM BESTEN SINNE DES WORTES EIN PATRIOT

In einer Trauerfeier von Senat und Abgeordnetenhaus im Plenarsaal des Rathauses Schöneberg ehrte der Regierende Bürgermeister Heinrich Albertz am Mittwoch, dem 8. Februar, den verstorbenen Bischof D. Dr. Otto Dibelius mit einer Rede, die folgenden Wortlaut hat:

"Wer nicht in der Ruhe seines Studierzimmers, sondern be-
drängt von seinem Terminkalender und den Akten und Telefo-
nen sich darüber Gedanken gemacht hat, was er nun heute
als Regierender Bürgermeister zum Gedächtnis und zum Ruhm
des Ehrenbürgers Otto Dibelius sagen sollte, der hat es
nicht ganz einfach zu beginnen.

Zunächst liegt auch über diesem weltlichen Raum der Wunsch
des verstorbenen Bischofs, nicht über seine Person zu re-
den. Das ist nun eben durch den Präsidenten des Abgeordne-
tenhauses geschehen. Das ist auch ganz unvermeidlich. Aber
vielleicht kann ich doch versuchen, auch heute und hier mich
an diesen Wunsch zu halten und auszudrücken, was vor dem
Bild des großen Toten uns in der hier versammelten Gemein-
schaft derer, die in so vielfältiger Weise die Stadt Berlin
darstellen, bewegen sollte.

Da ist zuerst und als wichtigstes und eben auch hier in der
Repräsentanz der Bürgergemeinde zu sagen, daß dieser Ehren-
bürger Otto Dibelius aus einem, ~~seinem~~ Glauben lebte. Da
gibt es nicht mehr viele unter uns, die das so sichtbar und
hörbar machen können, wie er es konnte. Da ist also zu-
nächst dafür zu danken, daß es dies heute in dieser Welt
noch gibt. Es ist eine Welt, die der Versuchung völliger
Bindungslosigkeit ständig erliegt. Es ist in diesem Teil
der Stadt und unseres Landes die Versuchung, Freiheit so zu
verstehen, als sei es eine Freiheit von jeglicher Ordnung.
Es ist eine Welt, in der bei der Relativierung aller Maß-
stäbe die Maße weitgehend verloren sind. Es ist jene plura-
listische Gesellschaft - ein Wort, das Otto Dibelius gar
nicht gern hörte -, in der der Plural das eine unverwechsel-
bare Ich des einzelnen immer mehr auszuschließen droht.

Es ist das dankbare Erstaunen darüber, daß es noch Männer
gibt, die aus Überzeugung sagen können: dies halte ich
für richtig und dies halte ich für falsch, und die es aus

-2-

Verantwortlich: Peter Herz / Redakteur: Heinz Fanselau

Überzeugung sagen. Otto Dibelius hat in seinem langen Leben immer wieder klar und deutlich ja oder nein gesagt. Ich bekenne mich offen und gern dazu, daß ich bei solcher Art Äußerungen häufig nicht seiner Meinung war. Viele seiner nächsten Freunde haben dies immer wieder schmerzlich erlebt. Aber der tiefe Respekt und die große Dankbarkeit dafür, daß einer sagt, was er will, daß einer sich wehrt, in die große Herde der Opportunisten und Pragmatiker einzutreten, war ein Geschenk für diese Stadt und für uns alle. Jeder von uns, wo immer er auch stehen mag, und woher er seine Maßstäbe sich setzt oder gesetzt erhält, hat das gespürt. Jeder wußte, dieser Mann war ein Christ, nicht weil er den Titel eines Bischofs führte, sondern weil er an das, was ihm gesagt worden war, glaubte.

Von diesen Maßstäben aus hat dann auch dieser Bischof versucht, engagiert wie kaum ein anderer, mit herzerfrischender Deutlichkeit, unbequem und Unbequemlichkeiten verbreitend seinem Land zu dienen. Der Vater seiner Kirche, dieser zerrissenen, geschlagenen, gedemütigten Kirche von Berlin-Brandenburg war im besten Sinne des Wortes ein Patriot. Auch hier wieder: er hatte seine Meinungen, die viele von uns, auch der, der hier spricht, auf weite Strecken nicht teilte. Aber der in exemplarischer Weise für das Ganze, für diese Stadt, für die Einheit des Landes, für die Zusammengehörigkeit der Menschen, für das, was unter diesen Menschen Freiheit und Gerechtigkeit sein mag, eingetreten ist. Präsident Bach hat uns dafür schon einige Zeugnisse vor Augen geführt. Er war nun wirklich ein Berliner, er hätte in keiner anderen Stadt leben und sterben können. Er gehörte zu dieser Stadt wie ihre Kirchen, ihre Schlösser, ihre Wälder und Seen und die Luft, in der wir leben.

Er hat das Verhältnis zwischen Kirche und Staat immer wieder beschrieben - zuletzt in der zum Widerspruch reizenden Untersuchung über die Obrigkeit. Aber auch hier wieder: auch wenn man völlig anderer Meinung ist als er, Welch ein bewegender Versuch, göttliche und menschliche Autorität einander zuzuordnen und denen, die ihre Autorität vom Willen des Volkes ableiten, zu sagen, wer letzten Endes ihr Amt trägt. Der, der am leidenschaftlichsten den von uns abgespaltenen Teilen unserer Stadt und unseres Landes zugewandt war, war am härtesten von ihnen ausgeschlossen. Der, dem es um nichts weiter ging, als das, was zusammen gehörte, auch zusammenzuhalten, ist von den Kommunisten zum Zerrbild der Spaltung gemacht. Die Menschen drüben und wir wissen es besser. Die Tragik versäumter Entschlüsse und Irrwege, die viele von uns gegangen sind, warfen ihren Schatten auch über das Bild dieses Mannes. Er ist gestorben, ohne das Land, dem er verpflichtet war, wiederzusehen. Aber er mahnt uns wie kaum ein anderer, daß nicht noch allzu viele sterben müssen, bis wir wieder zusammengehören.

Damit bin ich beim Dritten, was ich zum Gedächtnis von Otto Dibelius sagen möchte. Dieser Mann, der so viel Distanz um sich schuf und in dessen Gegenwart auch hochgewachsene Eitelkeiten verdorrten, er war den Menschen, war uns allen zugewandt.

Hinter diesem alt gewordenen Gesicht und diesem strengen - nun muß das Wort einmal vorkommen - preußischen Habitus verbarg sich eine große Güte. Vielleicht ist es erlaubt, gerade dies aus persönlichen Erfahrungen zu schildern. Ich werde nie vergessen, wie ich, frisch nach Berlin gekommen und als Senatsdirektor in der Volksbildungsverwaltung gerade meine ersten Schritte ühend ihm zum Antrittsbesuch in seinem Haus am Faradayweg gegenüber saß - der alte Bischof dem insoweit jungen Pfarrer, der in ~~des~~ opus alienum politischer

Verantwortung geraten und noch dazu Sozialdemokrat war. Er hielt mir einen langen, höchst dibeliuschen Vortrag über seine Erfahrungen mit der deutschen Sozialdemokratie, und jeder, der den Bischof kannte, wird sich ungefähr vorstellen können, was er mir da gesagt hat. Ich war ein wenig konsterniert und erschreckt und wollte zu einer großen Gegenrede anheben. Da wischte er das alles mit einer Handbewegung weg und wünschte mir ganz warmherzig alles Gute und schloß, ohne eine Widerrede zu dulden, diesen merkwürdigen Exkurs mit dem Satz: 'Ich freue mich ja so, daß Sie hier sind'. Damit ging ich verwirrt aus seiner Stube und trug das, was ich ihm sagen wollte, als Monolog auf der Rückfahrt im Auto mir selber vor.

Ja und dann gibt es einen Brief des Bischofs vom 28. Dezember 1966 an den Regierenden Bürgermeister. Ich glaube, daß ich berechtigt bin diesen Brief hier einfach vorzulesen. Er zeigt diesen alt und ein wenig einsam gewordenen Mann besser als alle Worte, die ich für ihn finden könnte.

'Mein lieber Herr Regierender!

Von meinem Büro ist, wie ich annehme, schon durchgesagt worden, daß ich zu Ihrem Neujahrsempfang nicht kommen werde. Ich halte diese Neujahrsempfänge für eine gute Sitte und habe, solange ich im Amte war, jedesmal am Neujahrstag meine Mitarbeiter aus den verschiedenen Sparten meiner kirchlichen Verantwortung empfangen. Ich bin unter Ihrem Vorgänger manches Mal im Charlottenburger Schloß gewesen und habe kräftig Hände geschüttelt. Aber - jetzt kann ich das eben nicht mehr. Das Gedränge im Charlottenburger Schloß, wo Ausgänge Mangelware sind, ist mir zuviel. Dafür muß man jüngere Muskeln und festeres Stehvermögen haben, als es einem mit 86 Jahren noch geschenkt wird.

Aber es ist mir doch ein persönliches Anliegen, Ihnen zu zeigen, daß ich Ihren Übergang in ein neues Jahr mit hoffender Teilnahme begleite. Daß wir verschiedenen Parteien angehören und ich gewohnt bin, bei einer einmal getroffenen Entscheidung auch zu beharren, tut dem keinen Abbruch. Ich habe niemals meinen Glauben und meine persönliche Sympathie von irgendwelchen Partei-Grenzstrichen abhängig gemacht. Ich habe aber in meinem jetzigen Zustand etwas mehr Spielraum als früher, über das menschliche Leben in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft nachzudenken, und bin mir darüber klar, daß jetzt die Zeit kommt, in der der große Umbruch an seiner empfindsamsten Stelle durchgestanden werden muß. Es war schon zu Weihnachten zu merken. Was 'feiern' eigentlich bedeutet, wissen die Menschen von heute ja überhaupt nicht mehr. Daß man ganz hemmungsfrei, ohne etwas zu wollen, ohne etwas denken zu müssen, einfach beieinander sein kann in der Gemeinschaft froher und hoffnungsvoller Gefühle, - das ist für die junge Generation von heute unvorstellbar. Ich habe manchesmal in der Vergangenheit gesagt: Im Neuen Testament der heutigen jungen Generation spricht der Engel 'Siehe, ich verkündige euch große Probleme, an denen alle Welt während der nächsten paar tausend Jahre zu knabbern haben soll!'

Wenn man heute still für sich nachdenkt, stürzen sich in der Tat die Probleme von allen Seiten hernieder. Zu lösen sind sie alle nicht, aber man muß hindurch! Und der Regierende Bürgermeister der Hauptstadt wird sehr viel Mühe haben, durch die Probleme, die im neuen Jahr auf ihn zukommen, hindurchzustoßen.

Dafür erbitte ich für Sie Gottes Kraft und Weisheit. Ich erbitte Ihnen nicht zuletzt einen häuslichen Zustand, aus dem ständig ein bißchen Friede, ein bißchen Hoffnung und ein ganz kleines bißchen Glaube fließt. Und - nicht zuletzt die Erfahrung, daß man von anderen getragen wird. Als Handelnder ist man immer allein. Und daß nach Jeremia 17 der Mann verflucht wird, der sich auf Menschen verläßt, - das habe ich in meinem langen Leben, vor allem seit 1933, reichlich erfahren! Aber wenn es einem einmal geschenkt wird, von echtem Vertrauen getragen zu werden, dann ist das eben doch etwas ganz Großes!

Kurz und gut: lieber Bruder Regierender, Gott gehe mit Ihnen ins neue Jahr! Ihr getreuer Dibelius.'

Damit sollten wir schließen. Ich glaube, jeder hat gemerkt, daß Otto Dibelius in diesem Brief nicht nur den Adressaten meinte, sondern uns alle. Wir können nur hoffen und bitten, daß Menschen wie dieser Mann nicht aufhören, unter uns zu leben. Daß Otto Dibelius unser Ehrenbürger war, ehrt diese Stadt."

+

Zuvor hatte der Präsident des Abgeordnetenhauses Otto Bach den verstorbenen Bischof D.Dr. Otto Dibelius gewürdigt. Die Trauerrede hat folgenden Wortlaut:

"Hochverehrte Trauergemeinde!
Hochverehrter Herr Bischof!
Liebe Angehörige des Verstorbenen!

Am letzten Tag des Januar ist ein Mann für immer von uns gegangen, ohne dessen Wirken die Zeit nach 1945 in Berlin, in Brandenburg und weit darüber hinaus im gespaltenen Deutschland nicht vorstellbar ist.

Otto Dibelius, Bischof der Evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg, dessen Tod am Ende seines erfüllten Lebens wir, das Abgeordnetenhaus und der Senat von Berlin, betrauern, war ein Mann von unerbittlicher Aufrichtigkeit. Sein Denken und Handeln hat die Entwicklung im kirchlichen und zugleich auch im politischen Raum Deutschlands nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945 entscheidend mitbestimmt.

Sein Wort als Christ und als politischer Mensch war fest und entschlossen. Unerschütterlich stand er in der Auseinandersetzung mit den Mächten der Intoleranz und des Terrors. In einem Prozeß vor einem nationalsozialistischen Sondergericht, vor dem er sich wegen seiner scharfen Ablehnung der NS-Ideologie als Angeklagter verantworten mußte, sprach Otto Dibelius das berühmte Wort: 'Ein Christ ist immer im Dienst'. Er meinte damit, daß ein wahrer Christ mit Hitler keinen Kompromiß schließen kann.

Ebenso unbeugsam widerstand Otto Dibelius dem SED-Regime. Die Versuche des Berliner Bischofs, das schwere Los der Bevölkerung in Mitteldeutschland zu erleichtern, brachten ihn immer wieder in

scharfe Konflikte mit den Ostberliner Behörden. Seine 'Fünf Reden an eine gespaltene Stadt', die er unmittelbar nach dem Bau der Mauer 1961 hielt, sind ein beredtes Zeugnis für sein Bewußtsein der kirchlichen, aber zugleich auch der politischen Verantwortung eines Bischofs von Berlin-Brandenburg.

Die Kirche am Südstern war überfüllt, als Otto Dibelius an fünf aufeinanderfolgenden Abenden vierzehn Tage nach dem Beginn des Mauerbaues auf die Kanzel trat, um - nach seinem eigenen Wort - Reden zu halten 'an eine gespaltene Stadt, aber eben Reden, wie sie in einen Kirchenraum gehören und wie sie einem Bischof geboten sind. Also keine politischen Reden, so sehr es unsereinen auch drängen mag, politische Worte zu sagen!'

In der mittleren dieser fünf Reden setzt Bischof Dibelius das große Thema unserer Zeit, die Verwirklichung der Menschenrechte, in Beziehung zu dem, was seit mehr als zwanzig Jahren in Ostberlin und in Mitteldeutschland im diametralen Gegensatz zu der in der Atlantikcharta verkündeten Vision einer neuen Ordnung menschlichen Gemeinschaftslebens an Unmenschlichkeit praktiziert wird.

Mit harten klaren Worten erinnert Dibelius die Sowjetunion an ihre Unterschrift unter diese Charta im Jahre 1942 und stellt fest: 'Auch die Sowjetunion wollte verzichten auf jede Gewalt, verzichten auf jede Gebietsveränderung gegen den Willen der Bevölkerung, wollte freie Wahl der Regierung für jede Nation'.

Zu der von den Vereinten Nationen später angenommenen 'Erklärung der Menschenrechte' sagt der Bischof im Angesicht der Berliner Mauer: 'Hier ist ein Recht geschaffen, das zwar keine Instanz über sich hat, die es durchsetzen könnte gegen böswillige Verletzung, sondern das frei steht auf dem moralischen Gewissen der Völker, deren Regierungen es unterschrieben haben. Und eben doch: 'moralisches Recht von grundlegender Bedeutung'.

Auf die Flüchtlinge aus Ostberlin und Mitteldeutschland verweisend klagt der Berliner Bischof die Sowjetunion an: 'Jeder hat das Recht, sein Land zu verlassen. Er darf das tun mit erhobenem Haupt, in freier Wahrnehmung seines Menschenrechtes. Wenn einer durch den Teltowkanal schwimmen muß, um in das Land der Freiheit zu kommen, dann ist das ein Rückfall in die Barbarei! Und wenn auf ihn geschossen wird, dann ist das vollends Barbarei. Es ist ein eklatanter Widerspruch zu der Erklärung der Menschenrechte, die die Sowjetunion ebenso unterschrieben hat wie die anderen Völker!'

Und weiter interpretiert Dibelius den Artikel 21 der Erklärung der Menschenrechte: 'Unverfälschte Wahlen soll es geben auf Grund des allgemeinen gleichen Wahlrechts, bei geheimer Stimmabgabe oder in einem gleichwertigen freien Wahlverfahren! Es soll wirklich der Wille des Volkes in solchen Wahlen zum Ausdruck kommen. Das heißt praktisch, wie wir heute zu sagen pflegen: 'das Selbstbestimmungsrecht der Nationen' soll zur Anwendung kommen. Wenn wir also von diesem Selbstbestimmungsrecht reden, das jedem Staat in Afrika zugestimmt wird, nur den Deutschen in Europa nicht, dann tun wir auch das nicht als Menschen, die etwas zu fordern hätten, sondern wir klagen zu Gott, daß das, was vereinbart worden ist, nicht eingehalten wird bis auf diese Stunde!'

Das Fazit, das Otto Dibelius von seiner christlichen Sicht her aus dem Vergleich des Inhalts der 'Erklärung der Menschenrechte' und der Wirklichkeit hinter Mauer und Stacheldraht zieht, lautet: 'Es ist einfach so, daß es in diesen dreißig Artikeln kaum einen einzigen gibt, bei dem nicht die totalen Staaten das Gegenteil von dem tun, was da gesagt ist, obwohl sie die Charta der Menschenrechte unterschrieben haben!'

Die Erfüllung der ihm von seinem Gewissen gesetzten Pflicht hat Charakter und Leben von Otto Dibelius geprägt. Er war gewiß ein Mensch mit Schroffen und Kanten; das hat mancher in der geistigen Auseinandersetzung mit ihm erfahren müssen. Er hat es sich und seiner Mitwelt nicht leicht gemacht, seiner inneren Überzeugung entsprechend zu leben und zu wirken.

Aber Otto Dibelius war zugleich ein Mann, dessen Wort die Menschen anzurühren und zu bewegen verstand. Er gehörte nicht zu denen, die sich damit begnügten, fernab von den Sorgen und Nöten der Menschen große Kanzelworte zu verkünden. Otto Dibelius stand mitten unter den Menschen dieser Stadt Berlin und der sie umgebenden deutschen Landschaft. Ihm war es stets nur darum zu tun, den Menschen in ihrer inneren und äußeren Not ein wirklicher Helfer zu sein.

Daß er bei der Erfüllung dieser Aufgabe zum entschiedenen Feind des totalen Staates, des Gegners der Humanität, geworden ist, das ist die Tragik seines Lebens. Weder das Hitlerregime noch das Ulbrichtregime haben Otto Dibelius dazu bringen können, mit ihnen zu paktieren, wenn er sich für den Anspruch deutscher Menschen auf Menschlichkeit einsetzte.

Selbst die gemeinsten und hinterhältigsten Anwürfe seiner Gegner haben jemals die Lauterkeit seiner Gedanken, die unbeirrbare Sauberkeit seines Tuns trüben können. Die innere Sicherheit, die Festigkeit und die Geradlinigkeit seines Charakters haben Otto Dibelius in dem ihm anvertrauten Bereich der christlichen Welt zu einem der Baumeister der Fundamente für ein besseres demokratisches Deutschland gemacht.

Sein Wirken innerhalb der Kirche mußte in der verworrenen Lage des deutschen Volkes nach 1945 folgerichtig auch zu einem politischen Wirken nach außen werden. Für ihn war der Gedanke, daß die Kirche abseits der Zeit stehen könnte, ein schlechter Gedanke.

Für den Bischof eines Gebietes, durch das die deutsche Schicksalslinie mitten hindurchgeht, wurde jedes kirchliche Wort und jede kirchliche Handlung notwendigerweise - ohne daß Otto Dibelius es bewußt gewollt hätte - zu einem politischen Wort und zu einer politischen Handlung.

Er, der die Kaiserzeit, die Weimarer Zeit, die Hitlerzeit und unsere Zeit von seiner Warte aus oft bewußter erlebt hatte als mancher andere schlichte Bürger, litt unter der gewaltsamen Trennung der Deutschen besonders schwer. Unablässig setzte er seine weltweiten persönlichen und amtlichen Beziehungen ein, um für das Verständnis für die Lage der Deutschen und deren Anspruch auf die Überwindung der Trennung zu werben.

Das Lebensthema von Otto Dibelius waren die Grundrechte der Menschen und ihr Schutz vor einer Staatsallmacht, in der sich menschliche Macht und Gesellschaftssysteme zu verabsolutieren suchen. Die Achtung vor der Würde und der Freiheit des Menschen ließen ihn immer wieder gegen die widernatürliche Grenzziehung in Deutschland protestieren, die für Menschen eines Denkens und eines Fühlens die Zerschneidung ihrer Hauptstadt und die Spaltung ihres Volkes bedeuteten.

Sein Wort: 'An den Grenzen hängt der Fluch' brachte Otto Dibelius persönlich das Verbot des Zutritts zum brandenburgischen Teil seines Kirchengebietes und nach dem Bau der Mauer auch das Verbot des Zutritts zum Ostsektor Berlins ein. Aber dieses Wort eines von der Geschichte unserer Tage leidgeprüften Mannes, den das Schicksal mitten in die weltweiten geistigen Auseinandersetzungen dieser Zeit gestellt hat, weist zugleich auf die Vision einer Welt der Zukunft hin, in der die Grenzen engstirniger politischer Ideologien fallen müssen, wenn die Menschen ohne diesen Fluch als Glieder einer großen Gemeinschaft leben wollen.

Otto Dibelius war für die Nationalsozialisten ein Gegner ihrer Ideologie.

Für die SED war er ein Kriegshetzer.

Für seine Kirche ist er zu ihrem Patriarchen geworden.

Für Deutschland war er ein Mahner zur Einheit des Volkes.

Für uns Berliner war er ein großer Bürger einer großen Stadt, die die Mauer erdulden muß, sie aber nie anerkennen wird.

Otto Dibelius war unser Ehrenbürger.

Dafür, daß er über sein Kirchenamt hinaus immer an diese Stadt Berlin, immer an das ganze Deutschland dachte, dafür sei ihm Dank gesagt von diesem Hause, Dank gesagt von allen Bürgern dieser Stadt, Dank gesagt von Deutschland, für das Berlin in dieser Trauerstunde spricht."

- - -

GESPRÄCH ÜBER DIE FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

Der Regierende Bürgermeister Heinrich Albertz führte am Dienstag, dem 7. Februar, ein über dreistündiges offenes Gespräch mit dem Rektor Professor Dr.phil. Hans-Joachim Lieber und Mitgliedern des Lehrkörpers über alle die Freie Universität Berlin berührenden Fragen.

- - -

Pfarrer Heinrich Werner

5 Köln-Klettenberg, den 29. Sept. 1967
Siebengebirgsallee 193
Tel.: 0221/42 77 02

Pressemitteilung

Ein
- 3. OKT. 1967
Erledigt

Auf Initiative von Pfarrer Heinrich Werner, Köln, wurde am Vorabend der 1. Lesung der "Notstandsverfassung" im Deutschen Bundestag, am 28. Juni 1967, den Bundestagsabgeordneten ein Offener Brief überreicht, der damals von 537 Theologen und Mitarbeitern der Evangelischen Kirchen in der Bundesrepublik unterzeichnet war. Inzwischen ist die Zahl der Unterzeichner auf rund 1 200 angewachsen.

Zu den Unterzeichnern gehören:

Prof. D.Dr. Rudolf B u l t m a n n, Marburg; Prof. Dr. Dr. Herbert D o n n e r, Göttingen; Dieter F ü r s t, Studiendirektor und Studentenpfarrer, Bayreuth; Sozialpfarrer Dr. Franz von H ü m m e r s t e i n, Vorsitzender der Exekutive der "Aktion Sühnezeichen", Berlin; Oberkirchenrat D. Hans-Erich H e ß, Darmstadt; Prof. Dr. Gottfried H o r n i g, Bochum; Landesmissionspfarrer Aribert J e n t z s c h, Landau; Kirchenmusikdirektor Hans K ö n i g s f e l d, Siegen; Prof. Dr. H. L a m p a r t e r, Stuttgart; Prof. Karl L i n k e, Friedberg; Prof. Dr. Walter v o n L o e w e n i c h, Erlangen; Pastor D. Martin N i e m ö l l e r, Präsident des Weltkirchenrates, Wiesbaden; Ministerialrätin i.R. Katharina P e t e r s e n, Hannover; Pfarrer Dr. Harald P o e l c h a u, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Sozial- Industrie- und Arbeiterpfarrer in der EKD, Berlin; Diakoniedirektor Helmut P o h l, Hamburg; Ministerialdirigent Heinz R e i c h w a l d t, Langenhagen b. Hannover; Superintendent i.R. Friedrich R z a d t k i, Mettmann; Prof. Dr. Joachim S t a e d t k e, Erlangen; Pfarrer Horst S y m a n o w s k i, Mainz-Kastel; Pfarrer Ernst S c h m i t t a t, Vorsitzender des Hilfskomitees der Evangelischen Deutschen aus Ostpreußen, Düsseldorf; Pfarrer Martin S c h r ö t e r, Leiter des Mädchenwerks der Evangelischen Kirche von Westfalen; Prof. D. Dr. Karl S t o e v e s a n d t, Bremen; Stadtoberbaurat Gerhard T a m m, Kamp-Lintfort; Reinhard T i e t z, Vorsitzender der Studentenpfarrerkonferenz,

Berlin; Prof. Heinrich V o g e l, Berlin; Kirchenrat Hermann
W a g n e r, Würzburg; Gerhard W e b e r, Generalsekretär des
CVJM in Hamburg; Prof. Dr. Klaus W e g e n a s t, Lüneburg;
Heinz W i l h e l m y, Landesmännerpfarrer, Ebernburg.

Der Offene Brief wendet gegen den Entwurf der Bundesregierung
zur "Notstandsverfassung" ein:

1. Er öffne einen legalen Weg zu einem Staatsstreich.
2. Er ermögliche die Aufhebung der demokratischen Grund-
rechte in Friedenszeiten.
3. Er ermögliche die Ausschaltung des vom Volk frei ge-
wählten Parlaments.

Der Offene Brief schließt: "Unsere Verantwortung für Bevölkerung
und Staat zwingt uns, an Sie und die demokratische Öffentlich-
keit zu appellieren, dieses Gesetzeswerk zu verhindern, um schwe-
ren Schaden von unserem Volk abzuwenden."

Außerdem indentifizieren sich die Unterzeichner mit der Stel-
lungnahme des Kuratoriums "Notstand der Demokratie" zur Regie-
rungsvorlage.

Die Aktion der Theologen und kirchlichen Mitarbeiter wird fort-
geführt.

(53 Zeilen)

Interkonfessionelle Zusammenarbeit in der Weltmission

Katholische Gäste bei Tagung des Deutschen Evangelischen Missions-Rates

epd Hamburg, 27. Juni 67. An der Tagung der "Kommission für Fragen der römisch-katholischen Mission" des Deutschen Evangelischen Missions-Rates, die am Donnerstag, 29. Juni, in Hannover stattfindet, werden in diesem Jahr erstmalig offizielle katholische Gäste teilnehmen, nämlich der Missionswissenschaftler Prof. Dr. Josef Glazik (Münster) und der Jesuitenpater Ludwig Wiedemann (Bonn). Bei der Tagung soll das interkonfessionelle Gespräch über das Anfang dieses Jahres veröffentlichte Dokument des Deutschen Evangelischen Missions-Rates zur Frage des Verhältnisses zwischen evangelischer und katholischer Missionsarbeit fortgesetzt werden (vgl. epd-ZA Nr. 42 vom 18. Februar). Außerdem sollen die Referate vorbereitet werden, die Pater Wiedemann und der Exekutivsekretär des evangelischen Missionsrates, Pastor Dr. Niels-Peter Moritzen (Hamburg), auf der Mitgliederversammlung des katholischen Missionsrats im August in Würzburg über Fragen der Zusammenarbeit von evangelischen und katholischen Christen in der Weltmission halten werden. (6/97 FS-Voraus 26.6.)

Landesbischof Lilje neuer Kuratoriums-Vorsitzender der Missionsakademie

Zum neuen Vorsitzenden des Kuratoriums der Missionsakademie an der Universität Hamburg wurde der hannoversche Landesbischof D. Dr. Hanns Lilje gewählt. Er folgt in diesem Amt dem württembergischen Altlandesbischof D. Dr. Martin Haug (Freudenstadt), der dieses Amt seit Begründung der Missionsakademie im Jahre 1957 innehatte. Als Vorsitzender des Vorstandes der Missionsakademie wurde der hanseatische Missionsdirektor D. Dr. Martin Pörksen (Hamburg) für weitere fünf Jahre wiedergewählt.

Eingegangen
30. JUN. 1967

"Angriff auf den Kirchentag richtet sich gegen die ganze Kirche"

Kardinal Jaeger gegen "Vulgarisierung" der Theologie im "Stern"

epd Paderborn, 27. Juni 67. In einem Brief an die Redaktion des "Stern" in Hamburg hat sich Erzbischof Dr. Lorenz Kardinal Jaeger (Paderborn) gegen einen Artikel gewandt, den die Illustrierte in ihrer Ausgabe vom 25. Juni unter der Überschrift "Die Pastoren glauben nicht daran" veröffentlicht hat. "Unter diesem reißerischen Titel" habe der "Stern" den Evangelischen Kirchentag angegriffen, aber dieser Angriff richte sich gegen die ganze Kirche.

In stark vereinfachender Darstellung hatte der "Stern" die Vertreter der sogenannten modernen Theologie als "atheistische Partisanen...auf den Kanzeln" bezeichnet, "denen das Glaubensbekenntnis in weiten Passagen - wie sie selber sagen - 'nur noch Lippenbekenntnis' ist". Die Gemeinde merke nicht, "daß der Pastor in Wirklichkeit vielleicht weder an einen göttlichen Jesus noch an einen himmlischen Gott glaubt". Von dem Tübinger Neutestamentler Prof.D.Ernst Käsemann - der zu den Theologen gehört, wegen derer die Bekenntnisbewegung "Kein anderes Evangelium" eine Teilnahme am Kirchentag in Hannover abgelehnt hatte - wird in der Illustrierten als entscheidender Satz zitiert: "Das Neue Testament muß in einem geradezu erdrückenden Ausmaß nichtauthentisch genannt werden." Unter Hinweis auf Aussagen der Bekenntnisbewegung kommt der "Stern" zu dem Schluß: "Die innere Spaltung in zentralen Glaubensfragen ist so tief, daß es darüber leicht auch zu einer äußeren Trennung kommen könnte."

Zu diesen Ausführungen schreibt Kardinal Jaeger an den "Stern", hier würden Aussprüche evangelischer Theologen "in einer jeder echten Wissenschaft spot- tenden Weise" vulgarisiert, "die eine Gefahr für den Glauben eines jeden Christen" bedeute. Wörtlich schreibt Kardinal Jaeger: "Als katholischer Bischof kenne ich auch die Not um die Auseinandersetzung, die zwischen wissenschaftlicher Theologie und Gemeindefrömmigkeit in der evangelischen Kirche besteht. Ich muß aber jeden Versuch einer solchen tendenziösen Verallgemeinerung der Probleme ablehnen. Denn hier ist nicht nur die evangelische Kirche gemeint, sondern die Kirche überhaupt." Unter Verwahrung "gegen eine solche Verzerrung in einer Illustrierten, die eine große Leserschaft hat", schließt Kardinal Jaeger sein Schreiben: "Mit einem solchen Beitrag kann und wird nicht der christlichen Wahrheit gedient, sondern er ist nur dazu ange- tan, dem Christentum zu schaden." (6/95 FS-Voraus 26.6.)

Niemöller: Die EKD ist praktisch am Ende

epd Bethel, 27. Juni 67. Die evangelischen Christen in Deutschland sollten sich lieber energisch um die Abendmahlsgemeinschaft bemühen, als in dem "En- de einer strukturellen Einheitsorganisation, wie es die EKD war", das Zer- brechen einer Gemeinschaft zu beklagen, deren wirkliche Einheit man aus kon- fessionalistischen Gründen niemals habe anerkennen wollen. Das schreibt der frühere hessen-nassauische Kirchenpräsident D. Martin Niemöller (Wiesbaden) in der neuesten Ausgabe der evangelischen Zeitschrift "Stimme der Gemeinde" (Frankfurt/Main). Nach seiner Ansicht ist die Geschichte der EKD praktisch am Ende, weil es für eine wirklich gemeinsame Arbeit keine Möglichkeit mehr gebe, solange der Gegensatz zwischen den beiden deutschen Staaten aufrecht- erhalten bleibe. Die Frage laute deshalb heute, ob man die EKD auflösen und an ihre Stelle zwei regional getrennte Kirchengebilde treten lasse, oder an ihr festhalten wolle, meint Niemöller. Das Kriterium für eine kirchlich- echte Entscheidung könne nur heißen: "Wir müssen jeweils diejenige Struktur schaffen, die der Gemeinde Jesu zur Erfüllung ihrer Aufgabe die besten Mög- lichkeiten gibt." Die Ablehnung der EKD durch die Obrigkeit in der DDR beein- trächtige die den Christen aufgetragene Verkündigung der Botschaft in West- deutschland nicht. Wie sich das in der DDR auswirke, müßten die dortigen Glaubensbrüder entscheiden. Abschließend schreibt Niemöller: "Wir sind für die Gabe der EKD nicht wahrhaft dankbar gewesen und haben sie nicht dazu be- nutzt und gebraucht, der Ehre Gottes zu dienen. Nun sollten wir nicht andere anklagen, wenn Gott sie uns wieder nimmt." (6/98 FS-Voraus 27.6.)

27. JUN. 1967

Solidarität mit der Welt - Prüfstein der Christenheit
"Ökumenischer Abend" auf dem hannoverschen Kirchentag

epd Hannover, 24. Juni 67. Die unaufschiebbare Notwendigkeit einer echten sozialen Weltsolidarität und einer weltweiten wirtschaftlichen Neuordnung - das waren die Leitgedanken bei einem "Ökumenischen Abend", der am Freitag im Rahmen des 13. Deutschen Evangelischen Kirchentages in Hannover im Kuppelsaal der Stadthalle unter dem Thema "Sozialer Weltfrieden" abgehalten wurde. Die von rund 3 500 deutschen und ausländischen Teilnehmern aus Ost und West besuchte Veranstaltung war zugleich ein eindrucksvolles Bekenntnis zu dem wachsenden Streben der Christenheit, gegenüber dieser drängenden Weltsituation sich als evangelische, katholische oder orthodoxe Christen gemeinsam einzusetzen und verantwortlich zu fühlen.

Nach einer kurzen sachlichen Einleitung durch Axel von dem Busche-Streithorst (Genf) vom Ökumenischen Rat der Kirchen, bei der mit neuestem statistischem Material deutlich gemacht wurde, daß die Weltbevölkerung in den nächsten 35 Jahren schneller zunehmen wird als die Nahrungsmittelproduktion, erklärte der belgische Prälat Prof. Dr. Charles Moeller (Leeuwen) als erster Referent: "Zwei Drittel der Menschheit sind unterernährt und dem Hunger preisgegeben. Sie klopfen an die Türen der Kirchen und erwarten eine Antwort der Christen." Bei der im Juli vorigen Jahres vom Ökumenischen Rat in Genf veranstalteten "Weltkonferenz für Kirche und Gesellschaft" sei allen deutlich geworden, daß heute im Blick auf die Nöte der Welt Glaube und sachliche Erkenntnis sich verbinden müßten.

In einer Betrachtung der am Ostersonntag 1967 durch Papst Paul VI. erlassenen Sozialenzyklika "Populorum progressio" wies Dr. Martin Niemöller (Wiesbaden), einer der sechs Präsidenten des Ökumenischen Rates der Kirchen, darauf hin, daß der Frieden der Welt heute am tiefsten durch Fehler und Mängel in der gesellschaftlichen Struktur und wirtschaftlichen Entwicklung bedroht sei. Nur durch schnelles Handeln und radikale Maßnahmen, wie sie auch in der päpstlichen Enzyklika gefordert werden, könne die friedliche Existenz der Erdbevölkerung gesichert werden. Christen sollten damit aufhören, "alles, was das Privateigentum und den freien Konkurrenzkampf nicht mehr als schlechthin absolut gültig anerkennt, als kommunistisch und zutiefst unchristlich zu diffamieren". Gesellschaftliche und wirtschaftliche Traditionen seien keine konstanten Größen, aber wenn jetzt Veränderungen unumgänglich seien, sollte man gewaltsamen Revolutionen durch bahnbrechende Umgestaltungen zuvorkommen. Dazu könnte der vom Papst schon 1964 in Bombay geforderte "Weltfond" dienen, der aus einem Teil der bisher für Rüstungsausgaben verwandten Geldmittel gespeist werden sollte. Abschließend appellierte Niemöller an die Bereitschaft, daß die Protestanten sich "gemeinsam mit den katholischen Mitchristen in den Dienst an der gesamten Menschenwelt in ihren Gefährdungen und Nöten" stellen.

Als letzter Redner dieses Abends formulierte der ehemalige Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen, Dr. Willem A. Visser 't Hooft (Genf), die Aufgaben, die sich heute der Christenheit stellen. Das Ringen um eine echte Weltsolidarität müßte als Prüfstein des christlichen Glaubens und für die Ökumene erkannt werden. Es sei erwiesen, daß fast alle westlichen Regierungen viel mehr als bisher für die Entwicklungshilfe tun könnten, ohne ihre eigene Wirtschaft zu gefährden. Rechte Außenpolitik könne heute nur noch als "Weltinnenpolitik" verstanden werden. Es sei nun die Frage, "ob die große Chance, daß die Kirchen zusammenkommen, dafür benutzt wird, um zu einem Segen mitten auf der Erde zu werden und als evangelische, katholische oder orthodoxe Christenheit eine einzige Stimme hören zu lassen".

Zu viele Manager - zu wenig Partisanen

Eine eindringliche Mahnung, die Nachfolge Jesu zum beherrschenden Thema aller Verkündigung werden zu lassen, richtete der Tübinger Theologe Prof. D. Ernst Käsemann an die evangelische Kirche. Nachdrücklich betonte er, alles, was nicht auf die Nachfolge Jesu ausgerichtet sei, könne in dem zu erwartenden Schrumpfungsprozeß der Kirche nicht überdauern. Das heiße, "daß wir zum ersten Male im deutschen Protestantismus das allgemeine Priestertum aller Gläubigen nicht nur zu proklamieren, sondern zu verwirklichen und ihm sämtliche Ämter und Funktionen der Kirche unterzuordnen haben. Es wird in Zukunft nur eine Gestalt der Christenheit geben, nämlich die Mission." Wer an ihr nicht teilhabe, werde nicht mehr als Christ gelten dürfen. Unter starkem Beifall rief Käsemann aus: "Wir haben zu viele Manager und zu wenig Partisanen, aber wir werden nur kraft eines christlichen Partisanentums aus dem religiösen Getto wieder ins freie Feld brechen."

Gerade auf einem Kirchentag solle der Enttäuschung darüber Ausdruck gegeben werden, daß der deutsche Protestantismus der Restauration verfallen sei und sich in einer "babylonischen Gefangenschaft" befinde, "in welcher sich die Kirche immer gründlicher in sich selbst verstrickt und schließlich zu ihrem eigenen Denkmal und Museum wird, in welcher ihre Glieder unentwegt sich gegenseitig und allein den frommen Puls fühlen, in welcher die Ämter und Dienste dem Spezialistentum unterliegen und an Konventionen gemessen werden, in welcher die Predigt in erschreckendem Ausmaß an Schablonen ausgerichtet ist und Langeweile um sich verbreitet". Man brauche kein Prophet zu sein, meinte der Theologe, wenn man davon überzeugt sei, daß die Organisationsformen der abendländischen Christenheit nicht mehr lange der Sturmflut des auf sie eindringenden Säkularismus standhalten würden.

Keine "Theologie der Kirchenreform"

Auf dem Kirchentag solle keine "Theologie der Kirchenreform" erarbeitet oder diskutiert werden, vielmehr gehe es um eine Ortsbestimmung der Gegensätze. Diesen Akzent setzte der Göttinger Dozent Dr. Rudolf von Thadden bei seiner Eröffnungsansprache vor 2.000 Zuhörern der Arbeitsgruppe Kirchenreform. Damit könne hier eine "friedensstiftende Zubringerrolle" für die anderen Gruppen - vor allem für "Bibel und Gemeinde" - übernommen werden. Keinesfalls aber dürfe das Thema Kirchenreform den Weg so mancher anderen kirchlichen Probleme gehen und ausschließlich zum Gegenstand von Predigten gemacht werden. Mit Scheinreformen zur Beruhigung der Gemüter sei niemand gedient; die Kirchenreform habe über eine Verwaltungsreform hinauszugehen. Gleichwohl blieb Prof. Dr. Wolf Dieter Marsch (Wuppertal) in seinem Referat bei einer Bestandsaufnahme der volkshkirchlichen Situation in der Bundesrepublik. Er warnte davor, mit dem Gedanken einer Ablösung der Volkskirche zu spielen, zumal keine Alternative zur Diskussion stehe. Daß nur ein kleiner Prozentsatz der evangelischen Bevölkerung sich "kirchentreu" verhalte, dürfe nicht zu dem Schluß führen, daß die anderen nicht gleichfalls die Volkskirche darstellen. Allerdings dürften Verschiedenheiten und Spannungen nicht mit einem "Leim der Brüderlichkeit" verkleistert werden. Die rechtlich und finanziell privilegierte Kirche mit ihrem gesellschaftlichen Einfluß, ihrer politischen Macht und einer ihr zuvor nie zugestandenen Freiheit müsse sich einer permanenten Kritik stellen.

Die wahren Grenzen der Volkskirche sind nach Ansicht von Prof. Marsch dort zu finden, wo es um die Zukunft der Menschen gehe, "wo Technik und politische Herrschaft das Lebensrecht der freien Person bedrohen, wo man um eine Planung der künftigen Lebensmöglichkeiten besorgt sein muß: Geburtenkontrolle, kybernetische Leistungsmöglichkeiten, planetarischer Krieg, friedliche Nutzung der Atomenergie". Das System der Volkskirche biete "großartige Möglichkeiten, die Grenzen, die uns in der Kirche noch bekümmern, gestrost und pragmatisch zu überschreiten" und einen "Prozeß eines beständigen Übergangs" herbeizuführen.

Die Götter sterben an der Technik und der Wissenschaft

Berichte aus aller Welt beim "Tag der Mission" in Hannover

epd Hannover, 22. Juni 67. "Wir leben in einer Welt, in der es keine Frömmigkeit mehr gibt. Es ist geradezu das Kennzeichen unserer veränderten Welt, daß die Götter an der Technik und der Wissenschaft sterben. Der Mensch ist mündig geworden." Das stellte Bischof Prof. D. Heinrich Meyer (Lübeck) in seinem Referat "Das Wort hat die Zukunft" auf dem "Tag der Mission" anlässlich des 13. Evangelischen Kirchentags in Hannover fest. Es sei eine reichlich kühne Behauptung, wenn gesagt werde, "das Wort Gottes läuft in der Welt", meinte Meyer. Zwar könnten auf der Weltkarte Gegenden gezeigt werden, in denen sich das Christentum auch heute ausbreite, jedoch sei in weiten Gebieten nur ein Stillstand in der Ausbreitung des Christentums zu konstatieren, etwa in Europa und Nordamerika; in anderen Gebieten hingegen, in der arabischen Welt und in China, gehe die Zahl der Christen zurück oder sei dem Evangelium die Tür verschlossen. Wenn dann gar noch behauptet werde, das Wort habe die Zukunft, so grenze diese Behauptung an Hochstapelei, die den Christen keiner mehr abnehme.

Nüchtern müßte festgestellt werden, "das Wort" sei Menschenwort, "aber es ist nicht ein Wort, das wir erfunden haben, sondern ein Wort, das uns zugestoßen ist, das uns treibt. Dieses Wort - Jesus Christus selbst - läßt uns Mission treiben. Er will durch uns und durch unser Wort zu den Menschen kommen. Aber hat dieser Jesus, der mit seiner Mission gescheitert ist, der verachtet, verworfen und ausgestoßen würde, eine Zukunft", fragte Bischof Meyer. Mission heiße nicht, daß wir als die Überlegenen das Wort hinaustragen, sondern, daß wir als die Gescheiterten und die durch Jesu Scheitern Gerechtfertigten Gottes Mund sein dürften.

"Wir werden es noch erleben", meinte Bischof Meyer, "daß die Menschen in aller Welt nach dem Wort Jesu fragen, denn 'der mündige Mensch wird in der Welt bange, weil er einsam auf sich gestellt ratlos ist'. Deshalb habe das Wort in Asien, Afrika und in aller Welt eine Zukunft, 'weil uns Gott durch Jesus die totale Erneuerung unserer menschlichen Existenz und unserer mitmenschlichen Beziehungen geschenkt hat'."

~~Das Wort Gottes wolle Gestalt gewinnen, deshalb gehörten Entwicklungshilfe, "Dienste in Übersee" und "Brot für die Welt" zur Mission. Durch Gottes Wort allein werde es der Menschheit in Zukunft überhaupt noch möglich sein, in Frieden und Liebe als die eine Menschheit Gottes zu leben.~~

Mit Berichten über das Leben ihrer Kirchen kamen auf dem "Tag der Mission" Vertreter aus Asien, Afrika, Lateinamerika, Europa und Nordamerika zu Wort. Pastor Kanavalli aus Süd-Indien, vertrat die Ansicht, daß sich die Protestanten dieses Subkontinents in einer Annäherung aufeinander zu bewegten und daß die verschiedenen Denominationen bald verschwunden sein würden. Professor Dr. Kato aus Tokio meinte, die japanischen Christen beobachteten die Verlegenheit, in der sich die deutsche evangelische Christenheit zur Zeit befinde - einerseits mutige Vorschläge zu einer durchgreifenden Kirchenreform und eine theologische Wissenschaft von höchstem Niveau, andererseits halbleere Kirchen - mit allergrößtem Interesse. Vielleicht könne die Art, wie die deutschen evangelischen Christen sich aus dieser Verlegenheit befreien, ein hilfreiches Modell für die japanischen Christen in ihrer extremen Minderheitensituation sein. Frau Ingeborg Sydow aus Brasilien berichtete, wie die kleinen Einwandererkirchen deutscher Zunge versuchen, die Sprachbarriere zu überwinden und das Evangelium auch in der Landessprache zu verkündigen, und so die Erkenntnisse reformatorischen Christentums in Lateinamerika zu wirken beginnen.

Landesbischof D. Dr. Hanns Lilje (Hannover) hatte den "Tag der Mission" eröffnet. Er wertete die Tatsache, daß die Hermannsbürger Mission den traditionellen Termin ihres Jahresfestes zugunsten des Kirchentages verschoben habe, als einen Vorgang von "beinahe kirchengeschichtlicher Bedeutung" und als gutes Zeichen dafür, daß sich Kirche, Mission und Kirchentag immer näherten.

Eing. - 4 -
22. JUN. 1967
Erledigt:

Nur geringer Schaden an kirchlichen Gebäuden in Jerusalem
Syrisches Waisenhaus ruft zur Spenden für Kinder-Hilfsaktion auf

epd Bethel, 12. Juni 67. Bei den Kämpfen in der jordanischen Altstadt von Jerusalem ist nach übereinstimmenden Berichten an kirchlichen Gebäuden nur verhältnismäßig geringer Schaden entstanden. Lediglich die aus dem 12. Jahrhundert stammende Kreuzfahrerkirche St. Annen und die riesigen hölzernen Tore der Al Aksa Moschee wurden durch Artilleriebeschuss stark in Mitleidenschaft gezogen. Auch im bisherigen israelischen Teil von Jerusalem ist der Schaden offenbar geringer, als bisher angenommen wurde. Der größte Verlust ist die Kirche auf dem Zionsberg, die ganz ausbrannte. Auf einem Empfang für die Oberhäupter aller christlichen Kirchen in Jerusalem sprach der griechisch-orthodoxe Bischof Benediktos dem israelischen General Hertzog seinen Dank dafür aus, daß während der Kämpfe in Jerusalem die Heiligen Stätten und kirchlichen Einrichtungen soweit wie möglich geschont wurden. General Hertzog betonte, daß der Staat Israel allen Denominationen die volle Freiheit des Gottesdienstes garantiere.

Unversehrt geblieben sind während der Kämpfe im Nahen Osten auch die Anstalten des Evangelischen Vereins für das Syrische Waisenhaus, die beiden Schneller-Schulen in Jordanien und im Libanon. Die Anstalten haben es sich zur Aufgabe gemacht, die Kriegswaisen und obdachlos gewordenen Kinder zu betreuen. Sie sollen in der neuen Theodor-Schneller-Schule in der jordanischen Hauptstadt Amman untergebracht werden. Das Syrische Waisenhaus bittet darum, diese Aktion durch Spenden zu unterstützen (Postscheckkonto Köln Nr. 76).

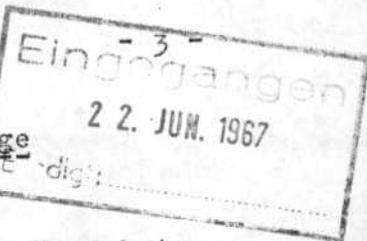
Die Schneller-Schule in Amman war am 8. November vorigen Jahres eröffnet, worden. Sie ist nach dem Sohn des Begründers des Syrischen Waisenhauses, Johann Ludwig Schneller, benannt, der die Anstalten 1860 ins Leben rief. Die Schule umfaßt ein Haupthaus für 200 Schüler, Wirtschafts- und Verwaltungsräume, ein Wohnheim für je 60 Gesellen und 60 Lehrlinge, Sport- und Spielplätze, Lehrschwimmbecken, Druckerei, Tischlerei, Schlosserei, Betonfertigteilfabrik, Landwirtschaftshof, Schneiderei und Schuhmacherei. In der Anstalt sind ferner eine Grundschule, eine Mittelschule und eine Berufsschule für jordanische Kinder untergebracht.

Auch der in Großalmerode stationierte "Missionstrupp Frohe Botschaft" hat während seiner Kasseler Evangelisation zu einer Spendenaktion für die in Not geratenen Christen ägyptischer Gemeinden aufgerufen (Volksbank Großalmerode Konto Nr. 10760). In dem Gebiet zwischen Palästina und Suez, das bei dem jüngsten Konflikt schwer umkämpft war, befinden sich etwa zehn evangelische Gemeinden. Bei zwei Veranstaltungen des Missionstrupps wurden bisher fast 500 DM gesammelt.

Südafrikanische Theologen erhalten Schadenersatz

Gericht bezeichnete Veröffentlichungen von Prof. Pont als beleidigend

epd Johannesburg, 12. Juni 67. Der Direktor des Christlichen Instituts in Südafrika, J.F. Beyers Naudé, und Prof. A.S. Geysler, Leiter der theologischen Abteilung der Witwatersrand-Universität, erhielten von einem Gericht in Johannesburg je 10.000 Rand (etwa 55.000 DM) Schadenersatz für eine ihnen von Prof. A.D. Pont, Dozent für Geschichte des Christentums an der Universität Pretoria, zugefügte Beleidigung zugesprochen. Das Gericht stellte fest, daß Prof. Pont in der Zeitschrift "Reformer" mehrere Artikel veröffentlicht habe, die beleidigende Äußerungen über Pfarrer Naudé und Geysler enthielten. Prof. Pont, der im sogenannten Antikommunistischen Volkskongreß Südafrikas mitarbeitet, habe beide Theologen u.a. als "kommunistische Mitläufer" bezeichnet. Wenn auch in den Artikeln nur von "theologischen Kollegen" die Rede gewesen sei habe man doch einwandfrei erkennen können, gegen wen sich der Angriff richtete, wird in dem Urteil festgestellt. Nach Meinung des Richters enthielten die Artikel die falsche Behauptung, daß die beiden Kläger in kommunistische Betätigung und Untergrundaktivitäten verstrickt gewesen wären, die den Sturz der bestehenden Ordnung in Südafrika zum Ziele gehabt hätten. Der Prozeß gegen Prof. Pont hatte schon im Februar begonnen.



Johannes Rau: Keine weiteren Zugeständnisse in der Schulfrage
Interview in "Unsere Kirche" zur Schulordnung in NRW

epd Bethel, 8. Juni 67. Die SPD/FDP-Regierungskoalition in Nordrhein-Westfalen (NRW) sei zu keiner weiteren Änderung des vorgelegten Kompromiß-Entwurfes in der Schulfrage bereit, erklärte der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Johannes Rau (Wuppertal), in einem Interview mit dem Evangelischen Sonntagsblatt für Westfalen und Lippe "Unsere Kirche". Die Koalitionsparteien hätten sich bemüht, "einen fairen und für alle Partner akzeptablen Text" für die notwendige Verfassungsänderung vorzulegen, über die der Landtag Ende Juni abstimmen wird. Nach Ansicht Raus wird die Verwirklichung der neuen Schulordnung etwa zehn Jahre in Anspruch nehmen. Der finanzielle Aufwand wird auf drei Milliarden DM geschätzt. Rau betonte, daß mit der Neuordnung der Schulsysteme jetzt begonnen werden müsse, "da in den letzten Jahren bereits erhebliche Millionenbeträge sinnlos investiert werden mußten".

Bisher über 500.000 DM für "Hilfsaktion Vietnam"

Niemöller: Wir müssen die Rechnung des "Mitschristen" Dulles bezahlen

epd Frankfurt/Main, 8. Juni 67. Für die Mitte 1965 gegründete überkonfessionelle "Hilfsaktion Vietnam" sind bisher 500.000 DM an Spenden eingegangen, die vor allem für die Anschaffung medizinischer Instrumente, Laboratorien und Medikamente verwandt wurden. Das teilte der frühere hessen-nassauische Kirchenpräsident D. Martin Niemöller bei einer Veranstaltung in Frankfurt/Main mit. Nach Ansicht Niemöllers, der Anfang dieses Jahres als Mitglied einer Delegation der "Hilfsaktion Vietnam" Nordvietnam besuchte, können die Amerikaner keinen militärischen Sieg erringen. Die USA setzten in diesem Land die von dem früheren Außenminister Dulles begonnene Politik der "Zurückhaltung des Kommunismus" fort, die davon ausgehe, daß der Kommunismus der eigentliche Feind der Menschheit sei. "Wir Christen haben die Rechnung zu bezahlen, die der 'Mitschrist Dulles' uns machte", sagte Niemöller. (6/21 FS-Voraus 7.6.)

Billy Graham besucht Jugoslawien

Erste Predigtreise in ein kommunistisches Land

epd Zagreb, 7. Juni 67. Der amerikanische Evangelist Billy Graham plant für den 8. Juli einen zweitägigen Predigt-Besuch in der jugoslawischen Stadt Zagreb. Er folgt einer Einladung jugoslawischer Baptisten, die im vergangenen November am Weltkongreß für Evangelisation in Berlin teilgenommen hatten. In mehreren Evangelisationsveranstaltungen und Gottesdiensten wird Graham Ansprachen halten und bei Empfängen auch mit Vertretern der Regierung zusammentreffen. Es ist das erste Mal, daß der Amerikaner in einem kommunistischen Land predigt. Grahams Versuch, bei den Tausendjahrfeiern der Christianisierung in Polen zu sprechen, war im vergangenen Jahr gescheitert, weil die polnische Regierung das Einreisevisum verweigert hatte. (6/22 FS-Voraus 7.6.)

Thema: Der soziale Weltfrieden

epd Hannover, 8. Juni 67. Ein ökumenischer Abend mit dem zentralen Thema "Sozialer Weltfriede" wird zum Kirchentag in Hannover am Freitag, 23. Juni, im Kuppelsaal der Stadthalle stattfinden. Msgr. Prof. Charles Moeller vom Ökumenischen Institut Jerusalem wird die Bedeutung und Ergebnisse der Genfer Weltkonferenz "Kirche und Gesellschaft" kommentieren, an der er im vergangenen Jahr als offizieller katholischer Beobachter teilgenommen hatte. Danach erläutert Präsident D. Martin Niemöller die päpstliche Enzyklika "Populorum progressio". Der Abend schließt mit einem Referat des früheren Generalsekretärs des Ökumenischen Rates, Dr. Willem A. Visser 't Hooft.

Handwritten initials and numbers: "27" and "14" with a signature-like mark.

"Ein Werkzeug in der Hand der Kirchen"

Generalsekretär Dr. Appel über das Programm des Lutherischen Weltbundes

epd Oxford (England), 21. April. Der Lutherische Weltbund (LWB) sehe seine Aufgabe darin, ein Werkzeug in der Hand der Kirchen und gleichzeitig ein Bindeglied zwischen den kirchlichen Organisationen zu sein. Dies erklärte der Generalsekretär des LWB, Dr. André Appel (Genf), auf einer Tagung der LWB-Kommission für Weltmission in Oxford.

In einer Übersicht über das Programm des Weltbundes betonte Dr. Appel, daß der Dialog zwischen den im LWB zusammengeschlossenen Kirchen "niemals ohne den Kontext des ökumenischen Dialogs" gesehen werden dürfe, d.h. niemals ohne das Gespräch der konfessionellen Weltbünde untereinander und auch nicht ohne das jetzt begonnene Gespräch mit der römisch-katholischen Kirche. Denn, so sagte der Generalsekretär, "die Probleme, die die Menschen in unserer Zeit bewegen, gehen alle Menschen, gleich welcher Konfession oder Religion, gleichermaßen an".

Zweiseitige Gespräche, etwa zwischen Lutheranern und Katholiken, bezeichnete Dr. Appel als wichtig. Sie seien notwendig, um im Dialog der Konfessionen zu konkreten Ergebnissen zu kommen. Heute könnten auch die traditionellen theologischen Streitfragen zwischen den Konfessionen nur vor dem Hintergrund der besonderen Situation unserer Tage gesehen werden, meinte der Generalsekretär.

In einem Bericht vor der LWB-Kommission für Weltmission wurde darauf hingewiesen, daß der Entwicklungsdienst des Lutherischen Weltbundes seit Beginn seiner Tätigkeit vor vier Jahren für mehr als hundert unterstützungsbedürftige Projekte in Entwicklungsländern insgesamt 11.035.000 Dollar (über 45 Millionen DM) aufgebracht hat. Es handelte sich um 37 Projekte im medizinischen, 20 im landwirtschaftlichen und weitere 47 im Bereich der Erziehungs- und Sozialarbeit. Es wurden 58 Vorhaben in Afrika, 30 in Asien und 16 in Lateinamerika unterstützt. Hauptförderer dieser Projekte sind die Aktion "Brot für die Welt" der evangelischen Kirchen in Deutschland, das schwedische Nationalkomitee des Lutherischen Weltbundes, die Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe in Deutschland und Oxfam (das Oxforder Komitee zur Linderung von Hungersnot).

1.441 deutsche Kräfte in der Weltmission

Aus der neuesten Statistik des Deutschen Evangelischen Missionsrates

epd Hamburg, 21. April. 1.441 evangelische Christen aus Deutschland arbeiteten 1965 im Auftrag der im Deutschen Evangelischen Missionstag (DEMT) zusammengeschlossenen Missionsgesellschaften in vielen Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Sie stehen überwiegend im Dienst der sogenannten jungen Kirchen in Übersee. Über zehn Prozent arbeiten jedoch als "Pioniermissionare" in oft noch unerschlossenen Gebieten. Wie aus der Statistik des Deutschen Evangelischen Missionsrates (DEMR), des Exekutivorgans des DEMT in Hamburg, hervorgeht, hat sich die Zahl der Mitarbeiter gegenüber dem Vorjahr um 109 erhöht. Das ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß die Mitgliederversammlung des DEMT am 12. Oktober 1965 drei weitere Missionsgesellschaften, die Mitarbeiter zum Dienst in Übersee aussenden, aufgenommen hat. 1960 belief sich die Zahl der evangelischen Missionskräfte in Übersee noch auf 1.022.

Von den in der Mission tätigen evangelischen Christen stehen 473 (gegenüber 446 im Vorjahr) Männer und Frauen im Dienst der Verkündigung und der Seelsorge; 78 (88) Missionare und Missionarinnen sind als Lehrer an evangelischen Schulen und Seminaren tätig; 64 (61) sind Ärzte und Ärztinnen; 253 (182) Schwestern oder Krankenpfleger; 144 (145) versehen spezielle Dienste etwa als Landwirte, Drucker, Buchhändler, Verwaltungsfachleute, Handwerker, Kirchenmusiker und Architekten. In der "Heimarbeit" der Missionsgesellschaften, die die Arbeit in Übersee unterstützt und fördert, sind zur Zeit 409 Männer und Frauen tätig.

An Missionsseminaren, an Universitäten und in Spezialausbildungsstätten bereiten sich zur Zeit 435 junge Menschen auf einen Dienst in Asien, Afrika und Lateinamerika vor.

(4/27 FS-Voraus 21.4.)



Die Kirche muß sich den sozialen Weltproblemen stellen
Perspektiven der Genfer "Weltkonferenz für Kirche und Gesellschaft"

epd Hamburg, 7. Juli. "Die Genfer 'Weltkonferenz für Kirche und Gesellschaft' vom 12. bis 26. Juli wird sich der Tatsache stellen müssen, daß im sozialen Umbruch des 20. Jahrhunderts die Kommunisten wie die freie Welt, die Industrienationen wie die unterentwickelten Völker vor den gleichen Problemen stehen," erklärte der evangelische Soziologe Prof. Dr. Karl-Heinz Pfeffer (Dortmund) am Mittwochabend vor der Evangelischen Studentengemeinde in Hamburg. Das Zerbrechen der geschlossenen Agrargesellschaft, die Eroberung des größten und des volkreichsten Landes der Welt (Rußland und China) durch den Kommunismus, die globale Wanderungsbewegung der Menschen durch alle Kontinente hin und die Erkenntnis von der grundsätzlichen Manipulierbarkeit sozialer Haltungen oder Strukturen sind nach Ansicht Pfeffers vier grundlegende Geschehenszusammenhänge, die es aus christlicher Sicht "durchzuklären" gelte.

Für eine verantwortliche Stellungnahme der Kirche im Sinne eines existentiellen Engagements nannte Prof. Pfeffer, der selber als Mitglied der deutschen Delegation an der Genfer Weltkonferenz teilnehmen wird, drei mögliche Alternativen: Eine radikale Entklerikalisierung, die bewußt den Übergang in die Situation einer bekennenden Kirche ins Auge fassen; die Bereitschaft zu Diskussion und Koexistenz ohne Aufgabe der eigenen Position; eine entschlossene Enteuropäisierung und Ökumenisierung, die entschieden an den Abbau kirchlichen Prestigedenkens geht.

Methodisten bereiten Union mit der Evangelischen Gemeinschaft vor
Konferenzen der Methodistenkirche beendet - Mehr jüngere Kräfte

epd Frankfurt/Main, 7. Juli. Die Vorbereitungsarbeiten für die Kirchenunion mit der Evangelischen Gemeinschaft zur zukünftigen "Evangelisch-Methodistischen Kirche" standen im Mittelpunkt der diesjährigen Tagungen der fünf Konferenzen (Synoden) der Methodistenkirche in Deutschland, die in den vergangenen Wochen jeweils unter Leitung von Bischof Dr. Friedrich Wunderlich (Frankfurt/Main) stattfanden. Rund 500 Delegierte, Pastoren und Laien nahmen an den verschiedenen Beratungen teil, bei denen es um Fragen der Diakonie, der Haushalterschaft, der Aufgabenstellung des Methodischen Männerdienstes und der Mission sowie um die Auseinandersetzung mit aktuellen theologischen Fragen ging. Als "Zeichen einer lebendigen Kirche" wertete Bischof Wunderlich, daß die verantwortungsbewußten Mitarbeiter in den Gemeinden und an den Konferenzen sich in den vergangenen Jahren beträchtlich durch jüngere Kräfte vermehrt haben. In den nächsten Wochen werden drei jüngere Superintendenten ihre Amtsgeschäfte übernehmen: B. Tröger (bisher Ellefeld/Vogtland), H. Michelmann (bisher Wuppertal-Elberfeld) und J. Riedinger (bisher München). Von den zwölf neu ordinierten Geistlichen, darunter ein methodistischer Pastor und eine junge Theologin aus den USA, übernehmen demnächst neun als Älteste ihre Ämter in der Methodistenkirche in Deutschland.

Höhere Spenden für "Brot für die Welt"

900.000 DM mehr als im Vorjahr aus Hannover und Bremen

epd Bethel, 7. Juli. Die Stuttgarter Zentrale der evangelischen Aktion "Brot für die Welt" hat nach Ablauf ihrer siebenten Jahressammlung aus den Landeskirchen Hannover und Bremen insgesamt rund 900.000 DM mehr an Spenden bekommen als im Jahre 1964/65. In der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannovers wurden für "Brot für die Welt" und die Sondersammlung "Indien hungert" zusammen 2.314.559,69 DM gespendet; dies Ergebnis übertraf das vorjährige um rund 615.000 DM. Die am 30. Juni beendete Jahressammlung "Brot für die Welt" ergab in der Bremischen Evangelischen Kirche mit 191.192,44 DM etwa viertausend DM mehr als im Vorjahr. Zusätzlich wurden in der Hansestadt rund 80.000 DM für die Indienhilfe gespendet, und die Kirchenleitung stellte zu diesem Zweck noch 200.000 DM aus kirchlichen Mitteln zur Verfügung.

Eingegangen

12. JUL. 1966

Auch katholische Eltern für Gemeinschaftsschule in Württemberg bedingt:
Kritik der Elternvertreter: Warum werden wir von der Regierung nicht gehört?

epd Bad Waldsee (Württ.), 6. Juli. "Wir sind überzeugt, daß die christliche Gemeinschaftsschule in unserer Stadt die Probleme des Schulentwicklungsplanes bestmöglichst löst zum Wohle unserer Kinder", heißt es in einem gemeinsamen Schreiben des evangelischen und des katholischen Elternbeirats der beiden konfessionellen Volksschulen von Bad Waldsee an den baden-württembergischen Kultusminister Prof. D. Dr. Wilhelm Hahn. Mit einer Zusammenlegung der katholischen und der evangelischen Volksschule in Bad Waldsee würde der Schulentwicklungsplan im Blick auf die Klassenstärken realisiert und dem Lehrkräftemangel abgeholfen werden können, wird in dem von den Vorsitzenden der beiden Elternbeiräte unterzeichneten Brief betont. Weiter heißt es: "Mit Erstaunen müssen wir fast täglich feststellen, daß verschiedene Personenkreise und Institutionen zu Schulgesprächen bei der Landesregierung empfangen werden und über Elternrecht und Schulform diskutieren. Warum werden die demokratisch gewählten Elternvertreter schulpflichtiger Kinder, denen nach dem Schulverwaltungsgesetz die Ausübung des Elternrechts zusteht, einfach nicht gehört?"

Vor kurzem hatte sich die "Arbeitsgemeinschaft der Vorsitzenden evangelischer Elternbeiräte an Volksschulen in Oberschwaben" in Briefen an Landtag und Landesregierung in Stuttgart ebenfalls für die christliche Gemeinschaftsschule ausgesprochen (vgl. epd-ZA Nr. 146 vom 30. Juni).

"War Stalin ein Werkzeug Gottes?"

Vertriebenen-Sprecher zu weiteren Gesprächen mit der EKD bereit

epd Gütersloh, 6. Juli. Die Bereitschaft der Vertriebenen, auf der Basis der Spandauer Erklärung der EKD-Synode vom 18. März 1966 das Gespräch mit der Evangelischen Kirche in Deutschland weiterzuführen, versichert der Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen, Rechtsanwalt Reinhold Rehs (Kiel), in der Juli-Ausgabe der in Gütersloh erscheinenden, im Auftrage der Männerarbeit der EKD herausgegebenen Monatszeitschrift "Kirche und Mann". Die Spandauer Erklärung nehme - so schreibt Rehs - nicht nur den Widerspruch gegen die Ostdenkschrift ernst, sondern treffe auch eine Reihe von Feststellungen, die von den Vertriebenen rückhaltlos bejaht würden. Ein Beharren "auf den fehlerhaften Argumentationen der Denkschrift" heiße jedoch, den Streit fortsetzen und die aufgerissene Kluft zwischen den Fronten vertiefen. Wörtlich erklärt Rehs: "Die Heimatvertriebenen möchten, daß die Diskussion um die Ostdenkschrift als überholte Front gelten kann; das setzt aber voraus, daß auch die Verfasser der Denkschrift aufhören, weiter darüber in der Öffentlichkeit zu reden."

Unter der Überschrift "War Stalin ein Werkzeug Gottes?" erläutert Reinhold Rehs in "Kirche und Mann" seine Kritik an der Ostdenkschrift der EKD. Der unkundige und gutgläubige Leser wird mit diesem Memorandum nach Auffassung des Vertriebenen-Sprechers "unvollständig und fehlerhaft" informiert. Die historischen und politischen Zusammenhänge seien "unvollständig, zum Teil falsch und einseitig nach polnischen Quellen und Vorstellungen dargestellt". Die Denkschrift lasse ferner die weltpolitischen Zusammenhänge und "insbesondere das imperialistische Machtinteresse Moskaus und die Abhängigkeit des kommunistischen Regimes in Warschau" völlig außer acht. Auch die Darstellung der völkerrechtlichen Lage stütze sich auf unvollständige und einseitige Auffassungen. "Recht auf Heimat und Selbstbestimmungsrecht sind mehr als bloße Prinzipien", schreibt Rehs. Die Forderung der Denkschrift, "Ja zum Gericht Gottes zu sagen", beantwortet der Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen mit den Fragen: "Wer stellt die Grenze des Gerichtes Gottes im Bereich der irdischen Politik und der Völkerauseinandersetzung fest? Endet das Gericht Gottes für uns an der Oder-Neiße-Linie oder an der Mauer in Berlin oder an der Elbe-Werra? Und war Stalin ein Werkzeug Gottes?"

Zum freiwilligen Fasten zugunsten der Indienhilfe der Aktion "Brot für die Welt" hatte das Wolfsburger evangelische Pfarramt für Industriediakonie die Gemeindeglieder in der Volkswagenstadt am vergangenen Sonntag aufgerufen. Zahlreiche Familien folgten diesem Aufruf und spendeten insgesamt rund 1.500 DM. (epd)

Leipziger Mission erhielt westdeutsches Gliedwerk
Konstituierende Mitgliederversammlung in Erlangen

epd Erlangen, 3. Juni. Als eine der letzten gesamtdeutschen Einrichtungen wurde jetzt auch die Leipziger Mission durch die Teilung Deutschlands gezwungen, die Strukturen ihrer Arbeit neu zu ordnen. Aus diesem Grund trat am Mittwoch und Donnerstag, während in Leipzig das 130. Jahresfest der Mission begangen wurde, die konstituierende Mitgliederversammlung der "Evangelisch-lutherischen (Leipziger) Mission zu Erlangen" in Erlangen zusammen, wo sich seit 1946 die westdeutsche Zentralstelle dieser alten Missionsgesellschaft befindet. Unter Vorsitz von Landessuperintendent Johannes Schulze (Hannover) bestätigte die Versammlung die neue Ordnung des westdeutschen Gliedwerkes, dem eine Reihe lutherischer Kirchen und Gemeinden, kirchliche Anstalten, Diakonissenhäuser und zahlreiche Einzelpersonlichkeiten beigetreten sind. Stellvertretender Vorsitzender des Werkes ist Prof. Dr. Wilhelm Maurer (Erlangen). Als Exekutivsekretär wurde Pfarrer Ernst Jeschke in seinem Amt bestätigt. Die Leipziger Mission ist das älteste Missionswerk der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD), deren Leitender Bischof, D. Dr. Hanns Lilje, auf der Versammlung in Erlangen durch Präsident Dr. Max Keller-Hüschemenger vom Lutherischen Kirchenamt Hannover vertreten wurde.

Aus Arbeitsberichten über den Dienst in jungen Kirchen Südafrikas, Tansanias, Indiens (Tamulen-Kirche), Neuguineas und Lateinamerikas ging hervor, daß zur Zeit 39 Missionsarbeiter - davon 21 mit ihren Ehefrauen - in Übersee im Dienste der Leipziger Mission stehen. - Im Hauptvortrag stellte der frühere Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes, Landeskirchenrat Dr. Kurt Schmidt-Clausen (Hannover), die lutherische Missionsarbeit in die Zusammenhänge des ökumenischen Dialogs. (6/7-FS-Voraus 2.6.)

"Nicht nur einfach fromme Literatur produzieren"
Christliche Literaturarbeit in aller Welt

epd Hamburg, 3. Juni. 79 Literaturprogramme und -projekte in über 20 Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas verwirklichte der internationale "Christliche Literatur-Fonds" (CLF) seit seiner Gründung im Jahre 1965. Dafür wurden 2,4 Millionen DM von orthodoxen, evangelischen und anglikanischen Kirchen und Literaturgesellschaften vor allem in Europa und Nordamerika aufgebracht. Das geht aus einem Bericht hervor, der jetzt der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Weltmission in Hamburg vorliegt.

Der "Christliche Literatur-Fonds" ist eine zunächst für fünf Jahre (bis 1970) geschaffene Einrichtung der Abteilung "Weltmission und Evangelisation" in der Genfer Zentrale des Ökumenischen Rates der Kirchen. Sein Bestreben ist es, eine vermehrte Produktion guter christlicher Literatur in den Entwicklungsländern anzuregen. Das CLF-Programm umfaßt die Ausbildung von Zeitungs- und Zeitschriftenredakteuren, von Herstellungsfachleuten und Vertriebsleitern. Mit Hilfe des Fonds werden neue Bücher in verschiedenen Sprachen veröffentlicht und Untersuchungen über den Bedarf an Literatur in den Entwicklungsländern angestellt. Direktor des Fonds ist der Amerikaner Charles F. Richards, seit 1935 ein Pionier der Literaturarbeit in Ostafrika. In dem jetzt vorliegenden Bericht betont er erneut, daß es nicht genügen würde, wenn der CLF einfach nur "fromme" Literatur - wie Gebetsbücher oder Agenden für Gottesdienste - produzierte oder sich darauf beschränkte, westliche Bücher zu revidieren oder nachzuziehen. "Christliche Literaturprogramme sollten den ganzen Menschen ansprechen und der Mission der Kirche im weitesten Sinne des Wortes dienen," schreibt Richards.

Etwa 700 Millionen erwachsene Menschen, also mehr als ein Viertel der Menschheit, können heute weder lesen noch schreiben. Nach einem von den Vereinten Nationen ausgearbeiteten Programm sollen mindestens zwei Drittel dieser 700 Millionen in den kommenden zehn Jahren lesen und schreiben lernen. Diese Leser brauchen Bücher, die ihnen bieten, was sie interessiert und was für sie wichtig ist: Literatur zu allen Lebensfragen, von der Kulturgeschichte bis zum Kochbuch. Diese Literatur ist aber noch nicht vorhanden. Hier Lücken schließen zu helfen, ist die vornehmste Aufgabe des Christlichen Literatur-Fonds.

100.G. 1965

"RELATIO" DER MISSIONSKOMMISSION
UBER VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Rev. Dr. Ralph M. Wiltgen SVD
Divine Word News Service
C.P. 5080, Rome, Italy

Handwritten: My hands ich habe

ROM, 30. Nov. (DW) - Der Generalsuperior der Gesellschaft vom Göttlichen Worte und Vize-Präsident der Konzilskommission für das Missionsschema, P. Johannes Schütte verlas in der Konzilsaula den Bericht seiner Kommission über die 390 Änderungsvorschläge des Schemas, die am 10. Und 11. November zusammen mit 1700 Vorbehaltstimmen zum Schema bgegeben worden waren. Sämtliche 390 "modi", auch diejenigen, die nur von einem einzigen Konzilsvater vorgebracht worden waren, erhielten eine eigene Antwort durch die Kommission. Diese Antworten sind in einem 96 - Seiten starken Heft enthalten, das vor einigen Tagen den Konzilsvätern ausgeteilt wurde.

Pater Schütte, der nur auf die bedeutendsten Änderungsvorschläge zu sprechen kam, widmete den grossten Teil seiner relatio dem "modus", der von 461 Konzilsvätern vorgebracht worden war und der sich auf drei wichtige Ergänzungen in Artikel 29 des gegenwärtigen Missionsschemas bezieht, der von einer Neuorganisation der Propaganda-Fide-Kongregation handelt. (Siehe auch Konzilsdienst Nr. 84). Die Väter hatten um die Aufnahme des Wortes "beschlussfähig" gebeten bei der Beschreibung der Zuständigkeitsbereiche der Leiter der Kongregation; dass die auszuwählenden Bischöfe" von den Bischofskonferenzen vorgeschlagen" würden und dass schliesslich die Amtszeit der Leiter "auf eine bestimmte Zeit beschränkt" werde.

Die Kommission war der Ansicht, das Wort "beschlussfähig" sei klarer und auch juridisch gesehen korrekter als die Worte "entscheidende Anteilnahme" und schlug demgemäss vor, der neue Text solle lauten"... sie sollen entscheidenden Anteil und Beschlusskraft haben".

Pater Schütte beeilte sich jedoch hinzuzufügen, dass diese Worte, angesichts des ausschliesslich ausführenden Charakters einer Kongregation auf diejenigen Entscheidungen beschränkt werden müsse, die die Verwaltung und Verwirklichung der missionarischen Tätigkeit betreffen sowie auf diejenigen Beschlüsse, die jedoch dem Papst zur endgültigen Approbation vorgelegt werden müssen. Man dürfe diese Worte nicht im legislativen Sinne verstehen; dieser Zusatz ändere weder noch vermehre er die Zuständigkeit der Kongregation für die Glaubensverbreitung.

Was die Worte: "Auf Vorschlag der Bischofskonferenzen" betreffe - führte der Vizepräsident aus - so sei die Missionskommission der Ansicht gewesen, diese Worte "würden die Wahlfreiheit des Papstes zu sehr einschränken; denn in diesem Falle würde er nur eine relativ Wahl zwischen denjenigen haben, die man ihm vorgeschlagen habe. Eine Vorschlag aufgrund der Zahl oder eine Vertretung der gesamten Missionswelt durch eine zyklische Vertretung in der Propaganda-Fide-Kongregation könne zudem den von der Leitung der Kongregation geforderten Dynamismus eher bremsen als fördern; deshalb bedauere die Kommission, dass sie diesem Vorschlag nur zum Teil zustimmen können, indem sie den Text so formuliert habe: "... nachdem die Bischofskonferenzen ihre Wünsche geäussert haben (auditis Conferentiis episcopalibus)". Den Bischofskonferenzen werde es demnach anheim-gestellt, Kandidaten für die Propaganda-Fide vorzuschlagen, gleichzeitig sei der Papst jedoch nicht verpflichtet, alle oder auch nur einen Teil der Mitglieder des Direktoriums aus der Liste der Vorgeschlagenen zu ernennen.

Zum 3. Verbesserungsvorschlag, die Amtsdauer der Mitglieder des Direktoriums solle auf eine bestimmte Zeit beschränkt werden, bemerkte P. Schütte, die Kommission habe diesem "modus" nicht zustimmen können. Diese Beschränkung - sagte der Vizepräsident - sei zu partikulär und ausserdem sei diese Klausel in etwa bereits in den Worten enthalten 'gemäss den Ansichten und dem Wunsche, die der Papst festlegen wird'".

ROM, 30. Nov. (DW) - Mit der Prüfung und Auswertung der mehreren hundert Verbesserungsvorschläge, die die Väter zum letzten Text des Missionsschemas eingebracht hatten, beendete die Missionskommission des Konzils die letzte Revision des von ihr ausgearbeiteten Dekretes. Am 30. November begannen die Abstimmungen über die letzte Fassung des Textes. Das Dekret umfasst in seiner jetzigen Form sechs Kapitel, die insgesamt 46 Spalten füllen.

In der Einleitung des Dekretes heisst es, die Kirche sei von Gott zu den Völkern gesandt "als Sakrament des Heiles für alle"; sie ziele deshalb darauf ab, allen Menschen die Frohbotschaft zu verkünden, entsprechend den innersten Erfordernissen ihrer eigenen Katholizität und im Gehorsam dem Auftrag ihres Stifters gegenüber.

Das erste Kapitel behandelt die theologischen Grundlagen der Missionstätigkeit. "Die Kirche - so heisst es - ist durch ihre eigene Natur missionarisch, weil sie aus der Sendung des Sohnes und des Heiligen Geistes, gemäss dem göttlichen Heilsplane des Vaters, hervorgeht". Ausführlich spricht der Text dann von der Sendung des Sohnes durch den Vater, der Sendung des Heiligen Geistes durch Christus und schliesslich von der Sendung, die Christus der Kirche anvertraut habe.

Gott habe nicht bloss die Einzelmenschen zur Teilnahme an seinem Leben berufen, sondern auch die Menschen zu einem Volk zusammenrufen wollen, indem seine Kinder, die zerstreut waren, geeint würden. Dieser Auftrag der Sammlung, sei der Kirche übertragen worden, die die Pflicht der Verkündigung des Glaubens habe und zwar kraft des ausdrücklichen Auftrags, den die Bischöfe (von den Priestern unterstützt) zusammen mit dem römischen Papst von den Apostel übernommen haben und aufgrund des Lebens, das Christus seinen Gliedern einfösst.

Mission im eigentlichen Sinne bedeute jene besonderen Unternehmen der Kirche, um den christlichen Glauben bei jenen Völkern einzuführen, die noch nicht zum Glauben gekommen sind. Eigentliches Ziel der Missionstätigkeit sei deshalb die Einpflanzung der Kirche in jenen Völkern bei denen die Kirche noch keine Wurzel gefasst hat, damit auch dort einheimische Kirche entstehen, die fähig sind, eine einheimische Hierarchie zu haben und entsprechende christliche Einrichtungen zu schaffen.

Das zweite Kapitel des Dekretes handelt von der eigentlichen Missionstätigkeit und zeigt auf, dass jeder Christ aus Liebe verpflichtet ist, die anderen Menschen zu Christus zu führen. Das Kapitel betrachtet die Missionstätigkeit in vier Etappen: der christlichen Bodenbereitung, der Verkündigung der Botschaft, der Einpflanzung der Kirche und der Missionsarbeit in den jungen Gemeinden.

Das dritte Kapitel ist den Lokalkirchen gewidmet und behandelt die jungen Diözesen, in denen die Kirche eine gewisse Stabilität erreicht hat. In diesen jungen Kirchen müsse das Leben des Gottesvolkes in allen Bereichen des christlichen Lebens reifen, entsprechend der Normen für die Erneuerung, die das Konzil aufstelle.

Wie die Gesamtkirche so habe auch jede Lokalkirche die Pflicht, Christus denjenigen bekanntzumachen, die ihn noch nicht kennen. Besondere Förderung in dieser Hinsicht verdiene das Laienapostolat.

102.G.1965

DAS KONZILSDEKRET UBER DIE MIS-
SIONARISCHE TÄTIGKEIT DER KIRCHE

Kapitel 4 - 6

Rev. Dr. Ralph M. Wiltgen SVD

Divine Word News Service

C.P. 5080, Rome, Italy

ROM, 30. Nov. (DW) - Das vierte Kapitel des Dekretes trägt den Titel: Die Missionare, Es behandelt ausführlich den Missionsberuf, die Missionsspiritualität, die geistliche und moralische Bildung der Missionare und die Notwendigkeit der Missionsinstitute. "Obwohl jeder Jünger Christi die Verpflichtung habe, nach besten Kräften den Glauben auszubreiten - heisst es wörtlich im vierten Kapitel - berufe Christus der Herr doch immer aus der Zahl seiner Jünger welche heraus, damit sie sich ihm anschliessen und er sie zur Verkündigung unter die Völker sende".

Durch den Heiligen Geist, der die Charismen verteile, senke Christus den Missionsberuf in das Herz der Einzelnen und veranlasse gleichzeitig in der Kirche die Gründung von eigenen Instituten, die die Pflicht der ganzen Kirche zur Verkündigung der Frohbotschaft als eigene Verantwortung auf sich nehmen. Unter denjenigen, an die dieser Ruf ergeht, befinden sich sowohl einheimische wie ausländische Priester, Ordensleute und Laien.

Lange Jahrhunderte hindurch - so heisst es weiter - hätten die "Institute des Tages Last und Hitze ertragen, indem sie sich entweder ausschliesslich oder doch teilweise der Missionstätigkeit gewidmet haben". Im Geiste brüderlicher Zusammenarbeit sollten sie ihren Eifer, ihre Erfahrungen der Kirchen zur Verfügung stellen, die durch ihre Opfer, bisweilen ihr Blut entstanden seien.

Das fünfte Kapitel handelt von der Organisation der Missionstätigkeit und unterstreicht die hervorragende Stellung, die die Propaganda-Fide-Kongregation in diesem Bereich stets eingenommen habe. Sie soll auch weiterhin das einzige leitende Organ "für alle Missionen und jede missionarische Aktivität bleiben, mit Ausnahme der Gebiete, für die die Kongregation für die Ostkirchen zuständig ist".

Besondere Aufgabe der Kongregation soll es sein, die Missionsberufe zu fördern und die Missionsspiritualität zu beleben, sowie zu eifrigem Gebet und Opfer für die Anliegen der Mission aufzurufen. Ferner solle die "Propaganda Fide" darauf achten, dass bei der Verteilung der Missionare wirklich nach der Dringlichkeit der betreffenden Gebiete vorgegangen wird.

Damit das Ärgernis der Trennung der Christen möglichst beseitigt werde, soll die römische Propaganda-Kongregation "gemeinsam mit dem Sekretariat zur Förderung der Einheit der Christen Wege und Mittel suchen, um zu einer brüderlichen Zusammenarbeit und einem geordneten Zusammenleben mit den Missionswerken der anderen christlichen Gemeinschaften zu kommen".

Neben seiner Eigenschaft als Verwaltungsorgan habe die Propaganda-Kongregation die Aufgabe, Organ für eine dynamische Leitung der Missionstätigkeit in der Kirche zu sein. Hierbei solle sie sich der Methoden und Mittel bedienen, die die moderne Wissenschaft zur Verfügung stelle. Auch solle sie die modernen Forschungen in der Theologie, der Methodologie und der Seelsorge unter dem Gesichtspunkt der Missionsarbeit verfolgen.

Das sechste und letzte Kapitel des Dekretes befasst sich mit der Koordinierung der Missionsarbeit und unterstreicht erneut die Pflicht des Gottesvolkes der christlichen Gemeinschaften, der Bischöfe, Priester, Ordeninstitute und des Laientums, zusammen an der Ausbreitung des Gottesreiches zu arbeiten.

90.G.1965
WOCHENUBERBLICK;
15.-19. NOVEMBER

Rev. Dr. Ralph M. Wiltgen SVD
Divine Word News Service
C.P. 5080, Rome, Italy

ROM, 22. Nov. (DW) - In der vergangenen Woche erklärte Papst Paul VI. vor den Konzilsvätern, es sei seine feste Absicht, die Beschlüsse des Konzils unverzüglich in die Tat zu überführen.

Am MONTAG, dem 15. November wurden die Ergebnisse von fünf Abstimmungen bekanntgegeben, die am Samstag zuvor über das Schema vom Leben und Amt des Priesters abgehalten worden waren. Keine Abstimmung ergab mehr als 45 Nein-Stimmen; wohl kamen bei zwei Abstimmungen 544 bzw. 630 Modi-stimmen ein. Der Erzbischof von Toulouse (Frankreich), Msgr. Garrone und Bischof McGrath von Santiago (Panama) verlasen die 'relationes' zum ersten Teil des Schemas von der Kirche in der modernen Welt. Abschliessend fanden die ersten sieben Abstimmungen über das Schema statt. Der Abschnitt, der vom Atheismus handelt, erhielt die meisten Nein-Stimmen (74). Die Abstimmung über das betreffende Kapitel als ganzes ergab 453 Vorbehaltstimmen und 18 Nein-Stimmen.

Am DIENSTAG fanden sieben weitere Abstimmungen über Schema 13 statt; die Höchstzahl negativer Stimmen betrug 112, wohingegen bei drei Abstimmungen 284-388 bzw; 467 Vorbehaltstimmen eingingen. Bischof Hengsbach von Essen (Deutschland) verlas anschliessend die Berichterstattung über den zweiten Teil des Schemas. Bei den folgenden 13 Abstimmungen verzeichnete man nicht mehr als 140 ablehnende Stimmen (über Ehe und Familie); bei drei Abstimmungen gab es 185, 469 bzw. 484 Modi-stimmen.

Mit den Abstimmungen von Nr. 28 bis 33 wurden am MITTWOCH die Abstimmungen über das Schema von der Kirche in der modernen Welt fortgesetzt und beendet. Die höchste Zahl negativer Stimmen kam bei der Abstimmung über den Abschnitt vom Krieg ein (144). Die Abstimmung über das Kapitel als Ganzes ergab 45 Nein-stimmen und 523 Vorbehaltstimmen.

Am DONNERSTAG promulgierte Papst Paul VI. im Rahmen der achten Öffentlichen Sitzung des Konzils die Dogmatische Konstitution über die Göttliche Offenbarung und das Dekret über das Laienapostolat. Die Konstitution war zuvor in der endgültigen Abstimmung von den Vätern mit 2344 gegenüber nur 6 Nein-Stimmen angenommen worden. Die Ergebnisse der Abstimmung über das Laienapostolat lauteten: 2305 "Placet" und 2 "Non-Placet". In seiner aufsehen erregenden Ansprache unterstricht Paul VI. die Bedeutung des "aggiornamento" für die Kirche. Dies programmatische, von Johannes XXIII. geprägte Wort, führte der Papst aus, besage in keiner Weise "eine Relativierung all dessen, was die Kirche beinhaltet, der Dogmen, Gesetze, Strukturen und Traditionen". In Johannes XXIII sei "der Sinn für die Stabilität der Lehre und der Struktur der Kirche so lebendig gewesen, dass er sie zum Angelpunkt seines Denkens und Handelns" gemacht habe.

Am FREITAG verlas Bischof De Smedt von Brügge (Belgien) die 'relatio' über die Verbesserungsvorschläge, die zur Konzilserklärung über die Religionsfreiheit bei der entsprechenden Kommission eingegangen sind. In vier folgenden Abstimmungen verzeichnete man 246 - 237 - 217 und nochmals 217 Nein-stimmen. Die Abstimmung über die Erklärung als Ganzes ergab 249 "Non-placet". Der Text wurde dem Papst zum persönlichen Studium und zur evtl. Promulgation überreicht.

97.G.1965

ERNEUTE 'RELATIO' BISCHOF DE
SMEDT'S UBER DAS SCHEMA VON DER
RELIGIONSFREIHEIT

Rev. Dr. Ralph M. Wiltgen SVD
Divine Word News Service
C.P. 5080, Rome, Italy

ROM, 26. Nov. (DW) - Bischof Emile-Joseph De Smedt von Brügge (Belgien) verlas am Freitag, dem 19. November im Namen des Einheitssekretariates die relatio zur verbesserten Fassung der Erklärung über die Religionsfreiheit. Die erneute Umarbeitung des Textes war erfolgt aufgrund der Abstimmungsergebnisse vom 26. und 27. Oktober. Hierbei hatten insgesamt 240 Väter mit "non-placet" gestimmt, während 1631 "Placet iuxta modum Stimmen" eingereicht wurden.

Eine der vier Einzelabstimmungen erbrachte 1539 Ja-stimmen, 534 Vorbehaltstimmen und 65 ablehnende Stimmen. Das bedeutet, dass nicht mehr als 72 Prozent aller Konzilsväter mit dem ganzen Text der Vorlage einverstanden sind. Der wirkliche Prozentsatz liegt jedoch wahrscheinlich noch weit niedriger, da es unwahrscheinlich ist, dass diejenigen Väter, die in dieser Einzelabstimmung mit "placet" stimmten, gleichfalls auch in allen übrigen Einzelabstimmungen mit Ja stimmten.

In seiner 'relatio' wies De Smedt einleitend darauf hin, dass die Erklärung über die Religionsfreiheit zahlreiche und schwerwiegende Probleme berühre, die sich nicht allein auf die Kirchengeschichte, sondern auch auf ihr gegenwärtiges Leben beziehen. Vor allem erläuterte der belgische Oberhirte drei 'modi'; die von den Vätern eingebracht worden waren. "Einige Konzilsväter - sagte De Smedt - behaupteten, die Erklärung zeige nicht deutlich genug, wie die Lehre von der Religionsfreiheit mit den kirchlichen Dokumenten bis zu Leo XIII. in Einklang zu bringen sei.

Es sei Sache der künftigen theologischen und historischen Forschung - erklärte der Bischof - in dieser Frage volles Licht zu bringen. Was den Kern des Problems angehe, müsse man jedoch bedenken, dass jene päpstlichen Dokumente die moralische Pflicht der öffentlichen Gewalt gegenüber der wahren Religion vor Augen hatten, während die letzten Päpste diese Lehre dadurch ergänzten, indem sie die andere Pflicht der öffentlichen Gewalt betonten, auf dem religiösen Gebiet die Forderungen der Würde der menschlichen Person als notwendiges Element des Gemeinwohls zu betrachten.

Zweitens seien alle Konzilsväter davon überzeugt, dass eine "Erklärung der Katholischen Kirche in der gegenwärtigen Lage des menschlichen Lebens über das Problem, das man mit dem Fachausdruck als Religionsfreiheit bezeichne, notwendig" sei.

Schliesslich stimmten alle Konzilsväter - fügte De Smedt hinzu - der Lehre Pius XII. zu, dass nämlich die Anerkennung und die juristische Sicherung der Religionsfreiheit in der heutigen Gesellschaft vom Gemeinwohl selbst gefordert wird. Über die weitere Entfaltung der Lehre sei allerdings noch keine Einstimmigkeit erzielt. Das dem Konzil vorgelegte Dokument besage - schloss der belgische Oberhirte - dass die Religionsfreiheit ein wahres Recht der Person darstellt, das in deren menschlicher Würde grundgelegt ist und in der bürgerlichen Gesellschaft als bürgerliches Recht anerkannt werden muss.

Bei der anschliessenden Endabstimmung über die gesamte Erklärung erklärten sich 1954 (d.h. 89 Prozent) mit der vorliegenden Fassung einverstanden, wohingegen 249 auch die jetzige Fassung ablehnten.

Damit ist die Arbeit der Konzilsväter am Text dieses Konzilsdokumentes beendet. Das Schema wurde inzwischen dem Hl. Vater zum privaten Studium vorgelegt, der über die Promulgation des Textes entscheidet, die wahrscheinlich am 7. Dezember erfolgen wird.

98.G.1965

DIE ERKLÄRUNG ÜBER DIE RELIGIONS-
FREIHEIT - Artikel 1 - 2

Rev. Dr. Ralph M. Wiltgen SVD
Divine Word News Service
C.P. 5080, Rome, Italy

ROM, 29. Nov. (DW) - Der Text der Konzilserklärung über die Religionsfreiheit der vor der Promulgation am 7. Dezember zur Zeit von Papst Paul VI. überprüft wird, füllt neun Druckseiten und gliedert sich in 15 Artikel. Fünf weitere Seiten enthalten Fussnoten. Der Untertitel der Erklärung lautet: "Über das Recht der Person und der Gemeinschaften auf soziale und bürgerliche Freiheit in religiösen Dingen".

In der Einführung wird ausgeführt, "dass Gott selbst der Menschheit einem Weg aufgezeigt habe, wie sie - indem sie Gott diene - gerettet und in Christus gesegnet "werden könne". Wir glauben - so heisst es wörtlich im Text - dass diese eine und einzig ("unica") wahre Religion in der katholischen und apostolischen Kirche begründet ist, die vom Herrn Jesus Christus den Auftrag erhielt, diese Religion allen Menschen kundzutun, als er den Aposteln auftrug: "Gehet hin und lehret alle Völker und taufet sie im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes, und lehret sie alles halten, was ich euch befohlen habe" (Matth. 28, 19-20)".

Weiterhin erklärt das Konzil, dass die Menschen heute ein immer stärkeres Bewusstsein ihrer Personenwürde erlangen. Diese Würde verlange, dass der Mensch in seinem Handeln die Freiheit besitzt und seinem Gewissen folgen kann. Vor allem in religiösen Dingen wird diese Freiheit beansprucht. Das Konzil wolle die traditionelle Lehre der Kirche über die Religionsfreiheit beibehalten, jedoch gleichzeitig diese Lehre gemäss den Verlautbarungen der letzten Päpste ergänzen unter Berücksichtigung der unverletzlichen Rechte der menschlichen Person und der juristischen Organisation der Gesellschaft.

"Dieses Vatikanische Konzil erklärt - heisst es wörtlich - dass die menschliche Person das Recht auf Religionsfreiheit besitzt. Diese Freiheit besteht darin, dass die Menschen frei sein müssen von jedem Zwang, den einzelne oder Gemeinschaften oder irgendwelche menschliche Gewalt ausübt, und zwar so, dass in religiösen Dingen niemand zum Handeln gegen sein Gewissen gezwungen wird oder daran gehindert wird, innerhalb der geduldeten Grenzen privat und öffentlich gemäss seinem Gewissen zu handeln".

Das Vatikanische Konzil versichert ferner, dass "das Recht auf Religionsfreiheit wirklich in der wahren Würde der menschlichen Person verankert ist, wie es sich aus der Offenbarung und der Vernunft ergibt".

"Alle Menschen, mit Verstand und freiem Willen ausgestattet sind und deshalb persönliche Verantwortung tragen, sind aufgrund ihrer Personenwürde durch ihre Natur dazu veranlasst und moralisch dazu verpflichtet, die Wahrheit, vor allem in religiösen Dingen, zu suchen".

Dieses Recht der Menschen - heisst es weiter - sei in der juristischen Gestaltung der Gesellschaft derart zu erkennen, dass es zu einem bürgerlichen Recht wird, dass alle Menschen und Religionsgemeinschaften rechtmässig für sich beanspruchen können. Aus der Bejahung der Religionsfreiheit als solcher ergebe sich jedoch nicht, dass der Mensch auf religiösen Gebiet durch keinerlei Pflichten gebunden sei oder von der Autorität Gottes entbunden. Dieses Recht gründe nicht in einer subjektiven Verfügung der einzelnen Person, sondern sei in der Natur des Menschen selbst verankert.

99.G.1965

DIE KONZILSERKLÄRUNG ÜBER
DIE RELIGIONSFREIHEIT - Artikel
3 - 15

Rev. Dr. Ralph M. Wiltgen SVD
Divine Word News Service
C.P. 5080, Rome, Italy

ROM, 29. Nov. (DW) - Artikel 3 der Konzilserklärung über die Religionsfreiheit führt aus, dass "jeder Mensch hat die Pflicht und das Recht, die religiöse Wahrheit zu suchen, so dass er - unterstützt durch den Gebrauch entsprechender Hilfsmittel - imstande ist, sich ein rechtes und kluges Urteil im Gewissen zu bilden. "Denn durch das Gewissen - so heisst es weiter - "mpfangt und anerkennt der Mensch die Gebote des göttlichen Gesetzes". Der Mensch ist gebunden, treu diesen Geboten zu folgen in all seinen Handlungen "auf dass er zu Gott, seinem Ziel gelange". Deshalb dürfe der Mensch unter keinen Umständen und von keiner Seite gezwungen werden, gegen sein Gewissen zu handeln noch gehindert werden, entsprechend seinem Gewissen zu handeln, vor allem in religiösen Dingen.

Die soziale Natur des Menschen fordere auch die äussere und gesellschaftliche Bekundung der inneren Religiosität. Deshalb begehe derjenige ein Unrecht, wer dem Menschen zwar die innere Religionsfreiheit zuerkenne, ihm aber deren freie soziale Betätigung versage. Da ferner die religiösen Akte ihrem Wesen nach die irdische und zeitliche Ordnung übersteigen", überschreite die bürgerliche Gewalt die Grenzen ihrer Zuständigkeit, wenn sie sich dort einmische, wo es um die unmittelbare Hinordnung des Menschen auf Gott" gehe.

Artikel vier erklärt, diese nämlich Freiheit von äusserem Zwang in religiösen Angelegenheiten", deren sich die einzelnen Menschen erfreuen, "müsse auch "denselben Personen zuerkannt werden, wenn sie sich in Gemeinschaften zusammenschliessen".

Artikel fünf führt aus, dass jede Familie, da sie sich der selben Rechte wie die Gemeinschaft erfreut, ihr eigenes religiöses Leben ordnen könne. "Das Recht, das die Eltern haben, in voller Freiheit die Schule oder sonstigen Erziehungsmethoden für ihre Kinder zu wählen, muss von der öffentlichen Gewalt anerkannt werden". Wegen dieser ihrer Wahlfreiheit dürfe der Staat den Eltern weder direkt noch indirekt irgendwelche Lasten auferlegen.

Diese Elternrechte würde gröblich verletzt, wenn die Eltern gezwungen würden, ihre Kinder in Schulen zu schicken, die der religiösen Überzeugung der Eltern nicht entsprechen, oder wenn es nur eine Erziehungsmethode gebe, die bewusst jeden religiösen Einfluss ausschliesse.

In Artikel sechs wird betont, es sei "eine wesentliche Pflicht jeder bürgerlichen Gewalt, die unveräusserlichen Rechte des Menschen zu schützen und zu fördern; deshalb müsse die bürgerliche Gewalt wirksame Massnahmen ergreifen, um die religiöse Freiheit aller Bürger durch gerechte Gesetze und andere ratsame Mittel zu schützen. Selbst wenn aufgrund besonderer Verhältnisse eine Religionsgemeinschaft sich einer besonderen bürgerlichen Anerkennung in der betreffenden Konstitution des Staates erfreue, so sei es dennoch notwendig, dass gleichzeitig das Recht auf Freiheit in religiösen Dingen allen Bürgern und Religionsgemeinschaften zuerkannt und eingehalten werde.

Artikel sieben handelt von den Grenzen der Religionsfreiheit, während Artikel acht die Notwendigkeit einer entsprechenden Bildung bei der Ausübung der jeweiligen Freiheit betont. Die folgenden Artikel 9 - 15 behandeln die Religionsfreiheit im Lichte der Offenbarung und zeigen auf, dass diese "Lehre über die Freiheit ihren Ursprung in der göttlichen Offenbarung hat"; Diese sorgfältige Beobachtung dieses Gebotes von seiten der Christen müsse deshalb allen besonders heilig sein.

78.G.1965

UBERARBEITETER TEXT DES
MISSIONSSCHEMAS DEM KONZIL
VORGELEGT

Eingegangen

- 6. DEZ. 1965

Rev. Dr. Ralph M. Wiltgen SVD
Divine Word News Service
C.P. 5080, Rome, Italy

Handwritten notes and signatures:
J. J. J.
S. J. J.
S. J. J.
S. J. J.

ROM, 10. Nov. (DW) - Das II. Vatikanische Konzil begann heute mit den Abstimmungen über das verbesserte Missionsschema. In seiner 'relatio' erwähnte der Vize-Präsident der Missionskommission, P. Johannes Schütte SVD einleitend, dass der Kommission Interventionen von 193 Konzilsvätern eingegangen seien, die zusammen 550 Seiten füllen. Von allen Eingaben seien Photokopien angefertigt worden, die allen Mitgliedern und 'periti' der Kommission ausgehändigt worden seien, "damit jeder sofort den ganzen Text der gewünschten Änderungen zur Hand" habe.

Die wichtigste, in den neuen Text aufgenommene Verbesserung - fuhr der Generalsuperior der Steyler Missionare fort - sei eine grössere Betonung "der Motive und Gründe für die Missionstätigkeit sowie eine klarere Aufzeigung der positiven Gründe für die dringende Notwendigkeit der Missionstätigkeit der Kirche". Die revidierte Textfassung betrachte das Gebot Christis als "hauptsächlichen Grund für die Verkündigung des Evangeliums"; diese Aufgabe betreffe "zuerst und vor allem" die kirchliche Hierarchie "zusammen mit und unter dem römischen Papste".

Eine weitere bedeutende Verbesserung bezieht sich auf die jungen Kirchen in den Missionsländern. Während sie in der alten Fassung zu ausschliesslich als Objekte der Missionstätigkeit erschienen, werden sie jetzt auch selbst als Träger der Missionsaufgabe herausgestellt und durch die Einfügung eines eigenen Kapitels ausdrücklich vom Missionswerk unterschieden.

Weiterhin sei die Definition eines Missionars klarer umschrieben worden. Bisher habe als Missionar jemand gegolten, der sein Vaterland verlassen habe, um anderswo die Frohbotschaft zu verkündigen. In der neuen Fassung - so erklärte Pater Schütte - werde als Missionar jeder angesprochen "der in Missionsländern zu denjenigen gesandt werde, die noch fern von Christus sind", auch wenn der oder die betreffende im eigenen Lande verbleibt. Deshalb seien nach dem revidierten Text nicht nur die ausländischen Priester Missionare, "sondern alle Priester, Laien und Ordensleute, auch die einheimischen, die in den Missionsländern das Evangelium den Nichtchristen verkünden".

Gemäss den Wünschen vieler Konzilsväter werde im neuen Text auch ausführlicher vom Laienapostolat in den Missionen und von der ökumenischen Haltung gesprochen. Die Glaubenstrennung "verkünde die Friedensbotschaft und verschliesse vielen den Weg zum Glauben". Die römische Propaganda-Fide-Kongregation solle gemeinsam mit dem Sekretariat für die Einheit der Christen "Wege und Mittel suche, um zu einer brüderlichen Zusammenarbeit und einem geordneten Zusammenleben mit den Missionswerken der anderen christlichen Gemeinschaften zu kommen, damit das Ärgernis der Trennung verschwinde".

Der Bericht der Missionskommission über den revidierten Text steht ebenfalls in der Broschüre, die den Vätern ausgehändigt wurde; die Antworten der Kommission auf die einzelnen eingereichten Interventionen füllen 23 Druckseiten. Nach Verlesung des Berichtes fanden die ersten zehn Teilabstimmungen statt.

84.G.1965

STRUKTUR DER PROPAGANDA-FIDE
KONGREGATION DURCH DREI
KLAUSELN KLARER UMRISSEN

Rev. Dr. Ralph M. Wiltgen SVD
Divine Word News Service
C.P. 5080, Rome, Italy

ROM, 16. Nov. (DW) - Von den 712 "Placet-iuxta-modum" Stimmen, die bei der Abstimmung über das wichtige fünfte Kapitel des Missionsschemas abgegeben wurden, enthalten wenigstens 400 (wenn nicht mehr) Stimmen einen identischen Verbesserungsvorschlag, der darauf abzielt, die Kongregation für die Glaubensverbreitung wirklich rappresentativ für die gesamte Missionsarbeit der Kirche zu gestalten, die Entscheidungen der Leitung der Kongregation verbindlich zu machen und die Amtsdauer der Mitglieder der Kongregation zeitlich zu beschränken. Diese Neuerung könnte darüberhinaus als Präzedenzfall für andere Kurienkongregationen gelten;

Dieser "Modus" wurde von vier Kardinälen aus Nord- und Südamerika, aus Afrika und Europa und weiteren sechs Erzbischöfen und Bischöfen unterstützt, die bedeutende Stellungen innehaben. Vier von ihnen sind beispielsweise Präsidenten der grössten Bischofskonferenzen. Dieser von so zahlreichen Konzilsvätern eingereichte Verbesserungsvorschlag hatte als erstes, unmittelbares Ergebnis, dass die Abstimmung über dieses fünfte Kapitel nicht die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit erreichte (es fehlten fünf Stimmen); Dies bedeutet praktisch, dass die zuständige Missionskommission verpflichtet ist, das Kapitel anhand der eingereichten Änderungswünsche zu überarbeiten.

Der "Modus" besagt u.a., es sei für eine dynamische Leitung der Missionstätigkeit der Kirche unerlässlich, "dass die Mitglieder der Propaganda-Fide Kongregation ihr Amt nicht unbegrenzt ausüben dürften, und auch nicht für eine zu lange Zeit". Deshalb - so heisst es im Vorschlag wörtlich - sollen die Mitglieder der Kongregation "für einen beschränkten Zeitraum ernannt werden".

Der Text des Schemas - so betont der "Modus" - besage, dass die Mitglieder der Leitung der Kongregation "ausgewählte Vertreter unter all denjenigen sein sollen, die am Missionswerk der Kirche mitarbeiten". Um aber einen wirklich "repräsentativen Charakter" der bischöflichen Mitglieder dieses leitenden Organs zu garantieren, fordert der Änderungsvorschlag, dass die in Frage kommenden Kandidaten von den jeweiligen Bischofskonferenzen vorgeschlagen werden. Denn niemand könne als wirklicher Vertreter angesehen werden, es sei denn, er spreche und handele wirklich im Namen derer, die er vertrete. Der Papst könne dann aus dieser Namensliste einige für dieses Amt auswählen.

Im Kommentar des Textes - so betont der "Modus" - solle klar herausgestellt werden, "dass es nicht erforderlich ist, dass alle Bischofskonferenzen gleichzeitig vertreten" seien, denn dies würde eine zu grosse Versammlung zur Folge haben. Da jedoch die Amtsdauer der einzelnen Mitglieder zeitlich begrenzt sei, könnten das eine Mal die einen Bischofskonferenzen, das andere Mal andere vertreten sein, so dass die grossen sozial-kulturellen Bereiche der Welt grundsätzlich immer vertreten seien.

Die eingebrachten "modi" fordern weiter eine ganz klare Umschreibung der Zuständigkeitsbereiche derjenigen, "die eine aktive und entscheidende Rolle in der Leitung dieser Kongregation innehaben", und fordern die Ergänzung der Worte "beschliessende Stimme". Das Wort "entscheidend", das im jetzigen Text stehe, so wird argumentiert, sei ein neuer und ungenauer Ausdruck, wohingegen "beschliessende Stimme" bereits im Kommentar vorkomme und ein "eindeutiger, in der Jurisprudenz geläufiger Fachausdruck" sei.

Auf den Vorwurf, "die Reform der Kongregation stehe allein dem Papst zu", antwortet der Verbesserungsvorschlag: "Das ist wahr. Aber der Papst selbst hat wiederholt die Konzilsväter gebeten, ihre Ansichten und Wünsche zu äussern, und eben dies geschieht im Artikel unseres Schemas". Im übrigen, so endet der "Modus", soll alles "in der vom Papst gewünschten Weise vor sich gehen", wie es im revidierten Text heisse;

91.G.1965

BISCHÖFE AUS 86 LÄNDERN WÜNSCHEN
VERURTEILUNG DES KOMMUNISMUS
DURCH DAS KONZIL (Erster Teil)

Rev. Dr. Ralph M. Wiltgen SVD
Divine Word News Service
C.P. 5080, Rome, Italy

ROM, 23. Nov. (DW) - Unter den 450 Unterschriften von Konzilsvätern, die im vergangenen Monat eine ausdrückliche Verurteilung des marxistischen Sozialismus oder Kommunismus im Konzilsschema über die Haltung der Kirche in der modernen Welt wünschten, befanden sich Oberhirten aus 86 verschiedenen Ländern aus allen Teilen der Erde. Nordamerika war in dieser Liste mit zwei Ländern vertreten, Ozeanien mit 4, Europa durch 15, Asien durch 16, Süd- und Mittelamerika durch 23 und Afrika durch 26.

24 der insgesamt 86 Länder waren durch jeweils vier oder mehr Konzilsväter in der Liste vertreten, nämlich: Argentinien, Australien, Brasilien, Chile, China-Formosa, Canada, Kolumbien, Ecuador, Frankreich, Griechenland, Indien, Italien, Madagaskar, Mexiko, Neu-Guinea, Paraguay, Peru, Portugal, Südafrikanische Republik, Spanien, Tansanien, Vereinigte Arabische Republik, Vereinigte Staaten von Amerika und Vietnam.

Die Tatsache, dass ein solches repräsentatives Dokument durch die Manipulationen eines einzelnen Mannes daran gehindert wurde, die zuständige Konzilskommission zu erreichen, an die die Eingabe offiziell gerichtet war, stellt eine der grössten Tragödien dieses II. Vatikanischen Konzils dar und darf ruhig in die Geschichte eingehen als der grösste Skandal, der die ernstesten Entschlüsse dieser Konzilsversammlung getrübt hat.

Der Mann, der dieses Dokument mit 450 Unterschriften von Konzilsvätern blockierte ist weder ein Konzilsvater noch wurde er durch die Konzilsversammlung in sein Amt eingesetzt. Seine Name ist Msgr. Achille Glorieux aus Lille (Frankreich), Sekretär der Gemischten Konzilskommission, die für die Redaktion und Überarbeitung des Schemas über die Kirche in der modernen Welt verantwortlich ist. Gleichzeitig ist er Sekretär der Konzilskommission für das Laienapostolat und die Presse.

Msgr. Glorieux ist römischer Korrespondent für die katholische Pariser Tageszeitung "La Croix" und Redakteur der französischen Ausgabe des "L'Observatore Romano". Ferner bekleidet er das Amt eines Konzilstheologen, ist Konsultor der Päpstlichen Kommission für die Revision des Kirchenrechtes, Vizepräsident des beratenden Ausschusses der Gesellschaft für die Glaubensverbreitung und hauptamtlicher kirchlicher Beirat der COPECIAL, des beständigen Komitees für die Internationalen Kongresse über das Laienapostolat; Sitz der Copecial ist Rom.

Als der revidierte Text des Schemas den Konzilsvätern am Samstag, dem 13. November ausgehändigt wurde, zeigte sich klar, dass die von 450 Vätern eingereichte Intervention sowohl im neuen Text wie auch in den Anmerkungen vollkommen ignoriert worden war. Über das Wochenende wurden dann in aller Eile entsprechende Änderungen oder "modi" ausgearbeitet, die von zahlreichen Vätern am Montagvormittag (15. November) bei den Abstimmungen über den Text berücksichtigt wurden, indem diese Väter mit "placet iuxta modum" abstimmten und den ausgearbeiteten Text der gewünschten Änderung ihrem Stimmzettel beifügten. Dieser Schritt wurde am gleichen Tage im Pressedienst der Styler Missionare als "letzter, verzweifelter Versuch" von seiten der 450 Konzilsväter definiert, die eine klare Verurteilung des Kommunismus durch das Konzil forderten.

Zahlreiche Journalisten wandten sich nach dieser Neuigkeit an mehrere "Periti" der betreffenden Konzilskommission und erfuhren von diesen, dass kein Konzilstheologe der Kommission die Interventionen mit den 450 Unterschriften gesehen habe. Als man Msgr. Glorieux erreichte und ihn befragte, gab er zur Antwort, er habe die betreffenden Interventionen der Kommission nicht weitergeleitet, da die zeitliche Frist für die Eingabe von Änderungswünschen überschritten gewesen sei.

92.G.1965

BISCHÖFE AUS 86 LANDERN WUNSCHEN
VERURTEILUNG DES KOMMUNISMUS
DURCH DAS KONZIL (Zweiter Teil)

Rev. Dr. Ralph M. Wiltgen SVD
Divine Word News Service
C.P. 5080, Rome, Italy

ROM, 23. Nov. (DW) - Aus dieser Antwort von Msgr. Glorieux ergab sich die Alternative: entweder hatte das Generalsekretariat des Konzils unter Leitung von Msgr. Perikle Felici die in Frage kommenden Interventionen nicht rechtzeitig der betreffenden Konzilskommission bzw. ihrem Sekretär, Msgr. Glorieux weitergereicht oder diejenigen, die mit der Einsammlung der Unterschriften beauftragt waren, hatten ihre Listen nicht rechtzeitig dem Generalsekretariat des Konzils übergeben.

Am Mittwochvormittag betonte Erzbischof Felici in der Konzilsaula, die an jenem Morgen eingebrachten Änderungswünsche der Konzilsväter würden der betreffenden Kommission überreicht werden, "wie des bisher immer getan worden sei". Darin erkannte man die Feststellung von seiten des Generalsekretärs, dass sein Büro sich keiner Nachlässigkeit schuldig gemacht habe bei der Weitergabe der 450 Änderungsanträge. Damit fällt die Schuld auf die erstgenannte Gruppe, d.h. diejenigen, die die Unterschriften einsammelten und dem Sekretariat Msgr. Felici weitergaben.

Vor der Generalkongregation am Mittwoch morgen wurde der Schreiber dieser Zeilen vom Erzbischof von Diamantina (Brasilien) Gerald Sigaud gebeten, der Presse eine Richtigstellung zu den Meldungen zu überreichen, die am Vortage in etwa einem Dutzend römischer Zeitungen über diesen Konzilsvorgang erschienen waren. In dieser Richtigstellung, die noch am Mittwochmorgen den Nachrichtenagenturen und der Presse zugestellt wurde, erklärte Erzbischof Sigaud, dass er persönlich zusammen mit dem französischen Erzbischof Marcel Lefebvre, die Liste mit den 450 Unterschriften in vorgeschriebener Form dem Generalsekretär des Konzils, Erzbischof Felici überreicht hätten, und zwar am Vormittag des 9. Oktober, d.h. innerhalb der vorgeschriebenen Frist für die Eingabe von Verbesserungsvorschlägen zum Schema 13.

Diese Klarstellung Msgr. Sigauds betrifft demnach nicht die Pressemeldungen, die behaupteten, die in Frage kommenden Interventionen hätten die zuständige Kommission, oder Unterkommission oder Unter-Unterkommission nicht rechtzeitig erreicht, sondern nur diejenigen Nachrichten, denen zufolge die Interventionen nicht rechtzeitig beim Konzilsgeneralsekretariat eingegangen seien. Damit fällt die Verantwortung für diesen Fall erneut auf Msgr. Glorieux zurück.

Inzwischen startete der Dekan des Hl. Kollegiums, Kardinal Eugene Tisserant und Vorsitzenden des Konzilspräsidiums eine private Untersuchung über diesen "Fall". Er selbst wie auch Erzbischof Felici bezeichneten den Vorfall als ernstesten Zwischenfall im Konzilsablauf. Als Resultat dieser Untersuchung ergab sich, dass Msgr. Glorieux die Eingabe mit den 450 Unterschriften in seine Schreibtischschublade einschloss und die Eingabe aus undurchsichtigen Gründen der verantwortlichen Kommission oder Unterkommission oder Unter-Unterkommission nicht weiterreichte. Wie aus der persönlichen Untersuchung Kardinal Tisserants weiter hervorging, habe das Generalsekretariat - nachdem es die 450 Eingaben innerhalb der vorgeschriebenen Frist am Samstag erhalten hatte - Msgr. Glorieux noch telefonisch von diesen Eingaben unterrichtet und hinzugefügt, die Änderungswünsche würden am Montagvormittag nach Anfertigung der entsprechenden Fotokopien (für das Generalsekretariat) Msgr. Glorieux überreicht werden. Dies war auch bisher Konzilsgepflogenheit. Kardinal Tisserant war durch diesen Zwischenfall und die Bedeutung dieser Nachlässigkeit so empört, dass er noch am Mittwochabend dem Hl. Vater die Angelegenheit unterbreitete. Inzwischen erfuhr man von der Gemischten Kommission dass sie offiziell ihre Schuld bei dieser Nachlässigkeit zugegeben habe.

93.G.1965

Rev. Dr. Ralph M. Wiltgen SVD
Divine Word News Service
C.P. 5080, Rome, Italy

AMERIKANISCHER ERZBISCHOF: "DAS
KAPITEL UBER DEN KRIEG IST VOLLER
IRRTUMER"

ROM, 24. Nov. (DW) - Erzbischof Philip M. Hannan von New Orleans, im nordamerikanischen Bundesstaat Louisiana, erklärte vor dem Vertreter des Pressedienstes der Steyler Missionare, der Abschnitt, der im Schema 13 vom Krieg handele, sei "unreif und voller Irrtümer". Wenn der Text in seiner jetzigen Form veröffentlicht werde, würde er in politischen und militärischen Kreisen der Welt nur belächelt werden.

Die gedruckten Verbesserungsvorschläge oder "modi", die er selbst in letzter Minute ausgearbeitet habe, um die gegenwärtige Fassung zu verbessern, sei von zahlreichen Konzilsvätern gefordert worden, Msgr. Hannan verneinte kategorisch, dass die amerikanischen Bischöfe oder überhaupt ein amerikanischer Oberhirte versucht hätten, ihn von der Ausarbeitung dieser Änderungsvorschläge abzuhalten. Sie hätten ihm vielmehr geholfen, die neuen Formulierungen wirksamer auszuarbeiten.

Es sei ungenau, erklärte Erzbischof Hannan, wenn man im Paragraphen 84 des Schemas behaupte, "jede Anwendung" von Atomwaffen sei "absolut unerlaubt", weil eine Anzahl von atomaren Waffen eine ganz präzise und genau umpgrenzte Zerstörungskraft hätten und es werde weiterhin an einer grösseren Präzisierung und Umschreibung beim Einsatz dieser Waffen gearbeitet.

Der letzte Abschnitt in Paragraph 84 "ist falsch", fügte er hinzu, denn dort werde ausgeführt, es sei "unvernünftig, den Krieg als geeignetes Mittel für die Wiederherstellung verletzter Rechte zu betrachten. Der Grund für die Flaschheit dieser These liege auf der Hand, denn eine "militärische Invasion eines Landes sei immer eine Invasion in die Rechte dieser Nation". Und da das einzige Mittel für die Abwehr der Invasion der Einsatz von Kriegswaffen ist, stellt diese Abwehr der Invasion," die die nationalen Rechte wiederherstellt", einen Akt dar, ein notwendiges Mittel, um die verletzten Rechte wiederherzustellen.

Der Erzbischof erklärte weiter, man habe den Katholiken in den USA und anderswo erzählt, "jede Art von Krieg sei sittlich ungerechtfertigt und falsch". Dieser Irrtum - sagte Hannan - würde einen schädlichen Einfluss auf die Anstrengungen der freien Länder bedeuten, die sich bemühen, ihre Freiheit Angriffen gegenüber zu verteidigen.

Paragraph 85 sei ebenfalls voller Irrtümer, fügte er hinzu. Es sei nicht richtig, dass der Text eine Nation wegen des blossen Besitzes atomarer Waffen verurteile. Ebenfalls sei es falsch zu behaupten, Herstellung und Besitz von nuklearen Waffen erhöhten die Kriegsgefahr. Die wahren Gründe für den Krieg - sagte Erzbischof Hannan hinzu - seien Ungerechtigkeit und ungerechtfertigtes Machtstreben, nicht jedoch der blosser Besitz nuklearer Waffen, die unter eigener Kontrolle Ungerechtigkeit und Angriffen vorbeugen könnten. Der Paragraph verkenne vollkommen die Tatsache, dass einige Nationen gerade durch den Besitz von Atomwaffen grosse Teile der Welt vor einem Angriffskrieg bewahrt haben. Die Verteidigung dieser Gebiete wäre sehr fragwürdig geworden, wenn es dort keine Atomwaffen gegeben hätte.

Paragraph 85 des Schemas 13 mache sich eines "Negativismus übelster Sorte" schuldig; denn er verurteile den Besitz von Atomwaffen als ein Mittel, die Nationen zu schützen und einige Aspekte des Friedens zu wahren, an die Stelle dieser Verurteilung habe der Text jedoch nichts Besseres gesetzt. Fachleute in der Kriegführung - schloss der Erzbischof von New Orleans - sollten zuerst konsultierte werden, bevor man ein Konzilsdokument von solcher Tragweite verabschiede und veröffentliche.

94.G.1965

KONZILSVÄTER DURCH KONZILS-
KOMMISSION HINTERGANGEN

Rev. Dr. Ralph M. Wiltgen SVD
Divine Word News Service
C.P. 5080, Rome, Italy

ROM, 24. Nov. (DW) - Wie der Pressedienst der Steyler Missionare von verschie-
denen Bischöfen erfuhr, seien zahlreiche Konzilsväter ohne ihr Wissen durch
die Konzilskommission hintergangen worden, die sich mit der Behandlung der Fra-
gen von Ehe und Familie im Schema von der Kirche in der modernen Welt befasst.

Im letzten, revidierten Text des Schemas, den die Konzilsväter nun in Händen
haben, ist von Ehe und Familie auf den Seiten 5 - 10 die Rede. Auf den Seiten
12 - 21 gibt die Konzilskommission die Gründe an, die die jetzige Fassung des
Textes rechtfertigen. Zur Einführung auf Seite 12 befindet sich ein kurzes
Vorwort in latein, das offensichtlich eingefügt wurde, um den nachstehenden
Gründen grössere Autorität und grösseres Gewicht zu verleihen und damit indi-
rekt auch dem ganzen Schema.

In diesem Vorwort heisst es wörtlich: "Die Mitglieder der Päpstlichen Kom-
mission für Ehefragen wurden der Unterkommission für Ehe und Familie hinzuge-
fügt, sowie auch der Gemischten Kommission zugeteilt, damit durch die Zusammen-
arbeit aller eine einheitliche Lehre erreicht werde". Das Wort "membra" kann
aber nur mit "die Mitglieder" übersetzt werden und meint im juridischen Sinne
"alle Mitglieder". In diesem Sinne - so erfuhr der Steyler Pressedienst - hät-
ten die Konzilsväter dieses Wort auch aufgefasst.

Aber wie es so geht im Leben und wie in allen Kontroversfragen, stimmten
einige Mitglieder der Päpstlichen Kommission für Ehefragen nicht mit der Lehr-
meinung der betreffenden Konzilskommission überein.

Infolgedessen wurde eine Untersuchung angestellt, um zu erfahren, ob nun
alle Mitglieder der Päpstlichen Kommission für Ehefragen der betreffenden Kon-
zilskommission zugeteilt worden waren oder nicht.

Diese Untersuchung ergab nun, dass die gemischte Konzilskommission, der die
Aus- bzw. Umarbeitung des Abschnitts über Ehe und Familie im Schema 13 obliegt,
nur diejenigen Mitglieder der Päpstlichen Kommission über Ehefragen auswählte,
die die Lehrmeinung der gemischten Kommission teilten.

Deshalb ist das Vorwort ungenau und irreführend. Anstatt von "membra" (alle
Mitglieder) zu reden, hätte man von "aliqua membra" (einigen Mitgliedern)
reden müssen. Diese ^{richtig} ichtigstellung würde die Autorität des von der gemischten
Kommission vorgelegten Textes erheblich mindern.

Die Ergebnisse der offiziellen Untersuchung über diese Angelegenheit würden
inzwischen dem Hl. Vater übermittelt.

Dieser Vorfall in der Gemischten Kommission für Ehefragen des Schemas 13 ist
nur ein Aspekt der vielen, die in unter den Konzilsvätern in zunehmendem Mas-
se Unruhe und Besorgnis auslösen vor der Abstimmung über den Text, den die
gemischte Kommission ausgearbeitet hat.

88.G.1965

DIE DOGMATISCHE KONSTITUTION
UBER DIE GÖTTLICHE OFFENBARUNG
ARTIKEL 1 - 10

Rev. Dr. Ralph M. Wiltgen SVD

Divine Word News Service
C P. 5080 Rom^e Italy

ROM, 19. Nov. (DW) - Im Rahmen der achten Öffentlichen Sitzung des II. Vatikanischen Konzils billigten die Konzilsväter mit 2344 gegen 6 Stimmen die Dogmatische Konstitution über die Göttliche Offenbarung. Das Dokument wurde anschliessend von Papst Paul VI. feierlich promulgiert.

"Den Spuren des Trienter Konzils und des Ersten Vatikanums folgend heisst es im Text der Konstitution - wolle das gegenwärtige Konzil die authentische Lehre über die göttliche Offenbarung und ihre Weitergabe darlegen, damit durch Hören der Heilsbotschaft die ganze Welt glaube, durch Glauben hoffe und durch Hoffnung liebe".

In der Offenbarung - so heisst es im ersten Kapitel der Konstitution - rede Gott die Menschen als seine Freunde an, um mit ihnen in Gemeinschaft zu treten. Dieses Tun Gottes verwirkliche sich "in Taten und Worten, die beide innerlich miteinander verknüpft" sind. In der Offenbarungsgeschichte des Alten Bundes habe sich Gott von Anfang an der Menschheit kundgetan und auf diese Weise die Erfüllung der Offenbarung vorbereitet, die in der Menschwerdung Christi erfolgt sei.

Nach der Darstellung des Heilswerkes Christi fährt der Text fort: "Dem Offenbarenden Gott ist Glaubensgehorsam zu leisten, durch den der Mensch sich in Freiheit ganz Gott überantwortet". Dieser Glaube setze jedoch die göttliche Gnade und Hilfe voraus, "der das Herz bewegt und zu Gott wendet, die Augen des Geistes öffnet und jedem die Freude schenkt, der Wahrheit zuzustimmen und ihr Glauben zu schenken".

Das zweite Kapitel behandelt das Verhältnis von Schrift und Tradition. Um die Offenbarung unversehrt zu erhalten und allen Zeiten zu übermitteln, habe Christus die Apostel mit der Verkündigung der Frohbotschaft beauftragt, diese wiederum hätten den Bischöfen "ihr eigenes Lehramt übertragen". Die Predigt der Apostel, in besonderer Weise in der Heiligen Schrift enthalten, werde von der Kirche nicht nur "in Lehre, Leben und Kult" weitergegeben. Es gebe ein Wachstum "des Verständnisses sowohl der überlieferten Ereignisse wie der Worte".

In der lebendigen Gegenwart der Tradition - so heisst es weiter - werden die Heiligen Schriften selber tiefer verstanden und wirksam gemacht". Schrift und Tradition hängen eng miteinander zusammen". Beide entspringen demselben göttlichen Quell, sind miteinander verschmolzen und gehen auf dasselbe Ziel zu. "Die Hl. Schrift ist das schriftlich niedergelegte Sprechen Gottes; die Tradition gibt das den Aposteln anvertraute Wort Gottes unversehrt weiter, damit die Nachfolger der Apostel es "in ihrer Verkündigung treu bewahren, erklären und ausbreiten". "Deshalb - so lautet der Kernsatz - kann auch die Kirche ihre Gewissheit über alle Offenbarungsinhalte nicht aus der Hl. Schrift allein schöpfen". Schrift und Überlieferung bilden "den einen der Kirche anvertrauten Schatz des Gotteswortes". Zwar sei die verbindliche Interpretation allein Sache des kirchlichen Lehramtes, das jedoch nicht über dem Worte Gottes stehe, sondern im Dienste, indem es nichts anderes lehre, als was überliefert ist. Schrift, Tradition und Lehramt, seien also so miteinander verknüpft, "dass keines ohne die anderen besteht", und dass alle in ihrer Weise "wirksam dem Heil der Seelen dienen".

83.G.1965
WOCHENUBERBLICK:
9.-13. NOVEMBER

Rev. Dr. Ralph M. Wiltgen SVD
Divine Word News Service
C.P. 5080, Rome, Italy

ROM, 15. Nov. (DW) - In der vergangenen Woche fanden Generalkongregationen von Dienstag bis Samstag statt. Hauptsächlich wurde über fast fertige Konzilsdekrete abgestimmt. Die Konzilsväter hatten die letzte Möglichkeit, durch die Einreichung von verbesserungsvorschlägen die endgültige Fassung der Konzilsdokumente zu verbessern.

Am DIENSTAG, dem 9. November, teilte Papst Paul VI. Kardinaldekan Eugene Tisserant mit, dass er über den zügigen Fortgang der Konzilsarbeiten sehr befriedigt sei und gab seinen Entschluss bekannt, dass das II. Vatikanische Ökumenische Konzil am kommenden 8. Dezember mit einer Öffentlichen Sitzung abgeschlossen wird, nachdem am Vortage die letzten Konzilsdokumente feierlich verabschiedet und promulgiert werden. Das Konzil, so führt der Papst in seinem Schreiben aus, habe am 11. Oktober 1962, dem Fest Mariä Mutterschaft, begonnen und werde auch an einem Marientag, dem Fest der Unbefleckten Empfängnis zu Ende gehen.

Bischof Franz Hengsbach von Esben (Deutschland) verlas anschliessend die 'relatio' über den revidierten Text des Schemas über das Laienapostolat, und Kardinal Fernando Cento, berichtete in seiner Eigenschaft als Grosspönitentiär über die Vorlage zu einer Neuregelung des gesamten Ablasswesens. Msgr. Sessolo erläuterte die "Positio" in ihren Einzelheiten. Anschliessend wurde über die ersten drei Kapitel des Laienschemas abgestimmt. Keine der Einzelabstimmungen verzeichnete mehr als 16 negative Stimmen.

Am MITTWOCH begannen die Präsidenten der einzelnen Bischofskonferenzen mit der Verlesung der Ansichten der jeweiligen Konferenzen über den Entwurf einer Neuregelung des Ablasswesens. Diese Vorlage gehört technisch gesehen, nicht zu den eigentlichen Konzilsthemen, sondern wurde auf Wunsch des Hl. Vaters in der Konzilsaula behandelt. Deshalb fand auch nach Verlesung der Kritiken keinerlei Diskussion statt. Ausserdem wurden die Ergebnisse der restlichen Abstimmungen bekanntgegeben, die am Vortage noch über das Laienapostolatschema, abgehalten worden waren.

Bei der Abstimmung über Kapitel 4 und 6 in ihrer Gesamtheit verzeichnete man nicht mehr als 28 Nein-Stimmen. Das Schema als ganzes wurde nur von zwei Vätern abgelehnt. Anschliessend verlas P. Johannes Schütte, SVD, Vize-Präsident der Missionskommission die "relatio" über die Neufassung des Schemas. Von den fünf Abstimmungen registrierte nur eine 117 Gegenstimmen. Anschliessend sprachen vier weitere Vorsitzende von Bischofskonferenzen über die Vorlage zur Ablasserneuerung.

Am FREITAG wurden die restlichen Ergebnisse der Abstimmungen vom Vortage zum Missionsschema verkündet. Die Höchstzahl der negativen Stimmen betrug 53. Das erste Kapitel als Ganzes verzeichnete jedoch 712 Vorbehaltstimmen und neun Nein-Stimmen. Das 5. Kapitel erreichte nicht die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit (es fehlten 5 Ja-Stimmen) und muss nun zur erneuten Überarbeitung an die Missionskommission zurück zur Prüfung und Beurteilung der "Modi-Stimmen". Erzbischof Marty von Reims (Frankreich) verlas anschliessend den Bericht über das Schema vom Leben und Amt des Priesters. Bei den folgenden vier Abstimmungen über diesen Text betrug die Höchstzahl der Nein-Stimmen 35.

Am SAMSTAG gab es nur eine kurze Generalkongregation. Es wurden die Ergebnisse von sechs Abstimmungen über das Schema vom Leben und Dienst der Priester bekanntgegeben. Keine dieser Abstimmungen ergab mehr als 84 "Non-Placet" Stimmen.

WICHTIGE PERSÖNLICHE INFORMATIONEN

Nr. 99

New York, 4. Oktober 1965

Papst Paul VI. vor der Vollversammlung der UNO

Eintragungen
14. OKT. 1965
7. Oktober 1965

FS-Manuskript der
"Katholischen Nachrichten-
Agentur"

In dem Augenblick, da Wir vor diesem auf der Welt einzigartigen Auditorium das Wort ergreifen, wollen Wir zunächst ihrem Generalsekretär U Thant Unsern tiefen Dank dafür entbieten, daß er Uns eingeladen hat, der UNO - aus Anlaß des 20. Jahrestages dieser Weltinstitution für den Frieden und die Zusammenarbeit unter den Völkern der ganzen Erde - einen Besuch abzustatten.

Unser Dank gilt auch dem Herrn Präsidenten der Versammlung, Herrn Amintore Fanfani, der seit dem Tag seines Amtsantritts so liebenswürdige Worte für Uns hatte.

Dank auch Ihnen allen, die Sie hier gegenwärtig sind, für Ihren wohlwollen- den Empfang. Einem jeden von Ihnen entbieten wir Unsern herzlichen und ehr- erbietigen Gruß. Ihre Freundschaft hat Uns eingeladen und läßt Uns zu dieser Versammlung zu: als Freund treten Wir vor euch hin.

Nebst Unserer persönlichen Ehrerbietung überbringen Wir Ihnen auch die des derzeit in Rom versammelten Zweiten Ökumenischen Vatikanischen Konzils, des- sen hervorragende Vertreter die Uns begleitenden Kardinäle sind.

In ihrem wie in Unserm Namen Ihnen allen Ehre und Gruß!

Diese Begegnung - Sie sind sich dessen voll bewußt - hat einen doppelten Cha- rakter: Sie ist zugleich von Einfachheit und Größe geprägt. Von Einfachheit, denn der, der zu Ihnen spricht, ist ein Mensch wie Sie. Er ist Ihr Bruder und sogar einer der kleinsten unter Ihnen, die Sie souveräne Staaten vertreten, da er - wenn Sie Uns unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten belieben - nur eine winzige und fast symbolische zeitliche Macht hat: gerade das nötige Mi- nimum, um Seine geistige Mission frei ausüben und jene, die mit Ihm verhan- deln, versichern zu können, daß Er von jeglicher Souveränität dieser Welt frei ist. Er hat keine zeitliche Macht, keinerlei Ehrgeiz, mit Ihnen in Wettstreit zu treten. Wir haben denn auch nichts zu verlangen, keine Frage aufzuwerfen, sondern lediglich einen Wunsch zu äußern, eine Erlaubnis zu erbitten: die Er- laubnis, Ihnen in dem, was in Unsern Zuständigkeitsbereich fällt, in Uneigen- nützigkeit, Bescheidenheit und Liebe dienen zu können.

Das ist die erste Erklärung, die Wir abzugeben haben. Wie Sie sehen, ist sie so einfach, daß sie für diese Versammlung, die gewohnt ist, äußerst wichtige und schwierige Angelegenheiten zu behandeln, unbedeutsam erscheinen mag.

Und doch - Wir sagten es Ihnen, und Sie spüren es alle - ist dieser Augenblick von einer eigenartigen Größe erfüllt: Er ist groß für Uns, er ist groß für Sie.

Einmal für Uns. Oh! Sie wissen genau, wer Wir sind. Welches auch immer Ihre Meinung über den Römischen Papst sein mag, Sie kennen Unsere Mission:

Wir sind Träger einer Botschaft für die ganze Menschheit. Und Wir sind das nicht nur in Unserm eigenen Namen und in dem der großen katholischen Fami- lie, sondern auch im Namen der christlichen Brüder, die die Gefühle, die Wir hier ausdrücken, teilen, und namentlich derer, die Uns ausdrücklich aufgetragen haben, ihr Sprecher zu sein.

Dem Boten gleich, der nach langer Reise das ihm anvertraute Schreiben über- reicht, so haben auch Wir das Bewußtsein, den - wenn auch noch so kurzen - privilegierten Augenblick zu erleben, da sich ein Wunsch, den wir seit fast zwanzig Jahrhunderten im Herzen tragen, erfüllt. Ja, Sie wissen es. Seit langem sind Wir unterwegs, Wir sind Träger einer langen Geschichte.

Wir feiern hier den Epilog einer mühsamen Pilgerfahrt auf der Suche nach einem **Z w i e g e s p r ä c h** mit der ganzen Welt, seit dem Tag, da Uns aufgetragen ward: "Gehet, überbringt allen Nationen die Frohe Botschaft!" S i e vertreten alle Nationen.

Lassen Sie Uns Ihnen sagen, daß Wir für Sie alle eine Botschaft haben, ja, daß Wir einem jeden von Ihnen eine frohe Botschaft zu überreichen haben.

1.

Unsere Botschaft will zunächst eine moralische und feierliche Ratifizierung dieser hohen Institution sein. Diese Botschaft kommt aus Unserer geschichtlichen Erfahrung.

Als "Experte in Humanität" überbringen Wir dieser Organisation die Zustimmung Unserer jüngsten Vorgänger, des ganzen katholischen Episkopats und Unsere eigene, der wie Wir davon überzeugt ist, daß diese Organisation den Weg darstellt, der für die moderne Zivilisation und den Weltfrieden nötig ist.

Wenn Wir dieses sagen, dann sind Wir Uns bewußt, auch im Namen der Toten und der Lebenden zu sprechen: der Toten, die in den schrecklichen Kriegen der Vergangenheit fielen und die von Eintracht und Weltfrieden träumten. Der Lebenden, die überlebt haben und die in ihren Herzen im voraus jene verurteilen, die versucht sein sollten, solche Kriege zu wiederholen. Und noch anderer Lebender: der heutigen jungen Generationen, die vertrauensvoll vorwärtsschreiten und mit gutem Recht eine bessere Menschheit erwarten. Wir machen auch die Stimme der Armen zur Unsrigen, der Enterbten, der Unglücklichen, jener, deren Sehnen und Trachten nach Gerechtigkeit geht, nach der Würde zu leben, nach Freiheit, nach Wohlstand und Fortschritt. Die Völker wenden sich zu den Vereinten Nationen als zu ihrer letzten Hoffnung auf Eintracht und Frieden: Wir überbringen hier, mit dem Unsern, ihren Tribut an Ehre und Hoffnung. Darum ist dieser Augenblick auch für Sie groß.

2.

Wir wissen, daß Sie sich dessen voll bewußt sind. Hören Sie weiter Unsere Botschaft. Sie ist

ganz auf die Zukunft ausgerichtet. Das Gebäude, das Sie erbaut haben, darf niemals mehr in Trümmer gehen: es muß vervollkommenet und den Erfordernissen der Weltgeschichte angepaßt werden. Sie sind eine Etappe in der Entwicklung der Menschheit: Von nun an ist es unmöglich, zurückzuweichen, man muß vorwärtsschreiten.

Der Vielheit von Staaten, die einander nicht mehr ignorieren können, schlagen Sie eine äußerst einfache und fruchtbare Form der **K o e x i s t e n z** vor, nämlich: Sie anerkennen und unterscheiden einander. Gewiß verleihen Sie den Staaten nicht deren Existenz, Sie erklären aber jede Nation würdig, in der geordneten Versammlung der Völker Einsitz zu nehmen, Sie verleihen jeder nationalen Gemeinschaft eine Anerkennung von hohem moralischem und juridischem Wert und garantieren ihr eine ehrenhafte internationale Bürgerschaft. Das ist bereits ein großer, der Sache der Menschheit geleisteter Dienst: die nationalen Subjekte der Weltgemeinschaft genau zu definieren und zu ehren, ihnen eine rechtliche Bedingung zu verschaffen, die ihnen die Anerkennung und die Achtung Aller sichert und woraus sich ein geordnetes und stabiles System internationalen Lebens ergeben kann. Sie sanktionieren das große Prinzip, daß die Beziehungen unter den Völkern durch die Vernunft, die Gerechtigkeit, das Recht, Verhandlungen und nicht durch Gewalt, Kraft, Krieg und auch nicht durch Furcht und Täuschung geregelt werden müssen.

So muß es auch sein. Gestatten Sie, Sie dafür zu beglückwünschen, daß Sie den Zugang zu dieser Versammlung auch den jungen Völkern freigaben, den Staaten, die erst vor kurzem zur Unabhängigkeit und nationalen Freiheit gelangt sind. Deren Anwesenheit hier ist der Beweis für die Universalität und die Großherzigkeit, die die Prinzipien dieser Institution beseelen.

So muß es auch sein. Das ist Unser Lob und Unser Wunsch. Und wie Sie sehen, spenden Wir sie nicht von außen her, sondern von innen: aus dem Genius Ihrer Institution.

3.

Ihr Statut geht noch weiter: Und Unsere Botschaft schreitet mit ihm weiter. Sie existieren und arbeiten daran, die Nationen zu einen, die Staaten zu verbinden. Nehmen wir die Formel: die einen mit den andern zusammenzutun. Sie sind ein Netz der Beziehungen unter den Staaten. Wir waren versucht zu sagen, daß Ihr Charakteristikum in der zeitlichen Ordnung gewissermaßen das widerspiegelt, was Unsere katholische Kirche in der geistigen Ordnung sein will: einzig und universal. Man kann - auf der natürlichen Ebene - im ideologischen Bau der Menschheit nichts Höheres ersinnen. Ihre Berufung ist, nicht nur einige, sondern alle Völker zu verbrüdern. Ein schwieriges Unterfangen? Ganz sicher. Das ist aber Ihr Unterfangen, Ihr edles Unterfangen. Wer sähe nicht die Notwendigkeit, allmählich dazuzukommen, eine Weltautorität einzusetzen, die in der Lage ist, im juridischen und im politischen Bereich wirksam tätig zu sein?

Hier wiederholen Wir unsern Wunsch: Schreitet vorwärts! Ja, Wir sagen noch mehr: Wirkt dahin, daß jene, die sich von Euch abgewendet haben, zurückkehren. Überlegt, wie jene, die ihm noch nicht angehören, in Ehre und mit Loyalität zu Eurem Pakt der Brüderlichkeit gerufen werden können. Macht, daß die noch Außenstehenden das gemeinsame Vertrauen wünschen und verdienen und seid dann edelmütig, es ihnen zu gewähren. Und Sie, die Sie das Glück und die Ehre haben, in dieser Versammlung der friedlichen Gemeinschaft zu tagen, hören Sie Uns: Das wechselseitige Vertrauen, das Sie eint und Ihnen gestattet, Gutes und Großes zu tun, sorgen Sie dafür, daß diesem Vertrauen niemals Schaden zugefügt wird, daß es nie verraten wird.

4.

Die Logik dieses Wunsches, der, so kann man sagen, zur Struktur Ihrer Organisation gehört, läßt Uns ihn noch durch weitere Formeln ergänzen:

Niemand soll als Mitglied Ihrer Union über einem andern stehen: keiner sei über dem andern. Das ist die Formel der Gleichheit.

Wir wissen gewiß, daß noch andere Faktoren als die bloße Zugehörigkeit zu Ihrer Organisation in Betracht zu ziehen sind. Die Gleichheit gehört aber zur Verfassung Ihrer Organisation: Nicht, daß Sie gleich seien, doch hier machen Sie sich gleich. Es mag sein, daß dies für mehrere von Ihnen ein Akt großer Tugend ist: Gestatten Sie, daß Wir das Ihnen sagen, Wir, der Vertreter einer Religion, die das Heil durch die Demut ihres göttlichen Stifters bewerkstelligt. Es ist unmöglich, Bruder zu sein, wenn man nicht demütig ist. Denn der Stolz, der - so unabwendbar wie das scheinen mag - die Spannungen und Prestige-, Vorherrschafts-, Kolonialismus- und Egoismuskämpfe hervorruft: der Stolz bricht die Brüderlichkeit.

5.

Und nun erreicht Unsere Botschaft ihren Höhepunkt. Zuerst negativ: Es handelt sich um das Wort, das Sie von Uns erwarten und das Wir nicht aussprechen können, ohne seiner Schwere und Feierlichkeit bewußt zu sein:

Niemals mehr die einen gegen die andern, niemals, niemals mehr!

Ist nicht die Organisation der Vereinten Nationen gerade aus dieser Zielsetzung entstanden: gegen den Krieg und für den Frieden? Hört die luziden Worte eines großen Verblichenen, John Kennedy, der vor vier Jahren verkündete: "Die Menschheit muß dem Krieg ein Ende setzen, sonst setzt der Krieg der Menschheit ein Ende." Es braucht nicht langer Reden, um die hehre Zielsetzung Ihrer Organisation zu verkünden. Man muß nur daran erinnern, daß das Blut von Millionen von Menschen, daß unerhörte und unzählige Leiden, das unnütze Massaker und schreckliche Ruinen den Pakt, der Sie eint, sanktionieren, in einem Eid, der die zukünftige Geschichte verändern muß:

Niemals mehr Krieg, niemals mehr Krieg! Der Friede, der Friede muß das Geschick der Völker und der ganzen Menschheit leiten!

Ihnen Dank, Ihnen Ehre, die Sie seit zwanzig Jahren für den Frieden arbeiten, und die Sie diesem heiligen Anliegen sogar berühmte Opfer gaben! Ihnen Dank und Ihnen Ehre für die Konflikte, die Sie verhindert oder beigelegt haben. Die Resultate Ihrer Anstrengungen zugunsten des Friedens bis in die allerletzten Tage verdienen, selbst wenn sie noch nicht endgültig sind, daß Wir Uns zum Sprecher der ganzen Welt machen und Ihnen in ihrem Namen Glückwunsch und Dank abstatten.

Meine Herren, Sie haben ein großes Werk vollbracht und vollbringen es weiterhin: Sie lehren den Menschen den Frieden.

Die UNO ist die große Schule, wo man diese Erziehung erhält, und wir sind hier in der Aula magna dieser Schule. Wer immer hier Platz nimmt, wird Schüler und Lehrer in der Kunst, den Frieden zu bauen. Und wenn Sie diesen Saal verlassen, dann schaut die Welt auf Sie als die Architekten, die Erbauer des Friedens.

Der Frieden - Sie wissen das - wird nicht nur mittels Politik sowie dem Gleichgewicht der Kräfte und Interessen aufgebaut; der Friede wird mit Geist, mit Ideen, mit Friedenswerken erbaut.

Sie arbeiten an diesem großen Werk. Sie stehen noch am Anfang Ihrer Bemühungen. Wird die Welt einmal dazu kommen, die partikularistische und kriegerische Mentalität, die bislang einen so großen Teil ihrer Geschichte gewoben hat, zu ändern? Es hält schwer, eine Voraussage zu machen, doch ist es leicht, zu bekräftigen, daß man sich entschlossen auf den Weg zur neuen Geschichte, zur friedlichen Geschichte machen muß, zu jener, die echt und voll menschlich sein wird, zu jener, die Gott den Menschen guten Willens versprochen hat.

Die Wege sind Ihnen vorgezeichnet: Der erste ist der der Abrüstung.

Wenn Sie Brüder sein wollen, dann laßt die Waffen den Händen entgleiten. Man kann nicht lieben, wenn man Offensivwaffen in den Händen hat.

Die Waffen, vorab die schrecklichen Waffen, die die moderne Wissenschaft Ihnen gegeben hat, verursachen, bevor sie Opfer gefordert und Ruinen verursacht haben, wüste Träume, nähren üble Gefühle, bewirken Alldrücken, Mißtrauen, düstere Entschlüsse. Sie erheischen Riesenausgaben, unterbrechen Projekte der Solidarität und nützlicher Arbeit und verfälschen die Psychologie der Völker.

Solange der Mensch schwach, unbeständig und sogar böse, wie er sich oft zeigt, sein wird, solange werden Defensivwaffen - leider! - nötig sein. Aber ihr Mut und Ihr Wert drängen Sie dazu, die Mittel zu studieren, um die Sicherheit des internationalen Lebens ohne Zuflucht zu den Waffen zu studieren:

Das ist ein Ihrer Anstrengungen würdiges Ziel. Das ist es, was die Völker von Ihnen erwarten. Das ist es, was erreicht werden muß! Darum muß das einhellige Vertrauen in diese Institution wachsen, darum muß ihre Autorität wachsen, und dann wird - so kann man hoffen - das Ziel erreicht. Sie werden sich den Dank der Völker verdienen, die von den drückenden Rüstungsauslagen erleichtert und vom Alldruck des ständig drohenden Krieges befreit werden.

Wir wissen - wie sollte man sich darob nicht freuen? - daß viele von Ihnen mit Wohlwollen die Einladung betrachtet haben, die Wir für die Sache des Friedens von Bombay aus im Dezember letzten Jahres an alle Staaten erlassen haben:

einen Teil der durch Rüstungsbeschränkung erzielten Einsparungen für die Entwicklungsländer zu opfern.

Wir erneuern hier diese Einladung, mit dem Vertrauen, das Ihre Gefühle der Menschlichkeit und der Großherzigkeit Uns einflößen.

Von Humanität und Großherzigkeit sprechen heißt ein weiteres Grundprinzip der UNO, deren positive Spitze, antönen:

Man ist hier nicht nur am Werk, um Konflikte unter den Staaten zu beschwören, sondern um die Staaten zu befähigen, füreinander zu arbeiten. Sie begnügen sich nicht damit, die Koexistenz unter den Nationen zu erleichtern, Sie tun einen viel größeren Schritt vorwärts, der Unseres Lobes und Unserer Unterstützung würdig ist: Sie organisieren die brüderliche Zusammenarbeit unter den Völkern.

Hier entsteht ein System der Solidarität, das bewirkt, daß hohe Zielsetzungen in der Ordnung der Zivilisation die einmütige und geordnete Unterstützung der ganzen Völkerfamilie zum Wohl Aller erhalten. Das ist das Schönste an der Organisation der Vereinten Nationen: ihr ganz authentisch menschliches Antlitz. Das ist das Ideal, das die Menschheit auf ihrer Pilgerschaft durch die Zeiten erträumt. Das ist die größte Hoffnung der Welt. Wir wagen zu sagen: Das ist der Abglanz des Planes Gottes - ein alles übersteigender Plan voller Liebe - für den Fortschritt der menschlichen Gesellschaft auf Erden, ein Abglanz, wo die himmlische evangelische Botschaft irdisch wird. Hier scheint Uns tatsächlich, daß Wir das Echo der Stimmen Unserer Vorgänger vernehmen und namentlich die des Papstes Johannes XXIII., dessen Botschaft "Pacem in terris" unter Ihnen eine so ehrenvolle und bedeutungsvolle Resonanz ausgelöst hat.

Was Sie hier verkünden, das sind die Grundrechte und Grundpflichten des Menschen, seine Würde, seine Freiheit und vor allem die Religionsfreiheit. Wir spüren, daß Sie die Interpreten dessen sind, was es am höchsten - Wir würden fast sagen: ihr hl. Charakter - in der menschlichen Weisheit hat; denn es handelt sich vor allem um das Leben des Menschen, und das Leben des Menschen ist heilig: niemand darf daran Hand anlegen.

In Ihrer Versammlung muß die Achtung vor dem Leben, sogar bezüglich dessen, was das große Problem der Geburten betrifft, ihr höchstes Bekenntnis und ihre vernünftigste Verteidigung finden. Ihre Aufgabe besteht darin, dafür zu sorgen, daß genügend Brot auf dem Tisch der Menschheit ist, und nicht darin, eine künstliche Kontrolle der Geburten zu begünstigen, denn diese wäre unvernünftig, denn damit würde man die Zahl der zum Tisch des Lebens Geladenen vermindern.

Es genügt aber nicht, die Hungernden zu nähren: Man muß auch jedem Menschen ein Leben sichern, das mit seiner Würde in Einklang steht.

Sie mühen sich darum ab. Ist das nicht, unter Unsern Augen und dank Ihnen, die Erfüllung der prophetischen Kunde, die sich so gut auf Ihre Institution anwenden läßt: "Sie werden ihre Schwerter einschmelzen, um daraus Pflüge zu machen, und ihre Lanzen, um daraus Sensen zu machen" (Is. 2,4)? Stellen Sie die wunderbaren Energien der Erde und die prächtigen Erfindungen der Wissenschaft nicht mehr in Dienst als Instrumente des Todes, sondern als Instrumente des Lebens für das neue Zeitalter der Menschheit?

Wir wissen, mit welcher wachsender Intensität und Wirksamkeit die Organisation der Vereinten Nationen und die von ihr abhängenden Weltorganismen arbeiten, um den Regierungen, die es nötig haben, zu helfen, ihren wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu beschleunigen.

Wir wissen, mit welchem Eifer Sie darangehen, das Analphabetentum zu besiegen und die Kultur in der Welt auszubreiten, den Menschen den richtigen und modernen sanitären Beistand zu geben, die wunderbaren Quellen der Wissenschaft, der Technik, der Organisation in den Dienst des Menschen zu stellen: All das ist prächtig und verdient Lob und Unterstützung Aller, inbegriffen Unsere eigene.

Auch Wir selber wollen das Beispiel geben, selbst wenn die Geringfügigkeit Unserer Mittel es verhindert, die praktische und mengenmäßige Auswirkung zu ermessen: Wir wollen Unsern karitativen Institutionen eine neue Entwicklung geben gegen den Hunger in der Welt und für die hauptsächlichsten Bedürfnisse: Nur so, und nicht anders, baut man den Frieden.

Noch ein Wort, meine Herren, ein letztes Wort: Der Bau, den Sie errichten, ruht nicht auf rein materiellen und irdischen Grundlagen, denn dann wäre es ein auf Sand gebautes Haus.

Er ruht vor allem auf unsern Gewissen. Ja, der Augenblick der "Bekehrung" ist da, der persönlichen Umwandlung, der innern Erneuerung. Wir müssen uns daran gewöhnen, auf eine neue Art den Menschen zu denken, auf eine neue Art auch das gemeinsame Leben der Menschen, auf eine neue Art endlich auch die Wege der Geschichte und die Geschicke der Welt,

nach dem Wort des Hl. Paulus: "Zieht den neuen Menschen an, der nach Gott in wahrer Gerechtigkeit und Heiligkeit geschaffen ist" (Ephes. 4,23). Und nun ist die Stunde gekommen, da sich

ein Halt aufdrängt, ein Moment der Sammlung, der Besinnung, fast des Gebetes: unsern gemeinsamen Ursprung überdenken, unsere Geschichte, unser gemeinsames Geschick. Niemals wie heute, in einer von einem solchen Fortschritt der Menschen gekennzeichneten Epoche, war der Appell ans moralische Gewissen der Menschen so nötig.

Denn die Gefahr kommt weder vom Fortschritt, noch von der Wissenschaft, die, wenn sie gut eingesetzt werden, im Gegenteil eine große Zahl der schweren Probleme, die die Menschheit bedrängen, lösen könnten.

Die wahre Gefahr liegt im Menschen, der über immer mächtigere Instrumente verfügt, die sowohl den Ruin als auch die höchsten Errungenschaften ermöglichen.

In einem Wort: Der Bau der modernen Zivilisation muß auf geistigen Prinzipien errichtet werden,

die allein fähig sind, ihn nicht nur zu stützen, sondern ihn auch zu erleuchten und zu beseelen. Und diese unerläßlichen Prinzipien höherer Weisheit können nur - das ist Unsere Überzeugung, Sie wissen es - auf dem Glauben an Gott gründen. Der unbekannt Gott, von dem der Hl. Paulus zu den Athenern auf dem Areopag sprach? Unbekannt von jenen, die doch, ohne es zu ahnen, ihn suchten und ihn nahe bei sich hatten, wie das bei so vielen Menschen unseres Jahrhunderts der Fall ist? ... Für Uns, auf jeden Fall, und für alle jene, die die unaussprechliche Offenbarung, die Christus uns von ihm gemacht hat, ist es

der Lebendige Gott, der Vater aller Menschen.

Visser 't Hooft: Guter Beitrag zur Diskussion über internationale Lage
Generalsekretär des Ökumenischen Rates zur EKD-Denkschrift über Ostprobleme

epd Arnoldshain (Taunus), 26. Oktober. Vom ökumenischen Standpunkt aus sei die Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) über "Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn" ein "guter Beitrag zur Diskussion über die heutigen internationalen Beziehungen in Europa", erklärte der Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen, Dr. Willem A. Visser 't Hooft (Genf), am Montagnachmittag in der Evangelischen Akademie Arnoldshain. Er hoffe, daß die Denkschrift, die "in der Linie der besten, seit Kriegsende von der EKD veröffentlichten Erklärungen" liege, sowohl in der Kirche selbst wie in der breiteren Öffentlichkeit "sehr ernst besprochen" werde. Grundsätzlich stellte Visser 't Hooft vor den Teilnehmern einer ökumenischen Informationskonferenz fest: "Man sollte in den Fragen, welche die Denkschrift behandelt, nicht nur rein formaljuristisch vorgehen, sondern eher historisch denken. Mit abstrakten Rechtsbegriffen ist keine konstruktive Politik zu machen, zumal in diesem Falle die moralischen und psychologischen Realitäten zu berücksichtigen sind, die das Verhältnis zwischen Deutschland und seinen Nachbarstaaten belasten." (10/74 FS-Voraus 26.10.)

Konzilserklärung über Religionsfreiheit abgeschwächt
Kein Verzicht auf umstrittenen Passus

epd Rom, 26. Oktober. Auch in dem neuen Entwurf der Konzilserklärung über die Religionsfreiheit ist der Hinweis enthalten, daß die Einräumung gewisser Sonderrechte einer Konfession gegenüber anderen in einem Staate nicht in Widerspruch zur Religionsfreiheit zu stehen braucht. Obwohl eine Reihe von Bischöfen hier die Gefahr des Mißbrauchs sah und die Streichung des Satzes gewünscht hatte, konnte sich die zuständige Konzilskommission bei der Bearbeitung des Textes nicht entschließen, auf diesen Passus zu verzichten.

Der überarbeitete Text der Erklärung zur Religionsfreiheit war dem Konzil am Montag in der ersten Generalkongregation nach einer einwöchigen Verhandlungspause vorgelegt worden. Der Generalsekretär des Konzils, Titularerzbischof Felici, kündigte an, daß bei der Abstimmung über die einzelnen Abschnitte der Erklärung am Dienstag neben Ja- und Neinstimmen auch "juxta-modum-Stimmen" abgegeben und damit noch Verbesserungsvorschläge eingebracht werden können. Dieses Verfahren deutet darauf hin, daß der erweiterte Text wesentliche Neuformulierungen enthält.

In seiner Erläuterung ging der belgische Bischof de Smedt (Brügge) am Montag auf diese Neuformulierungen näher ein. Er betonte, daß es bei den Änderungen im wesentlichen darum gegangen sei, die Aussagen der Erklärung "gegen mögliche Mißdeutungen abzusichern". In dem Text, der den Untertitel "Über das Recht der Person und der Gemeinschaft auf soziale und bürgerliche Freiheit in religiösen Dingen" trägt, wird besonders betont, daß diese Erklärung keineswegs den einzelnen von seiner moralischen Verpflichtung gegenüber der römisch-katholischen Kirche entbinde. Vielmehr werde für den Menschen in der Gesellschaft ein juridischer Schutz gefordert. Er dürfe in religiösen Dingen nicht gezwungen werden, gegen sein Gewissen zu handeln. Diese Forderung wird in der Erklärung vornehmlich mit naturrechtlichen Argumenten begründet. (10/73 FS-Voraus 25.10.)

"Olympiapfarrer" Zeiß warnt vor Politisierung des Sports

epd Bad Segeberg, 21. Oktober. Vor einer weiteren Politisierung des Sports warnte der "Olympiapfarrer" Karl Zeiß (Frankfurt/Main), als er am Mittwoch vor dem Propstei-Kirchentag in Bad Segeberg über "Kirche und Sport" sprach. Für die Politisierung des Sports sei die "Welt des Ostens" verantwortlich, die im Sport ein wirkungsvolles Propagandamittel sehe. Deshalb habe man alle Mittel angewandt, um die gemeinsame deutsche olympische Mannschaft zu sprengen. Wie Pfarrer Zeiß erklärte, sei an der Trennung der deutschen Mannschaft in keiner Weise die Sportbewegung in der Bundesrepublik schuld. Das Internationale Olympische Komitee (IOC) habe sich in Madrid der Welt des Ostens gebeugt. - Pfarrer Karl Zeiß hatte die gesamtdeutschen Mannschaften seit 1952 bei allen Olympischen Spielen begleitet.

Gemeinsames Vorgehen in der Mission unumgänglich

Konfessionelle Weltbünde, Ökumenischer Rat und Missionsgesellschaften

epd Genf, 21. Oktober. Führende Persönlichkeiten der konfessionellen Weltbünde beschlossen in Genf bei einer gemeinsamen Konferenz mit Vertretern des Ökumenischen Rates der Kirchen eine Erklärung, in der Rolle und Bedeutung der konfessionellen Kirchenfamilien erläutert werden. Das einstimmig angenommene Dokument kennzeichnet die Gegenwart mit der Formel, daß heute "die Kirche zwischen den Zeiten lebt". Man könne zwar nicht so denken und handeln, als ob die historischen konfessionellen Kirchenfamilien die einzige ernstzunehmende geistliche Wirklichkeit darstellten. Andererseits sei es verfrüht und deshalb auch unrealistisch, zu meinen, das vollkommene ökumenische Zeitalter sei bereits erreicht, "in dem konfessionelle Meinungsverschiedenheiten überwunden worden sind und es möglich ist, nur in den Begriffen einer integrierten weltweiten christlichen Gemeinschaft zu denken". Die Konfessionen müßten freilich die ökumenische Frage beantworten, "welche Relevanz der Glaube, der allen Konfessionen gemeinsam ist, für ihre Beziehungen zueinander und für die Einheit der Mission hat".

Auf der jetzigen (siebenten) Tagung der konfessionellen Weltbünde und des Ökumenischen Rates, die zu einer Konsultation mit Vertretern der Missionsgesellschaften erweitert war, hatte der Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes, Dr. Kurt Schmidt-Clausen (Genf), den turnusmäßigen Vorsitz. Er betonte, daß heute ein gemeinsames Vorgehen in der Mission in Bereichen neuer Möglichkeiten für die christliche Verkündigung einfach unumgänglich sei und dieses Bemühen nicht durch traditionelle religiöse oder konfessionelle Barrieren erschwert werden dürfe.

Nach einem einleitenden Vortrag von Dr. Willem A. Visser 't Hooft, dem Generalsekretär des Ökumenischen Rates, sprach u.a. Prof. D. Wilhelm Niesel (Schöllern), Präsident des Reformierten Weltbundes. Der zweitägigen Konferenz im Genfer Ökumenischen Zentrum wohnten Vertreter von zehn konfessionellen Kirchenfamilien bei: Orthodoxe, Anglikaner, Lutheraner, Methodisten, Reformierte, Jünger Christi, Baptisten, Kongregationalisten und Anhänger der Heilsarmee. Die abschließende Erklärung berührt neben grundsätzlichen Fragen auch das für manche Kirchen aktuelle Problem, wie sich das Verhältnis der unierten Kirchen zu den konfessionellen Weltbünden, deren Mitglied sie vor ihrem Zusammenschluß mit anderen Kirchen gewesen sind, gestalten soll.

Drohende Kirchenspaltung wegen der Apartheid?

Kontroverse in der größten Kirche Südafrikas

epd Kapstadt, 29. Oktober. Dr. Ben Marais, Professor für Theologie und prominenter Vertreter der "Nederduits Gereformeerde Kerk" (NGK), der größten der drei reformierten Kirchen Südafrikas und größten Kirche des Landes überhaupt, kritisierte in einem Leserbrief an das offizielle NGK-Organ, "Kerkbod", die "beispiellose Verdächtigungskampagne" gegen einige Pfarrer dieser Kirche. Der Verfasser der Zuschrift stellt sich damit, ohne Namen zu nennen, schützend vor Pfarrer Beyers Naudé und seine Mitarbeiter am "Christlichen Institut von Südafrika", einer Art evangelischen Akademie, die sich als Forum für freimütige Äußerungen auch über die Apartheidspolitik der Regierung in Kreisen der NGK höchst mißliebig gemacht hat. Die Position der angegriffenen Pfarrer sei bereits so unterminiert, daß sie nur schwer ihren geistlichen Dienst ausüben könnten, wird in dem Leserbrief gesagt. Prof. Marais spricht von einer förmlichen "Hexenjagd", zu der Drohungen ebenso gehörten wie anonyme Anrufe, verleumderische Briefe und Tausende von "Flugblättern mit Halbwahrheiten".

Auf diese Zuschrift antwortete das NGK-Kirchenblatt in einem Leitartikel, in dem es heißt, daß man der Warnung vor verleumderischen Angriffen auf Amtsträger der Kirchen grobenteils zustimmen müsse. Jedoch habe die Sache auch eine andere Seite. Das Kirchenblatt behauptet, daß die angegriffenen Pfarrer offen mit dem Gedanken einer Kirchenspaltung spielten und sich damit brüsteten, daß in diesem Fall 40 Prozent der Gemeindeglieder auf ihrer Seite stünden. Im übrigen müßten die Pfarrer, die die Rassenpolitik der Regierung als "unchristlich" verurteilten und damit die Unabhängigkeit wie die Existenz der Nation gefährdeten, auch darauf gefaßt sein, daß sie "berechtigte Ungeduld" hervorriefen.

Die Kontroverse zeigt, wie stark die Auseinandersetzung um die Apartheidspolitik auch die afrikaanschen Kirchen Südafrikas bewegt.

Hohe Auszeichnung für LWB-Generalsekretär Schmidt-Clausen

Überreichung durch Botschafter von Keller in Genf

epd Genf, 29. Oktober. Das Große Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland wurde dem Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes, Dr. Kurt Schmidt-Clausen, am Donnerstag in Genf verliehen. Der deutsche Vertreter bei den internationalen Organisationen in Genf, Botschafter von Keller, überreichte die hohe Auszeichnung dem deutschen Theologen, der nach fünfeinhalbjähriger Tätigkeit in der Genfer Zentrale des Lutherischen Weltbundes Anfang November nach Hannover zurückkehrt, um in seiner Heimatkirche ein leitendes Amt zu übernehmen. Der Verleihung wohnten führende Persönlichkeiten der übrigen konfessionellen Weltbünde und des Ökumenischen Rates der Kirchen bei. Schmidt-Clausens Nachfolger, der Straßburger Theologe Dr. André Appel, wird sein neues Amt in der Genfer Zentrale des LWB voraussichtlich Anfang Dezember antreten.

(10/87 FS-Voraus 28.10.)

Der Lehrstuhl für evangelische Theologie an der Universität in Yaoundé (Kamerun) wurde dem pensionierten schwedischen Geistlichen Dr. Efraim Anderson für die Dauer von zwei Jahren übertragen. Anderson war zwanzig Jahre Missionar im Kongo. Die Fakultät in Yaoundé dient der Ausbildung einheimischer Pfarrer der protestantischen Kirchen im französischsprachigen Afrika.

(epd)

Südafrikanische Kirche kritisiert die Apartheid

"Verheerende Auswirkungen" des Wanderarbeitersystems

epd Kapstadt, 28. Oktober. Das von der südafrikanischen Regierung eingeführte Wanderarbeitersystem sei ein "Krebsgeschwür" im Leben der Bantuvölkerung, so heißt es in einem Bericht an die Synode der Holländisch-reformierten Kirche am Kap. Die zwölf Mitglieder der Kommission, die den Bericht der in Kapstadt tagenden Synode erstattet haben, sind der Meinung, daß die schwarzen Arbeiter, die sich getrennt von ihren im "Bantustan" lebenden Frauen nur vorübergehend in den Städten aufhalten dürfen, um dort ihrem Erwerb nachzugehen, durch diese Anordnung gegen die Weißen äußerst verbittert würden. Es komme hinzu, daß unter den Wanderarbeitern die Homosexualität beunruhigend anwachse, während sich in den Bantu-Reservaten das Familienleben auflöse. Unter diesen Umständen sei der Aufbau einer stabilen sozialen Ordnung "absolut unmöglich". Ferner wird darauf hingewiesen, daß die Verfügbarkeit einer großen Zahl billiger schwarzer Arbeitskräfte eine lähmende Wirkung auch auf die Weißen habe. Die Kirche müsse auf diese "verheerenden Auswirkungen" offen hinweisen und für eine Revision eintreten.

Die Synode nahm den Bericht, der indirekt an der gesamten Regierungspolitik der getrennten Entwicklung scharfe Kritik übt, mit kleinen Abänderungen an und überwies ihn zur weiteren Behandlung an die Generalsynode der Holländisch-reformierten Kirche, der die Kapkirche mit sechs anderen regionalen Gliedkirchen gleicher Bekenntnisgrundlage und Tradition angehört.

Präses Beckmann: Indonesische Kirche braucht Hilfe

Das Jubiläum auf Nias

epd Düsseldorf, 28. Oktober. Die aus der Rheinischen Mission erwachsene und seit 1936 selbständige Evangelische Kirche auf Nias umfaßt jetzt über 200.000 Gemeindeglieder und ist eine echte Volkskirche geworden, aber sie kann ihre vielfältigen und dringlichen Aufgaben ohne die Hilfe ausländischer Christen nicht bewältigen. Dies erklärte der rheinische Präses Prof. D. Joachim Beckmann, der mit anderen Gästen an der Hundertjahrfeier dieser Kirche teilgenommen hat. Die indonesischen Christen brauchten Bibeln, Katechismen, Gesangbücher, Zeitschriften und theologische Literatur in indonesischer Sprache. "Deshalb müssen wir ihnen Druckereien einrichten, wie es in Djakarta schon geschieht", betonte Beckmann. Weiter sagte er, die Bedeutung des Missionsschiffes "Agape", das die rheinische Kirche der niasischen Kirche schenkte, sei gar nicht zu unterschätzen. Das Schiff verkehre bereits nach einem bestimmten Fahrplan zwischen Sumatra und Nias und den umliegenden Inseln. Zum Verhältnis der evangelischen Kirchen Indonesiens zur dortigen katholischen Kirche und den Weltreligionen erklärte Beckmann, ein ernsthaftes Problem sei nur der Islam. "Aber er ist tolerant und gar nicht zu vergleichen mit dem Islam in den arabischen Staaten." Das Verhältnis zur katholischen Kirche sei nicht anders als in anderen Teilen der Welt: "Man kann durchaus sagen, daß die Wellen des Vatikanischen Konzils auch bis nach Indonesien schlagen."

Das Gedenken an den 27. September 1865, an dem der rheinische Missionar Ernst Ludwig Denniger die kleine Insel Nias vor der Westküste Sumatras betrat, konnte in Gunung-Sitoli, der Hauptstadt der Insel und Sitz der Kirchenleitung mit einem ökumenischen Gottesdienst, anderen kirchlichen Veranstaltungen und einem Volksfest begangen werden, ohne daß die unruhigen politischen Verhältnisse Indonesiens sich störend bemerkbar machten.

„Wir haben die Chance vertan“

Kirchenbau und Liturgie im Widerstreit - Diskussion über den modernen Sakralbau in Loccum

Eigenbericht der WELT

Loccum, 17. September

Wer, wie die Berichterstatlerin, nur an der ersten Hälfte der Tagung teilgenommen hat, sieht sich in Verlegenheit. Er muß ein Projekt in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen stellen, an dem sich die Diskussion entzündete, und das fast zu einem „Fall“ zu werden drohte: Das Gemeindezentrum eines Pfarrbezirkes in Wolfsburg. Im Verlauf der Diskussion wurde es so etwas wie ein Prüfstein; an ihm schieden sich die fortschrittlichen und die konservativen Geister, wobei sich das Kuriosum ergab, daß die wenigsten der Teilnehmer — Architekten wie Geistliche — mehr als nur vom flüchtigen Hörensagen über dieses Vorhaben wußten.

Nur die Thesen des Akademieleiters, Pastor Dr. Bolewski, die er am Abend zuvor aufgestellt und erläutert hatte, sondern die Schilderung, die Pastor Dohrmann aus Wolfsburg von den Problemen seiner seelsorgerischen Arbeit in Wolfsburg gab, warf den zündenden Funken ins Auditorium. Man spürte hier, wie sich ein junger Geistlicher mit den Problemen seiner Arbeiter auseinandersetzt, wie er versucht, die Tradition seiner Kirche geschmeidig zu machen — nicht etwa sie aufzubrechen —, wie er in einem Provisorium nach neuen Möglichkeiten sucht, und nun die positiven Erfahrungen der vergangenen Jahre von der Baracke auf den Neubau übertragen möchte. Kein wilder Revolutionär, der blindlings das Alte zerstören will, vielmehr ein unruhiger Geist, der sich nicht vormachen läßt, daß noch alles stimmt und seine Richtigkeit hat.

Diese Ausführungen und die Kommentare des Architekten Lehrecke (Berlin), der den Entwurf für das neue Wolfsburger Gemeindezentrum erarbeitet und begierig aufgesogen. Vor allem wohl von den — offensichtlich in der Überzahl erschienenen — Architekten. In den Ausführungen Prof. Dr. Hirzels (Kassel) und in den Diskussionsbeiträgen klang es immer wieder an, welches Ungenügen an dem Erreichten empfunden wird. Überpointiert kennzeichnete Prof. Hirzel die Situation: Wir haben die Chance vertan, es verbleibt uns kaum noch etwas zu retten. Wir stehen am Punkt Null und müssen neu beginnen, wir ahnen, was wir falsch gemacht haben, aber den Weg weiter, ihn wissen wir nicht.

Nach der bewegten Debatte des Vor-

mittags versteinerte das Publikum am Nachmittag nahezu, als Oberlandeskirchenrat Utermöhlen in einem sehr fundierten Referat die Bedingungen zeigte, die die Liturgie dem Kirchenbau auferlegt. Obwohl genau hier die Architekten nach präzisen Auskünften verlangten und auch bereit sind, Bedingungen zu akzeptieren, vor der Form, in der sie mit ihnen konfrontiert wurden, drohten sie zu resignieren.

Hatte man etwas anderes erwartet? Konnte man es? Glaubt man, daß eine Landeskirche, die eine solch lebendige Institution wie die Akademie in Loccum ins Leben gerufen hat und sie ebenso engagierten wie klugen Leuten anvertraut, daß sie die offizielle Lehrmeinung mit gleicher Agilität entwickeln kann? Zum Wesen der Kirche gehört das Beharren in der Tradition gleichermaßen wie das Suchen nach Wegen, die diese Tradition der Gegenwart und Zukunft zugänglich machen.

Es war wohl auch vor allem die Form, mit der diese Meinungen quasi als Richtlinien ex cathedra verkündet wurden, die schockierte, so daß für einen Augenblick der Eindruck entstehen mußte, als solle hier offiziell ein Riegel vor die weitere Diskussion geschoben werden.

Dabei hatte man den Eindruck, und er bestätigte sich im Verlauf der Diskussion immer mehr, daß die Akademieleitung vielmehr auf die Spannungen hinweisen wollte, auch auf die Spannweite, die im Wesen der Kirche liegen, auf das Nebeneinander und Miteinander von beharrenden und aufbrechenden Kräften.

Oberkirchenrat Utermöhlen betonte — absichtlich mißverstehend —, daß eine jahrhundertealte Kirche nicht einfach von Grund auf neu beginnen könne, daß sie im Gegenteil nur aus Reflexion dieser Tradition neue Formen finden könne.

In der späterhin um so heftiger aufbrechenden Diskussion verfestigten sich die Fronten ungebührlich und es wurde — vorwiegend von den Architekten — Wolfsburg zu einem Art Hort der bedrohten Freiheit umgemünzt, so daß sich die dortige Geistlichkeit ob dieser plakathaften Zeichnung verzweifelt zur Wehr setzen mußte.

Der zweite Tag, der die Diskussion konkreter Beispiele vorsah, wird hier von selbst einen Ausgleich gebracht

haben. Es wäre auch an diesem Tage nützlich gewesen, die Differenzen ganz präzise am einzelnen Objekt zu klären. Dabei hätte sich nämlich gezeigt, daß man in Wolfsburg keineswegs einfach den Stein der Weisen gefunden hat. Daß man auch gar nicht einmal etwas abso lut Neues dort plant, sondern einzig sehr gewissenhaft die eigenen Erfahrungen in der Notunterkunft und im Zusammensein mit der in einer ganz bestimmten Weise strukturierten Gemeinde gemessen hat an dem, was andernorts, wo man gleichermaßen nicht gedankenlos bestimmte Modelle nachahmte, entwickelt wurde. Man hat ganz einfach den Versuch gemacht, die eigene Situation weiter und — soweit möglich — zu Ende zu denken.

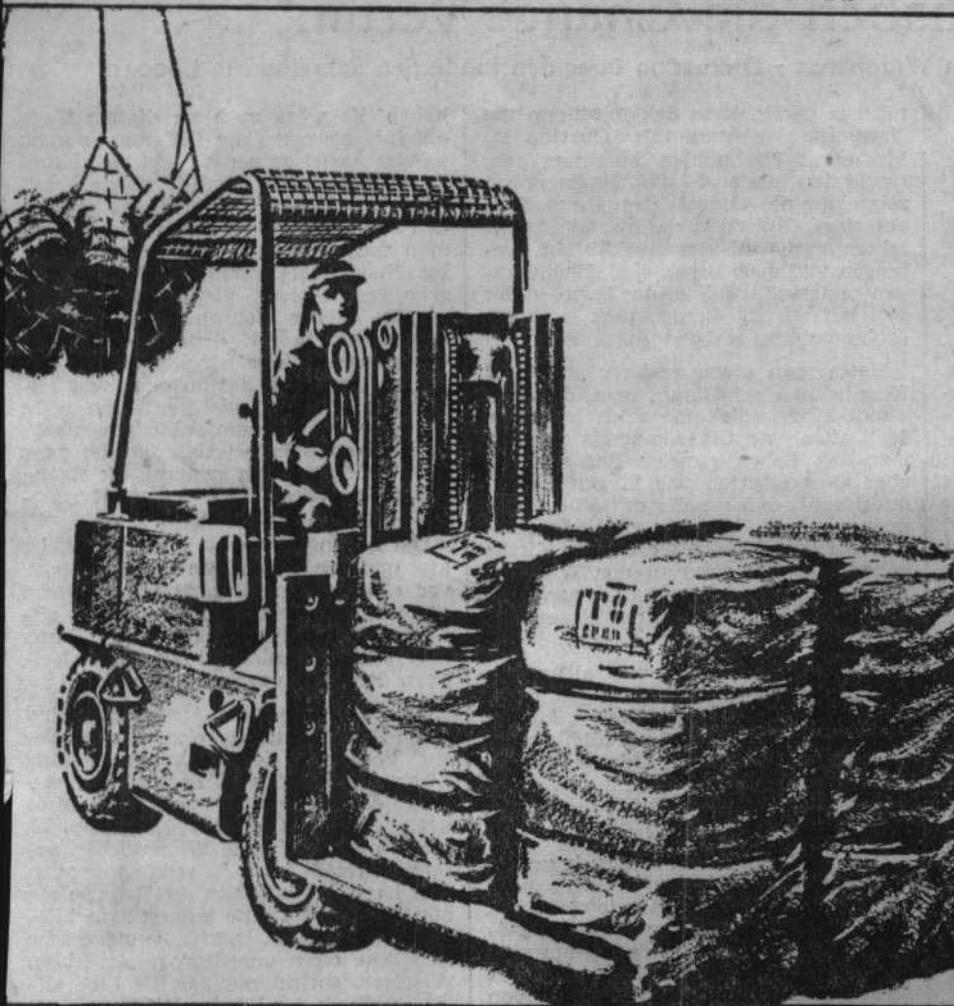
Die Lösung, die daraus resultiert, ist klar und konsequent. Und der Architekt, vor eine so genau umrissene Aufgabe gestellt, fand eine architektonisch adäquate Form, die sich vor allem durch eine starke Zurückhaltung charakterisiert, den Extravaganzen abhold.

Von einer solchen Aussprache sind keine Rezepte zu erwarten, und es war ein Verdienst der Diskussionsleitung (Pastor Bolewski und Pastor Weißberger), daß sie nicht auf Ergebnisse drängte. Nichts ertötet ein Gespräch mehr, als wenn „das Wesentliche“ zusammengefaßt wird. Ja, man sprang von dort her sogar aktiv in die Debatte ein und hatte selbst eine ausgeprägte Meinung. Daß dabei auch hannoversche Geistliche offen unorthodoxe Ansichten vertraten, spricht nur für die Liberalität innerhalb der Kirchenleitung.

So kam es mehr zu einem Abstecken einzelner Positionen. Die Antwort — und das zeigt sich an dem überstrapazierten Wolfsburger Beispiel — läßt sich nur im Einzelfall finden, dort, wo die Geistlichkeit und der Architekt sich zu einem echten Gespräch zusammenfinden. Denn nicht die abstrakte Lösung eines Idealprojektes interessiert, sondern die für eben diese eine, so und so beschaffene Gemeinde, entwickelte. Dabei sollte allerdings vermieden werden, die liturgischen Forderungen — wie es in dem großen Referat stellenweise geschah — in formal fixierte Forderungen umzumünzen. Nur die strenge Bindung einerseits und die völlig unbeschnittene künstlerische Freiheit andererseits werden es ermöglichen, den Sakralraum zu schaffen, der nicht nur von dieser Welt ist.

Hannelore Schubert

mehr



250 t
Rohwolle

m Tag

kann 1 Mann mit einem 2 t CLARK-Stapler transportieren, stapeln oder verladen. Diese robuste Maschine nimmt eine Vielzahl unterschiedlicher Stückgüter mit der hydraulischen Klammergabel auf und stapelt sie raumsparend ohne Verwendung von Paletten. Ein Gerät für viele Transportaufgaben.

Wie alle CLARK-Konstruktionen ist auch dieser Stapler das Ergebnis von Forschung, Entwicklung und vieljähriger Erfahrung. Seine Konstruktionsmerkmale ergeben ein Maximum an Förderleistung; das bedeutet Wirtschaftlichkeit und Kostensenkung.

RUHR INTRANS HUBSTAPLER GMBH

433 Mülheim-Ruhr • Weseler Straße 48-50 • Fernruf: 47366 • FS: 0856828

Enzian-

ST

V

SOHNLI

FÜR DEN ER

gelt
Bur
Sie
soeb

DAS NEUE U

von
Stu
Jet
bes
ein

RICHARD BOO

DER OSTKIRCHENAUSSCHUSS

3 Hannover Andreaastrasse 2 A Ruf: 15295

Eingegangen

19. SEP. 1963

Erliegt:

W

INFORMATIONEN

über

das kirchliche Leben in Ost-und Südosteuropa
mit Berichten aus
der Tschechoslowakei und
Ungarn

Folge 2/ 1963

Evangelikus Élet = Evangelisches Leben

Reformátusok Lapja = Blatt der Reformierten

Theologiai szemle = Theologische Rundschau

Cirkevne Listy = Kirchliche Blätter

Kalvinské Hlasy = Calvinische Blätter

Evangelický posol spod Tatier = Evangelischer Bote aus der Tatra

Kostnicke jiskry = Konstanzer Funken

Aufgabe dieses Informationsdienstes ist es, dem Leser Einblick in die Presse der Kirchen in Osteuropa und Südosteuropa und in das darin zum Ausdruck kommende Leben und Denken in diesen Kirchen zu geben.

Der Informationsdienst soll informieren und nicht kommentieren.

T S C H E C H O S L O W A K E I

Cirkevne Listy, November 1962 Nr. 11 Seite 161 - 162

Die Kirche und das Parteiprogramm

An einem weiteren bedeutenden Meilenstein von Karol Nandrasky
Jeder vernünftige Mensch müht sich um irgend etwas, plant etwas, strebt nach irgend etwas. Von Zeit zu Zeit bleibt er stehen, wertet seinen Weg und macht neue Pläne. Es sind freudige Augenblicke, wenn der Mensch auch das erreicht hat, wonach er strebte und fühlt, daß er vorwärts kommt. Die gleichen Gefühle der Freude hat auch der Baumeister, wenn er bei den einzelnen Bauabschnitten sein ganzes Werk wertet oder ein Bergsteiger, wenn er auf die überwundenen Schwierigkeiten zurückschaut und sein Blick sich den über ihm ragenden Gipfeln zuwendet. Noch ein viel bedeutenderes und feierlicheres Ereignis aber ist es, wenn die ganze Gesellschaft ihren bisherigen Weg wertet und sich für noch weitere und kühnere Pläne und Aufgaben entscheidet. - Ein solches Ereignis ist auch die Diskussion über die Aussichten, die Perspektiven der weiteren Entwicklung unserer sozialistischen Gesellschaft", die ihren Höhepunkt am 12. Kongress der kommunistischen Partei in der Tschechoslowakei als der führenden Kraft unserer sozialistischen Heimat erreichen soll.-

Das Dokument der Partei, das die Grundlage der ganzstaatlichen Diskussion bildet, stellt eine tiefe Analyse und Wertung des ganzen Werkes unserer Gesellschaft in allen Zweigen der Aufbauarbeit unserer Heimat dar. Aus ihm spricht die Freude der bisher erreichten Erfolge; sachlich und offen wird auch auf die Fehler und Schwierigkeiten hingewiesen, dabei aber auch eine freudige Perspektive der weiteren Entwicklung und des Baues unserer sozialistischen Heimat aufgezeigt.-

Die festen Grundlagen der fortschreitenden Entwicklung unserer sozialistischen Gesellschaft bildet die Industrie. Darum wird in dem Dokument der Partei die erste Aufmerksamkeit der weiteren Entwicklung in allen ihren Zweigen zugewandt.- Eine besondere Aufmerksamkeit wird der Landwirtschaft unserer Heimat zugewendet. Das Motto: Die Landwirtschaft der Industrie angleichen ist ein Kampfruf für alle Einwohner, dessen Verwirklichung bis zum Jahre 1970 einen bedeutenden Abschnitt im landwirtschaftlichen Prozess bedeuten wird.-

Es ist selbstverständlich, dass mit der weiteren Entwicklung unserer sozialistischen Gesellschaft auch unser Standort in dem weltweiten Kampf der sozialistischen Kräfte, aber auch das sozialistische Lager des Friedens und des Fortschritts gekräftigt wird.- Gerade auf der Grundlage des Wachstums der wirtschaftlichen Möglichkeiten unserer Heimat werden wir auch weiterhin diesen Ländern Hilfe angeeignet lassen können, die sich erst vor kurzem aus der Gewalt des Kolonialismus befreien, oder die für ihre Freiheit und Unabhängigkeit kämpfen. Zu weiteren Entwicklung unserer sozialistischen Gesellschaft benötigen wir ein friedliches Leben. Darum werden wir auch weiter mit allen Mitteln das friedliche Zusammenleben der Völker unterstützen und kühn die Versuche der Kriegskräfte des Imperialismus enthüllen und anprangern, die einen neuen Weltkrieg entfesseln wollen. Gerade darum, weil wir im Frieden neue Werte für ein glückliches und freudiges Leben für alle Menschen, die guten Willens sind, schaffen wollen, verurteilen wir mit aller Schärfe und Entschiedenheit die amerikanische Kriegsblockade gegen Kuba. Die Regierung der USA tritt darum nicht nur das internationale und das Recht auf Selbstbestimmung mit Füßen, sondern bedroht auch unmittelbar den Weltfrieden und treibt damit die Völker an den Rand eines neuen Weltkrieges. Nicht nur unsere evangelische Öffentlichkeit, sondern die ganze sozialistische Gesellschaft unserer sozialistischen Heimat ist

mehr als erzürnt über die Piratenstarten der Regierung der USA, aber zugleich auch bemüht mit aufbauen. der Arbeit noch eifriger für die Festigung eines dauernden Friedens in der Welt zu kämpfen.

Cirkevne Listy, Februar 1963, Nr.2 Seite 17-18

Der Februarumsturz 1948 in Prag im Lichte der kirchlichen Presse 1963

Zum 15. Jahrestag der Februar-Ereignisse von Ivan Kolésár, Senior.

Es ist gerade 15 Jahre her. Damals schien es, als ob der Kreis der Ausbeuter auch weiterhin seine Netze des Egoismus ausbreiten würde, damit die Arbeiter auf dem Felde, in den Betrieben und auf den Baustellen auch weiterhin die Ausgebeuteten sein würden. Die Prophezeiung des Sängers Hviezdoslav aber ist in Erfüllung gegangen, denn es kam der Frühling mit seinen Strahlen der erwärmenden Kraft, als mit schwieliger Hand, mit einem wagemutigen Schritt und einem offenen Wort, die Arbeiter-Klasse unter der Führung der kommunistischen Partei die Macht übernahm, damit sie das weitere Schicksal der Völker unserer gemeinsamen Heimat bei dem Aufbau des Sozialismus und damit einer Zukunft der Schönheit, der Sicherheit, des Lächelns und des Friedens unter der Palme des Weltfriedens lenke !

Anlässlich der 15. Wiederkehr der Februar-Ereignisse bleiben wir stehen und denken an die Augenblicke des Sieges dieser Tage, in denen wir die Diszipliniertheit und den Mut derer bewunderten, die die Macht in ihre Hände nahmen, als die gewaltige Menge mit Begeisterung die Entschlüsse der Regierung und der Partei zur Kenntnis nahm und mit Bewegung die Worte von Klement Gottwald auf dem Altstädter Ring zu Prag hörte. Die Februar-Ereignisse des Jahres 1948 ermöglichten den Arbeitern entscheidende Faktoren in der Führung der sozialistischen Heimat zu werden. Es gab kein Dorf und keine Stadt, keinen Betrieb und kein Amt, keine Schule und keine Kaserne, in denen nicht feurige und ermunternde, klare und entschiedene Worte erklangen, in denen zum Ausdruck kam, daß es kein Zögern gibt, sondern vielmehr nur Sicherheit und die feste Hand der Arbeitenden, die die Ruder gut führen wird, damit das Schiff unserer Heimat alle Wellenschläge und Schwierigkeiten nach dem Zweiten Weltkrieg überwinden wird.-----

Der Februar mußte kommen, es mußte der Frühling kommen, damit die Früchte der gebrachten Opfer reiften und damit um so inniger die tschechoslowakisch-sowjetische Freundschaft sich vertiefen würde. Die Februar-Ereignisse haben uns noch enger mit der Sowjetunion verbunden, die in vorderster Reihe der Friedensbemühungen in der Welt steht. - Nach den Februar-Ereignissen dürfen wir behaupten, daß die Einwohner von Lidice in der Tat ruhig leben können, in der Nähe des Rosengartens, der Rosen, die aus der ganzen Welt dorthin geschickt wurden. - Die Weltfriedensbewegung hat einen mächtigen Damm gegen eine neue Kriegsgefahr gebaut. Die Versuche der Imperialisten, einen neuen Weltkrieg anzuzetteln, scheiterten an dem Lager des Friedens, an dessen Spitze die Sowjetunion steht. Die Februar-Ereignisse erinnern uns aber auch an die Aufgaben, die sich aus den Beschlüssen des 12. Kongresses der Kommunistischen Partei der CSSR ergeben. Diese Aufgaben hängen aufs Engste mit der Arbeit auf den Feldern, in den Betrieben, in den Schulen, in der Kunst und in den sozialen Bereichen zusammen. Wir als Christen müssen auch bei dem Gedenken an die Februar-Ereignisse wissen, daß wir Bürger des CSSR sind, wo sich ein ernster gesellschaftlicher Prozeß der Neuordnung abspielt, wo wir nicht einen beängstigenden Blick und verschlossene Augen haben dürfen.-----Wir als Christen knien in bußfertigen Gebeten vor dem Herrn nieder und danken ihm, daß in unserer Heimat es Herzen gibt, die die Arbeit lieben und mit der Arbeit eine solche Heimat aufbauen, die freudig und glücklich sein wird. Das ist unser aller Sehnsucht, damit dies Wirklichkeit werde. Aber

auch wir müssen unsere Hände zur Mitarbeit reichen und mit Herzen opfernder Liebe unsere Pflicht erfüllen. - Wir als Christen wollen als Beispiel der Ordentlichkeit, des Fleißes, der Opferbereitschaft, der Treue, der Gewissenhaftigkeit, der Liebe und des Vertrauens voranschreiten. Wir dürfen nicht der Opfer vergessen, die in den Kämpfen für unsere Befreiung gebracht worden sind.

Cirkevne Listy Nr.11 , Nov.1962, Seite 164 - 168

Die dritte Konferenz der Europäischen Kirchen in Nyborg von Andrej Ziak

Nach einem kurzen Überblick über die Geschichte der europäischen Konferenzen von Nyborg wird über die Tagung vom 1.- 5.Oktober 1962 berichtet. Zum Schluß heißt es: In Nyborg haben wir mit Freuden feststellen können, daß die Prager Friedenskonferenz positiv in die europäischen kirchlichen Kreise eingreift, wie die Zahl der Gönner und der Mitarbeiter der Prager Friedenskonferenz ständig im Wachsen begriffen ist. Es geht darum, daß in den kritischen Zeiten, in denen der Friede auf der Welt zur bedeutendsten Existenzfrage geworden ist, alle christlichen Kirchen und alle Christen in Einheit und in aktiver Zusammenarbeit mit allen Friedenskräften die grundlegende Voraussetzung allen Lebens und das Glück der Menschheit retten: den Frieden auf Erden! Das ist die allererste humane Aufgabe der christlichen aber auch der nichtreligiösen Humanisten!

Cirkevne Listy Nr.11, Nov.1962 Seite 170

Zum Monat der Sowjetisch- tschechoslowakischen Freundschaft

Unsere Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion haben tiefe Wurzeln. Sie gehen weit in die Vergangenheit zurück, in der sich zwei slawische Brudervölker gefunden haben. Aber besonders die Befreiung durch die Sowjetarmee im Zweiten Weltkrieg und die enge und brüderliche Zusammenarbeit in der Nachkriegszeit hat auf jedem Gebiet unsere engen und unzerstörbaren Bande gefestigt. - Der gemeinsame Weg unserer Völker in der Innen- und Aussenpolitik macht es selbstverständlich, daß wir zusammengehören und daß der eine noch der andere sich weder die Gegenwart noch die Zukunft allein vorstellen kann. -

Die große und gesegnete Wirklichkeit unserer Freundschaft und Bruderschaft vergewärtigen wir uns besonders im Monat der tschechoslowakisch- sowjetischen Freundschaft, der traditionsgemäß im Herbst abgehalten wird, also in der Zeit, die begrenzt ist, einerseits durch die Wiederkehr der großen Oktober-Revolution, ohne die auch unsere Freiheit nicht möglich wäre, andererseits aber auch durch die Wiederkehr des Paktes der gegenseitigen Hilfe und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. In dieser Zeit sind unsere Gedanken und unser Tun ausgerichtet. mehr als ein anderesmal auf das erste Land des Sozialismus.-----Im großen Land unserer Freunde kann man immer etwas erkennen, aber auch lernen und bewundern. Nicht ein Monat, nein, ein ganzes Leben genügt nicht, um sich mit allen Früchten des Geistes, die das russische Volk hervorgebracht, vertraut zu machen. Neue Horizonte tun sich uns auf, wenn wir die russische Sprache beherrschen, wenn wir in der melodischen russischen Sprache von den großen Erfolgen lesen können, von den großen Erfolgen des russischen Menschen sowohl auf der Erde als auch im Kosmos, dessen Humanismus und Friedensliebe zu Begriffen geworden sind, die in der ganzen Welt bekannt sind.

Gerade in der letzten Zeit, in der wir eine große internationale Spannung erlebt haben, hervorgerufen durch die amerikanische Blockade Kubas, konnten wir wieder die Friedensliebe und die Bemühung der SU den Weltfrieden zu erhalten, schätzen lernen. Die Entschlossenheit und der Realismus der sowjetischen Politiker hat schon oft die Welt vor dem Verderben eines thermonuklearen Krieges be-

wahrt. Daß die SU und die Länder des Sozialismus die Friedenspolitik ernst meinen, haben gerade die letzten Wochen gezeigt.

Die alte Welt will sich nicht damit versöhnen, daß immer neue und neue Länder sich vom Kolonialismus und der Unterdrückung befreien, daß sie frei, ohne geistige und wirtschaftliche Ausbeutung leben wollen. Die Militaristen, deren Aufgabe darin besteht, dem Fortschritt zu wehren, suchen auf der Erde gerade solche Stellen aus, wo sie von neuem die Völker und Staaten der Sklaverei und der Ausbeutung ausliefern können. Einmal ist es Afrika, dann Lateinamerika, dann wieder blasen sie das Feuer in Herzen Europas an, in Westberlin und in Westdeutschland.

Cirkevne Listy Nr.2 vom Februar 1963, Seite 28

Die Landwirtschaft auf der gleichen Ebene wie die Industrie

Während die Industrieerzeugung verhältnismässig die großen Ansprüche des modernen Menschen befriedigen konnte, hinkt die Landwirtschaft hinter der Industrie und ihr gegenwärtiger Stand hemmt die rasche Entwicklung nach vorne. Darum ist es richtig, wenn auch in unserer Heimat der 12. Kongreß der kommunistischen Partei in der CSSR eine erhöhte Aufmerksamkeit der Landwirtschaft widmet. Die kommunistische Partei ist ja die führende Kraft unseres Lebens. Sie hat die Richtlinie aufgestellt, daß bis zum Jahre 1970 die Landwirtschaft auf der gleichen Ebene mit der Industrie stehen soll.-----

Unsere Landwirte hängen oft noch an dem Alten, denken mehr an sich, als an das Ganze. Ihr Blick ist nur allzuoft nach rückwärts als nach vorwärts gerichtet. Gewiß war es nicht einfach das alte Denken in ein Neues umzukehren. Heute aber kann man nicht mehr nach rückwärts schauen, man muß begreifen, daß auch für die Landwirtschaft die einzig richtige Zukunft in der kollektiven sozialistischen Großraum-Landwirtschaft beschlossen liegt.- Ein ehrlicher und richtiger Zugang zur Arbeit ist nur dann möglich, wenn unser Bezug zum gemeinsamen Eigentum wenigstens auf der gleichen Ebene steht, wie der Bezug zum Privateigentum gewesen ist und daß die Arbeit in der Landwirtschaft ein ehrenvoller Abschnitt der Gesamtarbeit der Gesellschaft ist. Diese Auffassung kann auch in der landwirtschaftlichen Arbeit Wunder wirken, wenn sie sich mit der modernen Technik verbandet.

Kalvinske Hlasy, Februar 1963, Nr.2

Für einen Friedensvertrag mit Deutschland

Im Mai dieses Jahres werden es 18 Jahre, daß das nazistische Deutschland vor der militärischen Übermacht der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreichs kapitulieren mußte. Im Sommer 1945 trafen die Siegermächte in Potsdam eine Übereinkunft über die vorläufige Verwaltung des geschlagenen Deutschland und über die weitere innere Entwicklung, auf Grund welcher Deutschland gehindert werden sollte eine militärische Gefahr für die übrigen Völker der Welt zu werden. Das Potsdamer Abkommen sollte bis zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland in Gültigkeit bleiben. -

Als aber die westlichen Großmächte systematisch das genannte Abkommen verletzen und dadurch das gegenseitige Vertrauen unter den Großmächten zerstört wurde, entstanden auf dem Territorium Deutschlands in seinen neuen Grenzen zwei Staaten: Die Deutsche demokratische Republik und die deutsche Bundesrepublik. Zuletzt wurde auch die Hauptstadt Berlin in zwei Städte aufgeteilt, ein Symbol der heutigen geteilten Welt. West-Berlin, das auf dem Territorium der DDR liegt, ist mit der Bundesrepublik nur durch Autobahnen und Eisenbahnen verbunden, die dazu eigens bestimmt sind.

Die westlichen Großmächte haben Westdeutschland und West-Berlin zum Aufmarschge-

biet für einen eventuellen Krieg gegen die Sowjetunion und seine Verbündeten gemacht.- Künstlich unterstützen sie verschiedene Provokationen an den Grenzen der deutschen Staaten und an der Sektorengrenze Berlins. Heute ist die Bundesrepublik und ihre Aussenpolitik eine ernste Bedrohung des Friedens in Europa. Demgegenüber pflegt und unterstützt die DDR die Freundschaft mit ihren Nachbarn. Die Bundesrepublik baut eine revanchistische Armee auf, erhebt territoriale Forderungen gegen die Tschechoslowakei, Polen und gegen andere Staaten und direkt und indirekt droht sie mit militärischen Aktionen gegen die Staaten Mittel- und Osteuropas. -

In dieser Lage ist es brennend notwendig, daß endlich einmal ernst die Frage eines Friedensvertrages mit Deutschland erwogen wird, wie es besonders in den letzten Jahren die Sowjetunion und ihre Verbündeten, aber auch die DDR getan haben. Die wachsende militärische, wirtschaftliche und politische Macht der Mitarbeiter Hitlers in der Bundesrepublik, die Eingliederung der militärischen Macht der Bundesrepublik in das nordatlantische Bündnis, in dem die nazistischen Generale führende Stellungen erlangt haben, erhöhen ausserordentlich die Kriegsgefahr in Europa. Gleichzeitig aber vollzieht sich eine Verfolgung der Friedensarbeiter, unter ihnen auch vieler unserer Freunde, die sich bemühen, das deutsche Volk vor einer weiteren Katastrophe zu bewahren. Dies alles möge ein Warnungszeichen für alle Menschen guten Willens sein, daß alles unternommen werden möge, was heute nur möglich ist im Interesse einer friedlichen Regelung der komplizierten deutschen Frage. Unsere Freunde in der Bundesrepublik, deren profiliertester Vertreter Dr. Martin Niemöller ist, müssen unter schweren Bedingungen ihren Kampf um den Frieden führen. Wir glauben jedoch, daß der wachsende Kampf gegen den Krieg, der alle Volksschichten Westdeutschlands erfüllt, die Regierung der Bundesrepublik nötigen wird, die Dinge realistischer zu betrachten und zu einer Verständigung mit der DDR, mit der SU und auch mit uns führen wird. - Wir können und wollen auch nicht in die inneren Angelegenheiten des deutschen Volkes und ihrer Staaten eingreifen. Aber wir müssen und sollen unaufhörlich dafür beten, daß auch in Westdeutschland Männer mit heißem Herzen und nüchternem Verstand in den staatlichen Angelegenheiten Entscheidungen treffen, die den Frieden für alle Völker in Europa sichern. - Unseren Freunden aber können wir nur so helfen, daß wir sie bei jeder Gelegenheit versichern, daß sie mit unseren Sympathien und unserem Verständnis rechnen können. Denn das Bemühen unseres Volkes ist ja darauf gerichtet, daß wir mit dem ganzen deutschen Volk in derselben Freundschaft und in der gleichen nachbarlichen Verständigung leben können, wie wir mit dem Volk der DDR leben. Und dazu würde nach unserer Meinung ein je früherer Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten helfen. -

Evangelický posol spod Tatier, 20. Februar 1963, Nr. 4

Wir bereiten die Maschinen vor.

Unsere Landwirtschaft darf auch in der Winterzeit nicht ausruhen. Es wird geplant, es wurden die Fehler des vergangenen Jahres diskutiert und man kam auf den Jahresversammlungen zu neuen Maßnahmen auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Erzeugung. Bei der heutigen Großproduktion sind aber die Maschinen unsere Helfer und unsere guten Freunde. Die Mechanisierung schreitet voran und befreit den heutigen Menschen von der schweren Schinderei in der Arbeit. Die Erfahrungen aber lehrten, daß bei den notwendigsten Arbeiten eine wichtige Maschine versagte und Schwierigkeiten entstanden. - Dieses Jahr aber wollen wir vorsichtiger sein. Schon in der Winterzeit müssen die Maschinen mit grösster Sorgfalt repariert, die schlechten Bestandteile ausgetauscht werden. -

Ich sah ein schönes Beispiel eines älteren Traktoristen, der schon im Januar vorsorglich die Zahnräder einer Mähmaschine ausprobierte, die beschädigten herausnahm und neue hineinlegte.- In einem Gespräch sagte er mir: Beim Schnitt in der Ernte will ich nicht reparieren, denn dadurch würde ich viel Zeit verlieren. - Das Frühjahr nähert sich. Gerne würden wir sehen, wenn die Maschinen in vorbildlicher Ordnung wären, denn wir haben die Erfahrung gemacht, daß wenn die Maschine in Ordnung ist, alles glatt vor sich geht. - Die Maschine ist aber nur solange eine Helferin des Menschen, solange der Mensch sie mit Liebe betreut und nicht vernachlässigt. Wir müssen eingestehen, daß viele unserer guten und teuren Maschinen nach dem Gebrauch auch im Winter auf den Feldern und in Gruben geblieben sind, daß sie in Dörfern im Regen herumstanden, wo sie Schaden nahmen und unberufene Hände sie bestohlen haben.- Die Vergangenheit hat uns schon genug gelehrt, daß das, was wir in Winter versäumt haben, im Sommer sich gerächt hat. Die Maschinen sind unsere Freunde und darum können wir es nicht zulassen, daß sie im Eis liegen und in den Genossenschaften bloß für die Altmetallsammlung Verwendung finden. -

Konstanzer Funken Nr. 1 v. 3. Januar 1963:

Allianz-Gebetabende in Prag fanden Montag, den 7. Januar, in der Methodistengemeinde in Prag II, Jecna 19 um 19 Uhr statt. Leitung von Pfarrer Micovsky der slowakischen evangelischen Kirche A.B. und Predigt des Synoschischbrüderischen Kliment-Gemeinde um 19 Uhr (Leitung des Predigers der Unität der Baptistischen Svoc. und Predigt des Superintendenten der methodistischen Kirche Hunaty)

Konstanzer Funken Nr. 2 v. 10. Januar 1963

Die Sitzung der Christlichen Friedenskonferenz in Holland

Der holländische Regional-Ausschuß der Christlichen Friedenskonferenz, geleitet von Prof. Rasker unter der opferwilligen Mitarbeit der Schwestern H. Kohlbrügge und A. Harms bereitete für die 4. Sitzung des Arbeitsausschusses im Dezember 1962 die äusseren Bedingungen und die Atmosphäre vor, in welcher die Verhandlung des Arbeitsausschusses ordnungsgemäß verlief. Zur Herausbildung einer Atmosphäre des Vertrauens und des brüderlichen Verständnisses diente die Bewillkommung, welche die holländischen Gastgeber den Mitgliedern des Arbeitsausschusses bereiteten. Prof. Rasker begrüßte sie herzlich und teilte mit, daß wegen des Todes der Königin Wilhelmina es nicht möglich sein würde, daß die Königin eine Delegation des Arbeitsausschusses empfing, daß sie jedoch an dieser Arbeit reges Interesse hätte. In seiner Antwort auf die Begrüßung gedachte der Präsident der Christlichen Friedenskonferenz J. L. Hromadka seiner Beziehungen zu den holländischen Freunden und seines Vortrages in Amsterdam bei der Konstituierung des Weltrates der Kirchen im Jahre 1948. Schon damals kämpfte er darum, daß die Ökumene nicht bloß westlich eingestellt sei, sondern daß sie auch mit Verständnis auf die Kämpfe und Bemühungen des Ostens blicke. Auf diesem Wege sind wir ein erhebliches Stück vorwärts gekommen. Er erinnerte auch an den Namen des Comenius, dessen Grab in holländischen Naarden ist. Zum Abschluß seiner Begrüßungsworte sprach er in Namen des Arbeitsausschusses dem holländischen Volk das Beileid zum Tode der früheren Königin Wilhelmina aus. Erzbischof sprach in aufrichtigen Worten seine Freude darüber aus, daß er sich unter den holländischen Freunden gleich vom ersten Augenblick an wie unter Brüdern fühle. Der Präses der holländischen reformierten Kirche De Van der Hooft betonte die Notwendigkeit ökumenischer Beziehungen. Dr. Kloppeburg dankte den holländischen Freunden, daß sie die Sitzung des Arbeitsausschusses nach Holland einluden. In dem Kommuniqué sind alle Fragen zusammengefaßt, welche den Gegenstand der Gespräche bildeten. Das Kommuniqué in seiner

Anteiligkeit kann jedoch schwer das wichtigste Faktum festhalten - die eigentliche Verhandlungs-Atmosphäre. Die Gespräche wurden in absoluter Offenheit geführt. Es bildete sich ein Band gegenseitigen Verständnisses und tiefen brüderlichen Vertrauens, das die wichtigste Voraussetzung für die weitere Arbeit ist. Die Mitglieder des Arbeitsausschusses formulierten das durch die Forderung der Sachlichkeit in den Unterhaltungen, welche ein charakteristischer Zug christlicher Beurteilung der Situation ist. Die eigentliche Voraussetzung der Sachlichkeit ist freilich christliches Vertrauen und Offenheit. Nach der Sitzung des Arbeitsausschusses fand am 7. Dezember eine Pressekonferenz statt, an der sich neben Vertretern der christlichen (auch katholischen Presse) auch Vertreter der Tagespresse beteiligten. Nach Beendigung der Sitzung des Arbeitsausschusses wurden in Dribergen zwei Regionalkonferenzen über das Thema "Frieden und Freiheit" veranstaltet. Der ursprüngliche Plan, eine Konferenz zu halten, mußte erweitert werden, da das Interesse namentlich aus den Reihen der Jugend so groß war, daß eine Konferenz nicht genügt hätte. Die Konferenz leiteten Prof. Dr. Rasker und Prof. Hans de Graaf. Über das Thema der Konferenz hielten Erzbischof Nikodin und Pfarrer Bassarack auf beiden Konferenzen Vorträge, Prof. Ullmann und Dozent Smolik auf einer Konferenz. Die Diskussion über die Vorträge war sehr lebhaft und trug zu der Herstellung der Bedingungen für ein fruchtbringendes Gespräch zwischen Christen, die von den verschiedensten Traditionen herkommen, bei.

Wir werten die Sitzung des Arbeitsausschusses in Holland als einen Schritt vorwärts. In dem Kommuniqué ist angeführt, daß Prof. Schmauch zum Vicepräsidenten der Bewegung gewählt wurde. Auch R. Ullmann nahm die Funktion eines Vicepräsidenten an. Auch in Großbritannien wurde ein Regionalausschuß der Christlichen Friedenskonferenz gebildet.

Aus dem Kommuniqué der Sitzung des Arbeitsausschusses

Die lange und gründliche Diskussion, die sich um eine Analyse der politischen Situation und u. a. auch der deutschen Frage bemühte, brachte im Austausch der verschiedenen Ansichten eine überraschende Einmütigkeit im Gesamt-Anblick, die wir nun beim Hören auf das Wort Gottes gewinnen. Die Diskussion erbrachte den Beweis des Nutzens des gemeinsamen Einsatzes der Kräfte der Christen in Ost und West in gefährlichen Weltsituationen. Es wurde offenbar, wie grenzenlos der kalte Krieg die Atmosphäre vergiftet und wie gerade heute ein konkreter Versöhnungsdienst und ein Rufen nach sachlicher internationaler Diskussion nötig ist. Mit Freude wurde konstatiert, daß in der Krise der letzten Wochen verschiedene ökumenische Stimmen zu vernünftigen Verhandlungen und einer friedlichen Lösung ernahten im gleichen Sinne wie die Christliche Friedenskonferenz. Das gilt besonders von der Erörterung des Weltrats der Kirchen. Der Arbeitsausschuß äusserte die Hoffnung, daß die Kommission der 18 Staaten, welche in Genf über die Abrüstung verhandeln, mit Unterstützung der öffentlichen Meinung der ganzen Welt zu einer baldigen Realisierung eines Vertrages über allgemeine und völlige Abrüstung unter internationaler Kontrolle gelange..... Der Arbeitsausschuß beschäftigte sich mit der Vorbereitung des beratenden Ausschusses für die Fortsetzung der Arbeit, der vom 4.-9. Juli in Prag tagen soll und mit der systematischen Vorbereitung der zweiten Allchristlichen Friedensversammlung. Es zeigte sich, daß das Interesse für die Arbeit der Christlichen Friedenskonferenz in verschiedenen Ländern an Bedeutung zunahm und daß die Zahl der Regionalausschüsse und der Regionalkonferenzen wächst.

Konstanzer Funken Nr. 3 vom 18. Januar 1963

Blehrung aus der Kubanischen Krise hieß das Thema eines Vortrages, den der internationale Sekretär der Christlichen Friedenskonferenz Heinz Kloppenburg in Frankfurt/Main hielt. Er warnte vor unkontrollierten Gefühlsreaktionen auf wirkliche Gefahren der Welt-Situation, wies auf die Bedeutung sachlicher Informationen hin, durch die es möglich ist, die Kriegspsychose wirksam zu beseitigen und andererseits auf die gefährliche Tendenz, die im Westen dazu führt, daß sich die Regierungen ständig grössere Vollmacht anmassen und sie dazu gebrauchen, daß sie jeden Versuch eines abweichenden Kurses als Hochverrat : : bezeichnen. Die Mentalität der Deutschen, welche in Gefühle frommer Furcht verfallen, sobald sie das Wort Staat vernehmen, ermöglicht diesen Stand der Dinge. Die vergiftete Atmosphäre zu beseitigen, ist die erste Voraussetzung internationaler Zusammenarbeit. OKR. Kloppenburg erinnerte dabei daran, daß schon heute eine Reihe von Gebieten existiert, auf denen Ost und West zusammenarbeiten, und daß auch verschiedene Friedensverbände sich um ein planmässigeres gegenseitiges Gespräch bemühen sollten. Wir retten die Demokratie nicht, wenn es nicht zu einer Abrüstung kommt, mit diesen Worten schloß Heinz Kloppenburg seinen Vortrag - und an die Adresse einiger radikaler Teilnehmer der Diskussion, welche folgte, fügte er hinzu, daß es übrigens nicht nur um ein sachliches Gespräch mit der andern Seite gehen darf, sondern um eine ähnliche sachliche Debatte mit anders Denkenden auf der eigenen Seite.

Aus der tschechisch-brüderischen Unität.....Predigerkonferenz

Vom 9.-11. Oktober 1962 wurde in der Gemeinde in Prag I die Predigerkonferenz abgehalten. Auf dem Programm standen folgende Referate: "Die heilige Schrift im persönlichen Leben", "Aktuelle Fragen der Friedensarbeit und das Vermächtnis von Dittrich Bonhoeffer", "Der Zugang zur Heiligen Schrift" und "Die Entstehung der neutestamentlichen Schriften". Bei dieser Gelegenheit wurde in einer Abendversammlung am 10. Oktober in der Gemeinde in Prag Bruder Jaroslav Kucera, der bisher als Laienprediger in Bereun wirkte, ordiniert.

Besuche aus dem Ausland

Im September und Oktober 1962 besuchte die Tschechoslowakei Bruder Augustinus Keijer aus dem schwedischen Missionsverband, Sekretär des Verbandes der Freikirchen, und diente in einer Reihe unserer Gemeinden. Der liebe Besuch unseres langjährigen Freundes festigte die brüderlichen Bande zwischen beiden Kirchen, manifestierte die Einheit des Volkes Gottes und half auch auf der Linie des gegenseitigen schwedisch-tschechischen Verständnisses.

Delegation in Polen:

Im Sommer 1962 besuchten auf Einladung der Vereinigten ev. Kirche in Polen die Prediger Jan Urban und Jaromir Ondracek die Gemeinden dieser Kirche und dienten an einer Reihe von Orten mit der Predigt. Die Reise wurde nach Anknüpfung näherer Beziehungen zwischen beiden Kirchen bei dem herbstlichen Besuche des Jahres 1961 von 2 Vertretern der polnischen Bruderschaft (des Vorsitzenden der Kirche Krakowice und des Warschauer Predigers Repzse, des Redakteurs der Zeitschrift "Chrzescijanin" bei uns realisiert.

Studenten auf der Fakultät Das Studium an der Evangelisch-Theolog. Comenius-Fakultät beendete Bruder Ludok Rejchert aus Prag. An der Fakultät haben wir jetzt 2 Studenten: Bruder Karl Taschner aus Komotau im 2. Jahrgang und Bruder Jan Ligusa aus der Ostrauer Gemeinde im ersten Jahrgang.

Blicke in das Leben und die Arbeit der jungen Kirchen.

Die Konstanzer Union veranstaltete über diese Themen im Rahmen der Arbeitsberatung der Konstanzer Union am Sonnabend, den 19. Januar, im Beetsaale der Methodistengemeinde, Prag II, Jecna 19, eine Abendversammlung. Über die jungen Kirchen in Afrika sprachen Dr. L. Broz und Dr. R. Kalfus und über die Christen in Indien sprach Assistent Dr. Opocensky.

Konstanzer Funken Nr. 4 v. 25. Januar 1963:

Sitzung der Synodalvertretung.

..... Die Sitzung der Vertretung hatte ihren gewöhnlichen Verlauf. Sie begann mit einem Gottesdienst am 9. Januar 1963, den Senioramtskurator Hampl aus Poděbrad hielt und dann gab Synodalsenior Dr. Hayek einen Bericht über die Sitzungen des Arbeitsausschusses der Christlichen Friedenskonferenz in Moskau und in Holland und über die weiteren Pläne dieser Konferenz. Der Arbeitsausschuß, der in Moskau vom 10.-17. September tagte, konzentrierte sich vor allem auf die theologischen Probleme, auf das Verhältnis des A.T. und N.T., wo es um die verschiedenen Beziehungen zum Kriege und um das Verhältnis der prophetischen und priesterlichen Funktion der Kirche geht, damit er sich so den grundlegenden theologischen Standpunkt klar machte, aus dem die Arbeiten der Christlichen Friedenskonferenz hervorgehen. Die Teilnehmer des Arbeitsausschusses hatten anlässlich der Sitzung Gelegenheit, einen Blick in das Leben der russischen orthodoxen Kirche, aber auch der dortigen evangelisch-baptistischen Kirche zu tun. Der Arbeitsausschuß für Holländischen Driebergen machte sich den Standpunkt der Christlichen Friedenskonferenz zu den gegenwärtigen politischen Fragen klar. Im Jahre 1964 soll in Prag die zweite Allchristliche Friedensversammlung stattfinden. Nach dem Bericht des Synodalseniors ging die Vertretung zu ihrer Hauptaufgabe, zur Nominierung der Kandidaten für die Wahl des neuen Synodalrates über, die die Februar-Synode vornimmt. Mit Ausnahme des Synodalkurators Dr. Jinka endet nämlich für alle übrigen Mitglieder des Synodalrates ihre Funktions-Periode und die Synode wird einen neuen Synodalrat und zwei Ersatzmänner für weitere 6 Jahre wählen. Die Abstimmung über die Nominierung der einzelnen Kandidaten nahm den Rest des Vormittags in Anspruch. In der Nachmittagsitzung gab Synodalsenior Dr. Hajek und die einzelnen Mitglieder des Synodalrates einen Bericht über die Tätigkeit in ihren Resor'ts während der verfloßenen Zeit. Danach entspann sich eine umfangreiche Diskussion. Unter den wichtigsten Entscheidungen, welche die Vertretung traf, ist, daß der Beitrag den die Gemeinden in die gemeinsame Kasse abführen, auch für 1964 in der gleichen Höhe bleibt und daß die alljährliche kirchliche Sammlung, die bisher zugunsten der eingeborenen evangelischen Kirche in Kamerun geschah, in Zukunft zu Gunsten irgendeiner anderen eingeborenen Kirche in Afrika und eventuell in Asien geschehen soll.

Konstanzer Funken Nr. 5 v. 1. Februar 1963

Vor der Synode v. J. S. Trojan.

Der Inhalt der Verhandlung in der XIV. Synode der tschechisch-brüderischen ev. Kirche, die im Februar zu anmentreten soll, ist in der letzten Zeit Gegenstand der Erwägungen der Pfarrer- Pastoralkonferenzen, Gemeindegemeinderäte und der einzelnen Mitglieder unserer Kirche. Wenn wir nötige verwaltungsmässige Entscheidungen und die Behandlung einiger Anträge aus den Konventen übergeben, verbleibt die Frage: Welche Dinge sollte dieses repräsentative Forum der Kirche vor allen lösen? "Da Problem von Frieden und Krieg?" Was kann die tschechisch-brüderische evangelische Kirche und ihre Mitglieder in der heutigen Situation dafür tun, daß die Sache eines gerechten Friedens sich vorwärts bewegt? Die Synode sollte sich mit den Ergebnissen des Moskauer Kongresses für Abrüstung und Frieden be-

schäftigen und sollte den Inhalt der Verhandlungen der Konferenz "Die Welt ohne Bombe", die im Sommer in Akra stattfand, kennen. An beiden Versammlungen nahmen auch Mitglieder unserer Kirche teil! Es ist auch nötig, die Arbeit der Christlichen Friedenskonferenz zu bewerten und die Solidarität mit derselben auszusprechen. Dazu haben die Teilnehmer der Synode noch eine zweifache Aufgabe: in theologischer Form kurz den allgemeinen Standpunkt unserer Kirche zu Frieden und Krieg in der Epoche der nuklearen Waffen auszudrücken und gleichzeitig die Friedensaufgaben und -aktionen unter den konkreten Bedingungen unserer tschechoslowakischen Gesellschaft durchzusprechen. Gerade auf diesem Hintergrund wird sich klar zeigen, ob wir unsere Seele erhalten wollen oder sie verlieren, um sie in Wirklichkeit zu finden. Wenn auf der Synode über sogenannte innerkirchliche Fragen (z. B. Mitgliedschaft, Taufe, Konfirmation usw.) geredet wird, dann gelangen wir zur Bildung jenes "entfremdeten Bewußtseins" der Kirche, während ein befreiend klares Wort in der Sache von Frieden und Krieg, hinter dem die volle christliche Existenz der Gemeinden und der einzelnen Bekenner steht, Kräfte zu verantwortlichem Dienst an der Welt frei zu machen hilft und dadurch Raum für die Zukunft der Kirche Christi zu gewinnen.

Eine Arbeitskonferenz der Konstanzer Union fand am 15. Januar in Prag unter dem Zentralthema "Zeugnis und Dienst des Christen in der heutigen Zeit" unter Teilnahme der Delegierten der Bezirks- und Ortsausschüsse der Konstanzer Union und unter Vorsitz von Prof. Dr. Jeschke statt. Referate zum angeführten Thema hatten sich der tschechisch-brüderische Pfarrer O. Prosek aus Prag - Holaschowitz (vom Standpunkt des Geistlichen) und Ingenieur Mikulecky aus der Tschich-Brüderischen Unität in Prag (vom Standpunkt des Laien-Mitarbeiters) vorbereitet. Die Teilnehmer sprachen zu dem angeführten aktuellen Thema und erstatteten Bericht über die Tätigkeit der einzelnen Ausschüsse. Die Arbeitsberatung bewertete die Arbeit der Organisation im vergangenen Jahre und stellte einen Tätigkeitsplan für 1963 auf, z. B. die grundlegende Thematik der Vortragstätigkeit: das 350-jährige Jubiläum der Ausgabe der Kralitzer Bibel, die ökumenische Problematik daheim und im Ausland, Frieden und soziale Gerechtigkeit, die Tätigkeit der Christlichen Friedenskonferenz, das Zeugnis des christlichen Lebens. Abends wurde in Rahmen der Konferenz eine Versammlung für die Prager evangelische Öffentlichkeit in Betsale der Methodistengemeinde in Prag II gehalten, wo Dozent Dr. Molnar predigte und der Sekretär des Synodalrates Dr. Broz in einem umfangreichen Vortrage die Anwesenden mit dem Leben und der Arbeit der jungen Kirchen in Afrika, die er unlängst zweimal besuchen konnte, bekannt machte.

Konstanzer Funken Nr. 6 v. 3. Februar 1963

Der Pfarrerkurs in Prag

Die Eröffnungspredigt zu diesen vom 21.-25. Januar in Prag stattfindenden Kurse hielt Pfarrer Martin Schwarz aus Basel über 1. Petrus 1, 3-5. Hromadkas Vortrag wurde mit Spannung erwartet, die nicht enttäuscht wurde. Er wies auf Hauptthemen hin. Der erste und offenbar wuch für Dekan Hromadka wichtigste Gegenstand theologischer Gespräche ist die Inkarnation - die menschliche Existenz Jesu Christi, aus der sich die Hinneigung des Menschen zur Welt ergibt. Und das nicht nur mit dem Verstande, mit den Gefühlen, sondern mit dem ganzen Bau unseres menschlichen Daseins. Die richtig verstandene Inkarnation erfordert ein persönliches Ringen, ein Einsetzen der ganzen menschlichen Existenz in der Nachfolge Jesu Christi. Das Problem der Heiligen Schrift und der Tradition nannte er an zweiter Stelle. Ein weiteres Thema ist die orthodoxe Theologie, die aus ihrer Isolierung hervorkam und bewies, daß die Orthodoxie nicht ein still gewordener Überrest des östlichen Christentums sei. Zuletzt nannte er das Verhältnis der christlichen Kirche zur Synagoge. Weil die Kirche die Darlegung des Apostels in Röm. 9 - 11 nicht hören wollte,

verfiel sie in Antisemitismus. Sie ergriff das Kreuz als Waffe des Hasses und der Bosheit. Für Millionen jüdischer Gräber sind die Christen verantwortlich. Ausführlicher beschäftigte er sich dann mit der sogenannten Theologie der Geschichte. Gerade in dieser Sache führen die Schweizer Theologen mit Hromadka Diskussion. Der Hauptsatz Hromadkas heißt: Wir sind in die geschichtliche Situation gestellt, um den Lauf des geschichtlichen Lebens mitzubestimmen. Ein abschreckendes Beispiel kann da der deutsche Protestantismus sein, der die geschichtlichen Ereignisse nicht ernst nahm und ihnen daher völlig erlag.

Prof. Max Geiger aus Basel hielt Vortrag über den christlichen Glauben im Atonzeitalter. Das Evangelium ist immer das Gleiche. Aber dieses unveränderte Evangelium überspringt die Geschichte nicht, sondern spricht uns immer in neuen Situationen an. Die Bewährung des Glaubens ist immer neu. Wir haben jedoch für sie kein fertiges Rezept. Das Zitieren der Bibel genügt nicht. Jedoch aus dem Ganzen der biblischen Botschaft fällt Licht auf unseren Weg. Da das Bekenntnis zu Jesus Christus nur dann recht ist, wenn es sich konkretisiert, muß es notwendig auf eine angemessene Kenntnis der Zeit, in der es sich bewahren soll, gegründet sein. Er gab ein Verzeichnis der Literatur, die über die Zeit informiert, in welcher wir leben. Den Kern seiner Darlegungen teilte er dann in drei Fragen:

1. Der Mensch und die erschaffene Natur. Der christliche Glaube machte die Natur los von göttlicher Macht. Im 18. Jahrhundert ist die Natur schon beherrschbar. Heute sind wir jedoch auf diesem Wege in Lagen gekommen, die so gefährlich sind, daß auch unsere Kinder bedroht werden. Einen Ausgleich zwischen dem Menschen und der Natur zu suchen und ihn zur Geltung zu bringen, das ist unsere Aufgabe. 2. Die veränderten Verhältnisse trafen auch den Menschen selbst. Du sollst Dir kein Bildnis vom Menschen machen - dieses Gebot erfasst das Kardinalproblem unserer Zeit: den Weg zum Menschen überwinden, das Bild wegräumen, das wir uns mit Hilfe einer Ideologie von ihm gemacht haben. Sehen wir den Menschen so, wie Gott ihn sieht. Der Mensch ist bestimmt zur Vergebung und Erlösung.

3. Frieden und Krieg. Friede und Versöhnung sind biblische Zentralbegriffe. Die Kirche als eine Gemeinschaft des Friedens ist schon durch ihre Existenz selbst eine Schöpferin des Friedens. (Pfr. Schwarz meinte, daß man Barths Theologie nicht als ein mächtiges dogmatisches System, sondern als eine Verkündigung des Wortes auffassen müßte, die zum Lesen der Bibel anrege. Barth bereite sich mit Furcht und Zittern unter gründlicher Benutzung aller Hilfsmittel auf seine Predigten vor. In Pfr. Schwarz's Gefängnis-Kirche predigte er oft und hätte bei dieser kritischen Gemeinde Eingang, so daß sie sagen: "Der alte Barth meint es gut mit uns." Zum Schluß sprach Pfarrer Schwarz die Hoffnung aus, daß, wenn die Kirche sich dem Worte Gottes überwinden lasse, man wohl Barth auch neu und besser lesen werde. Synodalsenior Dr. Hajek wies auf das prophetische, priesterliche und königliche Amt Jesu Christi hin. Im Anschluß an den Pfarrkurs hielt der Verband der tschechisch-brüderischen evangelischen Geistlichkeit seine Jahresversammlung, wo der Jahresbericht des Vorsitzenden und der Kassenbericht zur Kenntnis genommen wurde. Zum Schluß des Berichts heißt es: "Wir hoffen, daß das neue Band, welches uns mit den schweizerischen Brüdern verbindet, zu einem besseren gegenseitigen Verstehen und zur Weltbruderschaft beiträgt"

Konstanzer Funken Nr. 8. vom 22. Februar 1963

Auslandsreisen Der Präsident der Christlichen Friedenskonferenz Professor Dr. Hromadka, der Vicepräsident Erzbischof Nikodim und das Mitglied des Arbeitsausschusses der Friedenskonferenz Kirchenpräsident Dr. Niemöller besuchten als Delegation der Christlichen Friedenskonferenz vom 2.-9. Februar 1963 Äthiopien. Die Delegation wurde durch den äthiopischen Kaiser Haile Selassie I. und den Patriarchen der äthiopischen Kirche empfangen. Dann fuhr Professor Hromadka zu einer Sitzung der Exekutive des Weltrats der Kirchen nach Genf. - Milan Oppensky, Fach-Assistent der Comenius-Fakultät in Prag, beteiligte sich am 28.12.1962 bis 7.1.1963 an der Allafrikanischen Versammlung der christlichen Jugend in Nairobi in Kenia. Auf der Rückreise traf er sich in Kairo mit Vertretern der koptischen Kirche.

Vom 17.-21. I. 1963 beteiligte sich Milan Opočensky an einer Versammlung von Sekretären der europäischen christlichen Studentenbewegung in Westage - on - Sea in England. Auf Einladung der britischen christlichen Studentenbewegung besuchte er studentische Gruppen in London, Gloucester, Birmingham u. Rugby. - Auf Einladung des Fellowship of Reconciliation fuhr am 31. Januar Dozent Dr. Smolik von der Comeniusfakultät auf eine zweimonatliche Tournee zu einigen Universitäten in der USA, wo er theologische Gastvorlesungen hielt und über Leben und Arbeit der Kirchen in der Tschechoslowakei sowie über die Verantwortlichkeit der Christen für den Frieden, wie sie ihren Ausdruck in der Tätigkeit der Christlichen Friedenskonferenz findet, berichtet. - Pfarrer J. Cihak der Koordinierungsarbeit der Christlichen Friedenskonferenz und Vikar P. Filipi, Hörer der Comenius-Fakultät, beteiligten sich in der zweiten Januarhälfte an einer Jugendkonferenz, die von dem regionalen Ausschuß der Christlichen Friedenskonferenz in der deutschen Bundesrepublik in Bad Liebenzell bei Heidelberg veranstaltet war. Weiter besuchten sie Darmstadt, Wuppertal-Elberfeld und Frankfurt/Main. - Mitte Januar beteiligte sich Professor Dr. Bic von der Comenius-Fakultät an einer ökumenischen Begegnung der Evangelischen Akademie in Mülheim, wo er auch über die Bedeutung der Bekennenden Kirche für den tschechischen Protestantismus und für die heutigen Gespräche zwischen Ost und West Vortrag hielt. Er war auf der Landessynode der Rheinischen Kirche in Bad Godesberg zugegen, weiter besuchte er die Kreise der Kirchlichen Bruderschaften in Düsseldorf und Essen und die Sozialen Anstalten der Evangelischen Kirche in Kaiserswerth und hielt Gastvorlesungen an der theologischen Fakultät in Hamburg. - Professor Dr. Jeschke von der Comenius-Fakultät besuchte Ende Januar und Anfang Februar auf Einladung der Dresdner reformierten Gemeinde Dresden und Umgebung, wo er auf Pfarrerversammlungen aus dem Bereich der Praktischen Theologie Vortrag hielt und über Leben und Arbeit der Kirchen in der Tschechoslowakei berichtete. - Vom 11.- 13. Februar hielt er die ständige Kommission der Christlichen Friedenskonferenz "Frieden und Kalter Krieg" in Erfurt im Augustinerkloster unter Vorsitz von Professor Dr. M. Pálffy von der lutherischen theologischen Akademie in Budapest Sitzung. Aus der Tschechoslowakei beteiligten sich: Professor Dr. J. M. Lochmann von der Comenius-Fakultät, Professor Dr. Z. Trtik von der Prager Hus-Fakultät, J. Cihak, Sekretär für Koordinierungsarbeit der Christlichen Friedenskonferenz und Dr. M. Novak, Kanzler der orthodoxen Kirche in der CSSR. - Von 14.- 17. Februar hielt die ständige Studienkommission der Christlichen Friedenskonferenz "Frieden und Gerechtigkeit" in Tabarz in der DDR unter Vorsitz des orthodoxen Metropoliten Justin aus Rumänien ihre Sitzung. Aus der Tschechoslowakei nahmen teil: der Patriarch der tschechoslowakischen Kirche Dr. M. Novak, Dozent L. Csény von der Comenius-Fakultät, Pfarrer J. Cihak und Kanzler Dr. J. Novak. Beide Kommissionen beschäftigten sich mit der thematischen Vorbereitung der zweiten Allchristlichen Friedensversammlung.

Die Jahreskonferenz der Methodistischen Kirche

Sie fand am 5. und 6. Februar unter Vorsitz des Superintendenten Hunaty in der Gemeinde in Prag II statt. Zu Beginn war ein Gottesdienst, in dem Pfarrer Erlebach aus Prag-Straschnitz predigte. Dann verteilten sich die Prediger und Delegierten auf folgende Ausschüsse und Kommissionen: für Konferenz - Beziehungen, für Studium der Laien, für Publikationen, für Verbesserung der Kirchenverfassung, für Kirchenmusik, für Evangelisation, für Resolutionen, für Frieden, für Inventarisierung. Am Nachmittag erstatteten Prediger und Delegierte kurze Berichte aus ihren Gemeinden. Der Tag wurde mit einem Gottesdienst beschlossen, in dem 3 Prediger das Wort Gottes (aus den Seligpreisungen) verkündeten. Am zweiten Tage folgte nach einer Morgenandacht ein ausführliches Referat von Prediger Schneeberger aus Prag II über die Friedensbemühungen der weltumspannenden Methodistenkirche von Wesley bis zur Gegenwart, in dem die Zusammenarbeit mit der Christli-

chen Friedenskonferenz eingehend gewürdigt wurde. Noch am Vormittag erfolgte auch der Bericht des Superintendenten Hunaty und des Sekretärs der Kirche Cerny. Der Superintendent beschäftigte sich mit dem geistlichen Stand der 17 Gemeinden, in denen zur Zeit 14 Prediger tätig sind. Die Anwesenden begrüßte auch der Vertreter der kirchlichen Abteilung des Ministeriums für Schulwesen und Kultur, der das Bemühen des Staates um eine positive Kirchenpolitik hervorhob. Nachmittags wurden dann die Berichte der einzelnen Kommissionen erstattet. Bedeutsam ist, daß sich die Gemeinden zum Entwurf einer Änderung der Kirchenverfassung äussern sollen, der bei der nächsten Jahreskonferenz dann als Grundgesetz der Kirche angenommen werden soll. Mit einem Gottesdienst mit Abendmahl, in dem der Superintendent über Ephes. 2,14: "Er ist unser Friede" predigte, schloß die Konferenz.

Konstanzer Funken Nr.9 v.8.März 1963

Die vierzehnte Synode

Die vierzehnte Synode der Tschechisch-brüderischen evangelischen Kirche fand in Prag vom 26.-28. Februar statt. Die Synode wurde am Dienstag, den 26. Februar durch einen Festgottesdienst in der Prager Salvatorkirche abends eingeleitet, in dem Synodalsenior Dr. Hajek über Joh. 13, 34-35 das Gebot der Liebe predigte. Anschließend fand die Feier des Heiligen Abendmahls für die Mitglieder der Synode statt, woran sich auch viele Mitglieder von Prager Gemeinden beteiligten. Im Rahmen dieser Versammlung hielt Professor Hromadka Vortrag über den "Dienst der Kirche an der Welt". Er erinnerte an die Schuld der Kirche, der heutigen Welt ein klares Zeugnis des Evangeliums und ein Vorbild der gehorsamen Nachfolge Jesu zu bieten. Die erste Arbeitssitzung fand am 27. Februar vormittags im tschechisch-brüderischen Betsaal in Prag-Weinberge unter Teilnahme von 99 Mitgliedern der Synode und zahlreichen Gästen auf der Galerie statt. Nach Erledigung formaler Angelegenheiten wurde dem Präsidenten der Republik ein Begrüßungstelegramm übersandt. Den Vorstand der Synode bildeten Synodalsenior Dr. Hajek, Synodalkurator Dr. Sinek, der stellvertretende Synodalsenior Capek, Dekan Dr. Hromadka, Senior Stehlik und Senioratskurator Dr. Tardy. Die Hauptpunkte der Vormittagsverhandlung waren die Wahlen und der Bericht des Synodalseniors. Der Synodalrat wurde ziemlich in der gleichen Zusammensetzung für weitere 6 Jahre gewählt. Nach dem ausführlichen Bericht des Synodalseniors über die verflossene Zeit folgten die Berichte der einzelnen Seniorate. Die Zahl der Mitglieder betrug im Jahre 1961 295, 354, die Zahl der aktiven Prediger 287, darunter 11 Frauen. Der Bericht enthielt weiter Informationen über die Gemeinden und die verschiedenen gottesdienstlichen Versammlungen, über die Arbeit der Prediger, der Presbyterien, über die Theologiestudenten, über die Tätigkeit der Seniorate, der Synodalvertretung und des Synodalrats usw. Zu Beginn der Nachmittagsitzung grüßte die Synode im Namen des Ministeriums für Schulwesen und Kultur Abteilungsleiter Kral. Er betonte die Verantwortlichkeit der Glieder der Kirche in Aufgaben des Aufbaus des Volkes und in der Friedensarbeit, namentlich in der Christlichen Friedenskonferenz. In der Diskussion über den Bericht des Synodalseniors wurde namentlich zu Problemen der Jugend-erziehung, zur Besetzung der Gemeinden, zum Dienst von Laienpredigern, zur Planung kirchlicher Aktionen, zur Publikationstätigkeit, zur neuen Übersetzung des AT und NT, zur Zusammenarbeit mit der Christlichen Friedenskonferenz und zur Hilfe für hungernde und unentwickelte Völker geredet. Eine Verhandlung über den Entwurf einer Mitgliedsordnung wurde auf Vorschlag des Synodalrats auf die nächste Synode verschoben. Dafür wurde der Entwurf einer Ordnung des Gemeindelebens und von Regeln der Konfirmation aufgenommen. Eine Kommission für Ausarbeitung einer Botschaft der Synode an die Gemeinden mit Dekan Hromadka an der Spitze wurde gewählt. Am Donnerstag, den 28.2., beschäftigte man sich in einer Arbeitssitzung der Synode vor allem mit der Besprechung und Annahme zahlreicher Anträge

aus den Senioratskonferenzen. Diese Anträge betrafen: 1. die Bibel (die jetzt laufende Übersetzung der Bibel in modernes Tschechisch unter Leitung der Professoren Big und Souček und eine neue Herausgabe der Karlsruher Bibel), 2. Glaubensfragen (vorbereitende Arbeiten für ein neues Glaubensbekenntnis, praktische Hilfsmittel für Prediger, Agende, Katechismus, Grundsätze der tschechisch-brüderischen Kirche, Gesangbücher u. Ähnl.) 3. Die Friedensbemühungen der Kirche (Mitarbeit mit der Christlichen Friedenskonferenz, Errichtung von Friedensausschüssen in den Senioraten, Sammlungen und Hilfsaktionen für Hungernde usw.) 4. Die Presbyterien (Sorge um die ständige Bildung und Förderung der Gemeindeältesten, Vertiefung und Erweiterung ihrer Dienste). 5. Fragen der Erziehung (Bildung und Erziehung der Nichtkonfirmierten und Konfirmierten, Arbeit an katechetischen Hilfsmitteln usw.) 6. Ehe und Familienleben (Seelsorgerliche Fürsorge für die Familienpräventives Vorbeugen ehelicher Krisen und deren Lösung, Fragen der Population und der künstlichen Unterbrechung der Schwangerschaft usw.). 7. Wirtschaftliche Fragen und Verschiedenes (Umbenennung des Seniorats von Gottwaldow in Ostmährisches Seniorat, Erweiterung und Vertiefung des Gebetslebens in Gemeinden und Familien, Einführung vom stillen Gebet bei verschiedenen kirchlichen Versammlungen.) Die Aussprache zeugte davon, mit welchem Ernst und Verantwortungsgefühl man die vorliegenden Fragen zu lösen suchte. Besonders ertragreich war die Beteiligung der jüngeren Glieder der Synode aus den Reihen der Pfarrer und Kirchenältesten. Zum Schluß der Nachmittagsitzung nahm die Synode einstimmig die inzwischen ausgearbeitete Botschaft der Synode an die Gemeinden an. In der abendlichen Schlußsitzung der Synode, an der auch Mitglieder der Prager Gemeinden teilnahmen, predigte Senior Somolik über Hohes Lied 8,4 und Matth. 8, 23 - 26, indem er zu der Liebe auforderte, die geduldig und hoffnungsvoll ist und den Herrn der Kirche freudig erwartet. Im Rahmen dieser gottesdienstlichen Versammlung hielt Synodal-kurator Dr. Simck einen Vortrag über den "Dienst der Kirche an der Kirche". Er sprach über die Aufgaben der Kirche in der heutigen Zeit, vom Standpunkt des Laienmitarbeiters aus gesehen. Die Kirche ist nicht ein Verein zur Befriedigung religiöser Bedürfnisse. Sie kann nur mit Gottes Segen rechnen, wenn sie der Welt dient. Aber auf diesen Dienst muß sie sich vorbereiten. Sie muß beständig revidieren, ob sie ihre Sendung recht erfüllt. Sie muß eine Stadt auf dem Berge, ein Salz der Erden sein. Wenn sich die Kirche Sorgen macht um die Schmerzen und Sorgen unserer Zeit, dann wird ihr das zu einem besseren Verständnis des Evangeliums dienen.... Der Synodalsenior bewertete in einem Schlußworte diese Synode. Er betonte, daß auf dieser Synode auch bei verschiedenen theologischen und anderen Ansichten brüderliche Einmütigkeit in den grundlegenden Fragen herrschte.

Konstanzer Funken Nr. 10 vom 15. März 1963

Aus der Synode der Rheinischen Kirche v. Prof. Milos Big.

Mitte Januar tagte die Landessynode der Rheinischen Evangelischen Kirche in Bad Godesberg bei Bonn. Da wir zu dieser Kirche, besonders zu ihrer Bruderschaft, die eine beträchtliche Zahl von Pfarrern und Laien vereinigt, schon seit Jahren in sehr engen und herzlichen Beziehungen stehen, wird es gut sein, sich etwas aus den Synodalverhandlungen zu vergegenwärtigen, zumal es da zu verbindlichen Beschlüssen von politischer und internationaler Tragweite kam. An der Eröffnung der Synode beteiligten sich auch führende Repräsentanten anderer Landeskirchen und der Regierung. (Es werden nun Grußworte von Präses Scharf an die Synode zitiert, in denen er auf die führende Rolle der Rheinischen Kirche in Kirchenkämpfen hinwies. Für die Kirchen von Westfalen, von Hessen-Nassau und der Pfalz sprach Präses Wilm. Er betonte besonders die Verantwortlichkeit der Kirche für den Frieden in der Welt... Der Rheinische Präses Beckmann betonte, daß wir nicht rückwärts sondern vorwärts schauen sollen in der Gewißheit des Glaubens, daß der Herr der Kirche ständig der-

selber ist. Positiv wertete er u.a. die Konferenz der europäischen Kirchen (Nyborg) und die Christliche Friedenskonferenz. Er erklärte, daß beide wichtige Basen für Gespräche zwischen Ost und West sind. Aus dem reichen Programm der Synode, die sich überwiegend mit verschiedenen kirchlichen Ordnungen beschäftigte, sei nur daß angeführt, daß der Antrag, daß der Präses bei Ausübung seiner amtlichen Funktionen eine Kette mit Kreuz trüge, nicht angenommen wurde. Dafür wurde die Gleichberechtigung der Frauen im kirchlichen Dienst beschlossen. Aber für uns sind weit wichtiger die Punkte des Programms, wo die Synode ihren Standpunkt zu den Fragen des öffentlichen und internationalen Lebens einnahm, z.B. in Zusammenhang mit der Affäre um die Zeitschrift "Der Spiegel", die aus der Tagespresse und dem Rundfunk gut bekannt ist, beschloß die Synode: Wir achten und anerkennen den Staat, in welchem wir leben. Darum ist es unsere Pflicht, uns für die Wahrheit und die Gerechtigkeit in diesem Staate einzusetzen. Wir sind betroffen über den Verlust an Vertrauen, wie er sich sichtbar in den Vorgängen der letzten Monate ausserte. Unser Staat ist in seinen Grundlagen bedroht, wenn nicht gesunde politische Beziehungen zwischen den Wählern, den Abgeordneten und der Regierung hergestellt werden. In der spontanen Reaktion der Öffentlichkeit zeigen sich Anläufe zu einer neuen Verantwortlichkeit. Wir erinnern die evangelischen Politiker an ihr Mandat, das sie verpflichtet, sich ohne Rücksicht auf persönliche oder parteiliche Interessen für die staatsrechtliche Ordnung unserer parlamentarischen Demokratie einzusetzen. Gleichzeitig ermahnen wir alle, denen die Durchführung politischer Strafverfahren anvertraut ist: Vergeßt über den Schutz des Staates nicht die Freiheit und Würde des Menschen." Das politisch wichtigste war enthalten in dem Memorandum evangelischer Laien und des Präses der evangelischen Kirche im Rheinland, hinter das sich die Landessynode dieser Kirche stellte. Das Memorandum geht von der Tatsache aus, daß die Politiker öfters dem Volk nicht die volle Wahrheit sagen und dadurch Situationen herbeiführen, wo sie nicht nur selbst das Vertrauen des Volkes verlieren, sondern auch das Volk das Vertrauen der Weltöffentlichkeit. Die Kirche darf da nicht schweigen. Wir zitieren..... Als das wichtigste Beispiel für die Möglichkeit einer aktiven auswärtigen Politik führen wir die Normalisierung politischer Beziehungen zu den östlichen Nachbarn Deutschlands an. Ohne diese ist eine dauernde Lösung der grundlegenden Probleme der deutschen Politik undenkbar..... Die Anerkennung der Grenzen an der Oder und Neiße gehörte in den vergangenen Jahren zu den Objekten von Handels- Spekulationen nach der außenpolitischen Seite. Wir jedoch neigen der Meinung der Fachleute zu, welche glauben, daß eine öffentliche Anerkennung dieser Grenzen im Rahmen eines breiten politischen Programms die Spannung zwischen der DDR und Polen beträchtlich mildern würde".

Es ist das ein Wort, daß für die Reihen der Deutschen bestimmt ist, von denen manche nicht bereit sind, den status quo zur Kenntnis zu nehmen. Umso tapferer sind die Worte des zitierten Memorandums und umso anerkennungswürdiger die Haltung der ganzen Synode. Hinter ihr steht die Rheinische Kirche mit mehr als 4 Millionen Mitgliedern, so daß die öffentlichen Funktionäre gezwungen sein werden, diese Stimme ernst zu nehmen. Wir freuen uns darüber, daß die vieljährigen Bemühungen der Rheinischen Bruderschaft durch die Verhandlung der letzten Synode der Rheinischen Kirche gekrönt wurden und wir glauben, daß auch andere Landeskirchen dem Beispiele ihrer rheinischen Schwestern folgen werden.

Konstanzer Funken Nr.11 v. 22.März 1963

Für Vertiefung des Gebetslebens

Vom 4.-9. Februar kamen in Johannesbad kirchliche Mitarbeiter aus verschiedenen Gemeinden der tschechisch-brüderischen Kirche zusammen und dachten im Lichte der Heiligen Schrift über die Mängel, die Ohnmacht und die Lauheit des christlichen Lebens in unseren Gemeinden nach. Eine der Ursachen dieser Tatsachen ist, daß wir wenig und nicht wahrhaftig genug beten. Rechtes und reines Gebet, das auf das Wort Gottes gegründet ist, führt zur Vertiefung des geistlichen Lebens. Unsere Gemeinden brauchen es, daß die Verkündigung des Wortes Gottes in uns die Sehnsucht nach einem Gebetsleben vertiefe. Wir bitten daher alle, die Verantwortlichkeit für die Kirche fühlen, daß sie ihre Mitbrüder zu aufrichtigen Gebeten veranlassen möchten. Hausandachten sind in einer christlichen Familie besonders wichtig..... Suchen wir im Gemeindeloben Gelegenheit zu Gebeten der Brüder und Schwestern, Solche Möglichkeiten sind gegeben bei Zusammenkünften der Ältesten, in Bibelstunden, vor der Versammlung und bei allen weiteren Gelegenheiten der Gemeindearbeit.

Toleranz-Friedhöfe in Prag

.....Da ist der kleine evangelische Toleranzfriedhof in Ruznya, heute einen Teile von Prag 6. Es ist der einzige dieser Art auf Prager Gebiet. Der älteste evangelische Friedhof, älter als die Gemeinde selbst, hat sich bis auf unsere Zeit nicht erhalten. Er breitete sich auf dem nördlichen Abhang des Vitkov im Karolinental aus, In Prag gab es nämlich auch vor der Herausgabe des Toleranzpatentes eine Reihe Evangelischer. Es waren das fremde Kaufleute und Offiziere, die sich dienstlich in Böhmen aufhielten. Einige von ihnen, Kaufleute aus Nürnberg, ersuchten um die Bewilligung, eine evangelische Begräbnisstätte zu errichten. Schon im Jahre 1777 erhielten sie die kaiserliche Bewilligung zum Bau einer Krypta für nichtkatholische Offiziere und einige von den Kaufleuten. 1781 wurde um sie ein kleiner Friedhof errichtet. Wann der zweite evangelische Friedhof auf dem Weißen Berge entstand, wissen wir nicht genau. Entschieden existierte er schon vor 1788.

Konstanzer Funken Nr.12 vom 29.März 1963

Eine Bezirkskonferenz des Prager Bezirkes der Konstanzer Union fand am Sonnabend, den 16.März, nachmittags im Betsaale der Methodistenkirche in Prag II, Jecna ul., unter Teilnahme von 42 Vertretern aus 14 Sektionen statt. Die Sitzung eröffnete der Vorsitzende des Bezirkes Dr.K.Reichel mit Schriftlesung und Gebet. Es wurden verschiedene Berichte erstattet. Auf Grund dieser Berichte entspann sich eine eifrige Diskussion, aus der eine Reihe Beschlüsse, Empfehlungen und Winke hervorgingen, die den Ausschüssen der Sektionen zur Durchführung übergeben wurden. Alle Berichte wurden einmütig gebilligt. Bei den Wahlen wurden wieder die bisherigen Funktionäre an die Spitze des Bezirkes gestellt.....

Konstanzer Funken Nr.14 v.11.April 1963

Der zweite Teil der Bibelkonkordanz beendet.

Von der seit 1958 von der tschechisch-brüderischen Kirche - unter Leitung der Prager Professoren Big und Soucek herausgegebenen Bibelkonkordanz in tschechischer Sprache ist nun im 21.Heft der zweite Teil der Konkordanz beendet, der mit dem Buchstaben L beginnt und mit dem Buchstaben P endet.

Konstanzer Funken Nr. 16 -

Monorahdun-zur deutschen Frage v. J. Hromadka

Vom Anfang unserer Tätigkeit haben wir uns ständig tiefer die Wichtigkeit der deutschen Problematik nicht nur vom europäischen, sondern auch vom Welt-Gesichtspunkt vergegenwärtigt. Die Frage Deutschlands gehört zu den wichtigsten Erscheinungen des heutigen internationalen Lebens und von ihrer Lösung hängt in beträchtlichem Maße die künftige Entwicklung der internationalen Beziehungen ab. Je länger desto mehr erkennen wir, daß die Trauweite dieser Frage ständig wächst und daß die Gefahr für den Frieden und das Zusammenleben in der Welt sich von der deutschen Situation aus ständig bedenklicher gestaltet..... Es wird darauf ankommen, daß Ansicht gegen Ansicht gestellt wird, Vorschlag gegen Vorschlag und daß man in gemeinsamen Ringen einen Weg der Einigung und Verständigung sucht. Die Tatsache, daß sich an unserer Tätigkeit eine so große Zahl von Brüdern und Schwestern aus beiden deutschen Staaten und aus Westberlin beteiligt, macht unsere Gespräche umso schwerer, aber auch bedeutungsvoller und dringlicher. Wir sagten, daß die deutsche Frage ständig schwerer wird. Es lassen sich dafür viele Belege anführen. Vor 10 Jahren war die Einheit der DEK in Deutschland eine Selbstverständlichkeit. Auch die deutschen Kirchentage waren eine Plattform, auf der Zehntausen von Protestanten aus West- und Ostdeutschland zusammen kommen konnten, ja an denen sich auch bedeutende Politiker oder Staatsmänner aus beiden deutschen Teilen beteiligen konnten. Diese Gespräche waren von verhältnismässiger Ruhe und Offenheit getragen. Unsere gegenseitige Zurückhaltung (wenn nicht Mißtrauen) erscheint mir heute größer als noch vor zwei Jahren. Aber vielleicht verdient auch eine zweite Tatsache unsere Analyse und Aufmerksamkeit: durch längere Berührung und Gespräche haben wir erst die Tiefe unserer Unterschiede erkannt und wir sind darüber in dem Maße erschrocken, daß wir auf einmal den Mut verloren, mit der früheren Offenheit und Spontanität zu verkehren... Welches sind die Hauptursachen der heutigen Schwierigkeiten in der deutschen Frage? Bezeichnen wir wenigstens einige Punkte: 1. Die Sieger des zweiten Weltkrieges besetzten auf den Trümmern des Dritten Reichs deutsches Gebiet in tiefem gegenseitigen Mißtrauen. Wir wissen, daß die Katastrophe Europas um 1938 eine Folge der Uneinigkeit der verantwortlichen Länder und ihrer Staatsmänner war, welche über den Friedensverträgen von 1919/20 wachen und die Friedensordnung schützen sollten. Lösungsmässig läßt sich sagen, daß die Sieger von 1918 den Krieg gewannen, aber den Frieden verloren.... Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Situation insofern schwerer, als die Sieger nicht nur kleine und untergeordnete Interessen vertraten, sondern sich voneinander in der ganzen sozialpolitischen Konzeption, in Weltanschauung und Ideologie unterschieden. Die westlichen Nationen unterlagen ständig mehr der Anschauung, daß der östliche Sieger durch energische politische, wirtschaftliche und propagandistische Machtmittel um seine Führung in der Welt gebracht werden könnte. Die Westmächte glaubten, die Führung in der Hand behalten zu können. Ich glaube, daß man hier die wichtigsten Wurzeln der Konzeption suchen muß, die sich in Westdeutschland entwickelte. Es ging da auch um verborgene Hoffnungen, daß es in der westlichen Machtgruppierung den Deutschen gelingen könnte, viele der Folgen des zweiten Weltkrieges abzuwenden und allmählich wieder eine entscheidende Stellung wenigstens in Europa zu gewinnen. 2. Ich meine, daß eine der verhängnisvollsten, wenn nicht die verhängnisvollste Tat der westlichen (namentlich der amerikanischen) Politik war, sich aus Westdeutschland ein Sprungbrett für den Macht- und Wirtschafts- ja militärischen und diplomatischen Feldzug zu schaffen. In den Gemütern vieler Menschen war ein irrationaler grundloser Schrecken vor dem Kommen des russischen Kommunismus, vor seiner Dynamik und Anziehungskraft für Abermillionen Menschen tief verwurzelt. Die Errichtung der selbständigen Bundesrepublik 1949 und ihre fortschreitende Remilitarisierung gleich zu Beginn der 50-er Jahre

ist nach meinem Urteil nicht nur ein politischer Fehler, sondern ein Unglück für die Nachkriegs-Gesellschaft, für ganz Europa und besonders Deutschland. Es war das die Vorbereitung für einen möglichen Konflikt zwischen Ost und West und die absichtliche Hineinziehung von Westdeutschland in den westlichen Block. Auch das, was wir das deutsche Wirtschaftswunder nennen, war weniger ein Wunder, als eine Folge der wirtschaftlichen Festigung des Westens. Beides die Remilitarisierung und die wirtschaftliche Erneuerung verstärkten nur jene verborgenen, teilweise in den ersten Nachkriegsjahren unterdrückten, aber keineswegs erstorbenen Wünsche eines beträchtlichen Teiles des deutschen Volkes nach einer Erneuerung der alten Eroberungspläne und der Träume nach Rückkehr der alten Größe. Offenbar war und ist auch die negative Beziehung zur DDR, die bald nach der Bundesrepublik entstand, eine Ausserung der Entscheidung, die Folgen der kriegerischen Katastrophe nicht anzuerkennen und sich auf ein Gebiet zurückzuziehen, wo es möglich ist, wenn auch mit neuen Methoden, in der früheren Politik fortzufahren. Ich wiederhole: es ist dies alles ein Vorschlag zur Diskussion, der aufgeschlossen für jede Kritik, vorgelegt wird. Dazu sind diese meine Ansichten diktiert durch die Verantwortlichkeit eines Menschen, der viele Fehler und Irrtümer der europäischen Politik in den letzten 50 Jahren kennt und durchlebte. Ich will auch mit aller Aufrichtigkeit erklären, daß es mir um die Zukunft des deutschen Volkes geht.

2. Teil, Konstanzer Funken Nr. 17

Unsere Gegenwart lässt sich nicht erklären ohne einen Blick auf die Vergangenheit. Wir tragen an uns die Sünden unserer Väter und Vorväter wie wir wieder von den Söhnen dessen leben, was Einzelne und Gruppen vor uns schufen. Seien wir nach dieser Seite auf der Hut und schauen wir bei unserer Arbeit auch von diesem Gesichtspunkt aus auf die deutsche Frage! Wir sind sehr kritisch gegenüber der nazistischen Ideologie der deutschen Geschichte und stellen ein Fragezeichen vor die Ansprüche, einige deutsche Gestalten für ihre Motivierung heranzuziehen. Was stellen wir aus der deutschen Geschichte dagegen? Worauf können wir, Nachbarn des deutschen Volkes, unsere Gewißheit oder wenigstens Hoffnung stützen, daß in der Seele des deutschen Volkes auch andre, schöpferische wirklich humanitäre Kräfte sind, welche das deutsche Volk zu einem Mitarbeiter der anderen Völker und zu einem Mitbauer der europäischen Gesellschaft in Frieden, Freiheit und Brüderlichkeit machen? Gerade deshalb prüfen wir begierig die Wünsche und Sehnsüchte des deutschen Volkes, welche politisch, sozial und kulturell den Fortschritt der europäischen Menschheit förderten. Auch das Volk, zu dem ich gehöre, verdient sehr viel der deutschen Reformation, der deutschen Aufklärung, der Philosophie Herders und Fichtes und freilich auch von Marx und Engels, der Philosophie der Arbeiterbewegung. Die tschechoslowakischen Protestanten vergessen dann niemals, was für sie der Kampf der Bekennenden Kirche in der Zeit des Nazismus bedeutete. Durch dieses positive Studium der deutschen Geschichte versuche ich, den Geist der deutschen Geschichte nach allen Seiten zu verstehen. Wir müssen uns ständig fragen, ob unser Zugang zum deutschen Volke positiv ist und ob bei uns Voraussetzungen dafür vorhanden sind, daß wir unter den deutschen Brüdern und Schwestern in der rechten Richtung Mitarbeiter finden. Ohne ein Deutschland, das auf dem Grunde jener schöpferischen Motive aufgebaut ist, erreichen wir keine Beruhigung des heutigen Europa und kein friedliches Zusammenleben der ganzen Menschheit.

4. Ich erwähne die Bekennende Kirche in Deutschland. Diese Gruppe des Deutschen Protestantismus rettete den geistigen Kontakt zwischen dem deutschen Christentum und den Kirchen namentlich der europäischen Völker in den schwersten Zeiten. Aber auch die Bekennende Kirche bietet keine Gewähr dafür, daß die weitere Entwicklung des deutschen Protestantismus eindeutig verläuft. Auch in ihr gab es viele ausschließlich konfessionell interessierte Gruppen und Einzelne, die nach dem Kriege die konfessionalistischen Strömungen im Weltprotestantismus verstärken.

Die Mehrheit von Ihnen meinte, daß wir einfach an das anknüpfen, was dem Aufkommen der nazistischen Bewegung voranging. Daher bleibt das Problem des europäischen Osten, seine politischen und sozialen Ausbauten für einen großen Teil der deutschen Protestanten eine undurchsichtige Tatsache. Und gerade deshalb haben sie nicht genug innere Kraft, um sich der Entwicklung in den Weg zu stellen, von der ich unter Punkt 2 sprach. Damit hängt auch die Tatsache zusammen, daß ein großer Teil der deutschen Protestanten ohne kritische Prüfung das politische und soziale System der westlichen Demokratie zur Ebene und Ausgangspunkt des eigenen politischen und sozialen Denkens nahm. Es geht also darum, ob in den deutschen Kirchen bei aller berechtigten Kritik wenigstens Verständnis für den geschichtlichen Beitrag von Osteuropa und seines sozialistischen Aufbaus erwacht. Ob in ihnen ein lebhafter Wunsch vorhanden sein wird, mit dieser Welt in wirklichem politischen und geistigen Wettbewerb zusammen zu leben. Ich darf vielleicht in diesem Zusammenhang auf den deutschen Katholizismus aufmerksam machen, der in Westdeutschland eine so große Verantwortung für die politische und geistige Entwicklung trägt. Ein gewisser Teil der deutschen Katholiken vergesse nicht schon während der Weimarer Republik seine Verantwortlichkeit für das Nachkriegsdeutschland. Er reifte politisch schneller als der deutsche Protestantismus, der sich sträubte sich in seiner Gänze mit der neuen politischen und staatlichen Situation auszugleichen und dadurch mit jenes politische Vakuum schuf, welches den Nazisten ihren Sieg ermöglichte. Es scheint, daß das 2. Vatikanische Konzil einen tiefen Einschnitt in das Leben der römisch-katholischen Gesellschaft bedeutet. Der Katholizismus hört auf, eine Festung gegen die moderne Welt zu sein und tritt in Bewußtsein der dienstlichen Verantwortlichkeit in ein Gespräch mit ihr. Für uns bleibt es eine ernste Frage, ob nach dieser Seite hin die katholischen Deutschen nicht die deutschen Protestanten überholen. Ich meine, daß die Schwierigkeit für die Lösung der deutschen Frage auch in dem liegt, daß die Remilitarisierung von Westdeutschland das sogenannte Wirtschaftswunder und das Grauen vor Osteuropa die öffentliche Meinung des deutschen Volkes verwirrt und es unnötig machten, daß eine wirksame Alternative zur heutigen offiziellen Politik der Bundesrepublik geschaffen wurde.....

3. Teil, Konstanzer Funken Nr. 18

5. Der letzte Satz des vorbergehenden Punktes ist wichtig auch in Blick auf die Diskussion, welche in bestimmten Kreisen darüber geführt wird, in welchem Maße die Zukunft Deutschlands allein Sache der Deutschen ist und in welchem Maße die weitere Entwicklung und Lösung der deutschen Frage in den Händen der Siegermächte, namentlich der USA und der UdSSR bleibt, einerseits haben unzweifelhaft die recht, welche mit vollem Ernst behaupten, daß Deutschland 1945 bedingungslos kapituliert und daher nach internationalen Recht bei der Gestaltung des definitiven Friedensvertrages kein Mitspracherecht habe. Es wird daher wichtig sein, auf diese Tatsache namentlich dann hinzuweisen, wenn entscheidende Kreise in der Bundesrepublik, unterstützt durch einen bestimmten Teil der öffentlichen Meinung, sich um eine entscheidende Stimme bemühen, ja wenn sie auch ihre Macht und wirtschaftliche Stärke gegen Osteuropa auf die Waage werfen. Es ist nicht unsere Aufgabe zu richten. Aber unsere Mitarbeiter aus den westdeutschen Kirchen tun uns einen großen Dienst, wenn sie uns realistisch und verantwortlich über das belehren, was auf und unter der Oberfläche des öffentlichen Lebens ihres Staates geschieht. Wir vertrauen ihnen und verlassen uns darauf, daß ihre Reformationen durch eine relative genaue Kenntnis der Verhältnisse bestimmt sind. So wie wir die politischen und sozialen Erschütterungen, die durch den ersten Weltkrieg hervorgerufen wurden, nicht ignorieren können, so wie wir ständig über die Unfähigkeit der Sieger von 1918, eine feste Friedensordnung aufzubauen, nachdenken müssen, so müssen wir auch die Ursachen des Verderbens, welches das deutsche Volk infolge der nazistischen Gegenrevolution und infolge seiner bedingungslosen Ka-

pitulation heimsuchte, beachten. Das bedeutet jedoch nicht, daß das deutsche Volk, nun in zwei Staaten geteilt, jetzt bloß ein Objekt der internationalen Politik bleiben soll und daß es der aktiven Verantwortlichkeit beim schliesslichen Abschluß eines Friedensvertrages enthoben ist.

6. Wir stehen vor der Tatsache zweier deutscher Staaten. Ihnen muß man auch Westberlin als ein drittes staatliches politisches Gebilde beordnen. Unsere Aufgabe ist es, sorgfältig die Voraussetzungen für die Herausbildung zweier selbständiger deutscher Staaten zu studieren und wie es zu ihnen fortschreitend kam. Von woher kamen die Anregungen zu einer dauernden staatlichen Teilung der deutschen Lande? Historisch scheint es unzweifelhaft zu sein, daß es Westdeutschland war, welches stufenweise die drei besetzten Gebiete zu einem wirtschaftlichen, währungsmässigen und schließlich auch staatlichen Ganzen vereinigte. Und daß es die westlichen Staaten waren, welche einwilligten und sogar entschieden, daß sich die Bundesrepublik als ein souveräner Staat bildete. Die DDR konstituiert sich staatspolitisch erst nach der Bildung des westdeutschen Staates. Es scheint auch unzweifelhaft, daß eines der entscheidenden Motive dieses Prozesses die Bestrebung war, aus Westdeutschland einen festen Wall gegen Osteuropa zu schaffen. Liegt nicht darin eine Äusserung der weithin sich geltendmachenden Anschauung, daß nicht nur die DDR, sondern das ganze östliche sozial-politische Gebilde nur eine zeitweise Erscheinung sei, welche stufenweise politisch, wirtschaftlich oder sogar auch machtmässig gezwungen werde, sich der westlichen Staatsgruppe unterzuordnen? Selbst habe ich die Entscheidung, daß die Bundesrepublik remilitarisiert würde, für den entscheidenden Schritt auf dem Wege zur heutigen Teilung Deutschlands in zwei selbständige Staaten. Es ist ohne Zweifel, daß es zu dieser Neu-Aufrüstung vor allen durch die Initiative der Westmächte, namentlich der USA kam. Es ist unzweifelhaft, daß es der westlichen Propaganda gelang, die DDR in den Schatten, mannigfaltiger Vorurteile und falschen Vorstellungen zu stellen. Die Mängel und Schwierigkeiten dieses Staates dazu auszunutzen, daß ein normales Gespräch, eine ruhige Zusammenarbeit und ein fruchtbringendes Zusammenleben zwischen beiden Gebilden unmöglich gemacht wurde.

7. Je länger die Teilung des deutschen Volkes in zwei Staaten mit verschiedener sozialer, wirtschaftlicher und politischer Verfassung andauert, umso mehr wird sie zu einer Quelle wachsender Spannungen (Es ist heute allgemein klar, daß keine Frage, auch die deutsche nicht durch Krieg gelöst werden kann) Wir stehen an der Schwelle einer neuen Zeit. Auch wenn man das noch nicht überall anerkannt und angenommen hat, so wird sich früher oder später als einzige Möglichkeit zeigen, sachliche geduldige und überzeugende Gespräche zu führen. Die deutsche Frage scheint ein Prüfstein in dieser neuen Zeit. Unlängst wurden durch verantwortliche Kreise einige Punkte zu einem Übereinkommen auf der Grundlage verständiger Erfassung der heutigen Wirklichkeit und mit gutem Willen, aus der Sackgasse vorwärts zu kommen, vorgelegt. Vielleicht könnte man auch in unseren Gesprächen sich fruchtbringend über diese Anregungen austauschen. Es ist die Existenz zweier deutscher Staaten mit ihren politischen und sozialen Aufbau zu respektieren. Verzicht auf jegliche Absicht, Gewaltmittel zu benutzen. Die Grenzen zwischen beiden deutschen Staaten sind zu respektieren. Die Grenzen der deutschen Staaten, wie sie auch nach aussen durch Nachkriegsabkommen festgelegt wurden, sind anzuerkennen. Verzicht auf den Anspruch auf Kernwaffen, auf ihre Herstellung, Erprobung und auf das Recht, sie zu benutzen. Vereinbarungen über die Entwaffnung beider deutscher Staaten. Gegenseitige Anerkennung der Staatsbürgerschaft, der Reisepässe und von allen, was damit zusammenhängt. Normale kulturelle, sportliche Handels- und Wirtschaftsbeziehungen. Wir wiederholen einfach diese Vorschläge, mit denen auch einzelne führende Persönlichkeiten unter den deutschen Protestanten (wenigstens grundsätzlich) übereinstimmen und die keine Propaganda bedeuten. Es sind das nach unserem Urteil gute Vorschläge für

Gespräche. Es wäre wichtig, daß seitens verantwortlicher Repräsentanten der Bundesrepublik Vorschläge vorgelegt würden, die verständig und realistisch den Vorschlägen von der andern Seite entgegen kommen. Solange der zweite deutsche Staat ignoriert wird und solange Ansprüche gestellt werden, daß nur die Bundesrepublik berechtigter Repräsentant des ganzen deutschen Volkes ist, solange nicht ernstlich zur Kenntnis genommen wird, daß Osteuropa dauernder Mitschöpfer der künftigen internationalen Ordnung ist und daß der Krieg aufhörte, ein möglicher Schiedsrichter im internationalen Leben zu sein, solange kommen wir nicht nur keinen Schritt vorwärts, sondern vertiefen im Gegenteil die Spannung, Vorurteile und falsche Vorstellungen und Schwächen unsere eigentliche geschichtliche Aufgabe.

U N G A R N

Evangelikus Elet v. 10. Februar 1963:

Die vierzehnte Frau wurde in der Tschechoslowakei zum Pfarrer ordiniert.

Vor nicht allzulanger Zeit ordinierte Dr. V. Hajek, der Präsident der Synode Alena Slamova, die auf der Prager Comenius - Fakultät ihre Studien beendet hatte und schon als Hilfsgeistliche im Seniorat Hradec Kralove Dienst tat, zum Pfarrer. Alena Slamova ist die Tochter eines protestantischen Pfarrers. Sie ist die vierzehnte ordinierte Frau der Tschechischen Bruderkirche.

Die Synode der polnischen evangelischen Kirche

Die neugewählte Synode der Polnischen - Evangelisch-Lutherischen Kirche wählte ihrer Verfassung entsprechend ihre neue Leitung. Der Präsident der Synode wurde von neuem Pfarrer Dr. Gastpary (Lódz), sein Stellvertreter Ingenieur Leo Unicki (Bielsko). Bischof Dr. Vantula legte in breiten Kreisen Rechenschaft ab. Die Synode beschloss, die beiden Warschauer Gemeinden zu vereinigen. Eine wichtige Aufgabe der Synode ist die Verhandlung über die neue innere Kirchenordnung. Die Arbeiten hierzu haben bereits 1936 begonnen.

Der Steinamangerer Pfarrer Franz Lehel wurde zum Abgeordneten nominiert. Im Zuge der Nominierung ihrer Abgeordneten hat die Vaterländische Volksfront im Kreise Vas den Steinamangerer Pfarrer Franz Lehel auch zum Abgeordneten nominiert. Wir freuen uns über die Nominierung und wünschen, dass Franz Lehel in dieser Eigenschaft weiter unermüdet fleissig und treu unseren den Frieden und den Sozialismus bauenden Volke dienen möge.

Evangelikus Elet v. 17. Februar 1963:

Die Erklärung des polnischen evangelischen Bischofs Dr. Andreas Wantula von der Berliner Mauer

Noch im Laufe des Herbst nahm auch der Bischof von Warschau Andreas Dr. Wantula an der Konferenz einer Gruppe in der Deutschen Demokratischen Republik tätigen Pfarrer in Berlin teil. Bei dieser Gelegenheit besichtigte der Bischof auch die Schutzmauer, die die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik für nötig gefunden hat aufzubauen gegen die in Westberlin arbeitenden Aufrührer, Unfriede schürenden Geister, die nicht nur ein Mal mit ihren Taten den Weltfrieden aufs Spiel gesetzt hatten. Der Westberliner Bischof Dibelius griff Bischof Wantula in groben Ton wegen seines Besuches in der Deutschen Demokratischen Republik an und auch deswegen weil er die Berliner Mauer als Schutzmauer für den Frieden des Vaterlandes bezeichnet hatte. Bischof Wantula antwortete in einem offenen Brief an die Anschrift von Dibelius und beauftragte Bischof Dr. Lajos Vetö, der auch an diesem Besuch teilgenommen hatte mit der Veröffentlichung dieses Briefes. Der Brief ist sehr interessant im Blick auf die deutsche Frage, insbesondere im Blick auf die Fragen der Berliner Kirchenpolitik. Wir bringen den Brief Bischof Wantulas in vollem Umfange:

" An den Hochwürdigen Herrn Bischof Dr. Otto Dibelius, Berlin C 2 Jebensstr. 3.

Hochwürdiger Herr Bischof! Im Evangelium des Matthäus lesen wir unter 18,15: " Sündigt aber dein Bruder an dir, so gehe hin und strafe ihn zwischen dir und ihm allein." Sie haben mich öffentlich grob der Sünde angeklagt und haben sich nicht vorher schriftlich an mich gewandt so als ob die Post zwischen Berlin und Warschau stillstehen würde. Ihren Artikel haben Sie vorher

nicht an mich geschickt, so dass ich erst einige Wochen darauf von ihm erfahren habe, nach seinem Erscheinen und ihn vor einigen Tagen in der "Jungen Kirche", las, in dem Blatt, worin er erschienen ist. Unter diesen Umständen werden Sie verstehen, Herr Bischof, dass ich mich an Sie zuerst mit der Frage wende: 'Ist so ein Vorgehen wirklich ein brüderliches, ökumenisches und christliches?'

In Ihrem dramatischen Artikel klagen Sie mich zweier Sünden an und zwar:

1. dass ich im September 1962 in Ostberlin an der Pfarrerkonferenz teilgenommen hatte,
2. dass ich bei der Berliner Mauer einen falschen Standpunkt einnahm und falsche Ausserungen gemacht habe.

Erlauben Sie mir Herr Bischof, dass ich Ihnen ganz offen und aufrichtig antworte. Sie setzen voraus, dass die östlichen Kirchenmänner über jede deutsche Kirchenangelegenheit genau so gut informiert sind wie Sie. Es ist nicht ganz klar, auf was sich diese Voraussetzung gründet. Sie schreiben, dass von den höheren deutschen Kirchenabgeordneten niemand unmittelbar an der Beratung teilgenommen hat. Aber man müßte wissen, dass diese höheren Kirchenkreise ihre Grußworte und guten Wünsche der Pfarrerversammlung geschickt haben. Wo stehen wir also mit ihrem Standpunkt, dass es sich hier um eine der Kirchenführung sich entgegenstellende Gruppe handelt? Ich traf vor einigen Tagen in Nyborg mit verschiedenen deutschen Kirchendelegierten zusammen und wir sprachen friedlich und brüderlich von unserem Besuch in Berlin und in der Deutschen Demokratischen Republik. Ich bin überzeugt, dass diese Männer keinerlei Furcht hatten, dass wir aus Polen unsere deutschen Glaubensbrüder in ihren Schwierigkeiten stützen wollen. Was Sie, Herr Bischof, mit Ihrem Artikel, ihrem aggressiven Verhalten und Ihrem Nichtverstehen nur komplizieren und schwerer machen, das haben wir in Nyborg in brüderlichen Gespräch gerade gebogen und bereinigt. Wir haben versucht, die Angelegenheit in der Deutung der obigen Jesusworte zu verhandeln und da bin ich für die Dienste aus der Deutschen Demokratischen Republik von Herzen dankbar.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich aber auf Ihre Einseitigkeit hinweisen. Wenn Sie voraussetzen, dass wir ebenso gut orientiert sind in allen deutschen Fragen wie Sie, dann kann auch ich voraussetzen, dass Sie gut wissen, dass es in der deutschen Evangelischen Kirche solche antlichen Vereinigungen gibt, die hinter dem Rücken der polnischen antlichen Kirchenleitung mit unseren Gläubigen, ja unseren Pfarrern schon seit Jahren direkte Verbindungen aufrechterhalten; dass sie hinter dem Rücken der polnischen Kirchenleitung kirchliche Rundbriefe nach Polen sandten und dass das auch heute noch im Gange ist, dass es ganze Aktionen gibt, die auch heute noch laufen, die nicht nur unseren Standpunkt erschweren, sondern auch bürgerliche Nachrichten vor der polnischen Öffentlichkeit infragestellen und das alles ist gegen unsere Bemühungen gerichtet. Die polnische Kirchenleitung mußte darum 1960 ein Memorandum abfassen und Sie mußten von diesem Memorandum gehört haben, da es auch in Ökumenischen Pressedienst erschienen ist. Ist es erlaubt zu fragen, ob Sie davon wußten? Durch all das fühle ich mich berechtigt, aus dem Matthäus - Evangelium die Worte 7. 1 - 4 an Sie zu richten: "Was siehst du aber den Splitter in deines Bruders Auge und wirst nicht gewahr des Balkens in deinem Auge?"

Und jetzt komme ich auf Ihren zweiten Vorwurf zu sprechen. Vorher muß ich sagen, dass wir uns jetzt auf reiner politischer Ebene bewegen, und ich jetzt als Pole und als polnischer Staatsbürger spreche. Ich gestehe aufrichtig, dass ich aus eigenem Willen die Berliner Mauer sehen wollte und dass ich sonst an der Besichtigung nicht teilgenommen hätte. Ich wußte, dass verschiedene östliche und westliche Persönlichkeiten auch die Mauer sehen wollten, darunter bekannte kirchliche Persönlichkeiten der ganzen Welt. Ich gestehe auch, dass die Journalisten meine Ausführungen richtig gebracht hatten.

Na, ich kann bis heute nicht verstehen, wie Sie, Herr Bischof, dahin gekommen sind, aus meinen Worten eine ökumenische Sache zu machen? Was hat das mit der Ökumene zu tun? Meine Worte berühren weder die Ökumene noch die deutsche evangelische Kirche, sondern sind rein politischer Natur. Sie bekennen es selbst, dass man als Bischof gesellschaftliche und politische Überzeugungen haben kann. Warum soll man diese nicht gelegentlich aussprechen, wenn gerade von einer wichtigen internationalen Frage die Rede ist und besonders, wenn sich diese unmittelbar auf das eigene Vaterland bezieht? Die Berliner Frage gehört zu den brennendsten internationalen Fragen, die für unser Polen lebenswichtig sind. Warum soll ich als Pole die Berliner Mauer nicht als Friedensmauer bezeichnen? Herr Bischof! Sie können sich nicht vorstellen, dass - wenn ein Pole vor der Mauer steht - er sie dann nicht als Klagemauer sehen kann? Die Polen haben schon viele Mauern gesehen. Sie sahen z.B. zur Zeit der deutschen Besetzung eine Mauer, die einen ansehnlichen Teil der Stadt streng abspernte, die Mauer des Ghettos. Die Berliner Mauer ist nicht nur eine Schutzmauer für den deutschen Friedensstaat, für die Deutsche Demokratische Republik, sondern auch für die Polen gegen die, die in verschiedenen polnischen Städten wirkliche Klagemauern erbauten, die solche Mauern in unzähligen Konzentrationslagern aufstellten, hinter denen viele meiner kirchlichen Brüder, so z.B. Bischof J. Bursche, starben. Die Berliner Mauer ist eine Schutzmauer gegen die, die mich persönlich in Dachau, Mauthausen und Gusen einsperrten, auch gegen die, die unsägliches Leid über mein Vaterland, meinen Wohnort und meine Familie gebracht haben; gegen solche Menschen, die heute schon offen verkünden, dass sie die Oder - Neißelinie nicht anerkennen und das abändern wollen, die unsere Städte wie z.B. Kattowitz und Posen, Wroclaw und Szezezine und noch andere rauben wollen; gegen solche Menschen, die sich nach Atomwaffen sehnen, die ungeheures Leid und Unglück über die ganze Menschheit bringen wollen. Hinter der Berliner Mauer in West-Berlin pulsiert, wie jeder weiss, ein reiches Leben, seine Bürger leben in Frieden und Ruhe, niemand bedroht sie und niemand will ihnen ihre Lebensrechte nehmen. Wie können Sie also wünschen, dass diese Mauer uns Polen eine Klagemauer sei? Wünschen Sie nicht zu viel von uns?

Und doch muss ich sagen, dass diese Mauer vielen Familien und einzelnen eine tragische Mauer ist. Ich weiss, dass in Ostberlin niemand glücklich ist wegen dieser Mauer. Darum versucht man in Ostberlin vordringlich alles, um die Berliner Frage friedlich zu lösen, aber leider umsonst. Die wirkliche Tragik verbirgt sich darin, dass man diese Mauer schliesslich bauen mußte. Ich bin überzeugt davon, dass man ihren Bau hätte ungehen können. Verzeihen Sie, Herr Bischof, wenn ich meinen Erfahrungen Ausdruck verleihe, wenn ich feststelle, dass m. E. auch Sie viel dazu beigetragen haben, dass man die Berliner - Mauer schliesslich bauen musste. M. E. haben Sie viel Baumaterial zusammengetragen zu dieser Mauer - sie sind persönlich auch verantwortlich für ihre Errichtung.

Als ich Ihren unfreundlichen Artikel las, kamen mir verschiedene Dinge in den Sinn. Sie haben niemals Verständnis und Unparteilichkeit Polen gegenüber gezeigt. Auch nicht dem polnischen Bischof gegenüber. Meinen großen Vorgänger, Martyrerbischof Dr. J. Bursche nannten Sie ein "bischofliches Zerrbild" (Das Jahrhundert der Kirche', 1928/S. 95) Gott verzeihe Ihnen diese unerhörte Beleidigung. Ihre nationale Einstellung den Polen gegenüber haben Sie in Ihrem letzten Buch ("Ein Christ ist immer im Dienst"; 1961) zum Ausdruck gebracht. Von der Wrzesner Sündentat, die gegen die polnischen Kinder begangen wurde, schreiben Sie herzlos: "Oder wenn die Polen unruhig geworden wären- organisierten in Winter 1901 in Wreschen polnische Schulkinder einen Streik, der in preussischen Reichstag zu einer heftigen Diskussion führte"

Die ganze zivilisierte Welt verurteilte diese Sündentat, aber für Ihre Rechnung war das eine harmlose Sache. Jetzt bietet sich Ihnen wieder die Gelegenheit, dass Sie die östlichen Bischöfe und darunter mich diffamieren. Ich weiß, dass in der deutschen evangelischen Kirche viele Pfarrer sind, die zum Glück Ihren Standpunkt nicht teilen, ja die gegen Ihre Versuche, mich und andere meiner östlichen Glaubensbrüder zu diffamieren, Protest einlegten. Das ist ein vielversprechendes Zeichen für die Zukunft. Ihnen aber, Herr Bischof sind schliesslich nicht die Okumene, sondern die politischen Ziele wichtig. Unter solchen Umständen werden Sie verstehen, Herr Bischof, dass ich diesen Brief als offenen Brief betrachte.

Mit christlicher Ergebenheit

Dr. Andreas Wantula e.h. Bischof

Warschau, 31. Dez. 1962

Hundertjährige Kirchenzeitung in Polen

Das amtliche Organ der Polnisch - Ev. Lutherischen Kirche "Zwiastun" (Der Bote) ist hundert Jahre alt. Die erste Nummer erschien am 15. Januar 1863. Leopold Martin Otto gründete und redigierte das Blatt; es wurde von dem evangelischen Unternehmen Gebothner und Wolf herausgegeben. Nicht viel später kam die bekannte Erhebung in Januar 1863. Im Anfang erschien das Blatt zweiwöchentlich, wie auch heute, von 1876 an monatlich. Die jetzt herausgebrachte Jubiläumsnummer bringt u.a. wörtlich die Einführungsandacht von 15. Januar 1863 .

Evangelikus Elet v. 3. März 1963

Die Delegierten der Prager Friedenskonferenz in Äthiopien

Die Bewegung der Prager Christlichen Friedenskonferenz sucht mit all den kirchlichen Persönlichkeiten und Kirchen gute Kontakte, die von ihrer christlichen Überzeugung durchdrungen, auf die Felsen steigen für den kirchlichen Friedensdienst. Für dieses Ziel reisten als Delegierte der Christlichen Friedenskonferenz am 7. Februar nach Addis - Abeba Prof. Dr. Hromadka, der Präsident der Konferenz, Bischof Njikodin und Kirchenpräsident Dr. Martin Niemöller. Sie treten mit den Äthiopischen Kirchen in Verbindung, insbesondere mit der koptischen Kirche, um für ihre Bemühungen weitere guten Kontakte auszubauen.

Vor dem Scheideweg

Der Wahlkongress der Deutschen Friedensunion in Hannover

Die Friedensunion der Deutschen Bundesrepublik hat schon bisher viel getan, um das deutsche Volk auf einen guten Weg zu führen und auch darauf zu bleiben. Jetzt im Zusammenhang mit den niedersächsischen Landtagswahlen setzt sie sich mit steigender Kraft dafür ein, dass das deutsche Volk in der Deutschen Bundesrepublik endlich neben dem Frieden Stellung nehme. Die Friedensunion hat den Wahlkampf in Hannover mit einem Kongress begonnen. Nach dem Referat von Frau Professor Dr. Renate Riembeck gab die Union ihr Programm bekannt. Die Einladung der Deutschen Friedensunion wies darauf hin, dass gerade vor 30 Jahren bei den Deutschen die Unmenschlichkeit und die Sklaverei begonnen hat, der Weg des Todes und der Vernichtung. 20 Jahre sind seit Stalingrad vergangen. In dieser Zeit hätte in den Kreisen des deutschen Volkes die große Wende eintreten müssen. Aber (im westdeutschen) Parlament verhandeln sie über ein Notstandsgesetz. Wenn sie dieses verwirklichen, wäre es zu spät für die Freiheit und die Menschlichkeit, aber auch für die Erhaltung des Lebens. In dieser Stunde ist die Entscheidung des Volkes aber auch des einzelnen Menschen gleich wichtig. Aber die Landesregierung und die den Landtag tragenden Parteien sind nicht nur unfähig für eine Änderung sondern arbeiten lieber gegen eine solche Änderung und gefährden sie.

Im Blick auf die Stunde, die geschlagen hat und die uns anvertraute Entscheidung, hat die Mahnung der "Zürcher Woche" recht: Bonn und die Bürger der Bundesrepublik sind an einen Wendepunkt gekommen. Jetzt geht der Weg entweder steil in die Höhe oder steil in die Tiefe. Für beides besteht die Möglichkeit und macht das mit Sorgen gemischte Beobachten verständlich mit dem die Nachbarn Westdeutschlands auf die nächsten Schritte warten".

An den Hannoverschen Kongress der Deutschen Friedensunion sandte der ungarische Bischof Dr. Lajos Vetö das folgende Grußtelegramm: "Ich begrüße den Kongress der Deutschen Friedensunion mit den besten Wünschen. Es ist meine Überzeugung, dass der richtige Standpunkt der den Frieden liebenden deutschen Menschen in Europa heute eine entscheidende Tragweite hat. Europa hat durch zwei Weltkriege viel erlitten: seine Völker beobachten aufmerksam die gutwilligen Bewegungen im Interesse des Friedens im deutschen Volk. So wie wir mit tiefer Sorge das Wirken der deutschen Revanchisten beobachten, so erwacht Hoffnung und Vertrauen in uns, dass die Leitung der Deutschen Friedensunion auf vielen guten Wegen, auf den Wegen des Friedens unermüdlich geht und anstrebt, das deutsche Volk, Europa und die ganze Menschheit vor einem neuen Weltkrieg zu erretten. Wir wünschen dem Wahlkongress der Deutschen Friedensunion viel Segen und Gelingen bei den Anstrengungen für den Frieden.

Evangelikus Elet v. 24. März 1963:

Friede und Gerechtigkeit

Die Studienarbeitsgruppe der Christlichen Friedenskonferenz, die sich mit den Fragen "Friede und Gerechtigkeit" befasst, hielt ihre Sitzung vom 14. - 17. Februar in Tabarz. Der Präsident der Arbeitsgruppe ist der rumänische Metropolit Dr. Justin Moisescu; ihr Sekretär ist der Patriarch der Tschechischen Nationalkirche, Dr. Miroslav Novak, aus Prag. Von Seiten der ungarischen protestantischen Kirchen nahmen an den Gesprächen Bischof Benő Bekéfi und Professor István Czeglédy teil.

Die Gespräche befassten sich gründlich mit den Studienergebnissen der einzelnen nationalen Kommissionen, so der tschechischen, der Kommission aus der Deutschen Demokratischen Republik, der rumänischen ökumenischen Kommission. Die Teilnehmer erhielten das Material vervielfältigt ausgeteilt. Nicht zur Verteilung gelangte der Aufruf des englischen Pfarrers Decker, der aber in Form eines Vortrages dem Grundsatzgespräch diente. Den Standpunkt der Russischen Orthodoxen brachte Professor Parijskij.

In der Grundsatzdiskussion äusserten sich beachtlich der französische Pfarrer Cadier (früher in Senegal), Professor Bernhardt aus Rostock, der westdeutsche Professor Fischer, der Berliner Pfarrer Bassarak, der Jenaer Dekan Hertzsch, Professor Istvan Czegledy und Bischof Benö Bekofi.

Auf Grund der eineinhalb Tage dauernden Gespräche beschloss die Konferenz die folgenden Aufgaben der Arbeitsgruppe. Aufgrund einer ersten Diskussion beschlossen sie drei Hauptthemen und teilten diese in die folgenden Unterthemen ein:

1. Gerechtigkeit und Friede
 - a) Gottes Gerechtigkeit und das Recht der Menschen
 - b) Gerechtigkeit und Solidarität (Der theologische Begriff der Solidarität)
 - c) Gerechtigkeit und das Amt der für die Kirche Sorge Tragenden.
2. Gerechtigkeit und die internationalen Beziehungen
 - a) Koexistenz und Kooperation
 - b) Beziehungen, Tausche und Verhandlungen
 - c) Verträge
 - d) Kompromisse als Werkzeuge zur Lösung der Krisen
 - 3.) Gerechtigkeit als Grund des gesellschaftlichen Lebens
 - a) Gerechtigkeit für jeden Menschen (Der Mensch ist gleichwürdig vor Gott und vor den Menschen)
 - b) Gerechtigkeit in den kulturellen, politischen, wirtschaftlichen, technischen und sozialen Änderungen in unserer Zeit. (Von den Problemen der Evolution, der Revolution, der Restauration).

Die sich mit einzelnen Themen zu befassenden Arbeitsgruppen wurden ebenfalls aufgestellt. Der Leiter der Arbeitsgruppe des ersten Themas ist Professor Dr. Bernhardt, der Leiter der zweiten Bischof Benö Bekofi und der dritten der Baseler Pfarrer Dr. Schwarz.

Die einzelnen Arbeitsgruppen werden bis Ende September die ihnen auferlegten Studien und Aufgaben ausarbeiten. Diese werden das Diskussionsmaterial für die im kommenden Januar geplante neue Versammlung der Studienarbeitsgruppe darstellen. Auf Grund dessen wird dann die Verlautbarung angefertigt, die die Studienarbeitsgruppe 1964 der Zweiten Christlichen Friedensversammlung vorlegen wird. B.B.

Nur die reine und klare Lösung hilft

In diesen Tagen hielt die Frage "Deutschland und der Friede" behandelnde ständige theologische Kommission eine Sitzung in Matrahaza. Einer der bekanntesten Persönlichkeiten dieser Kommission ist der westdeutsche Oberkirchenrat Dr. Heinz Kloppenburg.

Dr. Heinz Kloppenburg hat in der letzten Nummer der "Jungen Kirche" eine beachtenswerte Verlautbarung im Zusammenhang mit dem berühmten Militärseelsorgevertrag veröffentlicht, der in den letzten Jahren zu vielen heftigen Streiten nicht nur in der Deutschen Demokratischen Republik, sondern auch in der Deutschen Bundesrepublik Gelegenheit gegeben hat.

Unser Blatt hat diese Frage auch ständig auf der Tagesordnung gehalten. So haben wir unlängst berichtet über die Verlautbarung der westdeutschen Bruderschaften im Blick auf den Militärseelsorgevertrag. Auf der Rheinischen Provinzialsynode äusserte Präses D. Dr. Beckmann, dass der Militärseelsorgevertrag schon seit zwei Jahren aus der Zuständigkeit der Synode der "EKD (Evangelische Kirche in Deutschland), des Rates und der Kirchenkanzlei" herausgenommen worden ist, und all die Angelegenheiten, die mit diesem Vertrag zusammenhängen, in den Wirkungskreis einer Sonderkommission übergeben wurden, die nur aus bundesrepublikanischen Kirchenmännern besteht.

Im Zusammenhang mit der Verlautbarung Beckmanns schrieb Kloppenburg ausdrücklich in der "Junge Kirche": "Man müsste vor die Synode der EKD einen Vorschlag bringen, der sich zum Ziel die endgültige Auflösung des Militärseelsorgevertrages gemacht hat. Jede solche bisherige Erklärung die sagt, dass der Rat der EKD nicht mehr verantwortlich sei, ist schlechterdings unhaltbar. Hier hilft nur die reine und klare Lösung....."

Reformátusok Lapja v. 17. Februar 1963:

Sitzungen der Kommissionen der Christlichen Friedenskonferenz

Die Erste Allchristliche Friedensversammlung hat - wie bekannt - sich entschlossen, zehn ständige Studienkommissionen aufzustellen. Sie hat sich das Ziel gesetzt die theologischen und aktuellen Fragen der christlichen Friedensarbeit gründlich zu studieren. Im vergangenen Jahr hat die Leitung der Christlichen Friedenskonferenz mit grossen Weitblick diese Studienkommissionen aufgestellt. In diesem Jahr kommen plangemäss alle Studienkommissionen zu Sitzungen zusammen. In diesem Monat werden in der Deutschen Demokratischen Republik zwei solche Beratungen sein: die den Frieden und den kalten Krieg behandelnde Kommission trifft sich in Erfurt, die den Frieden und die Gerechtigkeit behandelnde Kommission trifft sich in Tabarz von 10.- 17. Februar. Der Präsident der Kommission für den Frieden und den Kalten Krieg ist Dr. Miklos Palfy ev. Theologieprofessor, von reformierter Seite der Debrecener Theologieprofessor Imre Janossy.

Reformátusok Lapja v. 24. Februar 1963:

Friedensversammlungen der Pfarrer

Auf Anordnung der Vaterländischen Volksfront wurden für die Pfarrer komitatsweise Friedensversammlungen gehalten, die zum Thema "Der Demokratismus unseres sozialistischen Staates" hatten. Für die Pfarrer diesseits der Theiß hielt der Schriftleiter des "Nepszabadsag", Janos Hajdu, für das Komitat Szolnok am 7. Februar in Szolnok der Schriftleiter Karoly Nagy einen Vortrag, weiter Arpad Antal, der Direktor des Szolnoker Archivs über die Behandlung von Akten und Schriften. Weiter hielten Vorträge am 14. Februar für die Budapester Pfarrer Professor Dr. Georg Sas, für die Pfarrer des Komitates Hajdu - Bihar, sowie für die Professoren der Debrecener Theologischen Akademie und ihre Hörer

am 18. Februar in Debrecen Professor Gabor Szabo. Die Teilnehmer folgten den Vorträgen aufmerksam, und es folgte eine rege Diskussion.

Reformatusok Lapja v. 3. März 1963:

In Mafrahaza hält die sich mit der deutschen Frage beschäftigende Kommission der Christlichen Friedenskonferenz eine Sitzung.

Von 4.-6. März hält in Mafrahaza die sich mit der deutschen Frage beschäftigende Kommission der Prager Christlichen Friedenskonferenz eine Sitzung. Auf der Liste der Anmeldungen können wir mehr als 20 Mitglieder lesen: aus den tschechischen, polnischen, ostdeutschen, rumänischen Kirchen, aus den Kirchen der Sowjetunion und natürlich neben den Delegierten der ungarischen Kirchen, die Delegierten aus Westdeutschland, Holland und der Schweiz. Eine verantwortungsvolle Arbeit wartet auf die Kommission. Von der Prager Christlichen Friedenskonferenz betraut, muss das Thema gründlich studiert werden: Wie können die christlichen Kirchen zur Lösung der deutschen Frage beitragen?.....

Reformatusok Lapja v. 12. März 1963:

Was können wir zur Lösung der deutschen Frage tun?

Manchen kommt es komisch vor, dass sich kirchliche Delegierte so eifrig mit einer eigentlich politischen Frage beschäftigen und miteinander auf einem kirchlichen Treffen über das Problem der Lösung der deutschen Frage verhandeln. Bei uns in Westdeutschland glauben viele Menschen, dass das eine Einmischung in ein fremdes Gebiet ist. Wir erinnern uns an das Sprichwort: Schuster bleib bei deinen Leisten!

Nun wir würden sicherlich keine Politiker oder Staatsmänner, weil wir uns mit diesen Fragen beschäftigt haben. Wir wollen auf keinen Fall die Arbeit der Politiker übernehmen oder uns ohne Beauftragung in ihr Amt einmischen. Aber die schmerzlichen und schweren Erfahrungen der letzten 20 - 30 Jahre haben uns wesentliche Dinge gelehrt? Die politischen Fragen greifen auch tief hinein in unser eigenes Leben, und deshalb können wir uns nicht von dem lösen, was in der Welt unsere Aufgabe als Christen ist.

In Deutschland war bis 1945- und zum Teil auch heute noch das allgemeine Schlagwort in der Kirche: "Die Politik und die Religion haben nichts miteinander zu tun!" Diese Rede ist nicht nur falsch, sondern aussergewöhnlich gefährlich. Sie liefert nämlich die Politik der Willkür aus und befreit den Christen davon, sein politisches Verhalten im Glanz des Wortes Gottes zu prüfen.

Die verschiedenen Folgen der beiden schrecklichen Weltkriege zeigen die Unrichtigkeit dieser Anschauung. Wir können daher die deutsche Frage nicht damit aus unserem Glauben ausklammern, dass es eine politische Frage ist. Wer wahrnimmt, dass sich in einem Haus Feuer ausbreitet, kann nicht einfach mit der Meinung weitergehen, dass ihn das gar nichts angeht.. Deutschland war durch viele Jahre und Jahrzehnte das Feuernest der Unruhe. Wir glaubten 1945, dass dieses Feuer nun für immer erloschen sei. Jetzt sehen wir erschrocken, dass im selben Haus von neuem das Feuer aufflackert. Mit anderen Worten: Deutschland hat viele gute und positive Kräfte, die einen neuen Weg suchen und alles dafür tun, dass sie gerade Westdeutschland zu friedlichen Beziehungen mit seinen Nachbarn bringen. Aber es gibt auch andere Kräfte, die uns mit Unruhe und Sorge erfüllen.

Diese Kommission, die auf der Ersten Allchristlichen Friedensversammlung geschaffen wurde, bekam die Aufgabe, die Arbeit der Zweiten Allchristlichen Friedensversammlung vorzubereiten. In Erfüllung dieser Aufgabe stellte sie Vorschläge für die Leitung der Christlichen Friedenskonferenz zusammen.

In offenem und brüderlichen Gespräch wurden die verschiedenen Ansichten zur deutschen Frage diskutiert. Vor uns stand die Schwierigkeit dieser Frage, welche - solange sie ungelöst bleibt - den Weltfrieden gefährdet; ihre Lösung wurde nicht nur zum deutschen Frieden, sondern auch zum Frieden der ganzen Welt beisteuern. Gerade in dieser Lage haben wir Christen eine besondere Aufgabe, um eine friedliche Lösung auf dem Wege der Verhandlung zu finden, weil Gott den Dienst des Friedens in der Welt wünscht. Wir sind darum dankbar, dass wir ein großes Einverständnis in der Hinsicht geschenkt erhielten, dass

1. Wir, auf Gottes Wort hörend, die Fragen der Buße und der Sündenvergebung, die Fragen der Besiegung der Furcht, ebenso wie die Probleme der Theologie der Geschichte klären müssen;
2. die fortgesetzten Verhandlungen mit der Teilnahme aller interessierter Kreise notwendig sind. Diese berühren auch die Lösung vieler menschlicher heutiger Probleme. Nur so kann man Schritte tun zur friedlichen, auf dem Wege von Verträgen möglichen Lösung der deutschen Frage.

Evangelikus Elet v. 31. März 1963:

"Rettet den Menschen!"

Ein Mitarbeiter des in demokratischen Berlin erscheinenden "Evangelischen Nachrichtendienstes Ost" hatte einen Gedankenaustausch mit dem Greifswalder Bischof D. Krummacker über die Arbeit der sich mit den Aussenangelegenheiten des Weltrats der Kirchen beschäftigenden Kommission. Bischof D. Krummacker ist seit der Weltversammlung in Neu - Delhi selbst Mitglied dieser Kommission. Man muss wissen, dass im vergangenen Jahr eine Konsultation in Genf in den Fragen des Friedens und der Abrüstung veranstaltet wurde. An der Konsultation haben auch tonangebende Politiker der Grossen ehte teilgenommen. D. Krummacker gab der Überzeugung Ausdruck, dass die Aussenkommission des Weltrates der Kirchen auch in anderen konkreten Fällen Versuche zur Lösung der Spannungen zwischen den Völkern machen wird.

Er hob in diesem Zusammenhang die Verlautbarung hervor, die die Kommission veröffentlichte, als die ganze Welt mit atemberaubender Aufmerksamkeit die Ereignisse der Kuba-Krise beobachtete. Ebenso erhob die Aussenkommission nach der Lösung der Kuba - Krise ihre Stimme zur friedlichen Lösung der indisch-chinesischen Grenzprobleme und im Interesse der Beerdigung der Atomwaffenversuche, stellte D. Krummacker fest.

Vor nicht allzulanger Zeit reiste ein Sekretär der Aussenkommission des Weltrats der Kirchen nach Südrhodesien, um Afrika an Ort und Stelle festzustellen, was die Kirchen im Interesse der Afrikaner tun können, setzte der Bischof fort. Der Presse - Mitarbeiter erwähnte, dass vor kurzem durch die Kommission ein Memorandum herausgegeben worden sei, das die Erfolge der 17. Sitzung der UNO positiv einschätzte und neue Möglichkeiten zur Lösung der internationalen vielen Spannungen zeigte. Das Memorandum erwähnt aber die deutschen Probleme nicht. Es ist wahr, dass diese nicht auf der Tagesordnung der UNO standen. "Sehen Sie keine Möglichkeit, dass die Kommission im Blick auf die gespannten deutschen

Probleme auch einen hilfreichen Dienst tun könnte?, fragte der Journalist. D. Krummacher: " Ich kann die Frage nur für richtig halten. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass die sich mit den Aussendungen beschäftigende Kommission des Weltrates der Kirchen in dieser Richtung schon lange tätig ist. Die Menschen müssen in diesen Fragen vollkommen nüchtern und geduldig sein, und man darf die ökumenischen Möglichkeiten nicht geringschätzen, die zur Lösung dieser schweren Probleme beisteuern können. Dennoch glaube ich, dass gerade jetzt nach der Lösung der Kuba Krise die Zeit gekommen wäre, dass wir inmitten der internationalen ökumenischen Bemühungen, in der Gemeinschaft der vielen Menschen und Familien auch in den tiefer greifenden Fragen konkrete Schritte tun. Wie? Ich meine, man müsste z.B. einige erstarrte politische Doktrinen und in die Welt der Illusion gehörende Vorurteile abbauen. Ich denke da z.B. an die bestehenden zwei deutschen Staaten und die mit ihren Grenzen zusammenhängenden Illusionen. Ich glaube, dass der keinen wirklich guten Dienst den Menschen tut, der in der Politik die Tatsachen - ob sie ihm gefallen oder nicht- nicht beachtet und sich stattdessen Illusionen hingibt, die keinerlei realen Grund haben."

Frage: Wo sehen Sie, Herr Bischof, den konkreten Ausgangspunkt, von dem die Aussenkommission des Weltrats der Kirchen zu einer so nüchternen Einschätzung der Lage ausgehen könnte?

Antwort: " In diesen Tagen habe ich in meiner Eigenschaft als Mitglied der Aussenkommissionen des Weltrats der Kirchen einen persönlichen Brief an das Sekretariat nach London geschrieben und richtete die Aufmerksamkeit meiner ökumenischen Freunde auf die Frage, ob es nicht endlich Zeit wäre " auf Grund des nüchternen Verstandes und des guten Willens - wie das der Präsident der DDR ausdrückte- das oben erwähnte zur Sache einer ersten Prüfung zu machen; auf das wirkliche Näherkommen der Menschen in den beiden deutschen Staaten hinzielend. Dies könnte z.B. ein möglicher Ausgangspunkt sein."

Frage: "Besteht nicht die Gefahr, dass hier oder da, innerhalb oder ausserhalb der Kirche, die kirchliche Auseinandersetzung eines solchen politischen Vorschlages als Überschreitung der Grenze zwischen der Beauftragung der Kirche und der Politik angesehen wird?"

Antwort: " Natürlich sehe ich eine solche Gefahr klar. Der wortverkündende Auftrag der Kirche und der Dienst der Politik sind zwei verschiedene Gebiete, aber beide dienen demselben Menschen. Darum meine ich, dass die Kirchenmänner, besonders, wenn das Vertrauen der Okumene in einer Kommission sie umgibt, die Aufmerksamkeit des nüchternen Verstandes und des guten Willens auch auf Vorschläge richten können, die der Ministerpräsident der DDR in seinem 7 - Punkte-Programm ausgedrückt hat. Gerade wir Christen müssten die ernste und bedachte Behandlung solcher Vorschläge als in unseren Herzen liegendes Ziel betrachten zur Wiederherstellung der zerrissenen menschlichen, familiären, kulturellen, wirtschaftlichen und natürlich auch kirchlichen Beziehungen zwischen den zerrissenen Teilen unseres Volkes. Darum habe ich in dem Brief als Mitglied der Aussenkommission des Weltrates der Kirchen nachdrücklich an den Aufruf des Essener Kirchentages erinnert: " Rettet den Menschen, was im Blick auf unsere deutsche Lage heute gerade so aktuell ist, wie vor 14 Jahren. "

Die Christen steuern zu befriedigenden politischen Lösungen bei Zwei beachtenswerte Interviews.

Um das erste Interview bat der Auslandskorrespondent der " Times" den Bischof der Provinz Thüringen, D.Dr. Mitzenheim. Im Laufe des Gesprächs orientierte Bischof Mitzenheim die "Times" über das Leben und den Dienst der Kirche in der DDR. Beispielhaft für die Pfarrerausbildung sind die 6 theologischen Fakultäten

an den staatlichen Universitäten. Auf dem Gebiet der Kirchensteuer gibt es keinerlei Schwierigkeiten. Diese wird von den eigenen Beauftragten der Kirche erhoben. Im Laufe des Interviews wandte sich der Bischof gegen die falschen westlichen Meldungen über das kulturelle Leben in der DDR: "Es ist ebenso lächerlich wie traurig, dass eine sonst so gut informierte englische Zeitung vor kurzem meldete, daß in der DDR die Aufführung eines Bach - Oratoriums nur ausnahmsweise möglich sei. Zu Weihnachten wurde in neun Städten amtlich das Bach-Oratorium aufgeführt. Dr. Mitzenheim sagte weiter: "Treu zu Martin Luther und zu den Lehren der Paulus-Briefe erkenne ich die Autorität des Staates an, was seine Sphäre betrifft-, ohne darauf zu sehen, ob der Staat "christlich" ist oder nicht. Wir sind keine Kirche gegen den Sozialismus, sondern eine Kirche für die Menschen, deren Anspruch es ist, in der sozialistischen Gesellschaftsordnung Christen zu sein.- In der DDR ist ein "geistiger Materialismus", in Westdeutschland aber "ein praktizierter Materialismus". Dort erhebt sich die Staatsreligion zu einem bedrohenden Schatten; das ist die Gefahr, die wir in den letzten 40 Jahren bis zum Ekel erkannten".

Dr. Mitzenheim erklärte dem Auslandskorrespondent der "Times" eindeutig, dass man in der DDR die Freiheit der Religionsausübung nicht über den Graben von Konzessionen seitens der Kirche erreichen musste. So etwas hat der Staat nie verlangt. Der Bischof bemerkte, er wisse, dass er aus gewissen Kreisen angegriffen werde.

Das zweite Interview gab Professor Dr. Erich Hertzsch, Dekan der Theologischen Akademie an der Friedrich -Schiller Universität in Jena, über den bekannten 7 - Punkte enthaltenden Vorschlag, der den sechsten Kongreß der Deutschen Sozialistischen Einheitspartei unterbrochen wurde. Dr. Hertzsch wertete diesen Vorschlag als real und vernünftig. "Aus dem Gedankenaustausch mit meinen theologischen Freunden aus der DDR, aus der Deutschen Bundesrepublik und aus dem Ausland konnte ich immer von neuem feststellen", sagte Professor Dr. Hertzsch, "dass die von mir ständig vertretene These: - Frieden - Vertrauen und Einigung - auf allgemeine Zustimmung gestossen ist." Das Siebenpunkte - Programm, das der Vorsitzende des Staatsrates Walter Ulbricht, bekanntgab, entspricht diesen Anforderungen. Den Vorschlag halte ich für sehr beachtenswert. Er bringt die Annäherung der beiden deutschen Staaten voran, die der Wiedervereinigung vorangehen muss. Ich kenne keinen Vorschlag von der andern Seite, der so real und so vernünftig wäre. Die Tatsache, dass zwei deutsche Staaten mit ihren eigenen Grenzen bestehen, muss man respektieren. Man muss die Atombewaffnung einstellen und die Pässe beider deutscher Staaten anerkennen, damit die Familien sich gegenseitig wieder besuchen können." Der Dekan sagte: "Es dient mir zur Freude, dass ein so bedeutender Theologe, wie Bischof Krummacker (Greifswald) sich neben den dem Verständnis der DDR dienenden Vorschlag stellt. Ich halte es für sehr wichtig, dass die Christen, die sich eines gewissen Ansehens erfreuen, in politischen Dingen keinerlei falsches Verhalten zeigen und dazu beisteuern, dass wir zu einer befriedigenden Lösung kommen, die die Kriegsgefahr ausmerzt", sagte Prof. Dr. Hertzsch.

Evangelikus Elet v. 7. April 1963

Unsere Pfarrer in den Räten

Unser ganzes Volk zusammen mit unserem Kirchenvolk - als treue Staatsbürger ging bei den letzten Wahlen zu den Urnen, um auch mit seiner Stimme zu bezeugen, dass es sich die das Land bauende, friedliebende Politik unseres Volkes zu eigen mache. Mit Freuden berichten wir, dass unsere kirchlichen Abgeordneten auch in schöner Zahl unter denen zu finden sind, die unser Volk bei den letzten Wahlen mit seiner Stimme beehrt hat. Wir finden unter den Abgeordneten

des Parlaments u.a. Bischof D. Dr. Lajos Vetö und den Steinamangerer Pfarrer Franz Lehel. Viele Pfarrer wurden in die Stadt, bzw. Gemeinderäte gewählt, und lang ist die Liste derer, die in den Kreis - Komitats, Bezirks - und Gemeinde - kommissionen der Vaterländischen Volksfront ihren Ehrenplatz bekamen.

Evangelikus Elet v. 28. April 1963

Zwiesgespräch mit der modernen Welt

Interview eines Mitarbeiters der NEUEN ZEIT mit Prof. Dr. Hromádka:

Frage: Welchen Hauptunterschied sehen Sie zwischen dem ersten und dem zweiten Vatikanischen Konzil?

Antwort:..... Das erste Vatikanische Konzil war der Höhepunkt im Zeitalter der Gegenreformation in zwei Richtungen: 1. In der Abgrenzung gegenüber den anderen Kirchengemeinschaften, 2. in der Erstarrung gegenüber der modernen Welt. Das Zeitalter der Tridenter Synode und des 1. Vatikanischen Konzils bedeutete die fortgesetzte Erstarkung der päpstlichen Autorität wie die fortgesetzte Latinsierung der Kirche sowie die Unsicherheit gegenüber der modernen Wissenschaft und Philosophie und den Emanzipationsbemühungen des modernen Menschen. Es gab zwar eine große bedeutende Bewegung in der Katholischen Kirche zur Zeit der Aufklärung. Der Jesuitenorden wurde aufgelöst und der sogenannte Josefismus versuchte, die Kirche von der barocken Milde und der ultramontanen Seeligkeit zu befreien. Aber seit dem XIX. Jahrhundert - berühmt durch die politischen Gegenrevolutionen (bzw. Restaurationen) in den europäischen Ländern ist der moderne Mensch Zeuge eines intensiv gegen ihn geführten Kampfes; dieser Kampf erreichte sein Ziel auf der ersten Vatikanischen Synode in dem Dogma von der lehrantlichen Unfehlbarkeit und vom Universalepiskopat des Papstes. Sonst herrschten durch das ganze Jahrhundert die Absonderung, die Autorität und der Atem des römischen Zentralismus. Demgegenüber bedeutet das II. Vatikanische Konzil nach meiner Sicht einen Neubeginn: Es ist keine Selbstsicherung, keine Selbstbegründung, sondern zeigt eine nicht erwartete Offenheit der modernen Welt gegenüber. Sie sprechen von der Erneuerung der Kirche, von einer Ko - Reformation. Die Römische Kirche hat ein positives Gespräch mit dem modernen Menschen begonnen.

Frage: Wie beurteilen Sie die auf den bisherigen Verhandlungen diskutierten theologischen Probleme, in erster Linie die Probleme der Ecclesiology und der biblischen Wissenschaft?

Antwort: Von diesem Hintergrund sind der Ablauf der ersten Phase des Konzils und einige Resultate zu verstehen. Gegenüber der breiten Lautstärke der päpstlichen Autorität kam die Funktion der Bischöfe von neuem in den Vordergrund. Das bedeutet keineswegs die Verleugnung der päpstlichen Dogmatik und der kanonischen Zentralgewalt. Trotzdem aber bekam der zweite Brennpunkt der katholischen hierarchischen Struktur zum Zuge: Die Bischöfe sind in Wirklichkeit die vollberechtigten Nachfolger der Apostel und haben ihre liturgische und sakramentale Macht unmittelbar von den Aposteln gewonnen, wenn auch unter der päpstlichen kanonischen Oberaufsicht. Das kann eine ganz bedeutende Wirkung für die weitere Entwicklung der Kirche haben. Die verlautbarten Äusserungen können ein Aufbegehren gegen den servilen Traditionalismus bedeuten oder nicht bedeuten. Das bedeutet eine Ermutigung zur mächtigen Erneuerung der biblischen Wissenschaft in der Römischen Kirche. Das kann ein standhafter Grund für das gegenseitige Zusammenarbeiten der Bibeltheologen der verschiedenen Kirchen sein. Das Gespräch mit der modernen Welt kann sich auf die Bibelwissenschaft auch auswirken, aber offenkundig nur mit dem Einverständnis des Papstes. Es gibt auch Anzeichen dafür, dass die biblischen Offenbarungen - neben der Überlieferung-, in der Theologie ebenso wie im Gottesdienst und in der Gnade sich auf die katholische Struktur auswirken. Übrigens öffnet die biblische Theologie in allen gegenwärtigen Kirchen eine große Hoffnung auf eine ökumenische Arbeit und Annäherung zwischen der Römisch - katholischen Kirche und den nicht-römischen Christen. Aus der geschichtlichen Perspektive sehen wir deutlich, dass wir die dogmatischen

liturgischen und hierarchischen Unterschiede nur dann richtig verstehen und bekämpfen können, wenn wir zusammen zurückkehren zu der Quelle des lebenden Gotteswortes und zur Versammlung der Apostel. Denn nur dann können wir voneinander lernen und den heutigen Menschen eine wahre Hilfe bieten."

Unsere Kirche hatte einen lieben Gast

Der Magdeburger Bischof D. Johannes Jänicke kam am 18. April mit seiner Frau zu einem zweiwöchentlichen Besuch in unser Vaterland. Zu seinem Empfang erschien auf dem Flugplatz Bischof D. Dr. Lajos Vetö, der Dekan der Theologischen Akademie, Dr. Ernst Ottlyk, der Bischof des südlichen Kirchendistrikts, Zoltan Kaldy, und Sekretär Laszlo Harkanyi. Am 19. April vormittags besuchte Bischof D. Johannes Jänicke den Bischof D. Dr. Lajos Vetö, der ihn über das ungarische kirchliche Leben orientierte. Bischof Jänicke wird während seines Aufenthaltes mehrere kirchliche Einrichtungen besuchen,

Evangelikus Elet v. 5. Mai 1963:

Eine finnische Kirchendelegation in unserem Vaterland
Zum Besuch der Ungarischen Evangelischen Kirche kamen zwei Gesandte der Finnischen Evangelischen Kirche, Bischof Eero Lehtinen und Propst Ahti Auranen, am 26. April in unser Vaterland. Die Gäste wurden am Ostbahnhof von Bischof Zoltan Kaldy, Dekan Dr. Ernst Ottlyk, Senior Laszlo Detre, Senior Emil Koren, Sekretär Laszlo Harkanyi u.a. empfangen. In herzlichen freundschaftlichen Gesprächen bekamen die Gäste einen eindringlichen Eindruck vom Leben der Ungarischen Evangelischen Kirche und ihren weiteren Zielen. Die finnischen Gäste besuchten die Theologische Evangelische Akademie und andere Einrichtungen. An zwei Sonntagen predigten sie in je einer Land- und je einer Budapester Gemeinde.

Berühmtes Jubiläum
Die erste polnische protestantische Bibelübersetzung ist 400 Jahre alt. Nach dem Ort des Druckes nannte man sie die Brester Bibel. Die Übersetzung vollendeten polnische Wissenschaftler und Schriftsteller, aber auch französische und italienische geflüchtete Theologen, die zu dieser Zeit Schutz in polnischen Königreich gefunden hatten. Die Übersetzung dauerte 6 Jahre. Die polnische evangelische Kirche erinnerte mit einer Festsitzung und einer Vortragsreihe an das berühmte Jubiläum.

Ev. Elet v. 12. Mai 1963

In Warschau beriet sich die Abrüstungskommission der Christlichen Friedenskonferenz

Die sich mit den Abrüstungsfragen beschäftigende Kommission der Prager Christlichen Friedenskonferenz beriet sich vom 2.- 5. Mai in Warschau. Zahlreiche westliche - amerikanische, westdeutsche, englische, französische- und östliche kirchliche Persönlichkeiten nahmen an den Verhandlungen teil.

Evangelikus Elet v. 19. Mai 1963:

Die Abgeordneten der Slowakischen Evangelischen Kirche in Genf
Bischof Dr. Chabada und der Dekan der Slowakischen Theologischen Fakultät, Prof. D. Dr. Michalko, machten beim Sekretariat des Lutherischen Weltbundes in Genf einen Besuch, um mit dem Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes Schmidt-Clausen über die Vorbereitungen zur Vollversammlung in Helsinki zu sprechen. Die slowakische Theologische Fakultät ist aus Modra nach Pressburg zurückübersiedelt, wo die Fakultät Anfang des VII. Jahrhunderts gegründet und wo sie 1933 amtlich anerkannt wurde.

Evangelikus Elet v. 26. Mai 1963:

Der französische evangelische Pfarrer André Appel in Ungarn
Der französische Pariser evangelische Pfarrer André Appel, Obersekretär des Französischen Protestantistischen Kirchenbundes, traf zusammen mit seiner Frau

am 20. Mai als Gast des Ungarischen Ökumenischen Rates in Ungarn ein. Sein Besuch dient dem Ziel, das ungarische kirchliche Leben kennenzulernen. Unsere Gemeinden haben die neue Agende eingeführt.

Am Sonntag Jubilate, den 5. Mai, wurde die durch die neue Agende vorgeschriebene Gottesdienstordnung in den Gemeinden eingeführt, die bisher die "Gesangvers" - Ordnung benutzten. Der Unterschied zwischen der alten und der neuen Liturgie ist nicht sehr groß. Das Aufsagen des Apostolischen Glaubensbekenntnisses folgt nach dem Verlesen der sonntäglichen biblischen Lektion. Während der Bibellesung und des Aufsagens des Glaubensbekenntnisses steht die Gemeinde. Das "Vater, Sohn und Heiliger Geist....." entfällt, der Hauptgesang folgt sofort nach dem Glaubensbekenntnis. Im zweiten Altdienst nach der Wortverkündigung ist der Unterschied der, dass das Vaterunser nach dem allgemeinen Bittgebet folgt.

Evangelikus Elet v. 16. Juni 1963:

Verlautbarungen unserer finnischen Gäste zu Hause

Eero Lahtinen sagte für die Nummer 10 der KOTIMA folgendes:

"Wir haben ein blühendes und lächelndes Ungarn gesehen. Als wir losfuhren, hatte in Finnland noch kaum der Frühling begonnen, in Ungarn aber blühten bereits die Apfel - Kirschen - Birnbäume, die Magnolien und die Tulpen. Unser Stützpunkt war Budapest, von dort reisten wir in die nähere Umgebung und in die südlichen Bezirke. Am ersten Sonntag predigten wir in zwei südungarischen Gemeinden, an den anderen beiden Sonntagen in Budapest. Erfreut stellen wir fest, dass die Kirchen voll von Worthörern aus allen Lebensaltern waren. Wir besuchten auch die diakonischen Einrichtungen und Erholungsheime. Die Reise bedeutet für uns eine angenehme Erinnerung. Ahti Auranen gab für das Wochenblatt KIRKKO JA KAUPUNKI folgende Verlautbarung:

Ich muss bemerken, dass mich die Aktivität und die Freiheit des Evangelischen Lebens überrascht haben. Wir konnten alles frei besichtigen, was wir wollten, und mit jedem frei sprechen. Jede Gemeinde hat einen Pfarrer. Die Theologische Akademie steht unter kirchlicher Leitung, obwohl für das Einkommen der Professoren der Staat sorgt. Die Bibliothek der Akademie ist sehr reichhaltig. Die Bezahlung der ungarischen Geistlichen ist geringer als die der finnischen. Die größte Überraschung war für mich, dass der größte Teil der Pfarrer und alle beide Bischöfe die sozialistische Ordnung für richtig und sogar für besser als die alte Ordnung halten.

Kirchliche Friedensversammlungen

In Zuge des "Abrüstungsqaats" fanden in folgenden Orten Friedensversammlungen statt: Budapest, Bakescsaba, Tatabánya, Szekesfehervar, Kecskenet, Pecsset, Debrecen, Györött, Eger, Szombathely, Nyiregyháza, Szolnok, Miskolc, Veszprém, Szekszárd, Kaposvar und Szeged.

Reformatusok Lapja v. 31. März 1963:

Der Bischof jenseits der Theiß, Dr. Tibor Bartha, der geistliche Präsident der Synode und des Konvents wurde als Mitglied in den neu gebildeten Präsidenschaftsrat gewählt.

Die Arbeitskommission der Christlichen Friedenskonferenz

hielt ihre Sitzung in diesem Jahr zum erstenmal in der DDR vom 23. März bis 4. April in Dresden. In die Sitzung führte der Greifswalder Professor Dr. Werner Schmauch mit einer Andacht ein. Auf der Tagesordnung steht der Überblick über

über die internationale Lage und die ökumenische Arbeit von Dr. Heinz Kloppenburg. Über die Arbeit der Kommission seit der holländischen Sitzung gibt Obersekretär Ondra Auskunft. Weiter werden die Ergebnisse und Erfahrungen der inzwischen abgehaltenen Sitzungen der wissenschaftlichen Kommissionen diskutiert. Von ungarischer Seite nehmen teil, das Mitglied der Arbeitskommission Bischof Dr. Tibor Bartha, und der ungarische internationale Sekretär, Karl Tóth.

Reformátusok Lapja v. 12. Mai 1963:

Wir berichteten unseren Lesern darüber, dass auf Anregung des Presbyteriums das Präsidium des Kirchen-distriktes die verwaltete Stelle eines Oberverwalters des Distriktes jenseits der Donau dem Budapester Theologieprofessor Dr. Imre Kádár angeboten hatte. Die Abstimmungskommission des Kirchen-distriktes jenseits der Donau eröffnete Ende April die Sitzungen der Presbyterien der Kirchen-gemeinden. Mit Freuden erfahren wir, dass Dr. Kádár Imre von den 242 möglichen Stimmen 240 Stimmen erhalten hat. So wurde er auf Grund des Entschlusses der Presbyterien einstimmig zum Oberverwalter des Kirchen-distriktes jenseits der Donau gewählt.

Reformátusok Lapja v. 2. Juni 1963:

Bischof Stefan Szamosközi reiste zu einem Freundschaftsbesuch in die Vereinigten Staaten. Bischof Stefan Szamosközi reiste auf Einladung der amerikanischen ungarischen Reformierten zu einem sechs-tägigen Besuch in die Vereinigten Staaten. Der Bischof wird sich im Zuge seiner Reise in verschiedenen Städten mit den ungarischen Reformierten treffen, in mehreren Gemeinden predigen, Vorträge halten und kirchliche und gesellschaftliche Einrichtungen besuchen.

Reformátusok Lapja v. 9. Juni 1963:

Auf Anordnung der Vaterländischen Volkstront waren in den vergangenen Monaten an mehreren Orten Friedensversammlungen. Für die Pfarer des Komitates Hajdú-Bihar ebenso wie für die Professoren und Hörer der Debrecener Theologischen Altschule war am 27. Mai eine Versammlung auf der Bischof Dr. Tibor Bartha einen Vortrag hielt mit dem Thema "Der Frieden der Völker". Die evangelischen und reformierten Pfarer des Komitates versammelten sich am 28. Mai in Steinamerger im Großen Sitzungssaal, wo Bischof Benő Békerti zu ihnen sprach. Die protestantischen Pfarer des Komitates Szolnok hatten am 29. Mai in Szolnok ihre Versammlung, auf der der Senior von Nagykanizsa einen Vortrag hielt.

Reformátusok Lapja v. 16. Juni 1963:

Vor dem VI. Ungarischen Friedenskongress

Auf Anforderung des Weltfriedensrates und im Zuge der Vorbereitungen des Kongresses des Ungarischen Landesfriedensrates vollzogen sich im ganzen Land die Ereignisse des Abstraktionsmonats. Die wissenschaftlichen Friedenskonferenzen und volkstümlichen bekannten Vorträge richtete die Aufmerksamkeit unseres ganzen Volkes aufs Neue auf die von uns gewünschte Sache, auf die allgemeine und vollkommene Abrüstung. In den in den Monaten Mai bis Juni abgehaltenen Pfarer-Friedensversammlungen nahmen im ganzen Land eine große Zahl teil. Das Hauptthema der Vorträge war "Der Frieden und die Freundschaft der Völker". Auf den auf Anordnung der Heimatlichen Volkstront abgehaltenen Pfarer-Friedensversammlungen wählte man die kirchlichen Delegierten für den VI. Ungarischen Friedenskongress. Als Delegierte wurden gewählt: Bischof Dr. Tibor Bartha, Bischof Stefan Szamosközi, Bischof Benő Békerti und Bischof Zoltán Káldy.



Theologiai szemle VI/1963

Polnische ökumenische Bestrebungen " Polnische Ökumenische Rundschau"

Der Polnische Ökumenische Rat bringt in letzter Zeit eine Zeitschrift in deutscher und englischer Sprache mit dem Titel " Polnische ökumenische Rundschau" heraus. Den Leitartikel der ersten Nummer schrieb Superintendent Jan Niewieczeral, der Präsident des Rates. Er macht mit der Zusammensetzung und den Zielsetzungen des Rates bekannt. Er sagt, dass das ökumenische Interesse der polnischen Kirchen sich schon nach dem ersten Weltkrieg gezeigt habe. Der zweite Weltkrieg hat die polnische Ökumene zum Verstummen gebracht, aber in neuauflerbenden Polen, kamen auch die ökumenischen Bemühungen zu neuem Leben und die Zahl der Mitgliedskirchen des Rates ist mit dem Beitritt der orthodoxen Kirche in diesem Jahr auf 3 gestiegen. Gegenwärtig vereinigen sich in ihm alle polnischen nicht römischen Kirchen: die Augsburger Evangelische, die Reformierte, die methodistische, die baptistische, die vereinigte Evangelische, die polnisch katholisch-nationale, die alkatholische und die orthodoxe Kirche. Der Rat will mit dem Erscheinen der neuen Zeitschrift der Verbreitung und Vertiefung des ökumenischen Denkens in der Gegenwart, dem gegenseitigen Kennenlernen der einzelnen Kirchen dienen.

Die heutige Lage der nicht römisch-katholischen-polnischen Kirchen wird durch drei Umstände charakterisiert.

1. Die Wiederherstellung der im Krieg dezimierten kirchlichen Einrichtungen.
2. Den Neubau des Landes, die verfassungsmässig gesicherte Gleichberechtigung der Kirchen und das soziale Verhalten der Polnischen Ökumenischen Rates, welche alle zur konstruktiven Arbeit für das Wohl der Kirche, des Volkes und des Staates anspornen.
3. Die polnischen ökumenischen Bemühungen, die bis auf die Traditionen des 16. Jahrhunderts zurückgreifen.

Die wichtigsten Artikel beschäftigen sich mit der reichen ökumenischen Vergangenheit der polnischen Kirchen. Die erste Abhandlung ist der Artikel von Dr. Witold Benedyktowicz, Warschauer Methodistenpfarrer: Ökumenische Motive in der Arbeit von Andrzej Frycz Modrzewski, aus dem Leben des ersten Delegierten des polnischen ökumenischen Gedankens und seiner Arbeit. Modrzewski lebte von 1503 - 1572, beendete seine Studien auf der Krakauer und Wittenberger Universität, hielt sich in Dienste der Familie Laski, dann in Dienste des königlichen Kanzlers mehr als einmal und längere Zeit im Ausland auf, wo er den Humanismus und den verschiedenen geistigen Strömungen der Reformation begegnete. In seiner Heimat übte er eine reiche schriftstellerische Tätigkeit aus und drängte in seinen Schriften auf eine kirchliche, politische und gesellschaftliche Reformation. Obwohl er am Ende seines Lebens sehr zum Antitrinitarianismus neigte, brach er offiziell nicht mit der Römisch - Katholischen Kirche und schloss sich auch keiner protestantischen Konfession an. In Zuge der Folgen der Reformation unterstützte er besonders den Gottesdienst in der Nationalsprache, die Einnahme des Heiligen Abendmahles in zweierlei Gestalt und die Befreiung der Unbeweihrtheit der Pfarrer. Die reformatorische evangelische Richtung blickte er als einen gleichberechtigt zu behandelnden Teil an und wünschte und hoffte aufrichtig, dass die Tridentiner Synode mit der Annahme einer genäbigten Reform die Einheit der christlichen Kirche hüten werde. Ebenso bemühte er sich in seinen Schriften um die Demokratisierung der polnischen Landesversammlung, des Sejm. Von allen diesen Bemühungen wurden im 16. Jahrhundert nur die politischen Rechte des mittleren Adels ausgefochten, auf kirchlichen Gebiet aber siegte in Polen die Richtung der Gegenreformation. Seine auf demokratischen Grundsätzen gegründeten und auf die Einheit der Kirche gerichteten ökumenischen

gab er in einem nur im Ausland herausgegebenen Buch Ausdruck.

Er geht von der Feststellung aus, dass der damalige Stand der Kirche wegen ihrer Gegensätze und Streitigkeiten einer Reformation bedarf, und dies von dem Konzil zu erwarten sei. Darum müssten die Bischöfe Kirchenkreisweise Synoden zusammenerufen, auf denen sie bei der Teilnahme der einfachen Gläubigen in einer freien Diskussion den allgemeinen Standpunkt, den die Delegierten auf dem Konzil vertreten sollen, festlegen. Das Konzil muss auf genau solche Art fortgesetzt werden, denn wozu ist die Einerufung eines Konzils nützlich, wenn man dort nicht das Recht der freien Diskussion hat? Dass Streitfragen da sind, darf nicht verheimlicht werden, denn "wenn auch die Kirche nicht irren kann, können die Menschen im Dienste der Kirche in Irrtümer verfallen".

Unter die Anforderungen für die Delegierten des Konzils zählt er die gründliche Kenntnis der lateinischen, griechischen und hebräischen Sprache, die Fähigkeit der Dialektik und Rhetorik, weiterhin das tugendhafte Verhalten und die Wahrheitsliebe. Im großen und ganzen entwickelt er diese Gedanken weiter in dem von der Kirche handelnden Buch, das viel später in Basel erschienen ist. Die Zweiteilung der westlichen Christen in einen katholischen und einen protestantischen Teil sah er nicht als endgültig an; darum sein Anspruch, dass auf der Synode nicht nur die lateinischen und die griechischen Kirchen, sondern auch die östlichen Monophysiten - Kirchen teilnehmen sollten. "Nur die Römische Kirche kann man nicht als allgemeine Kirche anblicken. Was ein Teil ist, kann nicht das Ganze sein.... Wir müssen in all denen, die sich für Christen entschieden haben, die Glieder der allgemeinen Kirche sehen. Wenn wir alle nicht zu einem gegenseitigen Verstehen kommen, wird keine "allgemeine Kirche sein". Er hält das Papstamt für richtig, den Papst sollte aber nicht das Kardinalskollegium, sondern die Abgeordneten der ganzen Gläubigen wählen. Er rechnet damit, dass auf der Synode auch Gegensätze auftreten, wie schon in der Jerusalemer Versammlung der Apostel aufgetreten sind; Aber genau so wie es dort zu keinem Bruch kam, sondern eine vernittelnde Lösung gefunden wurde, genau so muss man auf der Synode sich bemühen. Wenn sie zu keiner gemeinsamen Meinung kommen, dann muss man den Streit vor die auf der Synode gewählten Richter bringen. Zu Schiedsrichtern muss man die wählen, die "würdig ihre große Aufgabe erfüllen können, keine Wankelnütigen, sondern solche, die ihr Wort parteilos geben". Die weiteren Kapitel des Buches beschäftigen sich mit theologischen und Kirchenverfassungsfragen.

Zum Abschluss betont der Artikelschreiber, dass die Gedanken spricht, im Zusammenhang mit dem gegenwärtigen Vatikanischen Konzil ihre Aktualität nicht verloren haben.

Der folgende Artikel: "Polens Ökumenische Bestrebungen in 16., 17. und 18. Jahrhundert", eine Arbeit des Warschauer Kirchengeschichtsprofessors Dr. Oskar Bartel. Sie handelt von den Bestrebungen der reformatorischen Kirchen in Lauf dieses Jahrhunderts, schon jetzt lieber nur in dem in Parteien zerspaltenen Protestantismus die christliche Einheit in Polen wieder herzustellen.

Die polnischen Calvinisten, Lutheraner und Böhmisches Brüder vereinigten sich nach eineinhalb Jahrzehnten während den Bemühungen 1570 in der sogenannten Consensus Sandomiriensis der sich 1579 auf der Versammlung in Wilny auch die orthodoxe Kirche anschloss, um Schutz vor den Unterdrückungen der römischen und griechischen Katholiken, die nach der Brester Union 1596 begannen, zu haben. Das gemeinsame Glaubensbekenntnis der drei protestantischen Konfessionen wurde auf Grund des Zweiten Helvetischen Glaubensbekenntnisses erstellt, aber die Glieder der Union behielten ihre eigenen Lehren, ihre Liturgie und die Selbstständigkeit in der Ordnung ihrer inneren Angelegenheiten und sie versprachen sich gegenseitigen Beistand im Kampf gegen den gemeinsamen Feind. Die Sandomirer Union verlor jedoch bald ihre kirchliche Vorzeichen und wurde zum politischen Bund.

Am Anfang des 17. Jahrhunderts setzte Bartholomäus Bythner, reformierter Pfarrer in Klempenow die polnischen ökumenischen Bestrebungen in seinem "Exhortatio Fraterna et Modesta" betitelten Werk (1607, in deutscher Übersetzung (1634 erschienen) fort, in dem er darlegte, dass in reformatorischen Lager der Weg des Verständnisses über die Liebe führt. Er rief zur Einberufung einer allgemeinen Synode in Deutschland, aber ohne die Teilnahme der Leugner der Dreieinigkeit, weil ihre Lehre für die meisten evangelischen Kirchen unannehmbar sei. Aus diesem Vorschlag wurde nichts, aber 1627 einigten sich wenigstens die polnischen Reformierten und Böhmisches Brüder in einer Partei. Den Gedanken einer gemeinsamen Beratung der Delegierten der katholischen und protestantischen Kirchen nahm gerade in diesem Jahrhundert der Sekretär König U-lászloš IV. auf, der früher evangelisch gewesene katholische Pfarrer Ni-grinus. Der König unterstützte diesen Gedanken und vertraute die Durchführung dem katholischen Bischof an. Dieser wandte sich an den Papst um Unterweisung. Obwohl die römische Kurie dieser Sache gegenüber unsicher war, gab sie ihr Einverständnis mit dem Vorbehalt, dass die letzte Entscheidung in Rom gefällt werden müsse. Die Beratung begann 1645 am 28. August in Torun zwischen katholischen, evangelischen und reformierten Kirchen und weltlichen Abgeordneten. Von einer Einigung konnte aber keine Rede sein, da die katholischen Delegierten eine vollständige Unterwerfung und die Anerkennung der Dogmen der römisch-katholischen Kirche verlangte. Im Laufe der Beratungen tauchten auch unter den Reformierten und Evangelischen viele Gegensätze auf, sodass aus dem "Colloquium charitativum" ein "Colloquium irritativum" wurde, und die Unterredung ergebnislos blieb. Einige Jahrzehnte später betanden wieder engere Beziehungen zwischen den polnischen Reformierten und Lutheranern. Im 18. Jahrhundert hielten die Reformierten und Evangelischen mehrere gemeinsame Synoden ab und berieten über das Schicksal des polnischen Protestantismus. Nach dem Gewinn der Religionsfreiheit (1768 und 1775) hielten sie gemeinsame und getrennte Synoden, aber sie konnten keine gemeinsame evangelische Kirche erreichen. Dieser Gedanke hatte in der Bürgerschaft unzählige Anhänger, stieß aber beim Adel auf starken Widerstand.

Im 19. Jahrhundert lenkte die reformierte und die evangelische Schwesterkirche in Polen durch zwei Jahrzehnte ein gemeinsames Konsistorium. Der ökumenische Gedanke aber verwirklichte sich erst in der Polnischen Volksrepublik durch das Zusammengehen der polnischen protestantischen, orthodoxen und Alt-katholischen Kirchen im Polnischen Ökumenischen Rat.

Im dritten großen Artikel erinnert Dr. Karol Wolfram Neutestamentler an den 1962 verstorbenen Träger des ökumenischen Gedankens, Dr. Jan Szeruda. Professor Szeruda absolvierte seine Studien an den ausländischen theologischen Fakultäten (Wien, Halle, Basel, Erlangen) und war zwischen den beiden Weltkriegen auf der Theologischen Fakultät der Warschauer Universität Professor für Altes Testament und hebräische Sprache. Ausser seiner wissenschaftlichen und pädagogischen Tätigkeit griff er auch in die publizistische und ökumenische Arbeit der Kirche ein. Im Auftrag seiner Kirche und der evangelischen Vereine nahm er in Stockholm, Chanby, Oxford und Edinburgh an ökumenischen Konferenzen teil. Zur Zeit der deutschen Besetzung erhielt er sich durch Lateinunterricht an Warschauer Gymnasium, wie durch Übersetzungsarbeiten und Arbeiten in der Bibliothek, inzwischen aber hielt er illegal Vorträge und prüfte im Geheimen in der im Stillen aufrecht erhaltenen theologischen Fakultät. Nach Beendigung des Krieges schaltete er sich sofort in die Arbeit des Wiederaufbaues der polnischen evangelischen Kirche ein. Nach Wiedererstellung der Ev. Theol. Fakultät übernahm er von neuem das Dekansamt und die Führung der theologischen Prüfungskommission.

Am 21. Juni wählte man ihn zum Vertreter des Bischofs der polnischen Evangelischen Kirche. Er arbeitete am Wiederaufbau der im Krieg zerstörten Kirchen, der Wiedergewinnung der verlorenen kirchlichen Rechte. Er nahm als Delegierter an der Konferenz in Lund 1947 teil, ebenso an der Konferenz des Weltrates der Kirchen in Amsterdam.

Am 21. März starb er nach langer Krankheit.

Die erste Nummer der Zeitschrift enthält noch die folgenden Beiträge:

Chronik über das Leben der polnischen Kirchen in den vergangenen Jahren, weiterhin Berichte von einer Sitzung der Christlichen Theologischen Akademie und von der ersten allgemeinen polnischen christlichen Versammlung.

Im Frühsommer 1963 wurde durch die ungarische Kirchenpresse bekannt, dass der noch nicht 60 jährige, als aufrechter Mann bekannte Pfarrer Tibor Schulek in Komárom auf disziplinarischem Wege in den Ruhestand versetzt wurde. Pfarrer Sch. hatte auf einer Pfarrerversammlung in Gegenwart des Bischofs scharf gegen das ungarische und auch in Rumänien geltende Abortusgesetz Stellung genommen, dass die Abtreibung ausserordentlich erleichtert. Er sagte dabei, dass dies im Blick auf die ungarische Minderheit in Rumänien einem Volksnord gleichkomme. Daraus wurde ein grosser Skandal, und es musste sogar eine Gefängnisstrafe für Sch. befürchtet werden. Schliesslich konnte das durch seine Zwangspensionierung abgewandt werden.

■ Eine Kirche — zwei Leitungen

Die Spaltung Berlins hat die beiden Regionalsynoden der Berlin-brandenburgischen Kirche jetzt genötigt, anstelle der bisherigen Gesamtkirchenleitung zwei regionale Kirchenleitungen zu berufen. Jede der beiden Regionalkirchenleitungen ist ausschließlich für ihr Kirchengebiet zuständig. Entscheidungen, die für das gesamte Berlin-brandenburgische Kirchengebiet gelten, können nur noch durch gleichlautende Beschlüsse beider Regionalkirchenleitungen zustandekommen.

Der regionalen Kirchenleitung für Westberlin gehören als „geborene Mitglieder“ im Sinne der Grundordnung an: Bischof D. Dibelius, Konsistorialpräsident Ranke, Generalsuperintendent Helbich, Präses D. Scharf, Propst Schutzka und ein Vertreter des reformierten Moderators. Dazu sind von der Regionalsynode als Mitglieder der Westberliner Kirchenleitung gewählt worden: Oberstudienrätin Borgmann, Propst D. Grüber, Versicherungskaufmann Hiller, Pfarrer Lic. Dr. Pfeiffer, Steinsetzmeister Scherhag, Präsident Dr. Suchan und als Präses der Regionalsynode Kammergerichtsrat Altmann.

Der östliche Teil der Gesamtkirchenleitung war bis zuletzt beschlußfähig, da zwei Drittel ihrer Mitglieder in Ostberlin und der Zone wohnen. Die Regionalsynode Ost hat daher die in Ostberlin und im Land Brandenburg wohnenden Mitglieder der Gesamtkirchenleitung als regionale Kirchenleitung für das Kirchengebiet Ostberlin und Brandenburg bestimmt. Als „geborene Mitglieder“ gehören ihr an: die drei Generalsuperintendenten D. Führ, D. Braun und D. Jacob, die Oberkonsistorialräte Andler und Dr. Hagemeyer sowie der reformierte Moderator Pfarrer Langhoff. Gewählte Mitglieder der regionalen Kirchenleitung Ost sind: Pfarrvikarin Becker, Diplom-Biologe Dr. Crome, die Superintendenten Gürtler, Krahnert und Ringhandt, Dr. Vogler und als Präses der Regionalsynode und Vorsitzender der regionalen Kirchenleitung Superintendent Figur.

Jan Hermelink †

Pastor Dr. Jan Hermelink ist auf der Fahrt von Hamburg zum Berliner Kirchentag schwer verunglückt, und, nachdem er in das Krankenhaus in Kyritz eingeliefert worden war, an seinen Verletzungen am 21. Juli gestorben. Dr. Hermelink, der auf dem Münchener Kirchentag ein Referat in der Arbeitsgruppe „Ökumene“ gehalten hat, war seit Jahren einer der führenden Mitarbeiter dieser Arbeitsgruppe und ein Berater der Leitung des Kirchentages in vielen Fragen der Mission und der Ökumene.

Er war zuletzt Exekutivsekretär des Deutschen Evangelischen Missions-Rates und Lehrbeauftragter für Missionswissenschaft an der Universität Kiel. Erst 37 Jahre alt, war Dr. Hermelink nach Prälat Hartenstein und Missionsdirektor Freitag einer der ganz wenigen, die Kirche und Mission, Mission und Ökumene im Denken und Handeln lebendig miteinander verbanden. Revolutionär in seinem Denken und fromm in seinem Glauben genoß er das Vertrauen weitester Kreise in der Kirche und darüber hinaus. Seine Freunde haben noch viel von ihm erwartet. Gott hat es anders vorgehabt. Ihm allein sei Ehre.

30.7.67

Berliner Sonntagblatt